

Politische Soziologie

Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst

soFid

Politische Soziologie

Band 2004/2

bearbeitet von

Ulrike Adler

Mit einem Beitrag von Werner Seitz

Informationszentrum Sozialwissenschaften Bonn 2004

ISSN: 0176-4470
Herausgeber Informationszentrum Sozialwissenschaften der Arbeitsgemeinschaft
Sozialwissenschaftlicher Institute e.V., Bonn
bearbeitet von: Ulrike Adler
Programmierung: Udo Riege, Siegfried Schomisch
Druck u. Vertrieb: Informationszentrum Sozialwissenschaften
Lennéstr. 30, 53113 Bonn, Tel.: (0228)2281-0
Printed in Germany

Die Mittel für diese Veröffentlichung wurden im Rahmen der institutionellen Förderung der Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen e.V. (GESIS) vom Bund und den Ländern gemeinsam bereitgestellt.

© 2004 Informationszentrum Sozialwissenschaften, Bonn. Alle Rechte vorbehalten. Insbesondere ist die Überführung in maschinenlesbare Form sowie das Speichern in Informationssystemen, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Einwilligung des Herausgebers gestattet.

Inhalt

Vorwort.....	7
--------------	---

Werner Seitz

Die Frauen bei den eidgenössischen Wahlen 2003:

Stolpersteine auf dem Weg zur politischen Gleichstellung.....	9
---	---

Sachgebiete

1	Politische Grundbegriffe und Konzepte	21
2	Theorie und Geschichte politischer Systeme.....	47
3	Staatstheorie und staatliches Handeln	61
4	Politische Parteien und Parteiensysteme	86
5	Wahlen, Wählerverhalten und Partizipation.....	101
6	Politische Einstellungen und politische Bewegungen	121
7	Politische Kultur und Ethik, politische Eliten	144

Register

Hinweise zur Registerbenutzung.....	169
Personenregister	171
Sachregister.....	177
Institutionenregister.....	189

Anhang

Hinweise zur Originalbeschaffung von Literatur	195
Zur Benutzung der Forschungsnachweise.....	195

Vorwort zum soFid „Politische Soziologie“

Das Informationszentrum Sozialwissenschaften (IZ) bietet mit dem „Sozialwissenschaftlichen Fachinformationsdienst“ (soFid) zweimal jährlich aktuelle Informationen zu einer großen Zahl spezieller Themenstellungen an. Jeder soFid hat sein eigenes, meist pragmatisch festgelegtes Profil. Gewisse Überschneidungen sind deshalb nicht zu vermeiden.

Quelle der im jeweiligen soFid enthaltenen Informationen sind die vom IZ produzierten Datenbanken SOLIS (Sozialwissenschaftliches Literaturinformationssystem) sowie FORIS (Forschungsinformationssystem Sozialwissenschaften).

Die Datenbank SOLIS stützt sich vorwiegend auf deutschsprachige Veröffentlichungen, d.h. Zeitschriftenaufsätze, Monographien, Beiträge in Sammelwerken sowie auf Graue Literatur in den zentralen sozialwissenschaftlichen Disziplinen. In SOLIS ist bei einigen Hinweisen unter „Standort“ eine Internet-Adresse eingetragen. Wenn Sie mit dieser Adresse im Internet suchen, finden Sie hier den vollständigen Text des Dokuments.

Wesentliche Quellen zur Informationsgewinnung für FORIS sind Erhebungen in den deutschsprachigen Ländern bei Institutionen, die sozialwissenschaftliche Forschung betreiben. Der Fragebogen zur Meldung neuer Projekte steht permanent im Internet unter <http://www.gesis.org/IZ> zur Verfügung.

Literaturhinweise sind durch ein "-L" nach der laufenden Nummer gekennzeichnet, Forschungsnachweise durch ein "-F". Im Gegensatz zu Literaturhinweisen, die jeweils nur einmal gegeben werden, kann es vorkommen, dass ein Forschungsnachweis in mehreren aufeinanderfolgenden Diensten erscheint. Dies ist gerechtfertigt, weil Forschungsprojekte häufig ihren Zuschnitt verändern, sei es, dass das Projekt eingeeengt, erweitert, auf ein anderes Thema verlagert oder ganz abgebrochen wird. Es handelt sich also bei einem erneuten Nachweis in jedem Falle um eine aktualisierte Fassung, die Rückschlüsse auf den Fortgang der Arbeiten an einem Projekt zulässt.

* * *

Die politische Soziologie stellt das Verbindungselement zwischen Soziologie und Politikwissenschaft her. Unter Einbeziehung theoretisch-systematisierender wie auch historisch-empirischer Aspekte befasst sie sich mit den gesellschaftlichen und sozialpsychologischen Voraussetzungen und Folgen des politischen Handelns, mit der Entstehung, Struktur und dem Wirkungszusammenhang politischer Systeme, den Interdependenzen von Aufbau, Ausbau und Modernisierung politischer, sozialer und wirtschaftlicher Ordnungen, der Entstehung von Macht und dem Einfluss gesellschaftlicher Gruppen und Akteure auf diesem Wirkungsgeflecht.

Diese Bestimmung des Wissensgebiets spiegelt sich in der Sachgebietsgliederung des vorliegenden Informationsdienstes wider: Politische Konzepte und Ideen, politische Systeme und Systemkrisen einschließlich historischer Erfahrungen, politische Steuerung und ihre Institutionalisierung,

staatliches Handeln einschließlich Verhältnis von Macht und Herrschaft, Parteiwesen, Wahlsoziologie, Partizipation, öffentliche Meinung, politische Einstellung, politische Bewegungen, Interessengruppen und Radikalismus, politische Eliten und politische Kultur, Werte, Wertewandel und Ethik sind Gegenstand der einzelnen Kapitel.

Aufgrund der Fülle der Dokumente in der ausgewiesenen Klassifikation „politische Soziologie“ konnten nicht alle aktuellen Nachweise aufgenommen werden. Die Auswahl erfolgte zunächst nach inhaltlichen Kriterien wie auch Aktualität, zusätzlich jedoch auch in Abgrenzung zu anderen Fachgebieten. So wurden Literatur oder Forschung, die in anderen soFid-Themenbereichen veröffentlicht werden, hier nicht noch mal dokumentiert. Dies gilt für Themen der Außen- und Sicherheitspolitik, zu regionalen oder ethnischen Konflikten oder Gewalt wie auch zu Konversion, die im soFid „Internationale Beziehungen/Friedens- und Konfliktforschung“ dokumentiert sind. Gleiches gilt für den umfangreichen Bereich „Sozialpolitik“.

Zu politischen Analysen für die neuen Bundesländer und die damit verbundenen Transaktionsprozesse informieren Sie sich bitte im Fachinformationsdienst „Gesellschaftlicher Wandel in den neuen Bundesländern“. Die umfangreiche sozialwissenschaftliche Forschung und Literatur zu Osteuropa wird im Dienst „Osteuropaforschung“ dokumentiert. Für das Gebiet „Stadt- und Regionalforschung“ gibt es einen eigenen Dienst, ebenso für „Bevölkerungsforschung“, „Umweltforschung“ oder „Frauen- und Geschlechterforschung“. Gesundheitsverhalten und -politik ist im soFid „Gesundheitsforschung“ enthalten, der Komplex „Migration und ethnische Minderheiten“ im gleichnamigen Band dokumentiert, politische Bildung findet sich im Band „Bildungsforschung“ wieder, um nur die wichtigsten angrenzenden Themenbereiche zu nennen.

Auch konnten Länderstudien aufgrund der großen Zahl der Nachweise nicht mehr einbezogen werden. Außer Acht gelassen wurden Beiträge zu Ressortpolitik, Kommunalpolitik und weitestgehend auch zu Europapolitik. Für diese Themen empfehlen wir eine individuelle Recherche in der Datenbank durchzuführen.

In dieser Ausgabe wird der Band des sozialwissenschaftlichen Fachinformationsdienstes durch einen Nachdruck aus der Schweizer Zeitschrift „Frauenfragen“ zum Thema „Frauen bei den eidgenössischen Wahlen 2003: Stolpersteine auf dem Weg zur politischen Gleichstellung“ von Werner Seitz ergänzt. Wir bedanken uns bei der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen und beim Kompetenzzentrum Frauen in Wissenschaft und Forschung (CEWS) für ihre Kooperation.

Mit dieser Erweiterung unseres Dienstes streben wir eine weitere Vernetzung mit der Wissenschaft an und möchten diesen Band als zusätzliche Kommunikationsplattform für das Fachgebiet anbieten.

Die Frauen bei den eidgenössischen Wahlen 2003: Stolpersteine auf dem Weg zur politischen Gleichstellung¹ Mit einem Exkurs zu den Frauen bei den Wahlen in die kantonalen Parlamente und Regierungen 2000/2003

Werner Seitz

Bei den eidgenössischen Wahlen 2003 konnten die Frauen ihre Vertretung in beiden Parlamentskammern – im Nationalrat und im Ständerat – leicht erhöhen. Der Frauenanteil liegt nun in beiden Kammern bei rund einem Viertel, was das beste Ergebnis seit der Einführung des Stimm- und Wahlrechts für Frauen ist. Um Parität zwischen den Geschlechtern zu erreichen, müsste der Anteil aber doppelt so hoch sein. Bei den anschließenden Bundesratswahlen wurde eine wieder kandidierende Bundesrätin nicht mehr gewählt – die erste Abwahl eines amtierenden Bundesratsmitglieds seit über 130 Jahren. Und bei der Nachfolgewahl eines zurückgetretenen Bundesrates wurde einem Mann der Vorrang gegeben. Die Frauenvertretung in der Bundesregierung sank in der Folge von 2 auf 1, was den Gleichstellungsbemühungen in der Schweiz einen auch symbolisch bedeutenden Rückschlag versetzte und in Erinnerung rief, dass sich Gleichstellung nicht automatisch einstellt, sondern dass dafür immer wieder gekämpft werden muss.

Die Frauen bei den Nationalratswahlen 2003

Der Nationalrat besteht aus 200 Mitgliedern und wird alle vier Jahre neu gewählt. Gemäß Artikel 149 der neuen Bundesverfassung bildet jeder Kanton einen Wahlkreis. Je nach Größe der Wohnbevölkerung haben die Wahlkreise mehr oder weniger Sitze im Nationalrat zugute. Jedem Wahlkreis steht jedoch mindestens einer zu; in Kantonen mit nur 1 Sitz wird nach dem Majorzsystem gewählt (UR, OW, NW, GL, AI, AR). In den 20 Kantonen mit 2 oder mehr Sitzen erfolgt die Mandatsverteilung nach dem Proporzsystem.

Majorz und Proporz

Bei den Wahlen in die Regierungen und Parlamente kommt entweder das Majorzwahlssystem oder das Proporzwahlssystem zur Anwendung, welche sich, grosso modo, wie folgt unterscheiden:

- Beim *Majorzwahlssystem* treten die Kandidierenden als Einzelpersonen an; meistens werden sie jedoch von den Parteien nominiert und unterstützt. Gewählt ist, wer eine Mehrheit der Stimmen erhält. Im Majorzsystem haben die Kandidierenden von kleinen Parteien kaum Wahlchancen. Nach dem Majorzsystem werden die meisten Wahlen in die Kantonsregierungen und in den Ständerat durchgeführt; ebenso in den kleinen Wahlkreisen bei den Nationalratswahlen, in denen nur 1 Sitz zu vergeben ist (UR, OW, NW, GL, AI, AR).
- Das *Proporzwahlssystem* unterscheidet sich vom Majorzsystem dadurch, dass es die Sitze möglichst proportional zu den erhaltenen Stimmen auf die Wahllisten der Parteien verteilt. Bei Proporzwahlen werden die Mandate zuerst auf die Wahllisten verteilt, erst anschliessend werden die gewählten Personen bestimmt (anhand der Zahl der erhaltenen Stimmen). Nach dem Proporzsystem werden die meisten Parlamentswahlen (Nationalrat und kantonale Parlamente) durchgeführt.

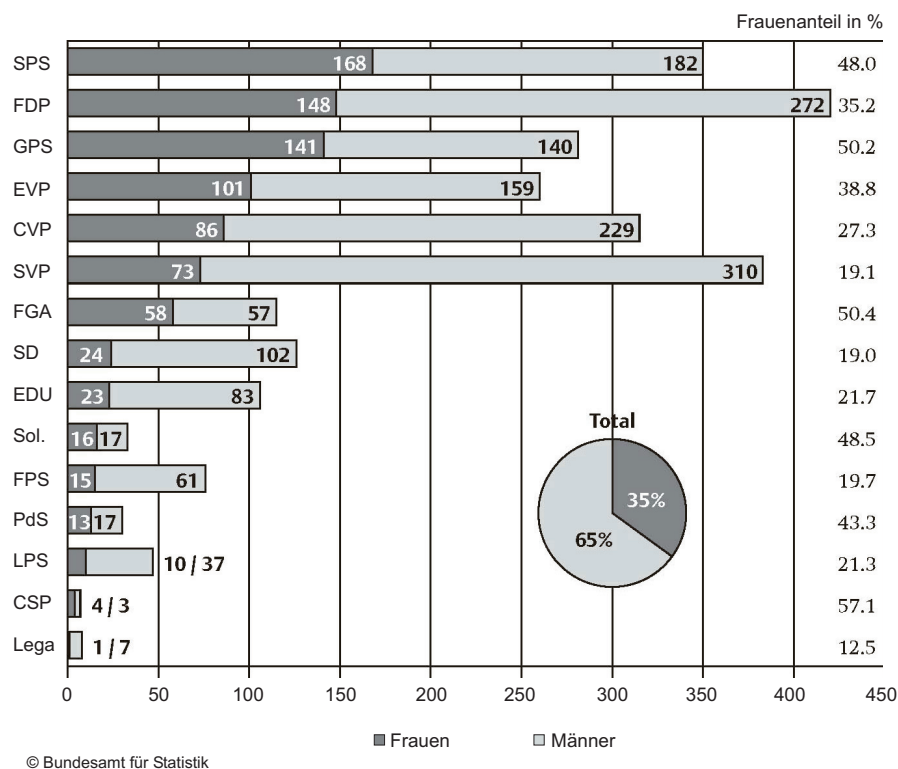
¹ Dieser Beitrag ist zuvor erschienen in der Zeitschrift *Frauenfragen* 1.2004, S. 51-56

Für den Nationalrat bewarben sich erneut 35 Prozent Frauen und 65 Prozent Männer

Bei den Nationalratswahlen 2003 kandidierten in den Proporzkantonen 993 Frauen und 1843 Männer für ein Mandat, der Frauenanteil betrug 35% und war damit gleich groß wie schon bei den Nationalratswahlen 1995 und 1999.

Überdurchschnittlich viele Kandidatinnen auf den links-grünen Wahllisten

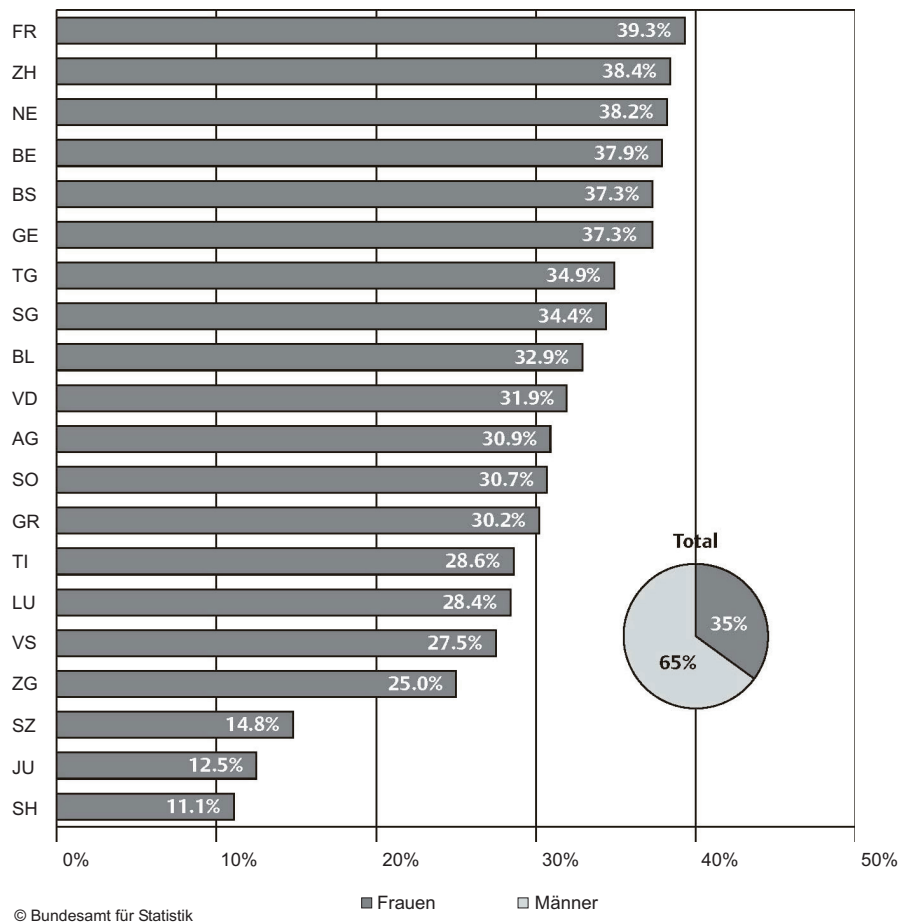
Bei den Parteien lag der Kandidatinnenanteil 2003 zwischen 13% und 57%. Wie schon bei den früheren Wahlen waren die Frauen auf den Wahllisten der SPS, der Grünen (GPS, FGA) und der kleinen Linksparteien (PdA, Sol.) überdurchschnittlich stark vertreten (mit Anteilen zwischen 43% und 50%). Um den schweizerischen Schnitt bewegte sich der Frauenanteil bei der FDP und der EVP (35% bzw. 39%). Unterdurchschnittlich vertreten mit Anteilen zwischen 13% und 27% waren dagegen die Frauen auf den Wahllisten der CVP, SVP, der LPS und der kleinen Rechtsparteien. Vergleiche Grafik 1. (Abkürzungen der Parteien s. Seite 19)



Grafik 1: Nationalratswahlen 2003: Kandidierende Frauen und Männer, nach Parteien

In sämtlichen Proporzkantonen kandidierten mehr Männer als Frauen

In den einzelnen Kantonen bewegte sich der Frauenanteil auf den Wahllisten zwischen 11% und 39%. In sechs Kantonen lag der Frauenanteil über dem nationalen Durchschnitt von 35% (FR, ZH, NE, BE, GE, BS), in sieben Kantonen lag er unter 30% (SH, JU, SZ, ZG, VS, LU, TI). Vergleiche Grafik 2. In der Deutschschweiz war der Frauenanteil (36%) etwas größer als in der französischsprachigen Schweiz (33%). Im Tessin betrug er 29%.



Grafik 2: Nationalratswahlen 2003: Frauenanteil bei den Kandidierenden, nach Kantonen

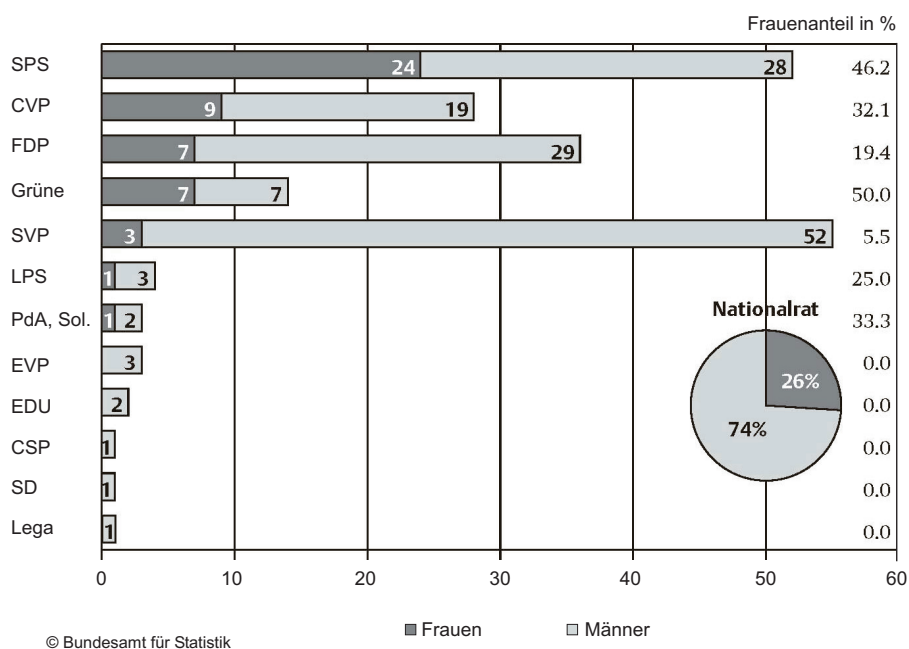
Es wurden 26 Prozent Frauen und 74 Prozent Männer in den Nationalrat gewählt

Bei den Nationalratswahlen 2003 wurden 52 Frauen und 148 Männer gewählt (1999: 47 Frauen, 153 Männer). Mit 26% lag der Frauenanteil unter den Gewählten 2.5 Prozentpunkte höher als bei den Wahlen von 1999. De facto sitzen jedoch nach den jüngsten Wahlen lediglich 50 Frauen im Nationalrat – nur 1 mehr als unmittelbar vor den Wahlen. Dies liegt daran, dass 2003 2 FDP-Frauen gleichzei-

tig auch in den Ständerat gewählt wurden, in dieser Kammer Einsitz nahmen und im Nationalrat durch 2 Männer ersetzt wurden, und dass im «alten» Nationalrat die Zahl der Frauen im Verlaufe der Legislaturperiode auf 49 angewachsen war.

Fast zwei Drittel der gewählten Nationalrätinnen gehört den Linken oder den Grünen an

Eine klare Mehrheit der gewählten Frauen (61.5%) gehört der SPS, den kleinen Linksparteien oder den Grünen an; 38.5% stammen aus den bürgerlichen Parteien FDP, CVP, SVP und LPS. Die parteipolitischen Unterschiede bei der Frauenvertretung zeigen sich noch deutlicher, wenn berücksichtigt wird, dass die bürgerlichen Parteien über die Mehrheit der Mandate im Nationalrat verfügen: Sie nehmen 61.5% aller Mandate ein; Linke und Grüne haben dagegen zusammen nur 34.5% der Mandate inne. Auch ein Vergleich der Frauenanteile in den einzelnen Parteien spiegelt diese parteipolitischen Unterschiede. Geschlechterparität gibt es einzig bei den Grünen (7 Frauen, 7 Männer). Zahlenmäßig am meisten Frauen finden sich bei der SPS: 24 Frauen, 28 Männer (Frauenanteil: 46%); bei den kleinen Linksparteien (PdA, Sol.) wurden 1 Frau und 2 Männer in den Nationalrat gewählt. Vergleiche Grafik 3.



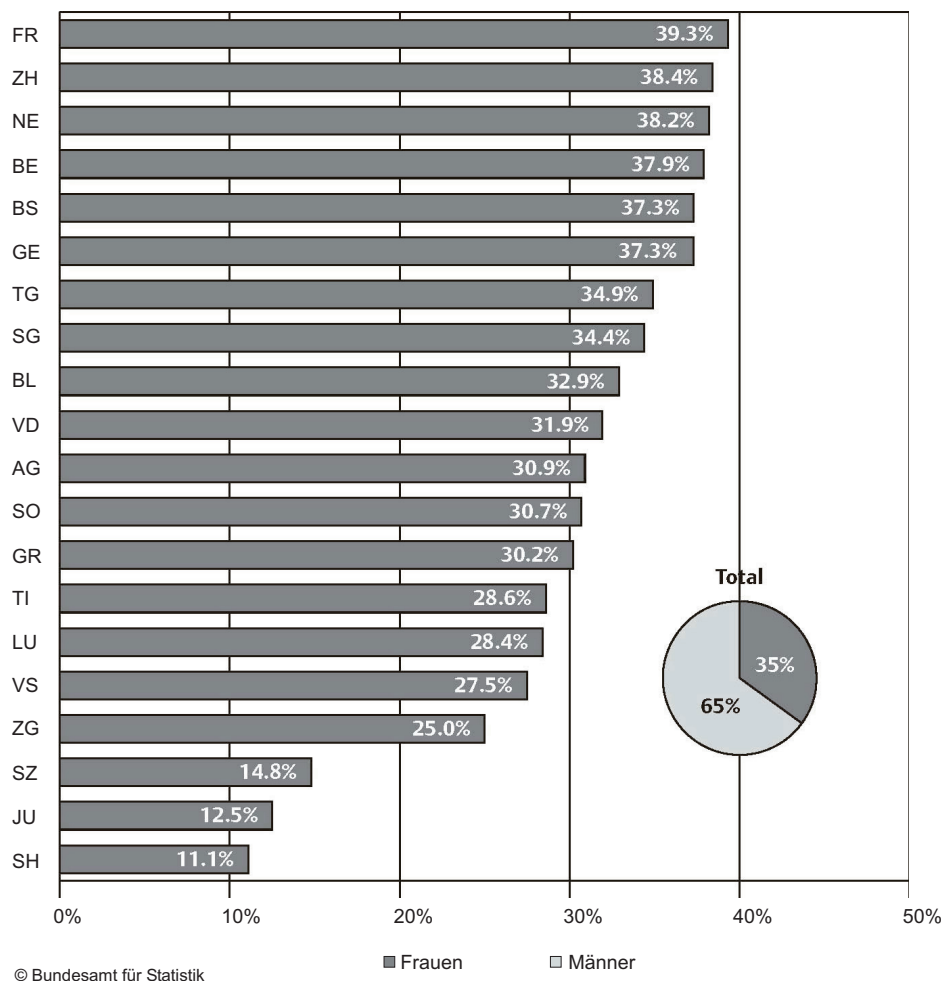
Grafik 3: Nationalratswahlen 2003: Gewählte Frauen und Männer, nach Parteien

Die CVP-Frauen verbesserten ihre Vertretung gegenüber den letzten Wahlen klar: Sie vermochten die Zahl ihrer Mandate gar um 1 auf 9 zu steigern, während die Männer massiv an Mandaten verloren (- 8); die gewählten Frauen erreichten so in der CVP-Delegation einen Anteil von 32% (1999: 23%). Dagegen sank der Frauenanteil in der FDP-Vertretung unter die 20%- Marke; werden die beiden FDP-Frauen, die im Ständerat Einsitz nahmen, noch abgezählt, beträgt der Frauenanteil der FDP gar

nur 14%. Nochmals kleiner geworden ist der Frauenanteil bei der SVP, der Wahlsiegerin mit der größten Mandatszahl im Nationalrat. Die 3 gewählten Frauen erreichen in der 55-köpfigen SVP-Deputation gerade noch einen Anteil von 5.5%. Dies ist der niedrigste Wert für die SVP seit 1987. Bei den kleinen Rechtsparteien (SD, EDU, Lega), bei der EVP und der CSP – alles Parteien mit nur wenigen Mandaten – wurde noch nie eine Frau in den Nationalrat gewählt.

Acht Kantone wählten 2003 ausschließlich Männer in den Nationalrat

In 16 Proporzkantonen wurden Frauen in den Nationalrat gewählt, wobei sich die Frauenanteile zwischen 10% (LU) und 35% (ZH) bewegten. Erstmals wurden auch Frauen in Majorzkan-tonen gewählt (UR, AR). Vergleiche Grafik 4.



Grafik 4: Nationalratswahlen 2003: Gewählte Frauen und Männer nach Kantonen

Mehr als 30% erreichte der Frauenanteil in Zürich, St. Gallen, Aargau und Bern. Über dem gesamtschweizerischen Durchschnitt von 26% lag der Frauenanteil in Solothurn, Basel-Landschaft, in der Waadt und in Genf. 20% oder weniger betrug der Frauenanteil in den Kantonen Basel-Stadt, Graubünden, Neuenburg, Thurgau, Freiburg und Luzern. Acht Kantone sind im Nationalrat ausschließlich durch Männer vertreten: Es sind dies vier Majorzkantone (OW, NW, GL, AI) sowie vier Proporzkantone (ZG, SH, VS, JU). Fünf dieser Kantone haben noch nie eine Frau in den Nationalrat gewählt (ZG, OW, NW, GL, AI).

Die Frauenvertretung stieg 2003 in allen Sprachregionen leicht an

3 Frauen mehr als 1999 wurden in der deutschsprachigen Schweiz gewählt, je 1 mehr in der französischsprachigen Schweiz und im Tessin. Damit sind die Deutschschweizerinnen mit 28% am besten vertreten. Unter den Gewählten der Romandie machen die Frauen 20% aus, im Tessin 25%.

Die Frauen bei den Ständeratswahlen 2002/2003

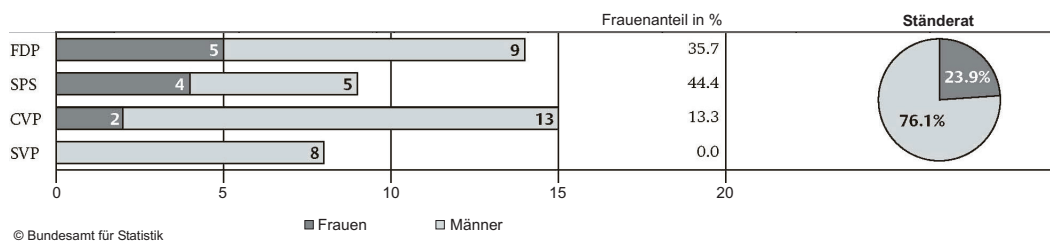
Der Ständerat besteht aus 46 Mitgliedern. Jeder Kanton ist mit 2 Mitgliedern vertreten; die Halbkantone (OW, NW, BS, BL, AI und AR) mit je 1. Die Wahl in den Ständerat untersteht kantonalem Recht und erfolgt somit nicht einheitlich. So wird in Appenzell Innerrhoden die Abordnung in den Ständerat an der Landsgemeinde bestimmt. Die übrigen Kantone wählen ihre Ständerätinnen und Ständeräte an der Urne, und zwar – mit Ausnahme des Kantons Jura – nach dem Majorzsystem. Unterschiede bestehen auch im Wahltermin.

In den Ständerat wurden 24 Prozent Frauen und 76 Prozent Männer gewählt

Im Ständerat sind die Frauen leicht schwächer vertreten als im Nationalrat: 2002/2003 wurden 11 Frauen gewählt (24%), das sind 2 Frauen mehr als 1999.

7 von 11 Ständerätinnen gehören einer bürgerlichen Partei an

Die Verteilung der gewählten Frauen nach Parteien ist im Ständerat anders als im Nationalrat: Von den 11 Frauen gehören 7 einer bürgerlichen Partei an (5 FDP, 2 CVP); 4 Frauen sind Mitglied der SPS. Die größten Frauenanteile finden sich bei der SPS und bei der FDP: Unter den SPS-Abgeordneten sind 44% weiblich (4 Frauen, 5 Männer), bei der FDP beträgt der Frauenanteil 36% (5 Frauen, 9 Männer). Die CVP stellt 2 Ständerätinnen und 13 Ständeräte (13%). Die SVP ist mit 8 Männern und keiner Frau im Ständerat vertreten. Vergleiche Grafik 5.



Grafik 5: Ständeratswahlen 2002/2003: Gewählte Frauen und Männer nach Parteien

16 von 26 Kantonen bzw. Halbkantonen wählten keine Frauen in den Ständerat

In zehn Kantonen wurden Frauen in den Ständerat gewählt: Dabei ist die Ständeratsdelegation in sieben Kantonen paritätisch aus 1 Frau und 1 Mann zusammengesetzt (ZH, BE, LU, SG, VD, NE, JU). 2 Frauen schickt einzig Genf in den Ständerat; die beiden Halbkantone Nidwalden und Basel-Stadt sind je durch 1 Frau vertreten. Reine Männerdelegationen wurden in 16 Kantonen bzw. Halbkantonen gewählt.

Die Bundesratswahlen vom 10. Dezember 2003

Der 7-köpfige Bundesrat – die schweizerische Regierung – wird jeweils nach der Gesamterneuerung des Nationalrates von Stände- und Nationalrat zusammen (=vereinigte Bundesversammlung) auf vier Jahre gewählt. Die Wahl erfolgt nach dem Majorzsystem, wobei für die Bestellung jedes Sitzes ein eigener Wahlgang durchgeführt wird. Gemäss Bundesverfassung müssen die Landesgegenden und Sprachregionen im Bundesrat angemessen berücksichtigt sein. Bezüglich der parteipolitischen Zusammensetzung des Bundesrates galt über vierzig Jahre lang die so genannte «Zauberformel» (2 FDP, 2 CVP, 2 SPS und 1 SVP); nach den Nationalratswahlen 2003 wurde sie umgeändert in 2 FDP, 2 SVP, 2 SPS und 1 CVP. Dieser Änderung fiel die wieder kandidierende CVP-Bundesrätin zum Opfer. So hat seit Januar 2004 im 7-köpfigen Bundesrat nur noch 1 Frau Einsitz (SPS).

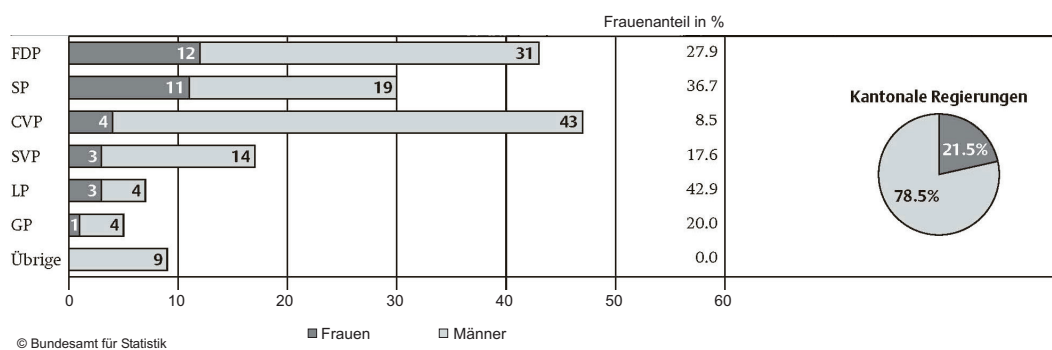
Exkurs: Die Frauen bei den kantonalen Wahlen 2000/2003

Die Regierungen der 26 Kantone und Halbkantone bestehen aus 5 oder 7 Mitgliedern, welche direkt durch die Stimmberechtigten gewählt werden. Mit Ausnahme von Appenzell Innerrhoden, das noch die Landsgemeinde kennt, erfolgt die Wahl an der Urne, und zwar nach dem Majorzsystem. Die beiden Kantone Zug und Tessin wählen dagegen ihre Regierung nach dem Proporzsystem. Die Amtsdauer beträgt vier Jahre, außer in Appenzell Innerrhoden (jährliche Wahl) und in Freiburg (5 Jahre). In den kantonalen Regierungen waren die Frauen lange Zeit nicht oder nur schwach vertreten. Die erste Regierungsrätin wurde 1983 in Zürich gewählt; 1991 hatten erst 5 Frauen ein Regierungsamt inne (Frauenanteil 3%). Darauf steigerte sich der Frauenanteil deutlich: 1995 erreichte er 11% und 1999 rund 20%. Ende 2003 machten die Frauen in den kantonalen Regierungen 21.5% aus, d.h. sie hatten 34 von insgesamt 158 Sitzen inne.

23 der insgesamt 34 Regierungsrätinnen gehören der FDP oder der SP an

Die stärkste Frauenpräsenz in den kantonalen Regierungen haben gegenwärtig die FDP mit 12 Frauen und die SP mit 11 Frauen; damit haben die FDP-Frauen 28% aller FDP-Mandate inne, die SP-Frauen 37% aller SP-Mandate. Der höchste Frauenanteil findet sich bei der LP (43%). Bei der GP erreicht der Frauenanteil 20%, bei der SVP 18% und bei der CVP – mit den meisten Mandaten in den Kantonsregierungen – 8.5%. Vergleiche Grafik 6.

Ende 2003 gab es sechs Kantone mit Regierungen ohne Frauenbeteiligung (SZ, SH, AI, AG, TG, VS). Als erster und bisher einziger Kanton hat Zürich eine Regierung mit Frauenmehrheit (4 Frauen, 3 Männer). Die Parlamente in den Kantonen bestehen aus 49 (AI) bis 200 Mitgliedern (BE). Die Abgeordneten werden mehrheitlich nach dem Proporzsystem bestimmt, außer in Appenzell Innerrhoden und in Graubünden; in diesen beiden Kantonen werden einige oder alle Mandate an Gemeinde- oder Bezirksversammlungen vergeben (Majorz). Gemischte Systeme von Proporz und Majorz bestehen in Uri, Schwyz, Zug, Basel-Stadt, Schaffhausen und Appenzell Ausserrhoden. Die Wahlen erfolgen in mehreren Wahlkreisen, außer im Tessin und in Genf, wo der Kanton den einzigen Wahlkreis darstellt. Bei den Wahlen in die kantonalen Parlamente sind rund 2900 Sitze zu besetzen. Im Vergleich zu den Wahlen von 1996–1999 stagnierte der Anteil der gewählten Frauen bei 24%; am Ende der Periode 2000/03 standen sich in den kantonalen Parlamenten 709 Frauen 2223 Männern gegenüber.

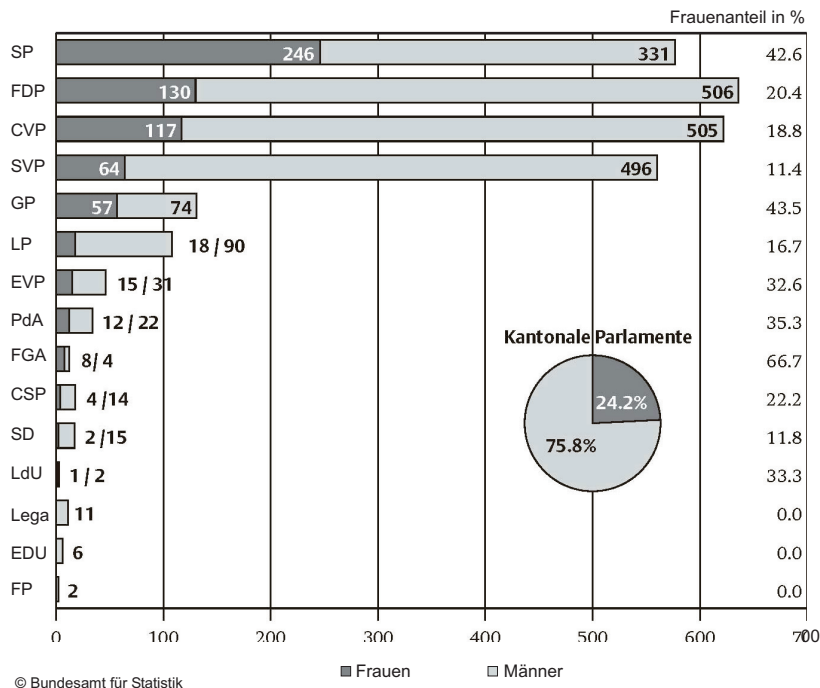


Grafik 6: Kantonale Regierungsratswahlen (Stand: Ende 2003): Gewählte Frauen und Männer, nach Parteien

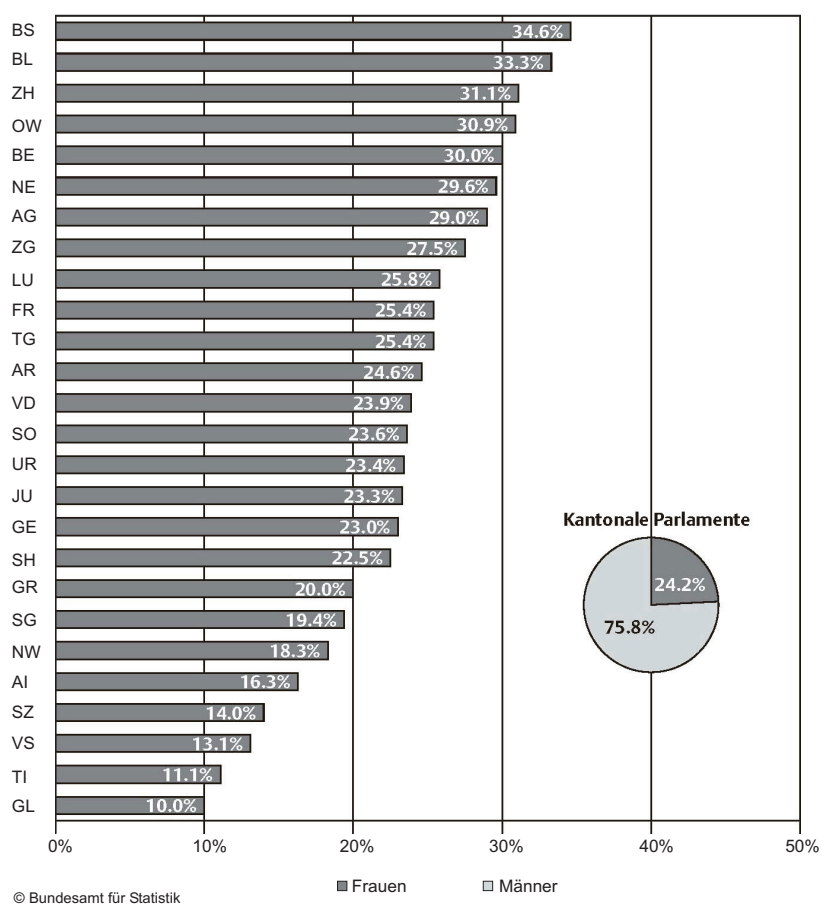
In den Kantonsparlamenten haben die Frauen bei der SP und den Grünen einen Anteil von mehr als 40 Prozent

Die parteipolitische Verteilung der gewählten Frauen in den kantonalen Parlamenten entspricht weitgehend der Verteilung im Nationalrat: Über 40% Frauen finden sich bei der SP und den Grünen (GP, FGA), bei CVP und FDP sind es rund 20% Frauen. Der Frauenanteil der SVP beträgt 11%; bei den kleinen Rechtsparteien insgesamt ist er niedriger als 10%. Vergleiche Grafik 7.

In fünf Kantonsparlamenten haben die Frauen einen Anteil von 30% und mehr (BS, BL, ZH, OW, BE), in sieben Kantonen ist ihr Anteil kleiner als 20% (GL, TI, VS, SZ, AI, NW, SG). Vergleiche Grafik 8.



Grafik 7: Kantonale Parlamentswahlen 2000-2003: Gewählte Frauen und Männer, nach Parteien



Grafik 8: Kantonale Parlamentswahlen 2000-2003: Frauenanteil bei den Gewählten, nach Kantonen

Werner Seitz, Dr. phil., Politologe, Leiter der Sektion «Politik, Kultur, Medien» im Bundesamt für Statistik. Er verfasste mehrere Analysen zu den Frauen in der Politik und war von 2000 bis 2002 Mitglied einer ExpertInnengruppe des Europarates, welche Maßnahmen erarbeitete «für eine ausgeglichene Beteiligung der Frauen und Männer an den Entscheidungen in der Politik und im öffentlichen Leben».

Abkürzungen der Parteien

Bundesratsparteien

- FDP Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz
CVP Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz
SPS Sozialdemokratische Partei der Schweiz
SVP Schweizerische Volkspartei

Bürgerliche Nicht-Bundesratspartei

- LPS Liberale Partei der Schweiz

Mitte-Parteien

- EVP Evangelische Volkspartei der Schweiz
CSP Christlichsoziale Partei

Linke Nicht-Bundesratsparteien und Grüne

- PdA Partei der Arbeit der Schweiz
Sol. Solidarität
FGA Feministische und grün-alternative Gruppierungen (Sammelbegriff)
GPS Grüne Partei der Schweiz

Rechte Nicht-Bundesratsparteien

- SD Schweizer Demokraten
EDU Eidgenössisch-Demokratische Union
FPS Freiheitspartei der Schweiz
Lega Lega dei Ticinesi

Für Parteibezeichnungen auf Kantonsebene wird das Suffix -S (der Schweiz) weggelassen.

1 Politische Grundbegriffe und Konzepte

[1-L] Abromeit, Heidrun:

Die Messbarkeit von Demokratie: zur Relevanz des Kontexts, in: Politische Vierteljahresschrift: Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft : Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, Jg. 45/2004, H. 1, S. 73-93 (Standort: UuStB Köln(38)-XE00036; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Ausgangspunkt meiner Überlegungen ist (1) die Vermutung, dass Demokratie sich in unterschiedlichen Institutionalisierungen verwirklicht, die durchaus von gleicher 'demokratischer Qualität' sein können; daher ist es (2) sinnvoll und analytisch notwendig, 'Demokratiequalität' definitorisch von bestimmten ('gewohnten') Institutionensystemen abzutrennen; (3) diese 'Demokratiequalität' wiederum wird sich nicht kontextunabhängig messen lassen. Eine von gängigen Institutionalisierungen abstrahierende Demokratiedefinition rekurriert sinnvollerweise auf den Zweck der Übung. Die daran orientierte Minimaldefinition identifiziert Demokratie als die Verlängerung individueller Selbstbestimmung in den Bereich kollektiver Entscheidungen hinein; sie konkretisiert sich in der Beteiligung der Individuen an den Entscheidungen, von denen sie betroffen sind ('Kongruenz'). In der Operationalisierung ist die 'Demokratiequalität' in quantitative und qualitative Variablen zu differenzieren. Eine vorläufige Operationalisierung des Kontextes ergibt vier Variablen: zwei, die sich auf die Struktur der Gesellschaft (Grad der Heterogenität und Dominanzstrukturen), und zwei, die sich auf die Struktur des Entscheidungssystems beziehen (Komplexitätsgrad und Grad der Formalisierung/ Institutionalisierung). Das kontextualisierte Maß für Demokratie bringt Demokratie- und Kontext-Variablen in der Art eines Marktmodells zusammen: Demokratiequalität bemisst sich demnach nach dem Ausmaß der effektiven Deckung des bei gegebenem Kontext vorhandenen (quantitativen wie qualitativen) Beteiligungsbedarfs (eine 'empirische Illustration' findet sich im Anhang)." (Autorenreferat)

[2-L] Appel, Margit; Gubitzer, Luise; Sauer, Birgit (Hrsg.):

Zivilgesellschaft - ein Konzept für Frauen?, (Frauen, Forschung und Wirtschaft : Schriftenreihe der Wirtschaftsuniversität Wien, Bd. 13), Frankfurt am Main: P. Lang 2003, 228 S., ISBN: 3-631-51173-6 (Standort: ULB Münster Zweigbibl. Sozialwiss.(6A)-MD-6300/175)

INHALT: "An das Konzept Zivilgesellschaft sind - nicht zuletzt von sozialen Bewegungen oder globalisierungskritischen NGO's - Hoffnungen auf die Demokratisierung der globalisierten großen Welt bis hin zur kleinen Welt der Gemeinden geknüpft. Aber kann die Zivilgesellschaft auch ein Konzept für Frauen sein? Das Buch kommentiert Diskurse über Konzepte, Politiken und Handlungsspielräume von Zivil- und Bürgergesellschaft. Aktuelle (männliche) Denksätze von Zivil- und Bürgergesellschaft werden aus verschiedenen theoretisch-feministischen Perspektiven hinterfragt. Die geschlechterhierarchische Arbeitsteilung - auch innerhalb der Zivilgesellschaft - aus feministisch-kritischer Perspektive analysiert. Bürgergesellschaft erscheint im Ergebnis als ein Konzept für jene Lücken, die neoliberale Politik entstehen lässt. Zivilgesellschaftliche Aktionsformen hingegen, ermöglichen es Frauen eher, als politische Subjekte Gesellschaft mitzugestalten und aktiv politisch zu partizipieren." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Margit Appel, Luise Gubitzer, Birgit Sauer: Zivilgesellschaft - ein Konzept für Frauen? Eine Einführung in den Band (7-15); Elisabeth Nemeth: Die Zivilgesell-

schaft und ihre vielen Freunde. Ein Orientierungsversuch (19-33); Karin Wetschanow: Zivilgesellschaft, Talkshows und Frauenbewegung (35-50); Anneliese Erdemgil-Brandstätter und Maria Katharina Moser: Zivilgesellschaft - ein Konzept für Frauenobjekte? (51-69); Herlinde Pauer-Studer: Zivilgesellschaft - Was kann und soll sie bedeuten? (73-85); Christa Schnabl: (Werte-)Gemeinschaft in der Zivilgesellschaft: Konzepte, Aufgaben und Verortung (87-115); Birgit Sauer: Zivilgesellschaft versus Geschlechterkritische Anmerkungen zu einer problematischen Dichotomie (117-136); Luise Gubitzer: Zur Ökonomie der Zivilgesellschaft (137-177); Margit Appel: Die alte Arbeitsteilung der Geschlechter an neuen Orten? Erwerbstätigkeit und Ehrenamt in der Zivil- und Bürgergesellschaft (181-192); Astrid Winkler: Zwischen Loyalität und Aufbegehren. Empirische Befunde zur Arbeitssituation von Frauen in der Evangelischen Kirche in Österreich (193-205); Eva Hollerweger: Übers Teilen. Ein Märchen. Daten und Trends zur ehrenamtlichen Betätigung von Frauen und Männern (207-226).

[3-L] Bach, Maurizio:

Denken Soziologen anders über Politik als Politikwissenschaftler?: zur Eigenständigkeit der Politischen Soziologie, in: Soziologie: Forum der Deutschen Gesellschaft für Soziologie : Forum der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Jg. 33/2004, H. 2, S. 17-34 (Standort: UuStB (Köln)38-XG0236; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Eine systematische Positionsbestimmung der Soziologie der Politik bzw. der Politischen Soziologie, so wird in diesem Beitrag argumentiert, ist weder durch das Abstecken von Untersuchungsfeldern zwischen Politikwissenschaft und Soziologie noch durch einen Rückzug der soziologischen Politikforschung in staats- und herrschaftsfremere Sphären des Alltagslebens oder lebensweltlicher Exotik zu erreichen. Vielmehr lassen sich die spezifischen Erkenntnisperspektiven der Soziologie politischer Tatbestände in erster Linie durch Fragestellungen und Forschungsstrategien begründen, die an die sozialtheoretischen Kernparadigmen und analytischen Erklärungsprobleme der Allgemeinen Soziologie anschließen. Daraus ergibt sich das spezifische, zugleich analytische und kritische Potential der Soziologie politischer Tatbestände, was exemplarisch anhand des herrschaftssoziologischen Legats der Demokratietheorie sowie der Grundperspektiven der soziologischen Institutionenanalyse erläutert wird. Die prinzipielle Eigenständigkeit, der große Paradigmenreichtum und die Perspektivenvielfalt der Soziologie der Politik als legitimer Zweig der Allgemeinen Soziologie rechtfertigen ein selbstbewussteres und offensiveres Auftreten ihrer Vertreter, insbesondere gegenüber der Politikwissenschaft." (Autorenreferat)

[4-L] Berg-Schlosser, Dirk; Stammen, Theo (Hrsg.):

Einführung in die Politikwissenschaft, München: Beck 2003, 371 S., ISBN: 3-406-50495-7

INHALT: Die Tatsache, dass das Lehrbuch von Berg-Schlosser und Stammen nunmehr in siebter Auflage vorgelegt wird, spricht eigentlich schon für sich. Seit fast 30 Jahren hat es sich in der politikwissenschaftlichen Lehre bewährt. Die grundsätzliche Konzeption ist dabei seit der ersten Auflage (1974) gleich geblieben: Zunächst wird systematisch diskutiert, was das Politische ausmacht und wie sich die Wissenschaft theoretisch und methodisch dem Untersuchungsgegenstand 'Politik' nähert. Auf dieser Grundlage wird sodann in die Teilgebiete der Politikwissenschaft eingeführt: Politische Philosophie, die Lehre vom Politischen System, Vergleichende Politikwissenschaft und Internationale Politik. In diesen Teilen wurden natur-

gemäß einige (wenn auch behutsame) Aktualisierungen vorgenommen und die Bibliografie wurde ergänzt.' (ZPol, Leske u. Budrich)

[5-F] Berg-Schlosser, Dirk, Prof.Dr.Ph.D.; Cronqvist, Lasse, M.A. (Bearbeitung):

Entwicklung und Test von Software für komparative "Klein-N"-Analysen

INHALT: Erstellung einer Windows-kompatiblen Software für "Qualitative Comparative Analysis" (QCA) mit neuen Varianten; "TOSMANA" (TOols for SMall N Analysis, verfügbar unter <http://www.TOSMANA.net>).

METHODE: Komparative empirische Analysen auf der "Makro"-Ebene politischer Systeme mit kleinen Fallzahlen. Untersuchungsdesign: Trend, Zeitreihe; Querschnitt *DATENGEWINNUNG*: Experiment. Sekundäranalyse von Aggregatdaten (osteuropäische Staaten, afrikanische Staaten, OECD).

VERÖFFENTLICHUNGEN: Berg-Schlosser, D.: Macro-quantitative vs. macro-qualitative methods in the social sciences - testing empirical theories of democracy. in: *Political Analysis* (eingereicht).

ART: Eigenprojekt *BEGINN:* 2001-08 *ENDE:* 2003-07 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Institution

INSTITUTION: Universität Marburg, FB 03 Gesellschaftswissenschaften und Philosophie, Institut für Politikwissenschaft Professur für Vergleichende Politikwissenschaft mit besonderer Berücksichtigung der Entwicklungsländer (Wilhelm-Röpke-Str. 6 G, 35032 Marburg)

KONTAKT: Berg-Schlosser, Dirk (Prof.Dr.Ph.D. Tel. 06421-2824397, e-mail: bergschl@staff.uni-marburg.de); Cronqvist, Lasse (e-mail: lasse@staff.uni-marburg.de)

[6-L] Bonacker, Thorsten; Brodocz, André; Noetzel, Thomas (Hrsg.):

Die Ironie der Politik: über die Konstruktion politischer Wirklichkeiten, Frankfurt am Main: Campus Verl. 2003, 334 S., ISBN: 3-593-37222-3

INHALT: Mithilfe des Begriffs 'Ironie' als 'Indiz einer sich selbst unsicher gewordenen Gesellschaft' (9) will der Band eine konstruktivistische Perspektive auf Theorie und Praxis gegenwärtiger Politik bieten. Als Anknüpfungspunkt dient fast allen Autoren das Denken Richard Rortys. Die frankophone Diskussion wird bis auf einige Anmerkungen zu Jean-Francois Lyotard weitgehend ignoriert. Aus dem Inhaltsverzeichnis: I. Die Konstruktion politischer Wirklichkeiten und ihre ironische Reflexion: Christoph Menke: Von der Ironie der Politik zur Politik der Ironie. Eine Notiz zum Prozess liberaler Demokratie (19-33); Andre Brodocz: Das Ende der politischen Theorie? Über die Rechtfertigung der Demokratie und die Ironie ihrer Unmöglichkeit (52-64); Dirk Auer: Kontingenzbewusstsein und Möglichkeitssinn - Ironie und Gesellschaftskritik bei Richard Rorty (65-84); Andreas Reckwitz: Die Krise der Repräsentation und reflexives Kontingenzbewusstsein. Zu den Konsequenzen der post-empiristischen Wissenschaftstheorien für die Identität der Sozialwissenschaften (85-103); Joachim Kreische: Die Ironie der politischen Kommunikation bei Luhmann und Habermas (104-121); Carsten Schlüter-Knauer: Ironische Dramatisierung der politischen Subjektivität in der attischen Demokratie (159-177); Rainer Schmidt: Ideengeschichte, Diskursanalyse, 'linguistic turn'. Konstruktivistische Grundlagen einer Analyse der politischen Sprache (178-192). II. Die Ironie politischer Wirklichkeiten und ihre Re-Konstruktion: Thorsten Bonacker: Die Ironie des Protests. Zur Rationalität von Protestbewegungen (195-212); Klaus P. Japp: Zur

Selbstkonstruktion transnationaler Regime: Der Fall BSE (232-249); Maren Lehmann: Die Ironie der Interessen (250-264); Thomas Krumm: Die Ironie der Ironie. Zum ironischen Selbstverständnis der Politikberatung (281-295); Hans-Martin Schönherr-Mann: Ernstfall oder Ironisierung - Alternativen in der politischen Kultur? (296-309); Jörn Lamla: Politische Konstruktionen in rekonstruktive Perspektive. Drei Modelle interpretativer Politikforschung (310-330). (ZPol, Leske u. Budrich)

[7-L] Bonfatti, Emilio; Duso, Giuseppe; Scattola, Merio (Hrsg.):

Politische Begriffe und historisches Umfeld der *Politica methodice digesta* des Johannes Althusius, (Wolfenbütteler Forschungen, 100), Wiesbaden: Harrassowitz 2002, 380 S., ISBN: 3-447-04706-2

INHALT: Der Prozess der europäischen Integration stelle die Bevölkerung, ihre Politiker und die Politologen vor dieselbe Frage, schreiben die Herausgeber, mit der die Geschichte des modernen Staates begonnen habe: 'Wie kommt politische Gemeinschaft zustande?' (8) Althusius, mit dessen Ideen einer nichtstaatlichen Form des Föderalismus sich dieser Band beschäftigt, sei zwar ein höchst unzeitgemäßer Denker. Dennoch befrage man so ädie Geschichte vor der Entstehung des modernen Staates, um die Lage des heutigen Staates und die Möglichkeiten künftiger Entwicklungen zu erfassen' (8). Begriffe wie Herrschaft, Staat, Souveränität und Gesellschaft könnten auf diese Weise aus einer neuen Perspektive betrachtet werden: Althusius habe eine politische Ordnung vorgeschlagen, die 'radikal alternativ zur staatlichen Ordnung der Moderne' (9) sei und keine moderne Souveränität kenne. Aus dem Inhaltsverzeichnis: Giuseppe Duso: Herrschaft als gubernatio in der politischen Lehre des Johannes Althusius (13-33); Horst Dreitzel: Althusius in der Geschichte des Föderalismus (49-112); Martin van Gelderen: Der moderne Staat und seine Alternativen: Althusius, Arnisaeus und Grotius (113-132); Michael Behnen: Herrschaft und Religion in den Lehren des Lipsius und Althusius (165-184); Wolfgang E. J. Weber: Potestas consilio & auxilio juvandi. Bemerkungen zur Beratungs- und Rätetheorie bei Johannes Althusius (185-210); Thomas O. Hueglin: Subsidiarität in der Europäischen Union zwischen Althusius und katholischer Soziallehre (363-374). (ZPol, Leske u. Budrich)

[8-F] Deutsch, Franziska (Bearbeitung); Welzel, Chris, Prof.Dr. (Betreuung):

Determinants of protest activity in old and new democracies

INHALT: keine Angaben

ART: Dissertation *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

INSTITUTION: International University Bremen -IUB-, School of Humanities and Social Sciences, Professorship Political Science Prof.Dr. Welzel (Postfach 750561, 28725 Bremen)

KONTAKT: Betreuer (Tel. 0421-200-3461, Fax: 0421-200-3303,
e-mail: c.welzel@iu-bremen.de)

[9-F] Dolezal, Martin, Dr.; Frey, Timotheos; Lachat, Romain; Bornschie, Simon (Bearbeitung); Grande, Edgar, Prof.Dr.; Kriesi, Hanspeter, Prof.Dr. (Leitung):

Nationaler politischer Wandel in entgrenzten Räumen - eine vergleichende Untersuchung zu den Auswirkungen der Globalisierung auf die nationale Politik (Teilprojekt C5)

INHALT: Die mit dem Prozess der Globalisierung bzw. Denationalisierung verbundene Entgrenzung nationaler Räume schafft neue strukturelle Konfliktlinien innerhalb und zwischen nationalen Kontexten. Diese neuen strukturellen Gegensätze begründen - so die Ausgangsvermutung dieses Teilprojekts - die Potentiale für politische Mobilisierungsprozesse innerhalb nationaler politischer Räume. Sie sind von entscheidender Bedeutung dafür, wie Globalisierungsfolgen politisch verarbeitet werden, mithin also dafür, ob der durch den Prozess der reflexiven Modernisierung ausgelöste Strukturbruch in modernen Gesellschaften die Form eines reflexiven 'Pluralismus' annimmt, oder ob er in einen reflexiven 'Fundamentalismus' umschlägt. Das Teilprojekt befasst sich einerseits mit der Analyse dieser Konfliktpotentiale, und andererseits mit der Art und Weise, wie diese Potentiale in der nationalen Politik seit den neunziger Jahren durch politische Parteien mobilisiert werden. Es geht davon aus, dass die nationalen Wahlen nach wie vor entscheidende Momente der politischen Strukturierung nationaler politischer Räume darstellen und es beabsichtigt, die Entwicklung des thematischen Angebots der politischen Parteien einerseits und der entsprechenden Nachfrage seitens ihrer Wählerschaft andererseits systematisch und für eine Reihe von westeuropäischen Ländern (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Niederlande, Österreich, Schweiz) miteinander zu vergleichen. *ZEIT-RAUM:* Ende 20./ Anfang 21. Jahrhundert *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Schweiz, Österreich, Niederlande, Frankreich, Großbritannien, Bundesrepublik Deutschland

METHODE: Basis der Studie ist die Theorie reflexiver Modernisierung, der zufolge in modernen Gesellschaften derzeit ein Epochenbruch stattfindet, der den Übergang von der ersten zur zweiten Moderne markiert. Dieser Epochenbruch, so die Kernthese der Theorie, zeigt sich in der abnehmenden Wirkkraft der Ideen der westlichen Moderne. Diese Erosion wird dabei u.a. auf die Dynamik der Nebenfolgen westlich moderner Entwicklungen zurückgeführt. Innerhalb dieses übergreifenden theoretischen Verständnisses ist das Forschungsprojekt der vergleichenden Politikforschung zuzurechnen. Untersuchungsdesign: Trend, Zeitreihe; Querschnitt *DATENGEWINNUNG:* Inhaltsanalyse, standardisiert (Zeitungsartikel, TV-Nachrichtensendungen -Totalerhebung 2 bzw. 1 Monat(e) vor dem Wahltermin-). Qualitatives Interview (Stichprobe: ca. 10 pro Land; Parteienvertreter; Auswahlverfahren: bewusst). Sekundäranalyse (Wahlstudien, Zeitungsinsterate, TV-Spots).

ART: gefördert *BEGINN:* 2002-07 *ENDE:* 2005-06 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Schweizerischer Nationalfonds zur Förderung der Wissenschaftlichen Forschung; Deutsche Forschungsgemeinschaft

INSTITUTION: Universität Zürich, Philosophische Fakultät, Institut für Politikwissenschaft (Seilergraben 53, 8001 Zürich, Schweiz); Technische Universität München, Fak. für Wirtschaftswissenschaften, Lehrstuhl für Politische Wissenschaft (Lothstr. 17, 80335 München); SFB 536 Reflexive Modernisierung (Theresienstr. 37-39, 80333 München)

KONTAKT: Dolezal, Martin (Dr. Tel. 089-289-24223, e-mail: Martin.Dolezal@ws.tum.de)

[10-F] Fischer-Lescano, Andreas, Dr.; Liste, Philip (Bearbeitung); Bothe, Michael, Prof.Dr. (Leitung):

Der ambivalente Umgang von Demokratien mit dem völkerrechtlichen Gewaltverbot

INHALT: Die Theorien des Demokratischen Friedens (DF) haben sich bislang den in erster Linie auf politische Systeme bezogenen Thesen von "Frieden durch Demokratie" bzw. "Frieden durch internationale Institutionen" gewidmet. Kants Friedensschrift war aber ein genuin rechtspazifistischer Entwurf, der sich nicht auf politisch-institutionelle Friedensforderungen beschränkte, sondern eine völkerrechtliche Friedensordnung adressierte. Das vorliegende Pro-

jekt möchte dazu beitragen, die Bedingungen eines "Friedens durch Recht" zu formulieren und im Rahmen einer interdisziplinär angelegten Untersuchung die diesbezüglichen rechtstheoretischen, -dogmatischen und -politischen Erkenntnisse in die Theorie des DF zu integrieren. Dabei wird sich insbesondere der grundlegenden Antinomie zu widmen sein, die darin besteht, dass trotz der völkerrechtsstärkenden Wirkung, die der demokratischen Regierungsform zugeschrieben wird, eine gewisse Bereitschaft demokratischer Staaten zu einem autointerpretativen, instrumentellen Umgang mit dem Völkerrecht beobachtet werden kann. Das Projekt will deshalb die Entscheidungen demokratischer Staaten in ihrem Verhältnis zu den völkerrechtlichen Regeln des Gewaltverbots im Rahmen eines law in context-Ansatzes in unterschiedlichen Zusammenhängen vergleichend untersuchen, um Zusammenhänge zwischen demokratischer Regierungsform und dem Umgang mit dem Völkerrecht zu erklären. Die Untersuchung wird 1. unter rechtlichen und politikwissenschaftlichen Gesichtspunkten die Regeln und institutionellen Vorgaben vergleichen, die die Entscheidungsprozesse einzelner Staaten prägen. Es ist maßgeblich zu untersuchen, wie und wo bestimmte, insbesondere rechtliche Legitimationsstrategien, in diesen Systemen aufgenommen werden. Dabei wird 2. die Rolle des Völkerrechts und des Rechts internationaler Organisationen zur Steuerung nationaler Entscheidungen analysiert werden, um 3. insbesondere die Transformations- bzw. Inkorporationsstrukturen von Völkerrecht in nationales Recht zu bewerten. Sodann sind 4. die möglichen Rückwirkungen der von Demokratien geübten nationalstaatlichen Praxis auf die völkerrechtlichen Regeln und das Funktionieren internationaler Organisationen zu fokussieren.

ART: Eigenprojekt *AUFTRAGGEBER*: keine Angabe *FINANZIERER*: keine Angabe

INSTITUTION: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung -HSFK- (Leimenrode 29, 60322 Frankfurt am Main)

KONTAKT: Leiter (e-mail: bothe@hsfk.de)

[11-L] Franzmann, Manuel; Liebermann, Sascha; Pawlytta, Christian:

Die Solidarität der Bürger: Habitusformationen und Deutungsmuster, in: Jutta Allmendinger (Hrsg.): *Entstaatlichung und soziale Sicherheit* : Verhandlungen des 31. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Leipzig ; Teil 1, Opladen: Leske u. Budrich, 2003, k. A., ISBN: 3-8100-4038-X

INHALT: "Unter 'Informalisierung der Solidarität' kann man in bezug auf die Nationalstaaten von heute Prozesse verstehen, in denen Solidarleistungen aus der Regie staatlicher Institutionen (formalisierter, regulierter 'Solidarsysteme') in die Hand der Bürger und nicht-staatlicher Institutionen gelegt werden. Dabei gilt ganz unabhängig von solchen Prozessen, dass staatlich institutionalisierte Formen von Solidarität immer schon auf den 'informellen' Solidaritätshaltungen der Staatsbürger aufrufen und durch diese getragen werden. Es muss vor diesem Hintergrund zwischen folgenden Typen von Solidarität unterschieden werden: zwischen derjenigen Solidarität, die der Staat in der Erfüllung seiner Fürsorgepflicht zum Schutz und zur Förderung der Integrität und Autonomie seiner Bürger organisiert, und derjenigen Solidarität, welche unmittelbar eine Verkörperung der Autonomie des Staatsbürgers darstellt, einer Autonomie, die für die politische Gemeinschaft in Gestalt des Volkssouveräns konstitutiv ist. Gegenstand des Vortrages sind auf dieser Folie die Habitusformationen und Deutungsmuster, auf denen die Solidaritätskultur einer politischen Gemeinschaft inklusive der staatlich-institutionalisierten Formen von Solidarität letztlich basiert. Zunächst ist eine Begriffsklärung vorzunehmen. Denn schon bei einer Betrachtung des Sprachgebrauchs fällt auf, dass mit 'So-

lidarität' sehr heterogene Phänomene bezeichnet werden, so dass die Frage nach ihrer Gemeinsamkeit und Differenz aufgeworfen wird. Der umgangssprachliche Gebrauch ist von der theoriesprachlichen Verwendung des Solidaritätsbegriffs zu unterscheiden, auch wenn letztere immer auf ersteren bezogen sein muss. In den Sozialwissenschaften wird der Begriff naturgemäß in einem sehr viel abstrakteren Sinne verwendet (z.B. bei Durkheim) als in der auf konkrete Situationen bezogenen Alltagssprache. Semantisch fällt unter den Begriff Solidarität sowohl eine die Struktur eines Sozialgebildes konstituierende Solidarität, als auch eine Solidarität, die eine (z.B. individuelle) Sonderleistung darstellt, d.h. eine nicht erwartbare Form von Solidarität. Der Solidaritätsbegriff bedarf also dringend ergänzender Differenzierungen. Die Staatsbürgerschaft des modernen Nationalstaats beispielsweise impliziert eine selbstverständlich geltende Gemeinwohlbindung und Solidaritätsbereitschaft. Von dieser für das Bestehen der politischen Vergemeinschaftung unverzichtbaren und von jedem erwartbaren Solidarität zu unterscheiden ist Solidarität, wie sie z.B. im Rahmen eines ehrenamtlichen, bürgerschaftlichen Engagements praktiziert wird. Generell ist es ein Unterschied, ob Solidarität Moment der 'Gemeinschaftlichkeit' einer familialen, religiösen, politischen oder sonstigen Gemeinschaft ist oder über Gemeinschaft hinausgeht wie beim Spenden für die sog. Dritte Welt u.ä. Es ist auch zu berücksichtigen, ob sich die betreffenden Gemeinschaften aufgrund eines drängenden Solidaritätsbedarfs (wie historisch im Fall der Arbeitervergemeinschaftung im Angesicht der sog. sozialen Frage, zu der das Fehlen eines ausgebildeten, demokratisch verfassten Nationalstaates immer schon hinzugehört) eigens als 'Solidargemeinschaft' gebildet hat oder nicht. Weitere Differenzierungen wären vorzunehmen. Vor dem Hintergrund der begriffsanalytischen Schärfung ist schließlich die Frage anzugehen, welche Habitusformationen und Deutungsmuster der Bürger die Solidaritätskultur ihres Landes tragen. Wir stützen uns auf Analysen, die wir in den letzten beiden Jahren im Rahmen eines an der Universität Dortmund angesiedelten Forschungsprojekts zum Thema "Entsolidarisierung" durchgeführt haben. In diesen Analysen zeigt sich die Solidaritätskultur in concreto als Solidaritätshaltung in ihren verschiedenen Dimensionen und Bezügen." (Autorenreferat)

[12-L] Gosewinkel, Dieter; Reichardt, Sven (Hrsg.):

Ambivalenzen der Zivilgesellschaft: Gegenbegriffe, Gewalt und Macht, (Discussion Papers / Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Forschungsschwerpunkt Zivilgesellschaft, Konflikte und Demokratie, Abt. Zivilgesellschaft: historisch-sozialwissenschaftliche Perspektiven, 2004-501), (Workshop "Zivilgesellschaft - historische Forschungsperspektiven", 2002, Berlin), Berlin 2004, 86 S. (Standort: UuStB Köln(38)-20040106783; Graue Literatur; URL: <http://skylla.wz-berlin.de/pdf/2004/iv04-501.pdf>); Forschungsbericht/Nummer: SP IV 2004-501

INHALT: Die Beiträge dieses discussion papers gehen auf einen Workshop am WZB im Dezember 2002 zurück, der historische Forschungsperspektiven des Konzepts Zivilgesellschaft zum Gegenstand hatte. Sie dokumentieren einen zentralen Strang der Debatte: um die - explizit oder implizit - enthaltene regulativ-normative Tendenz in der Konzeptualisierung von Zivilgesellschaft. Hervorgehoben werden drei Aspekte, die in den geläufigen, vielfach normativ geprägten Begriffsbestimmungen von Zivilgesellschaft übergangen oder externalisiert werden: die Konzeptualisierung von Zivilgesellschaft aufgrund von Gegenbegriffen, die Ursprünge von Zivilgesellschaft in Krieg und Gewalt, schließlich die Bedeutung von Macht innerhalb von Zivilgesellschaften. Die Beiträge sind durch die Annahme verbunden, dass sich an der Frage, ob Macht und Gewalt als Gegensatz oder Teil, gegebenenfalls als Bedingung zivilgesellschaftlicher Strukturen aufgefasst werden, Art und Grad normativer Konzeptuali-

sierungen von Zivilgesellschaft entscheiden. Der normative Gehalt zivilgesellschaftlicher Konzeptbildung wird problematisiert, indem er mit den Ambivalenzen (zivil)gesellschaftlicher Realität konfrontiert wird. Gezeigt wird, wie seit der Frühen Neuzeit das Konzept der Zivilgesellschaft in Entgegensetzung zu den Feindprinzipien des Fanatismus und der Barbarei entwickelt wurde (Colas), inwieweit die Entstehung von Zivilgesellschaften durch Gewalt und Krieg bedingt war (Leonhard), schließlich welche Verhältnisse von Macht und Zwang, Sozial- und Selbstdisziplinierung für zivilgesellschaftliche Organisationsformen typisch waren und sind (Llanque, Sarasin, Bröckling, Priddat). Die Beiträge wollen zu weiterer, empirischer Forschung über die Ambivalenzen der Zivilgesellschaft und ihre 'dunklen Seiten' anregen. (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Dieter Gosewinkel, Sven Reichardt: Ambivalenzen der Zivilgesellschaft: einleitende Bemerkungen (1-6); Ute Hasenöhr, Nina Verheyen: Tagungsbericht - Workshop "Zivilgesellschaft: Historische Forschungsperspektiven" im Wissenschaftszentrum Berlin, 6./7. Dezember 2002 (7-13); Dominique Colas: "Civil society": a historical and conceptual approach (14-25); Jörn Leonhard: Zivilität und Gewalt: Zivilgesellschaft, Bellizismus und Nation (26-41); Marcus Llanque: Zivilgesellschaft und zivile Macht: Tocqueville und die politische Funktion der Assoziationen (42-52); Philipp Sarasin: "Zivilgesellschaft" und Wissenschaftsgeschichte. Ein Beispiel und sechs Thesen zu einem problematischen Konzept (53-59); Ulrich Bröckling: Balance of Power. Zivilgesellschaft und die Gouvernementalität der Gegenwart (60-68); Birger P. Priddat: Vertrauen, Neue Institutionenökonomik und Zivilgesellschaft: 'third party enforcement' und 'credible commitments' (69-85).

[13-F] Hauser, Richard, Prof.Dr.; Becker, Irene, Dr. (Leitung):

Soziale Gerechtigkeit - Zieldimensionen und empirische Befunde zur Zielannäherung

INHALT: Vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion über soziale Gerechtigkeit sollen eine Zieldiskussion und eine Analyse der erreichten Zielannäherung erfolgen. Dabei werden die Beziehungen zwischen den Teilzielen der sozialen Gerechtigkeit mit Blick auf die Chancengleichheit und die Einkommens- und Vermögensverteilung im Mittelpunkt stehen. 1. Kontext/ Problemlage: Seit den 80er Jahren gilt der Verteilung des materiellen Wohlstands in der Bundesrepublik Deutschland unter allgemeinen Aspekten der sozialen Gerechtigkeit ein gesteigertes öffentliches Interesse. Mittlerweile zeichnet sich allerdings eine Spaltung der gesellschaftlichen Aufmerksamkeit ab, indem infolge vielfältiger Behauptungen über einen "ausufernden" Sozialstaat Forderungen nach einer Begrenzung des Ziels sozialer Gerechtigkeit auf die Gewährleistung von (Teilhabe-)Chancengleichheit laut werden. Für eine Fundierung dieser Auseinandersetzung sollte aber zunächst ein Zielsystem entwickelt und der gesellschaftlichen Realität gegenübergestellt werden, um Gestaltungsmöglichkeiten der künftigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und die notwendigen Wertungen aufzuzeigen. 2. Fragestellung: Die aus dem Sozialstaatsprinzips ableitbaren Ziele der Startchancengleichheit, der Leistungsgerechtigkeit, der Bedarfsgerechtigkeit und der Generationengerechtigkeit - Aspekte des übergeordneten Ziels der sozialen Gerechtigkeit - sind mit ihren Interdependenzen zu systematisieren. Auf dieser Basis soll der Status quo sozialer Gerechtigkeit näherungsweise anhand empirischer Befunde zu einzelnen Facetten skizziert werden. Dabei sind u.a. die Bildungsbeteiligung junger Menschen nach ihrer sozialen Herkunft, das Ausmaß der aus der marktmäßigen Leistungsbewertung resultierenden Ungleichverteilung und die Umsetzung von Aspekten der Bedarfsgerechtigkeit durch das Steuer-Transfer-System zu berücksichtigen. Schließlich sind die gängigen Generationenbilanzen kritisch zu hinterfragen. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

METHODE: Vorliegende Arbeiten beschäftigen sich entweder mit den theoretischen und normativen Grundlagen des Sozialstaats und der entsprechenden Ziele oder mit der empirischen Erforschung der Sozialstruktur und verschiedener Aspekte des Verteilungsproblems. Beide Forschungsbereiche stehen bisher weitgehend unverbunden nebeneinander. Deshalb soll mit der beabsichtigten Kurzstudie zumindest ein erster Schritt zur Verzahnung von Zieldiskussion und empirischer Forschung gegangen werden. Die theoretischen Arbeiten sollen Konkurrenz- und Komplementaritätsbeziehungen zwischen Teilzielen sozialer Gerechtigkeit aufdecken. Der empirische Teil wird weitgehend auf sekundärstatistischen Analysen bzw. eigenen Vorarbeiten, teilweise auch auf speziellen Mikrodatenauswertungen basieren.

ART: gefördert *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Hans-Böckler-Stiftung

INSTITUTION: Universität Frankfurt, FB 02 Wirtschaftswissenschaften, Institut für VWL Professur für VWL, insb. Verteilungs- und Sozialpolitik (Postfach 111932, 60054 Frankfurt am Main)

KONTAKT: Becker, Irene (Dr. e-mail: irebecke@wiwi.uni-frankfurt.de od. I-H.Becker@t-online.de)

[14-L] Heinrichs, Thomas:

Freiheit und Gerechtigkeit: Philosophieren für eine neue linke Politik, Münster: Verl. Westfäl. Dampfboot 2002, 361 S., ISBN: 3-89691-532-0

INHALT: Der Autor unternimmt den Versuch, 'das Projekt einer freien, gleichen und gerechten Gesellschaft, als einer radikaldemokratisch und nicht herrschaftsförmig organisierten Gesellschaft, neu zu entwickeln' (9). Die 'Abschaffung der Herrschaft' ist die eine, die Überwindung der dem Kapitalismus inhärenten Wachstumsdynamik ist die andere Voraussetzung des von Heinrichs verfolgten Entwurfs. Ausdrücklich bezeichnet der Autor seine Überlegungen als utopisches Projekt, 'das die Denkmöglichkeit einer (...) Alternative zum Spätkapitalismus' aufzeigen soll (14). Utopien bedürfen zweifellos einer Plausibilisierung: Heinrichs möchte im ersten Teil eine ('positive') philosophische Begründung vorstellen, die - im Kontrast zu deren gegenwärtiger akademischer Gestalt - Philosophie als emanzipative kulturelle Selbstverständigung versteht. Im zweiten - politischen - Teil geht es einerseits um eine Auseinandersetzung mit heutigen Konzepten linker Politik (darunter besonders den Praktiken 'realsozialistischer' Staaten, andererseits möchte der Autor für konkrete Ansätze herrschaftsfreier Selbstorganisation votieren. Inhaltsübersicht: I. Für eine philosophische Praxis der Veränderung: I.1 Philosophie, Philosophiewissenschaft, Philosophietheorie: Philosophie; Philosophie als Wissenschaft?; Philosophie als Diskurspolitik; Diskursive Techniken der Philosophie; Wissenschaftliche Lektüre der Philosophie; Philosophische Lektüren; Parameter wissenschaftlicher Lektüre; Philosophietheorie. I.2 Demokratisch-emanzipatorische Philosophie: Praxen der Philosophie; Das Potpourri der Praxen herrschaftsförmiger Philosophie; Die Praxis der Wahrheitssuche; Praxen kritischer Philosophie; Praxen radikaldemokratisch-emanzipatorischer Philosophie. II. Für ein Neues Linkes Projekt: II.1 Was ist heute Links? Anmerkung: 1968; Kritik der linken Projekte; Kritik der Revolutions- und Verelendungstheorie; Kritik der sozialistischen Staaten; Krise des Marxismus? II.2 Konkrete Utopie der Freiheit: Herrschaft; Freiheit und Gerechtigkeit; Humanität. II.3 Praktisches Modell einer freien Gesellschaft (Nomoi): Wege zur Herrschaftsfreiheit; Herrschaftsfreie Selbstorganisation; Ein neuer Mensch? (ZPol, Leske u. Budrich)

[15-L] Herberg-Rothe, Andreas:

Gewalt und Ordnung: zur Aktualität eines alten Diskurses, in: WeltTrends: Zeitschrift für internationale Politik und vergleichende Studien : Zeitschrift für internationale Politik und vergleichende Studien, Jg. 12/2004, Nr. 42, S. 113-124 (Standort: UuStB Köln (38)-LXE782; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Können Ordnung und Freiheit nur durch den Einsatz von Gewalt garantiert werden? Nach Hegels Auffassung kann der Einsatz von Gewalt der historische Ursprung der Staatenbildung gewesen sein, er ist jedoch nicht das Grundprinzip von Staaten. Es trifft zu, dass Ordnung und Freiheit gegen Gewalt und Gewaltakte geschützt werden müssen, ihre normative Differenz wird jedoch im Begriff "Gewaltordnung" nicht nivelliert. Paradox ist, dass Linke in der Tradition von Nietzsche und Foucault den "kleinen Unterschied" zwischen Machtpolitik und Ordnung zunehmend ignorieren. In ihrer Reduktion von Politik auf Machtpolitik haben die Neo-Konservativen und ihre schärfsten Kritiker mehr gemein als sie ahnen. (ICEÜbers)

[16-L] Herberg-Rothe, Andreas:

Hannah Arendt und Carl Schmitt: "Vermittlung" von Freund und Feind, in: Der Staat: Zeitschrift für Staatslehre und Verfassungsgeschichte, deutsches und europäisches öffentliches Recht : Zeitschrift für Staatslehre und Verfassungsgeschichte, deutsches und europäisches öffentliches Recht, Bd. 43/2004, H. 1, S. 35-55 (Standort: UuStB Köln(38)-FHM XF7; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Hannah Arendt sah Schmitts Schrift über die politische Romantik als das beste Werk über dieses Thema und ihn selbst als bedeutendsten Staatsrechtler der Weimarer Republik. Dessen ungeachtet verurteilte sie sein Eintreten für den Faschismus aufs schärfste. Dem Autor geht es keineswegs darum, Schmitt durch den Nachweis von Wahlverwandtschaften mit Arendt zu rehabilitieren oder umgekehrt diese hierdurch zu diskreditieren. Vielmehr ist ein systematisches Interesse ausschlaggebend, das Interesse daran, zu bestimmen, was Politik ist und welche Aufgaben sie heute haben kann. Die Perspektive der Bestimmung des Politischen im Spannungsfeld von Arendt und Schmitt ist eine wechselseitige "widersprechende Antwort". Schmitts Unterscheidung zwischen Freund und Feind als Grundkategorien des Politischen verweist auf einen "existentiellen Grund" allen politischen Handelns, auf die Unberechenbarkeit der menschlichen Natur und auf den Gegensatz, den Antagonismus der Kräfte, der in jeder Gesellschaft immer neu entstehen kann. Seine Unterscheidung von Freund und Feind ist jedoch eher Voraussetzung politischen Handelns, eben ein Kriterium und somit keine Wesensbestimmung. Demgegenüber ist der Inhalt, das "Telos" der Politik, die Vermittlung von Freund und Feind, so die Formel des Autors in Anlehnung an Arendt. Diese Vermittlung setzt die Unterscheidung voraus, weil keine Vermittlung ohne Gegensatz, ohne Unterscheidung, denkbar ist - und insofern behält auch Schmitt seine historische wie systematische Bedeutung. Die Reduktion des Politischen auf die Unterscheidung von Freund und Feind führt jedoch zu extremen politischen Schlussfolgerungen, wie sie von Schmitt gezogen wurden. (ICA2)

[17-L] Hüttemann, Andreas:

Naturzustand und Staatsvertrag bei Hobbes, in: Zeitschrift für philosophische Forschung:, Bd. 58/2004, H. 1, S. 29-53

INHALT: "In diesem Aufsatz untersucht der Autor, ob sich der Hobbes'sche Naturzustand als Gefangenendilemma beschreiben lässt und welche Konsequenzen dies gegebenenfalls hat. Er argumentiert für die Thesen, dass erstens eine solche Beschreibung eine angemessene Charakterisierung des Hobbes'schen Naturzustandes ist (Abschnitt 1), dass das Gefangenendilemma zweitens kein Problem für die Hobbes'sche Argumentation aufwirft (Abschnitt 2) und dass drittens Hobbes sein Argumentationsziel verfehlte, wenn er den Naturzustand anders beschrieb, d.h. so, als seien die Applikationsbedingungen des Gefangenendilemmas nicht erfüllt. Das Gefangenendilemma, in dem sich die Naturzustandsbewohner befinden, ist daher notwendige Voraussetzung für die Vernünftigkeit eines Staates, in dem der Souverän mit einer Hobbes'schen Machtfülle ausgestattet ist (Abschnitt 3)." (Autorenreferat)

[18-L] Jörke, Dirk:

Begriffliche Verklärungen: "Paradoxien der Demokratie" bei Eisenstadt, Mouffe und Warren, in: Berliner Debatte Initial: Sozial- und geisteswissenschaftliches Journal : Sozial- und geisteswissenschaftliches Journal, Jg. 15/2004, H. 1, S. 40-45 (Standort: UB Bonn(5)-Z90/76; UuStB Köln(38)-M XA01655; Kopie über den Literaturdienst erhältlich;
URL: <http://www.berlinerdebatte.de/initial/pdf%20laden.htm>)

INHALT: Der Autor kommentiert folgende Publikationen: Samuel N. Eisenstadt: Paradoxes of democracy: Fragility, Continuity, and Change (1999); Chantal Mouffe: The Democratic Paradox (2000); Mark E. Warren: What can Democratic Participation Mean Today?, in: Political Theory, 2002, vol. 30. - Die Publikationen verweisen auf den Kontext einer zunehmenden Unsicherheit über die Zukunft der Demokratie bei gleichzeitigem Festhalten an normativen Grundimpulsen. Eine Gemeinsamkeit besteht nach Ansicht des Autors in der Betonung von vermeintlichen Paradoxien, deren Entfaltung für die Vitalität der Demokratie Sorge tragen soll. Gerade weil Demokratien eine paradoxe Grundstruktur aufweisen, zeigen sie sich nicht nur unter normativen Aspekten gegenüber anderen Regimen überlegen. (ICI2)

[19-L] Kevenhörster, Paul:

Politikwissenschaft: Bd. 1, Entscheidungen und Strukturen der Politik, (Uni-Taschenbücher, 1944), Opladen: Leske u. Budrich 2003, 512 S., ISBN: 3-8100-3470-3

INHALT: Nach einer 'Ausbauphase der Politikwissenschaft' (9) will Kevenhörster Auskunft darüber geben, welche Ergebnisse die Disziplin in Hinblick auf die Grundlagen und die Prinzipien der Politik geben kann. Auf der Basis internationaler Vergleiche soll in diesem Band der zeitlose Gesamtzusammenhang politischer Entscheidungen und Strukturen sichtbar. Die Grundbegriffe der Politikwissenschaft werden durch eine ungewohnte Gliederung zunächst in einen neuen Zusammenhang gebracht. Die Aufteilung in die klassischen Teildisziplinen (Innere Politik, Internationale Politik, Comparative Government und Theorie) wird durchbrochen. Inhaltsübersicht: 1. Der politische Prozeß; 2. Politische Sozialisation; 3. Politische Rekrutierung; 4. Politische Kommunikation; 5. Artikulation der Interessen; 6. Aggregation der In-

teressen; 7. Politische Entscheidungen; 8. Politik der Postmoderne; 9. Anhang. (ZPol, Leske u. Budrich)

[20-L] Kirloskar-Steinbach, Monika:

National identity: Belonging to a cultural group? Belonging to a polity?, (International Conference "Constituting Communities: Political Solutions to Cultural Differences in Europe", 2003, Kopenhagen), Konstanz 2003, 23 S. (Graue Literatur; URL: <http://www.constituting-communities.dk/res/papers/1010200330822%20PM9232003105057%20AMNational%20Identity.rtf>)

INHALT: Der Beitrag liefert eine normative Darstellung von nationaler Identität, wobei die Autorin den Schlüsselbegriff auf zwei Untersuchungsbereiche anwendet. In einem ersten Schritt wird nationale Identität als Zugehörigkeit zu einer bestimmten kulturellen Gruppe gefasst. Hier wird der Nutzen kultureller Zugehörigkeit rekonstruiert und die (mittlerweile) schwache Bedeutung dieses Bezugs aufgezeigt. In einem zweiten Schritt wird nationale Identität als Zugehörigkeit zu einem Staat (swesen) verstanden. Zahlreiche Positionen erachten diese Anwendung des Begriffs als spezifisch für die Untersuchung von Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg oder Irland. Aus diesem Grund zögern sie hinsichtlich einer Übertragung dieser Herangehensweise auf andere Staaten. In diesem Zusammenhang vertritt die Autorin jedoch die Ansicht, dass diese Form der Zugehörigkeit eine vielversprechende Alternative bei der Betrachtung moderner, pluralistischer Gesellschaften ist. (ICGÜbers)

[21-F] Klamt, Martin (Bearbeitung); Papier, Hans-Jürgen, Prof.Dr. (Leitung); Papier, Hans-Jürgen, Prof.Dr. (Betreuung):

Nomokratie und streitbare Demokratie im Spannungsfeld zwischen Freiheit und Sicherheit - dargestellt insbesondere an der Videoüberwachung

INHALT: Die ideengeschichtliche Entwicklung des Freiheits- und Sicherheitsbegriffes unter staatsphilosophischen Gesichtspunkten Freiheit, Sicherheit und Grundgesetz; Nomokratie - Herrschaft der Gesetze; streitbare Demokratie; Videoüberwachung; Bentham's Panopticon und seine Rezeption bei Foucault; der Öffentliche Raum nach Hannah Arendt; Entwicklung und Stand der Videoüberwachung. Die Rechtslage in Deutschland zur staatlichen Videoüberwachung im öffentlichen Raum. In dubio contra dubium: Antworten zum Spannungsfeld zwischen Freiheit und Sicherheit hinsichtlich Videoüberwachung. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

METHODE: deskriptiv; analytisch

ART: Diplom *BEGINN:* 2002-11 *ENDE:* 2003-06 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Wissenschaftler

INSTITUTION: Hochschule für Politik München (Ludwigstr. 8, 80539 München)

KONTAKT: Grün, Otto (Tel. 089-285018)

[22-L] Kreisky, Eva:

Die politische Moderne als Projekt der Fragmentierung: Demokratie und Rechtsstaat in Geschlechterperspektive, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft., Jg. 33/2004, H. 1, S. 7-18 (Standort: UuStB Köln(38)-XE00150; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Der demokratische Rechtsstaat bildete niemals einen geschlechtsneutralen Modus der Limitierung und Legitimierung von Herrschaft. Er hatte ebenso vergeschlechtlichte Voraussetzungen wie ent-geschlechtlichende Nachwirkungen (und vice versa). Auch der liberale Rechtsstaat fungiert also als soziales und geschlechtliches Gestaltungsprinzip. Mit dem sozialen Rechtsstaat hatten sich aber reale und materielle Gleichstellungschancen auch für Frauen eröffnet, die mit der neoliberalen Wende allerdings ins Stocken geraten. Unter den Bedingungen neoliberaler Globalisierung sind daher neue Doktrinen des Rechtsstaats im Entstehen." (Autorenreferat)

[23-L] Kuper, Andrew:

Why deliberation cannot tame globalization: the impossibility of a deliberative democrat, in: Analyse und Kritik: Zeitschrift für Sozialtheorie : Zeitschrift für Sozialtheorie, Jg. 25/2003, H. 2, S. 176-198

INHALT: Wie können Individuen Kontrolle über eine politische Ordnung ausüben, die supranational ist und sich über mehrere Ebenen erstreckt? Diese Frage muss beantwortet werden, wenn demokratische Prinzipien mit den Anforderungen globaler Gerechtigkeit und den internationalen politischen Institutionen in Einklang gebracht werden sollen, die in der Welt eine immer wichtigere Rolle spielen. Jürgen Habermas schlägt als Antwort die deliberative Demokratie vor. Der Verfasser vertritt jedoch die Auffassung, dass die Theorie der deliberativen Demokratie Probleme und Möglichkeiten großer Gesellschaften nicht ernst nimmt und daher keine adäquate Basis für die Vertiefung und Globalisierung der Demokratie sein kann. Vor allem die partizipatorischen Erfordernisse der normativen Theorie von Habermas können nur erfüllt werden, wenn man Annahmen über kognitive Fähigkeiten des Menschen und über institutionelle Fähigkeiten macht, die in einer pluralistischen Gesellschaft nicht im entferntesten plausibel sind. (ICEÜbers)

[24-L] Lange, Stefan:

Niklas Luhmanns Theorie der Politik: eine Abklärung der Staatsgesellschaft, Wiesbaden: Westdt. Verl. 2003, 330 S., ISBN: 3-531-14125-2 (Standort: UB Dortmund(290)-D-34768)

INHALT: "Eine ideengeschichtliche Durchdringung von Niklas Luhmanns Gesamtwerk im Hinblick auf seine Essenz als politische Theorie galt lange Zeit als unerledigte Aufgabe der Politikwissenschaft. In diesem Buch wird erstmals eine solche Theorie-Rekonstruktion vorgelegt. Sie erfolgt unter der Sonde zweier Begriffe, die zur Charakterisierung von Staatsgesellschaften von besonderem Interesse sind: politische Steuerung und politische Legitimität. In diesem Rahmen wird die Möglichkeit einer wechselseitigen Verschränkung von Luhmanns universalistischer Systemtheorie mit einer normativ motivierten Zeitdiagnostik überprüft. Hiermit verquickt der Autor die These, dass sich Luhmanns Beitrag zur politischen Theorie auf eine 'Abklärung der Staatsgesellschaft' im Sinne einer kritischen Zeitdiagnose des Wohlfahrtsstaates und der ihn tragenden Gestaltungsutopien verdichten lässt." (Autorenreferat)

[25-L] Morawa, Alexander H. E.:

The concept of non-discrimination: an introductory comment, in: JEMIE: Journal on Ethnopolitics and Minority Issues in Europe : Journal on Ethnopolitics and Minority Issues in Europe, 2002, Iss. 3, 11 S. (URL: http://www.ecmi.de/jemie/download/Focus3-2002_Morawa.pdf)

INHALT: Der vorliegende Beitrag beschreibt, wie ein erster Entwurf eines Nicht-Diskriminierungskonzeptes aussehen könnte. Zunächst überprüft der Autor die negativen Elemente der Nicht-Diskriminierung, die im Wesentlichen Staaten erfordern, die in ihren Gesetzen nicht diskriminieren. Danach wird auf das Recht der freien Meinungsäußerung eingegangen. Dabei steht die Frage im Mittelpunkt, ob alle das gleiche Recht auf freie Meinungsäußerung genießen und worin das Grundprinzip einer unterschiedlichen Behandlung besteht. Im Anschluss daran beschreibt der Autor die positiven Aspekte der Nicht-Diskriminierung. Abschließend werden drei Fragen der rechtlicher Ungleichbehandlung diskutiert: (1) Wo ist sie verboten? (2) Wo ist sie erlaubt? (3) Von wem wird sie bestimmt? (ICD)

[26-L] Mori, Toru:

Plurality in "acting in concert": a reexamination of Hannah Arendt's concept of power, in: Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie (ARSP);, Vol. 89/2003, H. 4, S. 538-550 (Standort: UuStB Köln(38)-Fa5; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Beitrag versucht die Bedeutung von Hannah Arendts Theorie der politischen Macht bzw. Herrschaft für den gegenwärtigen politischen Diskurs näher zu klären. Ausgegangen wird dabei von der Kritik von Jürgen Habermas an Arendts Position, die als "altmodisch" gekennzeichnet und der zum Vorwurf gemacht wird, den agonalen Charakter moderner Politik nicht erfassen zu können. Diese Kritik widerlegt der Autor mit folgenden Argumenten: (1) Der Politikbegriff Arendts bezieht sich nicht (nur) auf den modernen Nationalstaat. (2) Arendt ist sich sehr wohl bewusst, dass Gleichheit und Fairness als regulative Ideen des politischen Diskurses eher Fiktionen sind, die den demokratisch verfassten Rechtsstaat vor sozialen und ökonomischen Einflüssen schützen sollen. (3) Der agonistisch-antagonistische Charakter der bürgerlichen Gesellschaft wird von Arendt im Rahmen einer rechtlich verfassten und domestizierten politischen Willensbildung berücksichtigt. Im Licht dieser Argumente und Unterscheidungen kann daher Arendts Theorie der Demokratie nicht als "veraltet" qualifiziert werden. (ICA)

[27-L] Mümken, Jürgen:

Freiheit, Individualität und Subjektivität: Staat und Subjekt in der Postmoderne aus anarchistischer Perspektive, Frankfurt am Main: Ed. AV 2003, 302 S., ISBN: 3-936049-12-2 (Standort: ULB Münster Zweigbibl. Sozialwiss.(6A)-MC-7700/48)

INHALT: "Die Freiheit des Menschen innerhalb einer freien Gesellschaft ist das Ziel aller Anarchistinnen, mögen ihre Vorstellungen davon und ihre Wege dahin auch unterschiedlich sein. Die Frage ist nur, warum dieser Wunsch anscheinend nicht von einer Mehrheit der Menschen geteilt wird. Als Anarchistinnen müssen wir uns die Frage stellen: 'Warum kämpfen die Menschen für ihre Knechtschaft, als ginge es um ihr Heil? Warum ertragen sie seit Jahrhunderten Ausbeutung, Erniedrigungen, Sklaverei, und zwar in einer Weise, dass sie solches nicht nur für die anderen Wollen, sondern auch für sich selbst?'" (Deleuze/Guattari). Der französische

Philosoph Foucault geht davon aus, dass der Mensch, 'zu dessen Befreiung man einlädt, (...) Bereits in sich das Resultat einer Unterwerfung (ist), die viel tiefer ist als er'. Diese Auffassung hat weitreichende Konsequenzen für eine Theorie und Praxis der Befreiung. Jürgen Mümken will in dem vorliegenden Buch keine Antworten und Lösungen präsentieren, sondern den Leserinnen einige Denkanstöße für eine eigene Auseinandersetzung mit der von Deleuze und Guattari gestellten Frage geben. Dazu beschäftigt er sich mit dem Verhältnis von Poststrukturalismus und Anarchismus, stellt Aspekte der anarchistischen und marxistischen Staatskritik dar und geht auf die Genealogie des modernen Staates von Foucault und den Empire-Ansatz von Negri und Hardt ein. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Frage nach dem Subjekt zwischen Autonomie und Heteronomie, wobei der Schwerpunkt auf die sex/ gender-Debatte liegt." (Autorenreferat)

[28-L] Muno, Wolfgang:

Fallstudien und die vergleichende Methode, in: Susanne Pickel, Gert Pickel, Hans-Joachim Lauth, Detlef Jahn (Hrsg.): Vergleichende politikwissenschaftliche Methoden : neue Entwicklungen und Diskussionen, Opladen: Westdt. Verl., 2003, S. 19-36, ISBN: 3-531-14097-3

INHALT: Anhand einer differenzierten Betrachtung verschiedener Typen von Fallstudien wird im vorliegenden Aufsatz gezeigt, dass eine einfache Entscheidung für oder gegen Fallstudien zu kurz greift und das eigenständige Potenzial von Fallstudien für die vergleichende Politikwissenschaft - der "comparative merit" - erheblich unterschätzt wird. Eine vergleichende Fallstudie muss in erster Linie theorieorientiert sein, denn einer rein deskriptiven oder narrativen Fallstudie fehlt ein wesentliches Argument für die Akzeptanz als vergleichende Studie. Der Autor zeigt, dass es hierbei verschiedene Möglichkeiten der Theorie-Orientierung gibt, z.B. können Fallstudien in Abhängigkeit vom Erkenntnisziel Theorie-generierend, Theorie-testend oder beides sein. Ein Fall kann ein beliebiges politikwissenschaftliches Untersuchungsobjekt sein, das als abhängige Variable definiert wird. Um "comparative merit" zu haben, ist es jedoch notwendig, dass es sich um einen speziellen Fall handelt, z.B. um einen repräsentativen, prototypischen, abweichenden, archetypischen, "most likely" oder "least likely" Fall. Welcher Typ letztlich ausgewählt wird, ist wiederum von theoretischen und komparativen Überlegungen abhängig. Der Autor diskutiert die Vor- und Nachteile der Durchführung von Fallstudien und gibt einige methodische Hinweise zum Forschungsdesign von Fallstudien. (ICI2)

[29-L] Niedermaier, Hubertus:

Jenseits des Herrschaftsapparats: zum 'Ausbruch' des Politischen aus dem institutionalisierten Gefüge, in: Jutta Allmendinger (Hrsg.): Entstaatlichung und soziale Sicherheit : Verhandlungen des 31. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Leipzig ; Teil 1, Opladen: Leske u. Budrich, 2003, k. A., ISBN: 3-8100-4038-X

INHALT: "Die Systemtheorie Niklas Luhmanns folgt einer Tradition, die ein doppelgesichtiges Politikverständnis pflegt, sich aber stets nur für eine der beiden Seiten interessiert hat. Wie schon bei Max Weber und Talcott Parsons wird Politik einerseits durch ihre Funktion, also durch ihren Bezug auf kollektive Bindung oder Leitung (wie es zu Zeiten Webers noch heißt) bestimmt. In den Mittelpunkt rückten hier stets auf den Staat bezogene Angelegenheiten, welche allzu oft geradewegs mit dem Politischen gleichgesetzt wurden. Überhaupt dominierte in den Überlegungen das Staatswesen andere Aspekte des politischen Geschehens, so dass die

heute im Zentrum der Diskussion stehenden Phänomene 'parapolitischen Handelns' nicht einmal wahrgenommen wurden. Und das obwohl für alle diese Großtheoretiker Politik auch noch ein zweites Gesicht hat, das nicht allein auf staatliche Belange beschränkt ist: die Orientierung an Macht. Jenseits des Herrschaftsapparats fand das Ringen um Macht trotzdem kaum Interesse. Es handelt sich dabei um eine Vernachlässigung, die dazu geführt hat, dass diese Ansätze heutzutage beinahe als ungeeignet erscheinen um die aktuellen politischen Entwicklungen theoretisch zu fassen. Schon die Rede von 'parapolitischem Handeln' scheint mit Systemtheorie völlig unvereinbar, geht diese doch von der Geschlossenheit des politischen Systems aus, das keine fließenden Übergänge zulässt, sondern nur zwei Zustände kennt: entweder eine Operation gehört zum System oder zu dessen Umwelt, entweder sie ist politisch oder nicht. Allerdings folgt die Beschreibung verschiedener aktueller Erscheinungen als 'parapolitisches Handeln', so sehr es sich davon abzusetzen scheint, in einem zentralen Punkt den genannten Gesellschaftstheorien: auch sie ist einem staatszentrierten Verständnis des Politischen geschuldet. Denn als parapolitisch erscheinen die in Frage stehenden Phänomene deshalb, weil sie zwar politische Relevanz auszeichnet, sie sich aber nicht an das staatlich geregelte und institutionalisierte Gefüge halten, das immer noch als politisches Zentrum angesehen wird. Wenn man aber das symbolisch generalisierte Kommunikationsmedium Macht als Grundlage jeglichen politischen Geschehens ernst nimmt und erkennt, dass sein Wirkungsbereich deutlich über das Staatswesen hinausreicht, wird es möglich, Politik nicht mehr von einem staatlichen Zentrum aus zu denken, sondern seinen entropischen Charakter zu erfassen. Politik erscheint dann nicht mehr als ein geordneter Kosmos, der sich konzentrisch um den Staat ausbreitet, sondern als ein sich der Institutionalisierung zunehmend entziehendes und eigene, nicht vollständig aufeinander abgestimmte Strukturen entfaltendes System." (Autorenreferat)

[30-L] Pally, Marcia:

Lob der Kritik: warum die Demokratie nicht auf ihren Kern verzichten darf, Berlin: Berlin Verl. Spitz 2003, 411 S., ISBN: 3-8270-0462-4

INHALT: Die an der New York University lehrende Pally bekräftigt mit ihrer Studie die liberale, tief in der Aufklärung wurzelnde Überzeugung, derzufolge Demokratien auf die unabhängige Urteilskraft ihrer Bürger angewiesen sind. Es ist weniger der Gehalt dieser Position, der die Studie anregend macht als vielmehr der Kontext, in dem sie entwickelt wird. Dazu gehört u. a. die simplifizierende politische Rhetorik, der sich die amerikanische Regierung nach dem 11. September bediente. Pally verfolgt die Selbstanfechtungen des politischen Ideals des mündigen Individuums im weiten geistesgeschichtlichen Bogen von der Neuzeit bis in die Gegenwart. Die Bereitschaft zum kritischen Urteil setzt psychodynamisch eine Balance zwischen 'Einbindung und Loslösung' des Einzelnen voraus, welche - und nicht erst in der Moderne - stets bedroht ist von regressiven Tendenzen, die in Fetischisierungen und Stereotypisierungen münden. Zwei Formen des fetischistischen Denkens analysiert sie eingehender: einerseits die Flucht in die Vergangenheit beispielsweise in Gestalt extremistischer oder nationalistischer Bewegungen, andererseits die Flucht in die Zukunft, die sich an das Versprechen technologischer Entwicklungen heftet. Inhaltsverzeichnis: I. Die schlechteste Staatsform, wenn man von allen anderen, bisher erprobten absieht; II. Person, Volk, freier Geist, freie Wahlen und deren kulturelle Bedingtheit; III. Flucht vor kritischem Denken: das losgelöste und das eingebundene Selbst in Bedrängnis. Zurück in die Zukunft; IV. Die Flucht in die

Vergangenheit; V. Das unausgeglichene Selbst: Narzissmus, Religiosität, Faschismus, Neurose. (ZPol, Leske u. Budrich)

[31-L] Pauer-Studer, Herlinde; Nagl-Docekal, Herta (Hrsg.):

Freiheit, Gleichheit und Autonomie, (Wiener Reihe : Themen der Philosophie, 11), Berlin: Akad. Verl. 2003, 395 S., ISBN: 3-05-003601-X

INHALT: Im Zuge der 'Equality of What'-Debatte ist der Egalitarismus nicht nur in seiner strikten Version - die eine Gleichverteilung sozialer oder ökonomischer Güter verlangt - zusehends in die Kritik geraten. Auch mit Blick auf den liberalen Egalitarismus - etwa Rawls oder Dworkin - wird geltend gemacht, dass die daraus abzuleitenden Maximen einer Kompensation von Ungleichheiten vielfach zu problematischen Implikationen führen, die die legitime Grenze zwischen privater und öffentlicher Sphäre verletzen. Gegenüber diesen anti-egalitaristischen Einwänden sind die Beiträge des Sammelbandes um eine differenzierte Gewichtung der Prinzipien von Gleichheit, Freiheit und Autonomie bemüht. Als gemeinsamen Nenner schlagen die Herausgeberinnen eine Lesart von Gleichheit vor, die sich 'in der für liberal-demokratische Gesellschaften grundlegenden Autonomie (konkretisiert), sich innerhalb des Rahmens rechtlich zulässiger Lebensformen für eine bestimmte Konzeption des guten Lebens zu entscheiden' (17). Inhaltsverzeichnis: Herlinde Pauer-Studer / Herta Nagl-Docekal: Einleitung. Freiheit, Gleichheit und Autonomie als Schlüsselbegriffe zeitgenössischer Gerechtigkeitstheorien (7-20); Christian Hiebaum: Gleichheit als Eigenwert (21-48); Angelika Krebs: Gleichheit oder Gerechtigkeit. Die Kritik am Egalitarismus (49-93); Stefan Gosepath: Gleichheit in Habermas' und Dworkins Theorien der Gerechtigkeit (94-116); Jürgen Habermas: Der demokratische Rechtsstaat - eine paradoxe Verbindung widersprüchlicher Prinzipien? (117-135); Wolfgang Kersting: Kritik des Egalitarismus (136-164); Ulrich Steinvorth: Gründe von Gleichheitsforderungen (165-199); Alexander Somek: Soziale Überdeterminierung. Über den internen Zusammenhang von Diskriminierung und gedemütigter Freiheit (200-233); Herlinde Pauer-Studer: Freiheit und Gleichheit: Zwei Grundwerte und ihre Bedeutungen (234-273); Matthias Kaufmann: Anarchie als natürliches Ziel des egalitären Liberalismus (274-295); Herta Nagl-Docekal: Autonomie zwischen Selbstbestimmung und Selbstgesetzgebung oder Warum es sich lohnen könnte, dem Verhältnis von Moral und Recht bei Kant erneut nachzugehen (296-326); Beate Rössler: Bedingungen und Grenzen von Autonomie (327-357); Elizabeth M. Anderson: Consumers Sovereignty vs. Citizens' Sovereignty. Some Errors in Neoclassical Welfare Economics (358-388). (ZPol, Leske u. Budrich)

[32-L] Philipp, Michael (Hrsg.):

Demokratie und Legitimation: Verfahrens- und Entscheidungsprozesse in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft demokratischer Gemeinwesen ; interdisziplinäres Seminar der Universität Augsburg an der Universität Osijek (3. und 4. April 2000), (Berichte aus der Politik), Aachen: Shaker 2002, 113 S., ISBN: 3-8322-0469-5

INHALT: Das Seminar fand im Rahmen der seit 1978 bestehenden Partnerschaft der Universitäten Osijek (Kroatien) und Augsburg statt. Beteiligt waren die Fächer Rechtswissenschaft, Geschichte, Literaturwissenschaft und Politikwissenschaft. Das bewusst breit gefasste Rahmenthema 'Demokratie und Legitimation' wird in den Beiträgen unter verschiedenen Aspekten beleuchtet. Philipp zeichnet die stete Verfeinerung der Analyse der Demokratie durch die

moderne Politikwissenschaft nach. Er stellt einige Typen und Modelle der vergleichenden Demokratieforschung vor und geht auf Versuche der quantifizierenden Analyse der Demokratie im Sinne der Bestimmung des Demokratiegehalts, etwa im Ansatz von Tatu Vanhanen, ein. Inhaltsverzeichnis: Veit Rosenberger: Gedanken zur athenischen Demokratie (7-20); Michael Philipp: Vergleichende Demokratieforschung (21-41); Susanna Layh: 'Notes on Nowhere ...' - Gesellschaftsentwürfe in der literarischen (Anti-)Utopie (43-67); Stefan Grüner: Lehren aus Weimar. Grundzüge der verfassungspolitischen Neuordnung in Westdeutschland, 1945-1949 (69-86); Stefan Lorenzmeier: Grundzüge des föderalen Systems der Bundesrepublik Deutschland (87-111). (ZPol, Leske u. Budrich)

[33-L] Pickel, Gert; Pickel, Susanne:

Bestandsaufnahme und Ausblick der vergleichenden Analyse, in: Susanne Pickel, Gert Pickel, Hans-Joachim Lauth, Detlef Jahn (Hrsg.): Vergleichende politikwissenschaftliche Methoden : neue Entwicklungen und Diskussionen, Opladen: Westdt. Verl., 2003, S. 333-348, ISBN: 3-531-14097-3

INHALT: Die Autoren gehen zum einen der Frage nach, welche Erkenntnisse sich aus den Beiträgen der vorliegenden Publikation für die Methodendiskussion in der vergleichenden Politikwissenschaft gewinnen lassen. Sie weisen zum anderen auf einige übergreifende Debatten hin und skizzieren kurz die grundsätzlichen Linien der gegenwärtigen Forschung. Diese beziehen sich z.B. auf die Gegenüberstellung von Fallorientierung und Variablenorientierung, auf das unterschiedliche Verständnis von qualitativen und quantitativen Methoden in der vergleichenden Politikwissenschaft, auf die Integration von Mikro- und Makrodaten sowie auf die Problematik der Verfügbarkeit der Daten. Die Autoren stellen in ihrem allgemeinen Ausblick fest, dass eine "Transmethodologisierung" und eine "Spezialisierung" als zwei Richtungen der methodologischen Entwicklungen der Zukunft zu beobachten sind. Es bestehen somit gleichermaßen Tendenzen in Richtung einer am Detailwissen ausgerichteten Verfeinerung und Spezialisierung der Methoden als auch Tendenzen, die eine stärkere Vermischung oder Verzahnung der eingesetzten Verfahren erkennen lassen. (ICI)

[34-L] Pickel, Gert; Pickel, Susanne:

Einige Notizen zu qualitativen Interviews als Verfahren der vergleichenden Methode der Politikwissenschaft, in: Susanne Pickel, Gert Pickel, Hans-Joachim Lauth, Detlef Jahn (Hrsg.): Vergleichende politikwissenschaftliche Methoden : neue Entwicklungen und Diskussionen, Opladen: Westdt. Verl., 2003, S. 289-315, ISBN: 3-531-14097-3

INHALT: Im vorliegenden Beitrag wird der Nutzen der qualitativen Sozialforschung für die vergleichende Politikwissenschaft am Beispiel der nicht-standardisierten oder teilstandardisierten Interviews herausgestellt. Es werden zunächst einige allgemeine Überlegungen zur "Unsichtbarkeit" soziologischer Forschungsinstrumente der qualitativen Sozialforschung formuliert und zur Diskussion gestellt, welche Anlass zum Nachdenken über eine gewisse "Betriebsblindheit" der eigenen Profession geben sollen. Anschließend werden einige Grundprämissen problemzentrierter Leitfadeninterviews skizziert, um dann näher die spezifischen und die generellen Probleme von Experteninterviews sowie die Möglichkeiten zu untersuchen, die sich aus den verschiedenen Formen der qualitativen Sozialforschung für die vergleichenden Methoden der Politikwissenschaft ergeben können. Die Autoren erstellen u.a.

einen schematischen Ablaufplan für ein idealtypisches Experteninterview, sie erläutern die einzelnen Phasen des Experteninterviews und weisen auf notwendige Regeln für eine methodisch fundierte Analyse hin. (ICI)

[35-L] Pickel, Gert:

Die Verwendung von Individualdaten zum Nationenvergleich: Anmerkungen und Beispiele aus der vergleichenden Forschung, in: Susanne Pickel, Gert Pickel, Hans-Joachim Lauth, Detlef Jahn (Hrsg.): Vergleichende politikwissenschaftliche Methoden : neue Entwicklungen und Diskussionen, Opladen: Westdt. Verl., 2003, S. 151-178, ISBN: 3-531-14097-3

INHALT: Der Autor skizziert in seinem Beitrag den Stand der vergleichenden Umfrageforschung und arbeitet den Nutzen und die Notwendigkeit der standardisierten Individualdatenforschung für die vergleichende Politikwissenschaft heraus. Er erörtert insbesondere das Problem des ökologischen und individualistischen Fehlschlusses, welches breite Debatten nach sich gezogen hat und seiner Meinung nach teilweise immer noch den Weg zu einer fruchtbaren ebenenübergreifenden Analyse verstellt. Er beschreibt mögliche Formen der Integration von Individualdaten auf der Makroebene, wozu er am Beispiel der Bewertung der Demokratie in Osteuropa im Jahre 2000 die Beziehungsanalysen auf der Individual- und Aggregatebene, die Einbeziehung von Strukturdaten in die Individualanalyse, die Analysen auf mittlerem Untersuchungsniveau und die parallele Verwendung von Individualbeziehungsanalysen und Makrobeziehungsanalysen untersucht. Er skizziert abschließend erweiterte Möglichkeiten der Verbindung von Individual- und Aggregatdatenanalyse, z.B. im Rahmen von Triangulation und Multi-Level-Analyse. (ICI2)

[36-L] Pickel, Susanne:

Jonglieren mit analytischen Ebenen: Triangulation von Aggregat- und Individualdaten, in: Susanne Pickel, Gert Pickel, Hans-Joachim Lauth, Detlef Jahn (Hrsg.): Vergleichende politikwissenschaftliche Methoden : neue Entwicklungen und Diskussionen, Opladen: Westdt. Verl., 2003, S. 201-219, ISBN: 3-531-14097-3

INHALT: Im Hinblick auf die wachsende Menge von Struktur- und Umfragedaten, die in jüngster Zeit im Bereich der Sozialforschung verarbeitet werden, und der methodischen Missverständnisse, die bei der Analyse dieser Daten zwischen den wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Rezipienten bestehen, wird im vorliegenden Beitrag die Methode der Triangulation vorgestellt, die beide Analyseebenen miteinander verbindet. Es werden die möglichen Anwendungsformen der Triangulation beschrieben und es wird gezeigt, wie Daten aus unterschiedlichen Quellen und mit einem unterschiedlichen Erkenntnisgewinn durch diese Methode verknüpft werden können. Es werden insbesondere die Möglichkeiten der Kombination von qualitativen und quantitativen Daten sowie die Verknüpfungen von Aggregat- und Individualdaten diskutiert. Ein Beispiel zur Messung der Qualität von Demokratie und zur politischen Unterstützung in west- und osteuropäischen Ländern verdeutlicht dabei, wie Makrodaten und Einstellungsdaten miteinander kombiniert werden können, ohne sich in den Fallstricken der Fehlschlüsse zu verfangen. (ICI2)

[37-L] Pickel, Susanne; Lauth, Hans-Joachim; Jahn, Detlef; Pickel, Gert:

Vergleichende Methoden in der amerikanischen und deutschen Politikwissenschaft: Debatten und Entwicklungen, in: Susanne Pickel, Gert Pickel, Hans-Joachim Lauth, Detlef Jahn (Hrsg.): Vergleichende politikwissenschaftliche Methoden : neue Entwicklungen und Diskussionen, Opladen: Westdt. Verl., 2003, S. 7-18, ISBN: 3-531-14097-3

INHALT: Ausgangspunkte für die erneute Debatte über vergleichende Methoden in der Politikwissenschaft sind zum einen die bisherigen Erfahrungen im Umgang mit komparativen Methoden und zum anderen der zunehmende Wunsch nach präziseren Verfahren, die einen angemessenen Erkenntnisgewinn aus der empirischen Analyse versprechen. Das Interesse an einer genaueren Betrachtung und Evaluierung sozialwissenschaftlicher Methoden für Fragen der vergleichenden Politikforschung greift verstärkt die angelsächsischen Debatten auf, so dass das Abwägen von Verwendung, Sinn und Nutzen von "Case"-Studies, "Area"-Studies, "Survey"-Forschung und systematisch qualitativ-vergleichender Analyse nun auch in Deutschland ins Bewusstsein der Forschenden rückt. Ein wesentlicher Grund hierfür liegt in dem kontinuierlich wachsenden Interesse an der vergleichenden Analyse von Ländern und an der Überwindung immanenter Probleme im Zeitalter der Globalisierung. Die Autoren geben eine Einleitung in die Zielsetzung und Thematik des vorliegenden Sammelbandes und skizzieren den Entwicklungsstand der vergleichenden Methoden in der amerikanischen und deutschen Politikwissenschaft. (ICI2)

[38-L] Pickel, Susanne; Pickel, Gert; Lauth, Hans-Joachim; Jahn, Detlef (Hrsg.):

Vergleichende politikwissenschaftliche Methoden: neue Entwicklungen und Diskussionen, Wiesbaden: Westdt. Verl. 2003, 352 S., ISBN: 3-531-14097-3

INHALT: "Der Vergleich als Methode gehört zu den ältesten Formen des Erkenntnisgewinns in der Politikwissenschaft. Durch die systematische Gegenüberstellung von Tatbeständen können Unterschiede und Gemeinsamkeiten erkannt, Hypothesen geprüft, Theorien entwickelt und das Wissen über die singuläre Situation hinaus erweitert werden. Die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Vergleich hat zur Etablierung verschiedener vergleichender Methoden der Politikwissenschaft geführt. Diese haben in den letzten Jahren viele Weiterentwicklungen erfahren, die bislang oft nur begrenzt vom angelsächsischen in den deutschen Sprachraum vorgedrungen sind. Dieser Band macht es sich zur Aufgabe, diese neueren Entwicklungen und zentralen Diskussionen in einzelnen, fundierten Beiträgen von Spezialisten interessierten Kollegen in Deutschland vorzulegen und die neuere Diskussion vergleichender Methoden der Politik- und Sozialwissenschaften voranzubringen." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Einleitung und thematische Einführung: Susanne Pickel, Hans-Joachim Lauth, Detlef Jahn und Gert Pickel: Vergleichende Methoden in der amerikanischen und deutschen Politikwissenschaft: Debatten und Entwicklungen (7-18); Kapitel Konzeptuelle Fragen der vergleichenden Analyse: Wolfgang Muno: Fallstudien und die vergleichende Methode (19-36); Hans-Joachim Lauth: Typologien in der vergleichenden Politikwissenschaft: Überlegungen zum Korrespondenzproblem (37-58); Detlef Jahn: Globalisierung als Galton-Problem (59-86); Kapitel Fuzzy-Sets and QCA - Qualitative Designs in der vergleichenden politikwissenschaftlichen Analyse: Paul Pennings: The Methodology of the Fuzzy-Set Logic (87-103); Claudius Wagemann und Carsten Q. Schneider: Fuzzy-Set Qualitative Comparative Analysis (fs/QCA): Ein Zwei-Stufen-Modul (105-134); Jörg Jacobs: Des Kaisers neue Kleider? Fuzzy-Set-Sozialwissenschaften und die Analyse von mittleren Ns (135-150); Kapitel Zwischen In-

dividual- und Aggregatdatenanalyse: Gert Pickel: Die Verwendung von Individualdaten zum Nationenvergleich: Anmerkungen und Beispiele aus der vergleichenden Forschung (151-178); Christian Welzel: Irrtümer bei der Interpretation des 'ökologischen Fehlschlusses': Zur Aussagekraft aggregierter Umfragedaten (179-199); Susanne Pickel: Jonglieren mit analytischen Ebenen: Triangulation von Aggregat- und Individualdaten (201-219); Kapitel Methodische Weiterentwicklungen der vergleichenden Analyse: Ulrich Rosar: Die Einstellung der Europäer zum Euro. Ein Anwendungsbeispiel der Mehrebenenanalyse als Instrument komparativer Umfrageforschung (221-245); Mariona Ferrer und Marta Fraile: Public Support for Unemployment Benefits: An Empirical Approach in Modelling Contexts (247-264); Guido Tiemann: Das 'most different system design' als Instrument zum Umgang mit multipler Kausalität (265-287); Kapitel Qualitative Sozialforschung und vergleichende Politikwissenschaft: Gert Pickel und Susanne Pickel: Einige Notizen zu qualitativen Interviews als Verfahren der vergleichenden Methode der Politikwissenschaft (289-315); Annette Henninger: Innovationsstrategien in der Softwarebranche: Das Beispiel einer ländervergleichenden Studie mit qualitativen Methoden (317-332); Fazit: Gert Pickel und Susanne Pickel: Bestandsaufnahme und Ausblick der vergleichenden Analyse (333-348).

[39-L] Plattner, Marc F.:

Souveränität und Demokratie, in: Merkur: deutsche Zeitschrift für europäisches Denken : deutsche Zeitschrift für europäisches Denken, Jg. 58/2004, H. 4 = H. 660, S. 281-293 (Standort: UuStB Köln(38)-AP4481; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der gegenwärtige politikwissenschaftliche Diskurs über die Globalisierung zeichnet sich nach Ansicht des Autors durch eine Geringschätzung des modernen Staates aus. Nachdem er lange Zeit als Gipfel der politischen Evolution und als unentbehrlicher Rahmen für Freiheit und Demokratie betrachtet wurde, gilt der Staat heute oft als historisch kontingente Institution, die auf einem unsicheren moralischen Fundament steht. Dennoch gibt es mehr als nur eine verbale Verbindung zwischen dem modernen Konzept der Souveränität und der zeitgenössischen Idee der Volkssouveränität. Obwohl Bodin und Hobbes Verfechter der Monarchie waren, war ihre Lehre von der Souveränität wegbereitend für die Auffassung, dass alle politische Macht letztlich auf den Konsens von Natur aus freier und gleicher Individuen zurückgehen müsse. Der moderne Nationalstaat hat den unabdingbaren Rahmen für die Errichtung einer politischen Ordnung bereitgestellt, die die Rechte aller schützt und die Stimmen aller achtet, die zu ihr gehören. Der Autor diskutiert einige politische Theorien zum Verhältnis von Demokratie und Souveränität, er reflektiert das Verhältnis von Krieg und postmodernem Staat, er wirft die Frage nach der Transzendenz des Staates auf und thematisiert den Umgang mit dem Fremden in Europa. (ICI2)

[40-L] Reese-Schäfer, Walter:

Kommunitarismus, (Reihe Campus Einführungen), Frankfurt am Main: Campus Verl. 2001, 157 S., ISBN: 3-593-36832-3

INHALT: Ziel ist die Darstellung des kommunitarischen Projekts als Versuch, in einer postmodernen Welt jenseits und unabhängig vom politischen Links-Rechts-Spektrum eine 'Balance zwischen Autonomie und Ordnung, d. h. ein(en) dritte(n) Weg zwischen Individualismus und Kollektivismus' (12) zu finden. Stark gerafft, werden die zentralen Positionen kapitelweise

kommentiert, ihre Vertreter und weitere der wichtigsten Kommunitarier im Anhang mit (sehr knappen) Kurzbiografien gewürdigt. Dort finden sich auch Verweise auf die Homepages des Communitarian Network in Washington und des entsprechenden deutschsprachigen Pendant. Inhaltsübersicht: 1. Kritik des ungebundenen Selbst: Michael Sandel; 2. Kritik des atomistischen Individualismus: Charles Taylor; 3. Ästhet, Manager und Therapeut als Charaktermasken: Alasdair MacIntyre; 4. Sozialdemokratischer Aristotelismus: Martha Nussbaum; 5. Sphären der Gerechtigkeit: Michael Walzer; 6. Bowling Alone: Robert Putnam; 7. Die Überwindung des Kulturrelativismus: Amitai Etzioni; 8. Zusammenfassung: Drei Phasen kommunitarischen Denkens. (ZPol, Leske u. Budrich)

[41-L] Reiter, Johannes:

Menschenwürde als Maßstab, in: Aus Politik und Zeitgeschichte: Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2004, B 23/24, S. 6-13 (Standort: UuStB Köln(38)-Ztg00926-a; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: <http://www.bpb.de/files/MDKH90.pdf>)

INHALT: "Die Menschenwürde präsentiert sich in der Gegenwart als ein Schlüsselbegriff der Politik, des Rechts, aber auch der Ethik und der Moraltheologie. Trotz der an sich unumstrittenen Bedeutung der Menschenwürde hat in jüngster Zeit eine Diskussion über ihre verfassungsrechtliche Auslegung eingesetzt. Gestritten wird zum einen um ihre Stellung: Ist sie als vorpositives Fundament der Verfassungsnorm vorangestellt oder Verfassungsnorm auf gleicher Ebene neben anderen? Gestritten wird zum anderen um einen gestuften, von der menschlichen Entwicklung abhängigen Würdeschutz. Beide Streitpunkte hängen miteinander zusammen. Die Frage nach der Menschenwürde als ethisches Kriterium stellt sich vor allem bei neuen Handlungsmöglichkeiten, etwa im Bereich der Bioethik. Die Verständigungsversuche sind hier noch nicht abgeschlossen." (Autorenreferat)

[42-F] Reuber, Paul, Prof.Dr.; Wolkersdorfer, Günter, Dr. (Leitung):

Grundlagenforschung zu Theorien und Konzepten der Politischen Geographie

INHALT: Die derzeitige Forschungsfront in der Politischen Geographie ist gekennzeichnet durch eine fundamentale theoretische Neuorientierung. Der Lehrstuhl für Politische Geographie bildet derzeit einen der regionalen Schwerpunkte dieser Grundlagenforschung sowie das Zentrum des entsprechenden Wissenschaftlernetzwerkes in Deutschland.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Albert, M.; Reuber, P.; Wolkersdorfer, G.: Geopolitik. in: Schieder, F.; Spindler, M. (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen: eine Einführung. Opladen 2002.+++Reuber, P.; Kreutzmann, H.: "Kulturerdteile" im Wandel? Politische Konflikte und der "Clash of Civilizations". in: Ehlers, E.; Leser, H. (Hrsg.): Geographie - Mensch-Umwelt-Forschung für die Zukunft. 2002.+++Reuber, P.; Wolkersdorfer, G. (Hrsg.): Politische Geographie - handlungsorientierte Ansätze und Critical Geopolitics. Heidelberger Geographische Arbeiten, Bd. 112. Heidelberg 2001.+++Dies.: Die neuen Geographien des Politischen und die neue Politische Geographie - eine Einführung. in: Politische Geographie - handlungsorientierte Ansätze und Critical Geopolitics. Heidelberg 2001.+++Reuber, P.: Möglichkeiten und Grenzen einer handlungsorientierten Politischen Geographie. in: Politische Geographie - handlungsorientierte Ansätze und Critical Geopolitics. Heidelberg 2001.+++

Wolkersdorfer, G.: Politische Geographie und Geopolitik zwischen Moderne und Postmoderne. Heidelberger Geographische Arbeiten, Bd. 111. Heidelberg 2001.

ART: gefördert *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft

INSTITUTION: Universität Münster, FB 14 Geowissenschaften, Institut für Geographie Abt. Sozialgeographie, Politische Geographie (Robert-Koch-Str. 26, 48149 Münster)

KONTAKT: Wolkersdorfer, Günter (Dr. Tel. 0251-8330044,
e-mail: wolkersdorfer@uni-muenster.de)

[43-L] Rost, Sophia:

John Deweys Logik der Untersuchung für die Entdeckung des Politischen in modernen Gesellschaften, (Region - Nation - Europa, Bd. 19), Münster: Lit Verl. 2003, 133 S., ISBN: 3-8258-6956-3 (Standort: UB Bonn(5)-2004-1499)

INHALT: Zu Beginn des 20. Jahrhunderts konzipierte der amerikanische Pragmatist John Dewey (1859-1952) vor dem Hintergrund der problematischen gesellschaftlichen Bedingungen der industriellen Moderne ein neuartiges Öffentlichkeitsmodell. Auf der Suche nach einem Ausweg aus den Fehlidentifikationen von ökonomischer oder etatistischer (De)-Regulierung und den einseitigen Ideologien von Vergemeinschaftung oder Vergesellschaftung der Großen Gesellschaft entwickelte er die Hypothese, das Politische müsse in einem interkommunikativen Untersuchungsverfahren zwischen Laien- und Expertenkulturen stets neu entdeckt werden. Im Anschluss an diesen Entwurf zeigt die Autorin, wie Deweys Demokratietheorie und die aktuelle Diskussion um die Bürgergesellschaft sich konstruktiv ergänzen können. Dazu wird zunächst auf die konzeptionellen Aspekte der Bürgergesellschaft eingegangen, um dann einen Zusammenhang zu Deweys Ansatz der Vermittlung von Großer Gesellschaft und Großer Gemeinschaft herstellen zu können. Die Zivilgesellschaft wird als alternative gesellschaftliche Steuerungsform zu Staat, Markt und Gemeinschaft verstanden. Der Begriff der Bürgergesellschaft wird dann durch eine "qualifizierte Gesellschaftlichkeit" charakterisiert, die es versteht, das Verhältnis von Staat, Markt und Gemeinschaft immer wieder neu auszuloten. (ICA2)

[44-L] Rüdiger, Axel:

Globalisierung: ist Politik noch möglich?, in: Utopie kreativ: Diskussion sozialistischer Alternativen : Diskussion sozialistischer Alternativen, 2004, H. 164, S. 509-518

INHALT: Der Beitrag geht der Frage nach, weshalb der "ökonomistische Globalisierungsdiskurs" mit seiner Referenz auf politische Alternativlosigkeit einen so hegemonialen Status innerhalb von Politik und Gesellschaft einnehmen kann. Dabei wird die ökonomistische Perspektive in die Genese des modernen Staats- und Politikdiskurses eingebettet, um Kontinuitäten und Diskontinuitäten aufzuspüren, die den reduktionistischen Globalisierungsdiskurs mit dem modernen Staatsdiskurs verbinden. Abschließend werden alternative Theorieansätze vorgestellt, die mit der bloßen Selbstbeschreibung der Politik innerhalb der politischen Theorie brechen und dadurch den Blick auf den praktischen Sinn politischer Prozesse ermöglichen. Der Autor sieht es insgesamt in Anlehnung an die poststrukturalistischen Ansätze von Bourdieu, Foucault und Laclau als ein Gebot, mit der "essentialistischen Logik" des modernen Rationalismus zu brechen, ohne zugleich die Fundamentaldemokratisierung der Gesellschaft - das eigentlich kritische Projekt der Moderne - aus den Augen zu verlieren. Diese Perspektive auf

die Politik erlaubt nicht nur Aufklärung über Macht- und Herrschaftsverhältnisse, die in der neoliberalen Befreiungsemantik suggestiverweise enthalten sind, sondern auch die Entwicklung einer politikwissenschaftliche Methodik, die den Selbstbeschreibungen der Politik nicht blind hinterherläuft. (ICA2)

[45-F] Saage, Richard, Prof.Dr.; Heyer, Andreas, Dr. (Bearbeitung):

Sozialwissenschaftliche Bibliographie der politischen Utopien der Neuzeit

INHALT: keine Angaben **ZEITRAUM:** 1516-2006 **GEOGRAPHISCHER RAUM:** Abendland

METHODE: keine Angaben **DATENGEWINNUNG:** Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Saage, Richard: Utopische Profile: Renaissance und Reformation. *Politica et Ars*, 1. Münster: Lit-Verl. 2001, ca. 200 S. ISBN 3-8258-5428-0.+++Saage, Richard: Utopische Profile: Aufklärung und Absolutismus. *Politica et Ars*, 2. Münster: Lit-Verl. 2001, 304 S. ISBN 3-8258-5429-9.+++Saage, Richard: Utopische Profile: Widersprüche und Synthesen des 20. Jahrhunderts. *Politica et Ars*, 4. Münster: Lit-Verl. 2003, 400 S. ISBN 3-8258-5431-0.+++Heyer, Andreas: Deutschsprachige Utopieforschung seit 1945. 2004 (im Erscheinen).+++Mehrere Artikel in der Zeitschrift *Utopie kreativ*. ISSN 0863-4890.

ART: gefördert; Habilitation **BEGINN:** 2003-09 **ENDE:** 2006-08 **AUFTRAGGEBER:** nein **FINANZIERER:** Deutsche Forschungsgemeinschaft

INSTITUTION: Universität Halle-Wittenberg, Philosophische Fakultät, Institut für Politikwissenschaft Professur für Politische Theorie und Ideengeschichte (06099 Halle)

KONTAKT: Heyer, Andreas (Dr. Tel. 0345-5524307, e-mail: andreasheyer2002@yahoo.de)

[46-L] Schmitz, Sven-Uwe:

Die Tugenden des Demokraten: Orientierungshilfen im globalen Zeitalter, (Münsteraner Diskussionspapiere zum Nonprofit-Sektor, Nr. 1), (Vortrags- und Diskussionsreihe "Konzepte für das 21. Jahrhundert - globale Perspektiven und lokale Auswirkungen", 1999, Münster), Münster 2000, 20 S. (Graue Literatur);

URL: <http://www.aktive-buergerschaft.de/vab/ressourcen/diskussionspapiere/wp-band01.pdf>

INHALT: Vor dem Hintergrund eines stetigen Globalisierungsprozesses und der damit einhergehenden politischen bzw. gesellschaftlichen Herausforderungen an die einzelnen Staaten, be gibt sich der Autor in einem Streifzug durch die Literatur der politischen (Staats-)Philosophie auf die Suche nach der demokratieangemessenen Balance von Individualismus und Gemeinsinn. Dabei finden unter anderem die Positionen von Platon, Aristoteles, Hobbes, Marx, Locke und Rousseau Berücksichtigung. In einem ersten Schritt werden die paradigmatischen Positionen aus der politischen Ideengeschichte ausgewählt, die bei der Suche nach der demokratieangemessenen Balance von Individualismus und Gemeinsinn helfen. Die Frage nach der Balance von Individualismus und Gemeinsinn teilt sich auf, indem zuerst nach dem Individualismus und dann nach dem Gemeinsinn gefragt wird. In einem zweiten Schritt gilt die Aufmerksamkeit der Teilfrage 'Wie viel Individualismus ist in einer Demokratie möglich?', wobei zunächst die Frage gestellt wird 'Wie viel Individualismus ist in einer Demokratie nötig?'. Zu diesem Zweck wird der Demokratiebegriff definiert, um anhand dieses Maßstabes bestimmen zu können, welche der ausgewählten Autoren das demokratienotwendige Minimum an Individualismus berücksichtigen und welche Autoren dieses demokratienotwendige Minimum an

Individualismus unterschreiten. In einem dritten Schritt befasst sich der Verfasser mit der Frage 'Wie viel Gemeinsinn ist für eine Demokratie nötig?' In seinem Fazit merkt der Autor an, dass ein Mensch, der über die fünf Tugenden Selbstdisziplin, Selbstvertrauen, Fremdvertrauen, Respekt des Menschseins der Mitmenschen sowie über kommunikative Tugenden verfügt, eine Demokratie ermöglichen beziehungsweise stabilisieren wird; ein solcher Mensch ist ein vorbildlicher Demokrat. (ICG2)

[47-L] Spehr, Christoph (Hrsg.):

Gleicher als andere: eine Grundlegung der freien Kooperation, (Texte / Rosa-Luxemburg-Stiftung, 9), Berlin: Dietz 2003, 309 S., ISBN: 3-320-02039-0

INHALT: Unter welchen Bedingungen sind soziale Gleichheit und politische Freiheit vereinbar?

So lautete die Preisfrage 2000 der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Den Auftakt des Bandes bildet die knapp hundertseitige Abhandlung des Preisträgers Spehr, der Freiheit und Gleichheit als 'freie Kooperation' zusammenfasst, diese als Maßstab von Politik zugrunde legt und fünf 'Politiken' als Bestandteile einer 'Grundlegung der freien Kooperation' (70) entwickelt. Daran schließen sich zahlreiche - zumindest relativ kurze - Debattenbeiträge zum Thema an. Aus dem Inhaltsverzeichnis: Christoph Spehr: Gleicher als andere. Eine Grundlegung der freien Kooperation (19-116). Debattenbeiträge: 1. Im Einsatz gegen das Patriarchat: Babette Scurrell: Die Komplexität der Küche (117-121); Friederike Habermann: Lasst die Schmirze sprechen! (122-129). 2. Freie Kooperation und Oekonux: Ralf Krämer: Alles Kooperation oder was? (130-143); Stefan Meretz: Der wilde Dschungel der Kooperation (144-152); Stefan Merten: Zur Kritik der freien Kooperation (153-161); Annette Schlemm: Wie kommen wir auf eine menschengerechte Weise zu einer menschengerechten Gesellschaft? (162-167). 3. Kultur und Widerstand; 4. Soziale Bewegung und linke Perspektiven: Elke Wolf: Es muss keiner das Sagen haben (205-211); Frieder Otto Wolf: Grenzen und Schwierigkeiten der freien Kooperation (212-225); Anja Becker: Wer nicht befehlen will, muss auch nicht gehorchen lernen. Freier als andere in Genua, Göteborg und anderswo (226-231); Ulrich Weiß: Frei wozu? Thesen zu Christoph Spehr, Gleicher als Andere. Eine Grundlegung der freien Kooperation (232-243). 5. Freie Kooperation und Marxismus: Raj Kollmorgen: Der Mensch als anarchische Verhandlungsmaschine? Gesellschaftstheoretische Anmerkungen zu Christoph Spehrs Abhandlung 'Gleicher als andere. Eine Grundlegung der freien Kooperation' (246-260); Erhard Crome: Spehrs 'freie Kooperation' und ihre blinden Flecken (270-276). 6. Zwischenbilanz. Ein vorläufiges Nachwort zur Debatte: Christoph Spehr: It's the end of the left we know it (and we should feel fine) (288-303). (ZPol, Leske u. Budrich)

[48-L] Vollgraf, Carl-Erich; Sperl, Richard; Hecker, Rolf (Hrsg.):

Klassen - Revolution - Demokratie: zum 150. Jahrestag der Erstveröffentlichung von Marx' "Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte", Hamburg: Argument-Verl. 2003, 308 S., ISBN: 3-88619-689-5

INHALT: Der 150. Jahrestag der Erstveröffentlichung dieser Schrift war Anlass für eine Tagung, die der Berliner Verein zur Förderung der MEGA-Edition e. V., die Helle Panke zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur e. V. und die Marx-Gesellschaft e. V. im April 2002 in Berlin veranstaltet haben. Aus dem Inhaltsverzeichnis: Hermann Klenner: Marxens Verfassungstheorie und historische Illusionen (66-82); Peter Ruben: August Thalheimers Faschis-

musanalyse nach Marx' 18. Brumaire (113-130); Jannis Milios / George Economakis: Zur Entwicklung der Krisentheorie aus dem Kontext der Reproduktionsschemata: von Tugan Baranovskij zu Bucharin (160-184); Michael R. Krätke: 'Hier bricht das Manuskript ab.' (Engels) Hat das Kapital einen Schluss? Teil II (211-262) (zum ersten Teil dieses Beitrags siehe ZPol 1/03: 543). (ZPol, Leske u. Budrich)

[49-L] Wahl, Rainer; Wieland, Joachim (Hrsg.):

Das Recht des Menschen in der Welt: Kolloquium aus Anlaß des 70. Geburtstags von Ernst-Wolfgang Böckenförde, (Wissenschaftliche Abhandlungen und Reden zur Philosophie, Politik und Geistesgeschichte, 28), Berlin: Duncker & Humblot 2002, 206 S., ISBN: 3-428-10841-8

INHALT: Bereits im Oktober 2000 fand das Kolloquium statt, dessen Beiträge der Band dokumentiert. Sie umkreisen Themen und Thesen Böckenfördes, eines der profiliertesten Staatsrechtler Deutschlands. Zwei besonders umfangreiche Texte seien hervorgehoben: Hofmann argumentiert (wie auch schon Böckenförde) gegen Jürgen Habermas' These der Gleichursprünglichkeit öffentlicher und privater Autonomie. Er entwirft ein weites philosophiegeschichtliches Panorama mit besonderem Blick auf die Stoa und auf Spinoza. Gegen die These der Abhängigkeit von Menschenrechten und Demokratieprinzip macht sich Hofmann für die stoizistisch-rousseauistische Idee einer 'kommunalistischen Einheit' (50) beider Felder stark. So verwehrt er sich dagegen, die 'Einforderung von Menschenrechten im Namen des Homogenitätsdogmas von Fortschritten der Demokratisierung abhängig zu machen' (57). Der Text von Wahl untersucht in einer sehr informativen Darstellung den Begriff des Mehrebenensystems sowie die Beziehungen der Ebenen zueinander. Er vertritt die 'These von der Basisfunktion des nationalen Staates' (73). Weil die völkerrechtlich-globale Ebene politisch unterbestimmt sei, könne allein der Staat die Rechte des Einzelnen auch jenseits des Nationalstaates garantieren, so Wahl. Inhaltsverzeichnis: Kardinal Karl Lehmann: Globalisierung und christliches Menschenbild - Anmerkungen aus theologischer Sicht (15-30); Hasso Hofmann: Menschenrechte und Demokratie oder: Was man von Chrysipp lernen kann (31-58); Rainer Wahl: Der einzelne in der Welt jenseits des Staates (59-109); Dieter Gosewinkel: Frankreich im Alten Reich. Außenpolitik und Europabewußtsein im Zeitalter Ludwigs XIV. (111-133); Dieter Grimm: Multikulturalität und Grundrechte (135-149); Ernst-Wolfgang Böckenförde: Dankesworte (151-156); Bibliographie von Ernst-Wolfgang Böckenförde 1957-2000, zusammengestellt von Martina Griesbaum / Marc Lindner (157-206). (ZPol, Leske u. Budrich)

[50-L] Welzel, Christian:

Irrtümer bei der Interpretation des 'ökologischen Fehlschlusses': zur Aussagekraft aggregierter Umfragedaten, in: Susanne Pickel, Gert Pickel, Hans-Joachim Lauth, Detlef Jahn (Hrsg.): Vergleichende politikwissenschaftliche Methoden : neue Entwicklungen und Diskussionen, Opladen: Westdt. Verl., 2003, S. 179-199, ISBN: 3-531-14097-3

INHALT: Der Autor setzt sich mit den Vorbehalten und Kritiken der Individualdatenforscher gegen aggregierte Umfragedaten kritisch auseinander und versucht, diese anhand von Beispielen aus dem "World Values Survey" zu widerlegen. Er argumentiert, dass aggregierte Umfragedaten in der vergleichenden Politikwissenschaft durchaus "echte" Gesellschaftsmerkmale darstellen und verweist dabei auf den kollektiven Charakter dieser Merkmale, die sowohl als Kontextbedingungen wie auch als gesellschaftliche Zustände zu begreifen sind. Er

erörtert u.a. die Fragen, inwieweit Beziehungen zwischen Aggregat- und Systemmerkmalen sinnvoll sein können, ob Aggregatbeziehungen bloße "Artefakte" sind, welche Arten einer möglichen Abweichung zwischen Individual- und Aggregatzusammenhang festzustellen sind und welche spezifische Unschärfe in sozialen Merkmalsbeziehungen besteht. Er hebt insbesondere die Beziehung zwischen Populationen, die sich aus Individuen zusammensetzen, und den systemischen Regelungseinheiten hervor. Er bezeichnet diese Beziehung als "Masse-System-Bindung", die aufgrund ihrer starken demokratietheoretischen Bedeutung einen wichtigen Platz in der vergleichenden Politikwissenschaft einnehmen sollte. (ICI2)

2 Theorie und Geschichte politischer Systeme

[51-L] Bredekamp, Horst:

Thomas Hobbes: Der Leviathan: das Urbild des modernen Staates und seine Gegenbilder, 1651-2001, (Acta humaniora), Berlin: Akad. Verl. 2003, 200 S., ISBN: 3-05-003758-X

INHALT: Die 1999 unter dem Titel 'Thomas Hobbes visuelle Strategien' erschienene Fassung wurde vom Autor in dreierlei Hinsicht verändert: Neben der leichten Überarbeitung von Text und Literaturangaben wurde der Teil über die Werkillustrationen und Portraits gekürzt, während die zuvor knappen Bemerkungen zur Rezeption des Leviathan-Bildes nun einen größeren Umfang aufweisen. 'Entstanden ist zwar keineswegs eine erschöpfende Abhandlung des Nachlebens von Hobbes Frontispiz, aber das Material hat einen eigenständigen Abschnitt ergeben.' (7) (ZPol, Leske u. Budrich)

[52-L] Euskirchen, Markus:

Militärriuale: die Ästhetik der Staatsgewalt ; Kritik und Analyse eines Herrschaftsinstruments in seinem historisch-systematischen Kontext, Berlin 2004, 215 S. (Graue Literatur; URL: <http://www.diss.fu-berlin.de/cgi-bin/zip.cgi/2004/109/Fub-diss2004109.zip>)

INHALT: "Im Militärriual präsentiert sich der moderne Nationalstaat, indem er sein Gewaltpotential rituell zur Schau trägt. Die Arbeit fragt Wie funktionieren Militärriuale? und Warum gibt es sie? (und: Wie spielt beides ineinander?) Eine Auseinandersetzung mit sozialwissenschaftlichen Riualsbegriffen einerseits und dem Gewaltmonopol des modernen Nationalstaates andererseits stehen im Zentrum des theoretisch erarbeiteten Kontextes, ohne den Militärriuale als soziopolitische Phänomene nicht zu verstehen sind. Die empirische Darstellung der Militärriuale findet anhand einer Typologie statt. Nacheinander werden vorgestellt: das Wachbataillon als Spezialtruppe für Militärriuale in einem einleitenden Exkurs; das Gelöbnis als militärisches Initiationsritual mit einem Exkurs zur Rolle der Kirche; Staatsempfänge als protokollarische Imponierriuale; Wache und Staatsbegräbnis als Ehren- und Trauerriuale; Kranzniederlegungen als Erinnerungs- und Gedenkrituale und schließlich der Große Zapfenstreich. Militärriuale verweisen auf die Möglichkeit und Bereitschaft der Verteidigung staatlicher Souveränität bzw. Herrschaftsansprüche (neuerdings menschenrechtlich kaschiert) mit militärischen Mitteln. Sie verweisen auf die so genannte ultima ratio staatlich-politischer Logik, die doch oft schon vor gewaltfreien Alternativen zum Einsatz kommt: militärisch organisierte Gewaltanwendung. Die Arbeit widmet sich schließlich der Protestbewegung gegen öf-

fentliche Militärauftritte, die die pazifistische Kritik der Friedensbewegung umfasst und sich in ihren Formen bis hin zum aktionsorientierten Widerstand erstreckt, beispielsweise der GelöbNix-Bewegung. Kritik am Militärritual führt nicht zwangsläufig zu einer Kritik an Militär. Es zeigt sich, dass unterschiedliche Positionen zu Militär Ritualen in Abhängigkeit zu den jeweils zugrunde liegenden gesamtgesellschaftlichen Analysen stehen, die bei den Akteure wirksam sind." (Autorenreferat)

[53-F] Fisch, Stefan, Prof.Dr.phil. (Leitung):

Experten und Politik: wissenschaftliche Politikberatung in historischer Perspektive

INHALT: Politikberatung ist von der deutschen Zeitgeschichtsschreibung noch kaum als ein Themenfeld eigenen Charakters entdeckt worden. Wiewohl den Historikern die Rolle externer Experten bei der Formulierung von politischen Programmen nicht verborgen geblieben ist, sind Genese und Stellenwert des institutionalisierten Austauschs von Experten und Politik bislang noch nicht zum Gegenstand einer systematischen Analyse geworden. Bei diesem Projekt geht es darum, die Rolle verwaltungsexternen Sachverständigen stärker in das Blickfeld der Historiographie zu rücken, eine Brücke zu den Fragestellungen der Politik-, Sozial- und Verwaltungswissenschaften zu schlagen und deren Ansatzpunkte mit den Methoden der Geschichtswissenschaft weiterzuführen und zu ergänzen. Dazu ist für den Oktober 2001 eine Forschungstagung geplant, die bereits abgeschlossene oder noch laufende Forschungsvorhaben zusammenführen und unter dem Gesichtspunkt auswerten soll, welche Entstehungsbedingungen, Entwicklungslinien und Wirkungsmechanismen sachverständiger Politikberatung in Deutschland gelten. Sie kehrt damit die bislang dominierende Frage nach dem Einfluss der Politik auf die Wissenschaft um und fragt nach der Bedeutung von Wissenschaft für die Politik und dem Stellenwert externen Expertenwissens im politischen Prozess. Dabei sollen insbesondere die Ressortforschung der Fachministerien, Querschnittsfragen der Beratung (wie Demoskopie oder Zukunftsforschung) und paradigmatische Fälle für das Verhältnis von Beratern und Beratenen thematisiert werden. Ein zeitlicher Schwerpunkt des Projekts liegt bei den aktuellen zeitgeschichtlichen Forschungen zu den sechziger Jahren. Mit dem chronologischen "Weiterwandern" der gesetzlichen Benutzungssperre von dreißig Jahren werden in den staatlichen Archiven zunehmend Aktenbestände aus dieser Zeit zugänglich, einer Periode mannigfaltiger Auf- und Umbrüche. Zu ihren Kennzeichen gehörte nicht zuletzt ein Wandel in Stil und Methoden des Regierens, der seinerzeit vielfach als eine "Verwissenschaftlichung" der Politik gesehen wurde.

METHODE: exemplarische historische Quellenarbeit *DATENGEWINNUNG:* Entfällt.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Sammelband zur DFG-geförderten Tagung in Speyer Ende 2001. 2004 (im Erscheinen).

ART: gefördert *BEGINN:* 2000-04 *ENDE:* 2003-03 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft

INSTITUTION: Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte, insb. Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte (Postfach 1409, 67324 Speyer)

KONTAKT: Leiter (e-mail: sfisch@dhv-speyer.de)

[54-L] Hartmann, Jürgen:

Geschichte der Politikwissenschaft: Grundzüge der Fachentwicklung in den USA und in Europa, (UTB für Wissenschaft : Politikwissenschaft, Bd. 2403), Opladen: Leske u. Budrich 2003, 301 S., ISBN: 3-8100-3717-6 (Standort: UB Bonn(5)-2003-3854)

INHALT: Das vorliegende Buch stellt die historische Entwicklung der Politikwissenschaft in den USA, in der Bundesrepublik Deutschland, in Großbritannien und in Frankreich dar. Es werden dabei Teilentwicklungen in den Bereichen politische Theorie, Innenpolitik, Komparatistik und Internationale Beziehungen nachgezeichnet, wobei die amerikanische Politikwissenschaft als Referenzdisziplin recht breit erörtert wird. Dies trägt der Tatsache Rechnung, dass die europäische Politikwissenschaft von dort mehr Impulse empfing als sie dorthin ausgestrahlt hat. Aus dem Vergleich der amerikanischen und der deutschen Entwicklung sollen die wesentlichen Faktoren erkannt werden, die das Fach in Deutschland bestimmen. Die eher knapper gehaltenen Ausführungen zur britischen und französischen Politikwissenschaft sollen an weiteren Beispielen verdeutlichen, wie sehr das Bild der Disziplin dort von anderen politischen Verhältnissen und Wissenschaftstraditionen geprägt worden ist. Der Ort der Politikwissenschaft in den einzelnen Ländern wird nach folgenden Kriterien näher bestimmt: (1) Begleitumstände der Verselbständigung der Politikwissenschaft im Fächerkanon der Universitäten; (2) Themenvorgaben der Politikwissenschaft durch die Struktur des Staates und dessen politische Inhalte; (3) Impulse aus den Nachbarwissenschaften der Politikwissenschaft; (4) Ausstrahlung der amerikanischen Politikwissenschaft auf die anderer Länder. (ICI2)

[55-L] jour fixe initiative Berlin (Hrsg.):

Geschichte nach Auschwitz, Münster: Unrast-Verl. 2002, 221 S., ISBN: 3-89771-409-4

INHALT: Seit dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten und der deutschen Vereinigung scheint der Gedanke, dass es weitere qualitative Umbrüche von Gesellschaftsordnungen in Form einer Revolution geben könne, obsolet. 'Was heißt das für eine Gesellschaftstheorie, die die Gesellschaft als Ganzes kritisiert und deren Hoffnung sich nach wie vor auf eine radikale Umwälzung richtet, die also hoffnungslos anachronistisch erscheinen muss? Kann kritische Gesellschaftstheorie noch etwas mit den Begriffen Revolution und Geschichte anfangen, nachdem die Alternative Sozialismus oder Barbarei im Nationalsozialismus entschieden worden ist?' Diese Fragen lagen den Vorträgen zugrunde, die im Rahmen der Veranstaltungsreihe gleichen Titels 2000/2001 in Berlin gehalten und diskutiert wurden und die dieser Band dokumentiert. Inhaltsverzeichnis: jour fixe initiative berlin: Geschichte nach Auschwitz (7-12); Elfriede Müller / Alexander Ruoff: Interpretieren des Grauens (13-38); Enzo Traverso: Sozialismus nach Auschwitz. Bemerkungen zum politischen Gebrauch der Erinnerung (39-59); Zeev Sternhell: Von der Aufklärung zum Faschismus und Nazismus. Reflexionen über das Schicksal der Ideen im 20. Jahrhundert (61-94); Bernhard Jensen: Exil und Remigration im philosophischen Diskurs nach Auschwitz (95-117); Michael T. Koltan: Die Editions-geschichte der 'Feuerbach-Manuskripte' (119-142); Helmut Dahmer: Regression einer kritischen Theorie. Schicksale der 'psychoanalytischen Bewegung' (143-163); Frank Winter: Architektur und Geschichtsbewusstsein. Versuch über den neuen Potsdamer Platz in Berlin (165-192); Mark Siemons: Berliner Passagen (193-205); Ute Gerhard: Das symbolische Modell der zerstreuten Masse (207-220). (ZPol, Leske u. Budrich)

[56-F] Kerner, André (Bearbeitung); Stammen, Theo, Prof.Dr. (Betreuung):

Der "Zionskirchenprozess" 1987. Eine Analyse zum Rechtsextremismus unter Jugendlichen in der DDR von 1980 bis 1989

INHALT: Die Entstehung, das Wachstum und die Ursachen rechtsextremistischer Verhaltensweisen und Ideen sowie die Unfähigkeit und der Unwille der Staatsorgane der DDR, mit diesem Phänomen umzugehen, ist der Inhalt dieser Arbeit. Unter Auswertung des aktuellen Standes der politikwissenschaftlichen Extremismusforschung soll eine Analyse des Rechtsextremismus in der DDR erstellt bzw. eventuelle Eigenheiten rechtsextremistischer Umtriebe in der SED-Diktatur herausgearbeitet werden. *ZEITRAUM:* 1980-1989 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Deutsche Demokratische Republik

METHODE: deskriptiv; analytisch; politiwissenschaftlich

ART: Diplom *BEGINN:* 2002-11 *ENDE:* 2003-06 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Wissenschaftler

INSTITUTION: Hochschule für Politik München (Ludwigstr. 8, 80539 München)

KONTAKT: Grün, Otto (Tel. 089-285018)

[57-L] Lappenküper, Ulrich; Scholtyseck, Joachim; Studt, Christoph (Hrsg.):

Masse und Macht im 19. und 20. Jahrhundert: Studien zu Schlüsselbegriffen unserer Zeit, München: Oldenbourg 2003, 199 S., ISBN: 3-486-56706-3 (Standort: UuStB Köln(38)-30A1376)

INHALT: "Masse und Macht sind Schlüsselbegriffe zum Verständnis der Moderne. Die Einbeziehung einer wachsenden Zahl von Menschen in politische Entscheidungsprozesse führte seit dem 19. Jahrhundert zu scheinbar paradoxen Ergebnissen: Der Demokratisierung und Emanzipation breiter Schichten stand ein Anwachsen der Gewaltpotenziale und sogar die Entstehung totalitärer Regime gegenüber. Anregungen von Elias Canettis Werk "Masse und Macht" aufnehmend, geht der Band diesem Phänomen der Janusköpfigkeit auf folgenden Themenfeldern nach: Staatenwelt; Krieg; Staatsverfassungen; Parteien; öffentliche Meinung; "politischer Massenmarkt"; Wirtschaft, Verkehr und Technik; Bildung; politische Religionen." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Peter Stadler: Masse und Macht im 19. und 20. Jahrhundert (13-26); Paul W. Schroeder: The Life and Death of a Long Peace: Austro-German-Russian Relations, 1763-1914 (27-49); Michael Salewski: Vom Kabinettskrieg zum totalen Krieg: Der Gestaltwandel des Krieges im 19. und 20. Jahrhundert (51-66); Josef Isensee: Elitefundierte Monarchie - massengestützte Diktatur - demokratisch legitimierte Regierung: Zu Dauer und Wandel von Staatsverfassungen im 19. und 20. Jahrhundert (67-101); Winfried Becker: Pars pro toto? Die Entwicklung der Parteien vom Honoratiorenklub zur Massenbewegung und der demokratische Staat (103-126); Georg Rudinger: Medienmacht und Massenwirkung: Von der fragmentierten Öffentlichkeit zur internationalen Kommunikationsgemeinschaft? (127-144); Klaus Tenfelde: Rad der Geschichte? Über die Rolle der deutschen Montanindustrie in der sozialen und politischen Verfassung des späten Kaiserreichs (145-161); Horst Möller: "Wissen ist Macht": Vom Rang der Geburt zur Qualifizierung durch Bildung (163-180); Michael Burleigh: 'The thin crust of civilisation', the masses, power and political religions (181-199).

[58-F] Livi, Massimiliano, Dr. (Bearbeitung); Priester, Karin, Prof.Dr. (Betreuung):

Die Politik der Reichsfrauenführerin Gertrud Scholtz-Klink: politische Handlungsräume und Identitätsprobleme der Frauen im Nationalsozialismus

INHALT: Im Mittelpunkt der hier vorgestellten Arbeit steht die Rekonstruktion der politischen Persönlichkeit und der Handlung von Gertrud Scholtz-Klink (09.2.1902 - 24.3.1999). Es handelt sich um die Analyse der politischen Biographie der bedeutenden und gleichzeitig am wenigsten bekannten weiblichen Figur des politischen NS-Machtapparates. Gertrud Scholtz-Klink begann mit etwa 30 Jahren ihre politische Tätigkeit in der NSDAP und erlangte innerhalb von fünf Jahren die höchste Position, die für eine Frau vorgesehen war. Im Jahr 1934 wurde sie zur Reichsfrauenführerin ernannt. Ihr Amtssitz (die Reichsfrauenführung) wurde im Berliner Hauptquartier eingerichtet. Sie gelang mit einer markanten politischen Gewandtheit bis zum Kriegsende die Gesamte "Frauenwelt" unter sich zu organisieren. Die Arbeit gliedert sich in 3 Teile: die der Biographie Scholtz-Klinks; der Darstellung ihres politischen Denkens und Handelns; und schließlich die Bewertung ihrer Rolle in der Politik und in der nationalsozialistischen Gesellschaft. Zuerst wird die Rekonstruktion der Biographie Gertrud Scholtz-Klinks versucht. Besonders wichtig sind hier ihre soziale und kulturelle Herkunft und die Entwicklung ihrer politischen Karriere von der Kampfzeit über ihren politischen Aufstieg (1934-1936) bis zur Festigung ihre Rolle (1937-1945). Kern der Analyse des zweiten Hauptteils der Arbeit sind ihre Artikel, Reden und andere Schriften. Hier werden die Schriften und Reden sowohl zeitlich als auch inhaltlich eingeordnet und nach Themen gegliedert. Die Themen und ihre Beziehung zu den politischen Umständen werden dann Objekt einer inhaltlichen Betrachtung sein. Dabei werden insbesondere Themen wie die Frauenfrage, der Krieg, die Rassenfrage und die Frauenarbeit berücksichtigt. Der dritte Hauptteil der Arbeit besteht aus einer Analyse der Rolle Scholtz-Klinks unter dem Gesichtspunkt ihrer politischen Autonomie, ihres politischen Bewusstseins und ihrer politischen Relevanz. Ferner wird ein kurzer Vergleich mit anderen Politikerinnen der Nazizeit sicherlich helfen, die Rolle Scholtz-Klinks in ihrer Gesamtheit besser zu begreifen. Fragestellung: 1. War die Ausarbeitung der Politik Scholtz-Klinks unabhängig, zweckdienlich oder instrumentalisiert? 2. Spielt der Idealismus tatsächlich eine primäre Rolle in der Politik von Gertrud Scholtz-Klink? 3. Oder zielte sie nur auf die Etablierung einer persönlichen Machtposition? 4. War die NSF/DFW tatsächlich einfach nur eine soziale Einrichtung oder waren sie und ihre Organisationen ein wichtiger Teil des nationalsozialistischen Machtapparates? 5. Ist Gertrud Scholtz-Klink als Schreibtischtäterin zu bezeichnen? und noch: 6. Waren ihre Schriften einfach nur propagandistisch gedacht oder sind auch andere Absichten zu erkennen? 7. Wer waren die Empfängerinnen der Schriften Gertrud Scholtz-Klinks? 8. Besteht die Möglichkeit, von einer nationalsozialistisch geprägten Frauenidentität dieser Empfängerinnen zu sprechen? 9. War diese Identität schon vor der aktiven Zeit Gertrud Scholtz-Klinks vorhanden? 10. Oder bestimmte sie sich erst mittels der Politik Gertrud Scholtz-Klinks? *ZEITRAUM:* 1930-1950 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Deutschland

METHODE: Sozialgeschichte; Elitenforschung; Genderforschung

ART: Dissertation; gefördert *BEGINN:* 2000-01 *ENDE:* 2004-10 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Institut für Europäische Geschichte

INSTITUTION: Universität Münster, FB 06 Erziehungswissenschaft und Sozialwissenschaften, Institut für Soziologie Lehrstuhl für Soziologie, insb. Politische Soziologie (Scharmhorststr. 121, 48151 Münster)

KONTAKT: Bearbeiter (e-mail: livi@maxlivi.de)

[59-F] Payk, Markus (Bearbeitung); Lindenberger, Thomas, Dr. (Leitung):

Aufnahme, Aneignung und Vermittlung anglo-amerikanischer Demokratiemodelle in der Publizistik Westdeutschlands von 1945 bis zur Mitte der sechziger Jahre (Teilprojekt im Rahmen des DFG-Projektverbunds "Die DDR im deutschen und europäischen Systemkonflikt")

INHALT: keine Angaben **ZEITRAUM:** 1945 bis ca. 1965

ART: gefördert **BEGINN:** 2001-01 **ENDE:** 2003-12 **AUFTRAGGEBER:** nein **FINANZIERER:** Deutsche Forschungsgemeinschaft

INSTITUTION: Zentrum für Zeithistorische Forschung e.V. (Am Neuen Markt 1, 14467 Potsdam)

KONTAKT: Leiter (Tel. 0331-28991-24, Fax: 0331-28991-60, e-mail: lindenberger@zzf-pdm.de); Bearbeiterin (Tel. 0331-28991-17, Fax: 0331-28991-60, e-mail: payk@zzf-pdm.de)

[60-L] Pietsch, Roland:

Dante Alighieri als politischer Denker, in: Politische Studien: Zweimonatsschrift für Politik und Zeitgeschehen : Zweimonatsschrift für Politik und Zeitgeschehen, Jg. 55/2004, H. 394, S. 25-34 (Standort: UuStB Köln(38)-POL2927; Kopie über den Literaturdienst erhältlich;

URL: http://www.hss.de/downloads/Pol.Studien_394.pdf

INHALT: Dante Alighieri (1265-1321) - einer der größten Dichter des europäischen Mittelalters und zugleich ein bedeutender Philosoph - hat sein politisches Denken nicht nur poetisch in der "Divina Commedia" zum Ausdruck gebracht, sondern auch in einer Reihe philosophischer Schriften. Die maßgebenden Grundsätze seiner politischen Philosophie hat Dante in seinem Hauptwerk "De Monarchia" entwickelt. Dieser Text dient als Grundlage für die vorliegende kurze Darstellung seiner politischen Philosophie, in deren Mittelpunkt "die zeitliche Monarchie, welche man Imperium nennt" steht. Es werden vor allem folgende Leitfragen Dantes diskutiert: (1) Ist die zeitliche Monarchie bzw. die Weltmonarchie für das Wohl der Welt notwendig? (2) Hat das römische Volk von Rechts wegen für sich das Amt des Monarchen in Anspruch genommen? (3) Hängt die Autorität des römischen Monarchen, der von Rechts wegen Monarch der Welt ist, unmittelbar von Gott oder von einem anderen, dem Diener oder Stellvertreter Gottes, ab? Abschließend werden einige Hinweise zur Wirkungsgeschichte der Monarchia gegeben. (ICI2)

[61-F] Reibel, Carl-Wilhelm, Dr. (Bearbeitung); Recker, Marie-Luise, Prof.Dr. (Leitung):

Reichstagswahlen und -bündnisse 1890-1918

INHALT: Das Ziel des Forschungsvorhabens ist die Dokumentation der Reichstagswahlen zwischen 1890 und 1918. Für jeden der 397 Wahlkreise des Deutschen Reiches sollen Angaben zur sozio-demographischen Struktur des Stimmbezirks, zur Wahlbeteiligung, zu den einzelnen Wahlergebnissen, zu den Bündniskonstellationen der Parteien und zu den aufgestellten Kandidaten erfasst werden. Das Projekt, das sich an das von Thomas Kühne erarbeitete "Handbuch der Wahlen zum Preußischen Abgeordnetenhaus" anlehnt, soll zur Erstellung eines Handbuchs führen, das als Hilfsmittel für die historische Wahlforschung eine bislang bestehende Datenlücke für den genannten Zeitraum füllt. Nach zwei Jahren intensiver Forschung kann prognostiziert werden, dass das Projekt der historischen Wahlforschung im all-

gemeinen und der Parteienforschung im speziellen neue Impulse geben wird: So kann die Dokumentation u.a. als Grundlage für weiterführende mikroanalytische Studien benutzt und auf diese Weise die Entwicklung der Demokratisierungsprozesse im Deutschen Reich auf regionaler und lokaler Ebene untersucht werden. Außerdem ist davon auszugehen, dass die detaillierte Darstellung des Bündnisverhaltens der Parteien in den einzelnen Wahlkreisen eine weitere Erforschung der sich in diesen Jahren entwickelnden und bisher zu wenig beachteten Koalitions- und Kompromissbestrebungen der deutschen Parteien anregt. *ZEITRAUM*: 1890-1918 *GEOGRAPHISCHER RAUM*: Deutsches Reich

METHODE: Das Projekt versteht sich als Grundlagenforschung. Die Primärquellen (Wahlakten der verschiedenen Staats- und Landesbehörden, Zeitungen) werden ausgewertet und die entnommenen Daten dokumentiert, um der historischen Wahlforschung ein Hilfsmittel für weiterführende Forschungsvorhaben zur Verfügung zu stellen. *DATENGEWINNUNG*: Aktenanalyse, offen (Primärquellenanalyse; Auswahlverfahren: total).

ART: gefördert *BEGINN*: 2001-02 *ENDE*: 2004-07 *AUFTRAGGEBER*: nein *FINANZIERER*: Deutsche Forschungsgemeinschaft

INSTITUTION: Universität Frankfurt, FB 08 Philosophie und Geschichtswissenschaften, Historisches Seminar Lehrstuhl für Zeitgeschichte (60629 Frankfurt am Main)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 069-798-32587, e-mail: reibel@em.uni-frankfurt.de)

[62-F] Remy, Dietmar, Dr.; Gebauer, Ronald, Dipl.-Soz.; Salheiser, Axel, M.A.; Liebold, Sandra; Fischer, Marcel; Schumacher, Gunnar; Graß, Anja (Bearbeitung); Best, Heinrich, Prof.Dr.; Hornbostel, Stefan, Dr. (Leitung):

Führungsgruppen und gesellschaftliche Differenzierungsprozesse in der DDR (Teilprojekt A1)

INHALT: Planwirtschaften müssen aufgrund fehlender Marktregulative einen großen Teil ihrer Steuerungsprozesse über die Auswahl, Instruktion und Kontrolle von Leitungspersonal abwickeln, das dabei systematisch widersprüchlichen Anforderungen von Konformität und Professionalität ausgesetzt ist. Zentrale Dimensionen gesellschaftlicher Differenzierung in der DDR und der modus operandi der in ihr etablierten Machtorganisation können daher über die sozialstrukturelle Analyse leitender Kader erschlossen werden. Datengrundlage des Projekts ist eine für Forschungszwecke aufbereitete und erweiterte Version des Zentralen Kaderdatenspeichers des Ministerrates der DDR. Dieses kaderpolitische Kontroll- und Steuerungsinstrument enthält in seinen Jahresdateien für ca. 698.000 Personen u.a. reichhaltige Angaben zur Qualifikation, Berufsbiographie, sozialen Herkunft, Mitgliedschaft in Parteien und Massenorganisationen. Dieser Speicher wurde um entsprechende Angaben aus dem Bereich der Sicherheit (NVA), der Bildung (Lehrer) und der Partei (1. und 2. SED-Bezirks- und Kreissekretäre) erweitert. Es fanden Zusatzerhebungen anhand von Kaderkarteikarten der NVA-Offiziere (Stichprobe: 1.000 Personen) und durch Archivrecherchen und Experteninterviews statt (466 SED-Funktionäre). Auf dieser Basis werden zunächst Ungleichheitsstrukturen identifiziert und mit den Zieldefinitionen des DDR-Regimes verglichen. Im sektoralen Vergleich sollen sodann Ausmaß und Art funktionaler Ausdifferenzierung bzw. politisch vermittelter Integration eruiert werden (Mobilitätsanalysen, Untersuchung politisch-organisatorischer Einbindungen, symbolischer Gratifikationen und der Karriereverlaufsmuster). Schließlich sollen typische Opportunitätsstrukturen und deren Veränderung sowie das zugehörige restringierende bzw. förderliche institutionelle Setting rekonstruiert werden. *ZEITRAUM*: 1960-1989 *GEOGRAPHISCHER RAUM*: DDR

METHODE: Die verschiedenen "Jahresscheiben" der Datensätze des Zentralen Kaderdatenspeichers, die sich im Hinblick auf die in ihnen enthaltenen Personen teilweise überschneiden, wurden zu einer "Masterdatei" zusammengefügt, die das gesamte Datenmaterial redundanzfrei und fehlerbereinigt enthält. Darüber hinaus werden die Daten für statistische Längsschnittanalysen aufbereitet, die im weiteren Projektverlauf durchgeführt werden sollen (Bildung von Episodendaten und Vorbereitung von Verfahren des Episodensplittings). Mit Hilfe ereignisanalytischer Verfahren sollen Biographieverläufe in ihrem soziostrukturellen Kontext vor dem Hintergrund verschiedener historischer Entwicklungsphasen der DDR und unterschiedlicher Generationszusammenhänge nachgezeichnet werden. In diesem Zusammenhang stellt sich z.B. die Frage, inwieweit zeitabhängige Effekte (von Alter, Kohortenzugehörigkeit und historischen Perioden) mit entsprechenden Effekten vergleichbar sind, wie sie für westliche Gesellschaften berichtet werden. Untersuchungsdesign: Trend, Zeitreihe; Querschnitt
DATENGEWINNUNG: Aktenanalyse, offen. Qualitatives Interview (Stichprobe: 20; Mitarbeiter Kaderverwaltung, EDV-Personal, Ministerrat; Auswahlverfahren: willkürlich). Sekundäranalyse von Individualdaten (Stichprobe: ca. 698.000; Führungsgruppen der DDR in den 1980er Jahre; Auswahlverfahren: total). Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Hornbostel, S.: Von Überlebenden, Kolonisten und Newcomern: neue und alte Eliten in Ostdeutschland. in: Die neuen Eliten. Kursbuch, H. 39. Berlin: Rowohlt 2000, S. 123-136. ISBN 3-87134-139-8.+++Ders.: Spätsozialismus, Legitimierung und Stabilität. in: Boyer, Christoph; Skyba, Peter (Hrsg.): Repression und Wohlstandsversprechen. Zur Stabilisierung von Parteiherrschaft in der DDR und der CSSR. Berichte und Studien/ Hannah-Ahrendt-Institut, Nr. 20. Dresden 1999, S. 13-28.+++Ders.: Die geplante Elite - erste Ergebnisse aus der Analyse der Kaderdatenspeicher des Ministerrates. in: Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien, 1997, Nr. 10, S. 55-69.+++Best, H.: Platzierungslogiken und Rekrutierungsregime von DDR-Funktionseleiten: Ergebnisse einer Korrespondenzanalyse. in: Ders.; Gebauer, R. (Hrsg.): (Dys)funktionale Differenzierung? Rekrutierungsmuster und Karriereverläufe von DDR-Funktionseleiten. SFB-580-Mitteilungen, H. 3. Jena/ Halle 2002, S. 21-32.+++Ders.: Biographien im Kollektiv: Überlegungen zum Erkenntniswert kollektivbiographischer Rekonstruktionen am Beispiel der DDR-Leitungskader. in: Hildenbrand, Bruno (Hrsg.): Akteurs- und subjektbezogene Erhebungs- und Analyseverfahren. SFB-580-Mitteilungen, H. 6. Jena/ Halle 2003, S. 7-19.+++Ders.: Wenn Quantität in Qualität umschlägt: die Prosopographie der DDR-Funktionseleiten als ein Beitrag zur Hermeneutik der realsozialistischen Lebenswelt. in: Bayer, Michael; Petermann, Sören (Hrsg.): Soziale Struktur und wissenschaftliche Praxis im Wandel. Festschrift für Heinz Sahner. Wiesbaden 2004.+++Best, H.; Gebauer, R. (Hrsg.): (Dys)funktionale Differenzierung? Rekrutierungsmuster und Karriereverläufe der DDR-Funktionseleiten. SFB-580-Mitteilungen, H. 3. Jena/ Halle 2002.+++Best, H.; Hornbostel, S. (Hrsg.): Die DDR-Funktionseleite. Empirische Befunde und wissenschaftliche Kontroversen. Historical Social Research (HSR), Jg. 28, 2003, H. 103/104 (Sonderh. 1/2).+++Hornbostel, S.: Die besten Vertreter der Arbeiterklasse. Kaderpolitik und gesellschaftliche Differenzierungsmuster im Spiegel des zentralen Kaderdatenspeichers des Ministerrates der DDR. in: Ders. (Hrsg.): Sozialistische Eliten. Horizontale und vertikale Differenzierungsmuster in der DDR. Opladen 1999, S. 177-210.+++Ders.: Ehre oder Blechsegen? Das Auszeichnungswesen der DDR. in: Best, H.; Gebauer, R. (Hrsg.): (Dys)funktionale Differenzierung? Rekrutierungsmuster und Karriereverläufe von DDR-Funktionseleiten. SFB-580-Mitteilungen, H. 3. Jena/ Halle 2002, S. 33-39.+++Ders.: Der Gütestempel - Auszeichnungen in der DDR. in: Best, H.; Mestrup, H. (Hrsg.): Die Ersten und Zweiten Sekretäre der SED. Machtstrukturen und Herrschaftspraxis in den thüringischen Bezirken der DDR. Weimar/ Jena 2003, S. 508-528.+++Remy, D.: Personenbezogene Massendatenspeicher des Ministerra-

tes der DDR als Quellengrundlage für historische und sozialwissenschaftliche Forschungen.
in: Best, H.; Gebauer, R. (Hrsg.): (Dys)funktionale Differenzierung? Rekrutierungsmuster
und Karriereverläufe der DDR-Funktionsebenen. SFB-580-Mitteilungen, H. 3. Jena/ Halle
2002, S. 9-14. Differenzierung; Führung; Elite; politische Kontrolle

ART: gefördert *BEGINN:* 2001-07 *ENDE:* 2008-06 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:*
Deutsche Forschungsgemeinschaft

INSTITUTION: Universität Jena, Fak. für Sozial- und Verhaltenswissenschaften, SFB 580 Ge-
sellschaftliche Entwicklungen nach dem Systemumbruch - Diskontinuität, Tradition und
Strukturbildung (Carl-Zeiss-Str. 2, 07743 Jena)

KONTAKT: Best, Heinrich (Prof.Dr. e-mail: best@soziologie.uni-jena.de); Lehrstuhlsekretariat
(Tel. 03641-945540)

[63-F] Sabrow, Martin, Dr. (Bearbeitung):

Das Diktat des Konsenses. Geschichtswissenschaft in der DDR

INHALT: Die Arbeit behandelt die Verwandlung der tradierten Geschichtswissenschaft in der
SBZ/ DDR in eine parteiloyale Fachdisziplin. Gestützt auf einen diskursgeschichtlichen Un-
tersuchungsansatz, werden die fachliche Institutionalisierung und inhaltliche Kodifizierung
eines spezifischen Geschichtsdenkens erhellt, in dem Professionalität und Parteilichkeit zu-
sammenflossen und eine eigene historische Sinnwelt erzeugten, die in immer weitergehendem
Maße ohne direkte politische Steuerung zu existieren vermochte. Mit Hilfe einer immunisie-
renden, mobilisierenden und integrierenden Abgrenzung von der westlichen Gegnerschaft ge-
lang es so, die Verständigung über die Vergangenheit in der DDR zu einer Disziplin zu for-
men, in der politische Instrumentalität nicht als fachliches Ungenügen in Erscheinung trat.
Die auch im Binnenleben der Disziplin zutage tretende Geltungskraft und Geltungstiefe des
staatssozialistischen Geschichtsdiskurses erlaubt Rückschlüsse auf das eigentümliche Paradoxon
von Stabilität und Revolution zu ziehen, das die zweite deutsche Diktatur prägte. *GEO-
GRAPHISCHER RAUM:* SBZ/ DDR

VERÖFFENTLICHUNGEN: Sabrow, Martin: Das Diktat des Konsenses. Geschichtswissen-
schaft in der DDR 1949-1969. München: Oldenbourg 2001, 234 S.

ART: gefördert *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft

INSTITUTION: Zentrum für Zeithistorische Forschung e.V. (Am Neuen Markt 1, 14467 Pots-
dam)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 0331-28991-12, Fax. 0331-28991-60,
e-mail: sabrow@zedat.fu-berlin.de)

[64-F] Semmelmann, Dagmar, Dr. (Leitung):

Der 17. Juni 1953 in Stalinstadt/ Fürstenberg in der Erinnerung von Bauarbeitern aus Ei- senhüttenstadt - zur Wahrnehmungs- und Verarbeitungsweise der Juni-Erhebung durch Bauarbeiter der Region

INHALT: Im Zentrum dieser regionalgeschichtlichen Studie steht die "subjektive Seite" des 17.
Juni 1953. Auf der Basis von 1992 durchgeführten Interviews werden Erlebnis- und Verarbei-
tungsweisen dieser historischen Zäsur durch Zeitzeugen unter den spezifischen Bedingungen
eines industriellen Schwerpunktobjektes der DDR ermittelt und gedeutet. 1. Kontext/ Prob-
lemlage: Untersuchungen über den 17. Juni 1953 sind nach dem Zusammenbruch der DDR

mit der Öffnung der Archive in vielerlei Hinsicht intensiviert worden, wovon eine Vielzahl von Publikationen zeugt. Während Arbeiten über Vorgeschichte, Ablauf und Folgen des 17. Juni, aber auch einzelne Aspekte des Geschehens gut erforscht sind, gibt es immer noch wenige regional- und betriebsgeschichtliche Studien. Noch viel seltener sind Oral-History-Untersuchungen, die sich der Wahrnehmungs- und Verarbeitungsweise des 17. Juni durch Zeitzeugen zuwenden. Vorliegende Studie will dazu beitragen, diese Lücke zu schließen. 2. Fragestellung: Im Zentrum der Untersuchung steht die prägende Wirkung dieser historischen Zäsur der DDR-Geschichte auf Einstellungen und Verhaltensweisen von Zeitzeugen in der Brechung durch deren spezifische Vorerfahrungen und nachfolgende Lebensverläufe. Im einzelnen werden u.a. folgende Fragen untersucht: Wird der 17. Juni von den befragten Zeitzeugen als relevante Zäsur erinnert - oder nicht? Sind die individuellen Einstellungen und Verhaltensweisen gegenüber der Partei- und Staatsmacht der DDR nach dem Erlebnis des Juniaufstandes einfach nur fortgeführt worden oder erfolgte in dessen Verarbeitung ein Wandel? Kommt es in Verarbeitung der "Wende" von 1989/90 zu einer Neubewertung der ursprünglichen Wahrnehmungsweise des 17. Juni - oder nicht, und wenn ja in welche Richtung? *GEOGRAPHISCHER RAUM*: Stalinstadt/ Fürstenberg, Eisenhüttenstadt

METHODE: Es werden 35 Interviews ausgewertet, die von der Antragstellerin 1992 mit Bauarbeitern in der Region durchgeführt wurden. Angewandt werden die Methoden der Oral-History und der Biographieforschung, mit deren Hilfe die Interviews ausgewertet werden. Nach der Erarbeitung von Verlaufsbiographien, erfolgt eine detaillierte Analyse ausgewählter Passagen unter genannten Fragestellungen. Auf dieser Grundlage werden Einzelfälle von Wahrnehmungs- und Verarbeitungsweisen erarbeitet. Eine Typenbildung, die unter dem Aspekt Teilnahme oder Nichtteilnahme an der Demonstration erfolgt, wird angestrebt. Im Prozess der Erarbeitung werden Archivalien (Dokumente der SED-Kreisparteilitung und Prozessakten) sowie Literatur gezielt ausgewertet und verarbeitet. Zum Vergleich der Ergebnisse aus genanntem Sample zieht die Antragstellerin ihre 1988/89 mit Hochöfnern des EKO durchgeführten Befragungen heran.

ART: gefördert *AUFTRAGGEBER*: keine Angabe *FINANZIERER*: Hans-Böckler-Stiftung

INSTITUTION: Semmelmann, D. (Rigaer Str. 17, 10247 Berlin)

[65-F] Streubel, Christiane, M.A. (Bearbeitung); Kaiser, Jochen-Christoph, Prof.Dr. (Betreuung):
Völkisch-Nationaler Feminismus in der Weimarer Republik

INHALT: Die Arbeit ist erstens ein Beitrag zur politischen Ideengeschichte aus der Perspektive der gender-Forschung. Bislang sind politische Phänomene wie "rechter Radikalismus" und "Konservative Revolution" weitgehend als männliche Phänomene dargestellt worden. Das Projekt liefert einen Baustein zu der Frage, in wieweit Frauen im rechten politischen Spektrum aktiv waren und wie ihre ideologischen Vorstellungen aussahen. Analysiert wird in diesem Zusammenhang, ob, und wie Frauen bei ihrem Bemühen um Emanzipation und ihrem Ringen um Integration in die Nation selbst hierarchische Machtverhältnisse reproduzierten und von ihrem Erhalt zu profitieren versuchten. Im Mittelpunkt steht der Beitrag von Frauen zur Vermassung nationalistischer, rassistischer und antisemitischer Ideologien, zum Erhalt von Klassenhierarchien, zur Vergesellschaftung des Militarismus und zum antidemokratischen Denken. Zweitens will die Analyse des "Völkisch-nationalen Feminismus" Voraussetzungen für eine Historisierung des Begriffs "Feminismus" schaffen und für einen Feminismusbegriff plädieren, der als wertfreie, analytische und heuristische Kategorie angewandt wird. Historisch betrachtet gibt es nicht einen Feminismus, sondern viele Feminismen. Das

Promotionsprojekt soll den Nachweis erbringen, daß auch nationalistische und völkische Ideologien, die in der Weimarer Republik zu einem Massenphänomen wurden, Einfluß auf feministisches Denken hatten und daß umgekehrt, Frauen, die einer nationalistischen bzw. völkischen Weltanschauung anhängen, von dem feministischen Denken ihrer Zeit geprägt wurden. Kritisiert wird damit eine normative Besetzung des Begriffs "Feminismus", die eine grundsätzlich humanistische Haltung unterstellt und damit den historischen Erscheinungsformen der feministischen Bewegungen nicht gerecht wird. *ZEITRAUM*: 1918-1933 *GEOGRAPHISCHER RAUM*: Deutschland

METHODE: Ideengeschichte; Ideologiekritik; Geschlechterforschung *DATENGEWINNUNG*: Aktenanalyse, offen.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Streubel, Christiane: Völkisch-Nationaler Feminismus in der Weimarer Republik. in: Schöck-Quinteros, Eva; Streubel, Chr. (Hrsg.): *Ihrem Volk verantwortlich. Frauen der politischen Rechten 1890-1933*. Berlin 2004.+++Dies.: "Männerbund" und "Magna Mater". Geschlechtsspezifische Religionsentwürfe in der völkischen Bewegung. in: Gause, Ute; Heller, Barbara; Kaiser, Jochen-Christoph (Hrsg.): *Starke fromme Frauen? Eine Zwischenbilanz konfessioneller Frauenforschung heute*. Evangel. Akademie Hofgeismar 2000, S. 71-92.+++Streubel, Christiane; Bitzan, Renate: "Die germanischsten unter den Frauen". *Frauen in rechtsextremen Bewegungen*. in: *Ariadne - Almanach des Archivs der deutschen Frauenbewegung*, 2000, Nr. 37/38, S. 86-93.+++Streubel, Christiane: *Frauen der politischen Rechten in Kaiserreich und Republik. Ein Überblick und Forschungsbericht*. in: *Historische Sozialforschung/ Historical Social Research*, 2003, 4, S. 103-166.

ART: Dissertation; gefördert *BEGINN*: 1997-01 *ENDE*: 2004-08 *AUFTRAGGEBER*: nein *FINANZIERER*: Heinrich Böll Stiftung e.V.

INSTITUTION: Landschaftsverband Westfalen-Lippe Westfälisches Institut für Regionalgeschichte (48133 Münster)

KONTAKT: Bearbeiterin (Tel. 0251-394-4126, e-mail: ChristianeStreubel@web.de)

[66-F] Take, Ingo, Dr.phil. (Bearbeitung):

Global Governance Formen im Vergleich

INHALT: Unterschiedliche Formen des Regierens werden nach ihrer jeweiligen Effektivität bei der Bearbeitung von grenzüberschreitenden Problemen und ihrer Legitimität befragt. Im Ergebnis sollen die für bestimmte Problemtypen angemessenen Formen des Regierens jenseits des Nationalstaates identifiziert werden. *ZEITRAUM*: 1992-2005

METHODE: Theorien der Internationalen Beziehungen; Demokratietheorien; Steuerungs- bzw. Regierungslehre *DATENGEWINNUNG*: Aktenanalyse, offen; Qualitatives Interview; Standardisierte Befragung, online.

ART: Habilitation *BEGINN*: 2002-07 *ENDE*: 2007-06 *AUFTRAGGEBER*: nein *FINANZIERER*: Wissenschaftler

INSTITUTION: Universität Greifswald, Philosophische Fakultät, Institut für Politikwissenschaft Lehrstuhl für Internationale Politik (Baderstr. 6-7, 17487 Greifswald)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 03834-863160, e-mail: take@uni-greifswald.de)

[67-L] Vorländer, Hans:

Demokratie: Geschichte, Formen, Theorien, (Beck'sche Reihe : Wissen), München: Beck 2003, 128 S., ISBN: 3-406-48011-X

INHALT: Der schmale Band verschafft dem Leser eine knappe und gleichzeitig umfassende Einführung in die Entstehung und Wandlung der Demokratie von der Antike bis zur Moderne und erklärt darüber hinaus ihre unterschiedlichen Formen sowie die mit ihr verbundene Fragestellung: 'Unter welchen Bedingungen kann Demokratie entstehen'? Dabei werden insbesondere aktuelle Probleme wie die mediale Inszenierung oder Herausforderungen der Globalisierung berücksichtigt. Inhaltsverzeichnis: I. Die Demokratie - ein Siegeszug?; II. Die Entstehung der Demokratie; III. Antike und moderne Demokratie; IV. Die republikanische Tradition der Demokratie; V. Die Begründung der modernen Demokratie; VI. Die Entwicklung der modernen Demokratie; VII. Voraussetzungen und Bedingungen der modernen Demokratie; VIII. Strukturen und Probleme der modernen Demokratie; IX. Die Chancen der Demokratie im Zeitalter der Globalisierung. (ZPol, Leske u. Budrich)

[68-F] Wagner, Patrick, Dr. (Bearbeitung); Herbert, Ulrich, Prof.Dr. (Betreuung):

Bauern, Junker und Beamte. Staatliche Herrschaft und lokale Machteliten in Ostelbien 1840-1910

INHALT: Überprüfung des Modells der Junker als einer "über das Land distribuierten Herrschaftsklasse" im östlichen Preussen des 19. Jahrhunderts. Ergebnisse: Neubildung lokaler Machteliten zwischen 1850 und 1890, innerhalb derer Junker nur Minorität bilden; steigende Bedeutung der Bürokratie für lokale Machtbeziehungen. *ZEITRAUM:* 1840-1910 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Ost- und Westpreussen, Schlesien

METHODE: machtsociologische Modelle (Heinrich Popitz, Trutz von Trotha)

VERÖFFENTLICHUNGEN: Wagner, P.: Landräte, Gutsbesitzer, Dorfschulzen. Zum Wandel der "Basisposten" preußischer Staatlichkeit in Ostelbien im 19. Jahrhundert. in: Holtz, Bärbel; Spenkuch, Hartwin (Hrsg.): Preußens Weg in die politische Moderne. Verfassung - Verwaltung - politische Kultur zwischen Reform und Reformblockade. Berlin 2001, S. 249-283.

ART: gefördert; Habilitation *BEGINN:* 1998-09 *ENDE:* 2003-01 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft

INSTITUTION: Universität Freiburg, Philosophische Fakultät, Historisches Seminar Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte (Werthmannplatz, KG IV, 79085 Freiburg im Breisgau)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 0761-203-9186,
e-mail: Patrick.Wagner@geschichte.uni-freiburg.de)

[69-F] Weil, Francesca, Dr.phil. (Bearbeitung):

Verstrickung von Ärzten in das System der inoffiziellen Mitarbeit des MfS (Ministerium für Staatssicherheit) der ehemaligen DDR

INHALT: Forschungsziel: Mit der Entwicklung eines staatlichen bzw. verstaatlichten Gesundheitswesens und dem damit verbundenen Versuch der SED-Führung, auch die Mediziner ihrem Herrschaftsanspruch unterzuordnen, ging der sukzessive Aufbau eines Netzes von inoffiziellen Mitarbeitern (IM) innerhalb der Ärzteschaft einher. Im Mittelpunkt des Forschungsprojekts steht deshalb eine umfassende empirische Analyse der inoffiziellen Mitarbeit von Medizinern möglichst vieler Fachrichtungen und auf allen Tätigkeitsfeldern für das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR von 1950 (bzw. 1959) bis 1989. Dabei geht es vorrangig um eine differenzierte Betrachtungsweise von Ursachen, Anlässen und Motiven für die Involvierung von Ärzten in das IM-Netz und von deren Widerspiegelung in persönlichen

Rückerinnerungen. Die Untersuchung soll jedoch nicht nur einen Einblick in die IM-Verstrickungen einer ausgewählten Berufsgruppe und in das Ausmaß des MfS-Einflusses auf das DDR-Gesundheitswesen liefern. Darüber hinaus können die Ergebnisse auch Auskunft über die tatsächliche Wirkung der Tätigkeit, des MfS auf einen nicht unbeträchtlichen Teil der Bevölkerung sowie auf die Ausreisebewegung und über die Verquickung von staatlichen Institutionen und Staatssicherheitsdienst geben. Außerdem beinhaltet die Arbeit ausführliche Selbstzeugnisse von Medizinerinnen über ihre Rolle als inoffizielle Zuträger des MfS. Ärzte bieten sich aufgrund ihrer Besonderheiten für die Analyse einer speziellen Berufsgruppe und in Hinblick auf noch zu schließende Forschungslücken als Forschungsgegenstand geradezu an. Forschungsstand: Wenn die Inoffiziellen Mitarbeiter des MfS auch nur "bloße Erfüllungshelfer der tatsächlichen Machträger" des SED-Regimes darstellten, so waren sie dennoch für das Funktionieren des politischen Systems und für den Machterhalt der Partei unverzichtbar. Nicht umsonst bezeichnete Mielke sie als "Hauptwaffe" der Staatssicherheit. Bisherige Publikationen zum Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR kamen deshalb nicht umhin, mehr oder weniger umfassend auf deren Spitzeltätigkeit einzugehen. Allerdings mangelt es noch immer an systematischen Untersuchungen zu IM-Netzen in speziellen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft. Auch Analysen über die tatsächliche Wirkung der MfS-Tätigkeit und Untersuchungen zum "MfS-Kampf" gegen die Ausreisebewegung fehlen nach wie vor. Überdies sind Selbstzeugnisse von ehemaligen IM rar. Gieseke stellte zudem erst vor kurzem in einer Analyse zum Forschungsstand über den Staatssicherheitsdienst in der DDR fest, dass unter den Veröffentlichungen zum MfS nur ein geringer Teil als wissenschaftliche Analysen, welche methodisch hinreichend sorgfältig vorgehen und sich auf dem derzeit möglichen Reflektionsniveau bewegen, gelten könne. Mittlerweile liegen einige systematische Analysen zu Inoffiziellen Mitarbeitern in der DDR insgesamt (z.B. von Müller-Enbergs und Wanitschke), zu IM-Netzen in ausgewählten Bereichen der Wirtschaft (siehe die Arbeiten von Buthmann bzw. Barkleit/ Dunsch) und der Gesellschaft (Sammelbände von Clemens Vollnhals und Roger Engelmann zur Kirchenpolitik bzw. zur Rechtspraxis des MfS), aber auch zur Durchdringung einiger Berufsgruppen mit Inoffiziellen Mitarbeitern des MfS vor. Sie unterscheiden sich jedoch teilweise in den Forschungszielen, Methoden und Vorgehensweisen voneinander. Alle Arbeiten stellen die Funktion der IM-Tätigkeit, die sich verändernden bzw. unterschiedlichen Aufgaben und Motive der Inoffiziellen Mitarbeiter sowie teilweise deren gesellschaftliche und persönliche Folgen in den Mittelpunkt der Untersuchungen. *ZEITRAUM*: 1950 (1959) bis 1989 *GEOGRAPHISCHER RAUM*: Gebiet der ehemaligen DDR

METHODE: Die analytisch-systematische Untersuchung von IM unter Ärzten in der DDR umfasst sowohl eine statistische Erhebung mit entsprechender Auswertung als auch eine qualitative Analyse anhand prägnanter Fallbeispiele. Daneben liegt ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit auf der Auswertung von möglichst zahlreichen Interviews mit ehemaligen Inoffiziellen Mitarbeitern unter den Medizinerinnen. Die Ergebnisse aus der Analyse der IM-Akten sollen schließlich mit den Angaben der ehemaligen IM über ihre konspirative Tätigkeit im Interview zueinander in Beziehung gesetzt und dabei auftretende Widersprüche und Übereinstimmungen ermittelt werden. Eine solche Untersuchung erlaubt demnach eine angestrebte differenzierende Betrachtungsweise von Ursachen, Anlässen und Motiven für die Involvierung von Ärzten in das IM-Netz und von deren Widerspiegelung in persönlichen Rückerinnerungen. Untersucht werden sollen im Hinblick auf diese Fragestellungen auf der Grundlage einer gründlichen Analyse von IM-Akten - ergänzt durch Akten staatlicher Institutionen und Gerichtsakten - sowohl quantitativ mittels einer angelegten Datenbank und deren Auswertung als auch qualitativ anhand von exemplarischen Fallstudien individueller IM-Karrieren. Die Projektbearbeiterin befragt außerdem ehemalige inoffizielle Mitarbeiter mittels Leitfadennin-

terview und Fragebogen über ihre heutige Sicht auf ihre IM-Tätigkeit in der ehemaligen DDR, um sie anschließend mit der früheren aktenkundigen Haltung zu vergleichen und um damit die qualitative Auswertung zu ergänzen und zu vertiefen. In den Interviews und Fragebögen müssen demzufolge die Fragen entsprechend der o.g. Kriterien gestellt werden. Indem im Interview auch narrative Passagen zugelassen werden, können sie tatsächlich den Charakter von schlüssigen wie umfassenden Selbstzeugnissen ehemaliger IM tragen. Quellenlage: Nach ersten Recherchen steht fest, dass in den BStU-Behörden umfangreiches Quellenmaterial in Form von IM-Akten und Unterlagen zu "operativen Vorgängen" für die Bearbeitung der Thematik zur Verfügung steht. Eine Untersuchung, bei der man alle Tätigkeitsfelder und Fachrichtungen von Ärzten sowie den gesamten Zeitraum von 1950 (bzw. 1959) bis 1989 fokussiert, muss jedoch aufgrund der hohen Anzahl der Ärzte und der Fülle der BStU-Akten eingeschränkt erfolgen. Nur durch eine regionale Begrenzung auf Leipzig und seine Umgebung lassen sich konkrete wie verallgemeinernde Aussagen treffen. Ausgehend vom gegenwärtigen Erkenntnisstand und aus praktischen Erwägungen bietet es sich an, die Leipziger BStU-Außenstelle als wesentlichen Standort für die Untersuchung zu wählen. Der entscheidende Grund für die Wahl der Leipziger Behörde ist der Tatsache geschuldet, dass sich in der Stadt Leipzig alle o.g. Tätigkeitsfelder von Ärzten - angefangen von den Universitätskliniken über ehemalige DDR-Sportzentren wie beispielsweise die DHfK, das FKS oder die KJS bis hin zum einzigen Haftkrankenhaus der DDR - bearbeiten lassen. Allerdings sind die Akten der BStU-Außenstelle Leipzig auch besonders aufschlussreich, weil hier zu DDR-Zeiten ein Schwerpunkt der Geheimforschung lag und die Leipziger Bezirksverwaltung des MfS eine der personalstärksten im Gefüge der Staatssicherheit darstellte. Hinzu kommt, dass der Zugriff auf die Akten in der Leipziger BStU-Außenstelle durch einige Arbeiten wie beispielsweise die von Süß und Spitzer, aber auch durch systematische Vorarbeiten von Mitarbeitern der Behörde in Leipzig selbst wesentlich erleichtert ist. Prinzipiell können in einer Außenstelle aber auch alle Akten der gesamten BStU-Behörde angefordert und eingesehen werden. Der Antrag auf Akteneinsicht wurde bereits gestellt, die ersten 176 IM-Akten können in Kürze eingesehen werden. Untersuchungsdesign: Querschnitt *DATENGEWINNUNG*: Aktenanalyse, standardisiert. Qualitatives Interview. Standardisierte Befragung, schriftlich. Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.

VERÖFFENTLICHUNGEN: keine Angaben *ARBEITSPAPIERE:* Weil, Francesca: Die Verstrickung von Ärzten in das Netz von Inoffiziellen Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR. Zum Einfluss des MfS auf das Gesundheitswesen der DDR. 11 S.

ART: Auftragsforschung; gefördert *BEGINN:* 2003-04 *ENDE:* 2005-03 *AUFTRAGGEBER:* Deutsches Ärzteblatt, Ottostr. 12, 50859 Köln *FINANZIERER:* Institution; Auftraggeber

INSTITUTION: Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der Technischen Universität Dresden -HAIT- (Helmholtzstr. 6-8, 01069 Dresden)

KONTAKT: Bearbeiterin (Tel. 0351-46333055, e-mail: kodros@t-online.de)

3 Staatstheorie und staatliches Handeln

[70-L] Adamski, Heiner:

Abstimmungs- und Vermittlungsverfahren, in: Gesellschaft Wirtschaft Politik: Sozialwissenschaften für politische Bildung, N. F. : Sozialwissenschaften für politische Bildung, N. F., Jg. 52/2003, H. 1, S. 79-88 (Standort: UB Bonn(5)-Z62/84; UuStB Köln(38)-M XG00116; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Die Bundesratsabstimmung über das Zuwanderungsgesetz der Bundesregierung führte 2002 zu einer heftigen Diskussion um Verfahrens- und Auslegungsprobleme, der schließlich vor das Bundesverfassungsgericht getragen wurde. Nach der Bundestagswahl des gleichen Jahres gab es noch einen verfassungsrechtlichen Streit um die Besetzung des Vermittlungsausschusses. Der vom Gericht zum Eilantrag der CDU/ CSU ergangene Beschluss wird hier dokumentiert und kommentiert.

[71-L] Arenhövel, Mark:

Globales Regieren: Neubeschreibungen der Demokratie in der Weltgesellschaft, Frankfurt am Main: Campus Verl. 2003, 362 S., ISBN: 3-593-37277-0

INHALT: Angesichts des globalisierungsbedingt zunehmenden Bedeutungsverlustes von Nationalstaaten auf der einen Seite und der zunehmenden Desintegration sowie Individualisierung in vielen demokratischen Gesellschaften auf der anderen Seite stellt sich die Frage nach dem Gehalt zentraler Kategorien der Politikwissenschaft wie Macht, Souveränität, Demokratie sowie Staat neu. Deshalb versucht der Autor schwerpunktmäßig in Auseinandersetzung mit den Arbeiten von Richard Rorty, wesentliche Koordinaten politikwissenschaftlichen Denkens, und zwar insbesondere die Aspekte Menschenrechte, Verfassung und Demokratie neu zu fassen und damit anschlussfähig zu machen für die Veränderungen der modernen Weltgesellschaft. Inhaltsübersicht: I. Über das Verhältnis von Menschenrechten und Demokratie: Zur Begründung der Menschenrechte bei Otfried Höffe; Von der Gleichursprünglichkeit von Menschenrechten und Volkssouveränität zur Neukonstituierung der Freiheit im öffentlichen Raum: Bemerkungen zu Jürgen Habermas; John Rawls und Hannah Arendt; Universalismus und Differenz: Michael Walzer und die Menschenrechte; Exkurs: Sieben Erzählungen über Menschenrechte; Auf dem Weg zu einem antifundamentalistischen Universalismus. II. Verfassung, Menschenrechte und Demokratie: Zur Aktualität demokratischer Verfassungen; Das identitätsbildende Moment der Verfassung; Verfassung und Legitimität; Das demokratietheoretische Moment; Die Reflexivität der Verfassung; Die Verfassung als Text; Wege zu einer postmodernen Verfassungstheorie. III. Putting cruelty first? Versuch einer pragmatistischen Neubeschreibung der Demokratie: Wer ist das Volk? Von der Volkssouveränität zur deliberativen Demokratie; Konflikte in der Demokratie: Über den Übergang mit Differenz; Die gerechte, die anständige und die ironische Gesellschaft: Rawls, Margalit und Rorty; Wahrheit, Geltung, Deliberation; Demokratische Konvergenz bei Dewey; Die Idee der sich selbst instituierenden Demokratie; Zum Modus der sich selbst rechtfertigenden demokratischen Praxis. (ZPol, Leske u. Budrich)

[72-L] Bauer, Andreas:

E-Demokratie - neue Bürgernähe oder virtuelle Luftblase?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte: Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2004, B 18, S. 3-6 (Standort: UuStB Köln(38)-Ztg00926-a; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: <http://www.bpb.de/files/4XZXG4.pdf>)

INHALT: "Den Bauantrag gibt es bereits per Mausklick - auch die nötigen Steuerformulare. Sogar eine Demonstration lässt sich in vielen Städten schon online beantragen. Immer mehr Behördengänge lassen sich via Internet erledigen: E-Government heißt das Stichwort. Doch virtuelles Regieren verspricht mehr als nur das Bereitstellen digitaler Formulare. Unter dem Begriff E-Demokratie nährt das Internet auch die Vision von mehr Demokratie und Bürgerbeteiligung. Wohin führt die elektronische Demokratie? Welche Chancen bietet sie, wo liegen die Gefahren?" (Autorenreferat)

[73-L] Blum, Roger:

Die Rolle des Bundesrates vor Volkabstimmungen: ein Diskursmodell, in: Medienwissenschaft Schweiz:, 2004, Nr. 1, S. 26-28

INHALT: Nicht zum ersten Mal läuft derzeit in der Schweiz eine angemeldete Volksinitiative, deren Ziel es ist, den Handlungsspielraum des Bundesrates vor den Volkabstimmungen drastisch einzuschränken. Entgegen der derzeitigen Praxis, bei der der Bundesrat ein wichtiger Partner im sachlichen Diskurs ist und ihm "nahezu das Schlusswort" zusteht, verlangt die Volksinitiative, dass der Bundesrat nur den Termin bekanntgibt, eine sachliche Broschüre mit Erläuterungen herausgibt und eine kurze Ansprache im Radio und Fernsehen halten darf. Vor dem theoretischen Hintergrund eines Diskursmodells diskutiert der Autor diese Frage und plädiert dafür, den Bundesrat als einen wichtigen Partner im Diskurs nicht auszuschließen. (PT)

[74-F] Bolliger, Christian; Zürcher, Regula (Bearbeitung); Linder, Wolf (Leitung):

Politische Konfliktlinien im Bundesstaat: Eine empirische Untersuchung anhand der Abstimmungsergebnisse von 1848 bis 1997

INHALT: Die Schweiz gilt nach Karl Deutsch (1967) als "paradigmatischer Fall politischer Integration". Föderalismus und Konkordanz haben demnach die grundlegenden Spaltungen zwischen den Sprachgruppen, zwischen Stadt und Land, zwischen den Konfessionen und zwischen Kapital und Arbeit ausgeglichen oder zum Verschwinden gebracht. Allerdings ist die These der Ausgleichsfunktion von Institutionen des "Power-sharing" (Lijphart 1987, 1998) umstritten und bislang wenig systematisch erforscht worden. Die Fallstudie zur Schweiz versucht eine empirisch fundierte Antwort auf die Frage zu geben: Stehen die politischen Institutionen der Konkordanz tatsächlich am Anfang einer Integration von politischen Konflikten, oder trägt Konkordanz erst zu einem Ausgleich bei, wenn die Spaltungen in der Gesellschaft bereits abgeklungen sind? Das vorliegende Projekt untersucht darum am Beispiel der Schweiz (1) den Verlauf und die Entwicklung der klassischen gesellschaftlichen Spaltungen im Sinne des Cleavage-Konzepts von Lipset und Rokkan (1967) sowie der neuen Gegensätze "Materialismus/Postmaterialismus" und "Progressiv-aussenorientiert/ konservativ-innenorientiert"; (2) das Verhältnis von Cleavages und politischen Parteien; so wie (3) die theoretisch behaupteten

Regelmässigkeiten über die günstigen oder ungünstigen Bedingungen politischer Integration und das Voraus- oder Nachlaufen politischer Integration. Konzeptionell wird Neuland beschritten, indem die gesellschaftlichen Spaltungen anhand von 438 Volksabstimmungen in einer Langzeitstudie untersucht werden. *ZEITRAUM*: 1848-1997 *GEOGRAPHISCHER RAUM*: Schweiz

METHODE: 1. Alle eidgenössischen Volksabstimmungen im Untersuchungszeitraum werden einer statistischen Analyse unterzogen: Anhand von multiplen Regressionsanalysen mit bezirksweise erhobenen Aggregatdaten der Bezirke wird für jede Volksabstimmung ermittelt, welche Variablen der Sozialstruktur (sprachliche, konfessionelle und ökonomische Zusammensetzung der Bezirke) mit dem Resultat jeder Volksabstimmung statistisch zusammenhängen. Die so ermittelten 438 Einzelbefunde verweisen auf die der konkreten Abstimmungsfrage zugrunde liegende sozialstrukturell und -kulturell verankerten politischen Konfliktlinien. 2. Durch eine diachrone Betrachtung der Einzelbefunde wird die Entwicklung einzelnen Konfliktlinien über die Zeit detailliert nachgezeichnet. 3. Zur Prüfung der Konkordanz-These werden die Parolen der wichtigsten politischen Parteien in jeder Abstimmungskampagne erfasst und die Kampagnenrhetorik hinsichtlich der Frage codiert, ob bezüglich der einzelnen Konfliktlinien eher polarisierend oder integrierend argumentiert wurde. So kann überprüft werden, ob eine Entschärfung des Konflikts auf der Ebene der Eliten im Zusammenhang mit dem Ausbau der Konkordanz tatsächlich mit einer Integration der Konfliktlinie auf der Ebene der Bürgerinnen und Bürger einhergeht. Die statistische Analyse der eidgenössischen Volksabstimmungen stützt sich auf bezirksweise Ergebnisse der Volkszählungen von 1870 bis 2000 sowie auf die bezirksweisen Ergebnisse der Volksabstimmungen im Untersuchungszeitraum. Die Erfassung des Elitenverhaltens stützt sich auf amtliche Quellen, bestehende Datenbanken (Parolen der Parteien zu Volksabstimmungen), Zeitungsartikel und eine Analyse der Sekundärliteratur. Untersuchungsdesign: Längsschnitt *DATENGEWINNUNG*: Akten- und Dokumentenanalyse, standardisiert; Sekundäranalyse von Aggregatdaten (Stichprobe: ca. 180; Bezirke; Auswahlverfahren: total. Stichprobe: 438; Volksabstimmungen; Auswahlverfahren: total). Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.

VERÖFFENTLICHUNGEN: keine Angaben *ARBEITSPAPIERE*: Bolliger, Christian; Bernath, Magdalena: Cleavage development in Switzerland: test of a measurement based on Federal referenda. Paper presented at the Joint Session of Workshops of the European Consortium of Political Research, Edinburgh, March 28 - April 2, 2003.+++Bolliger, Christian; Zürcher, Regula: 1891 - ein Meilenstein? Das fakultative Referendum und die Einbindung der katholisch-konservativen Opposition in die schweizerische Regierung. Beitrag für die Drei-Länder-Tagung, Bern, 14. bis 15. November 2003.

ART: gefördert *BEGINN*: 2002-10 *ENDE*: 2005-10 *AUFTRAGGEBER*: nein *FINANZIERER*: Schweizerischer Nationalfonds zur Förderung der Wissenschaftlichen Forschung

INSTITUTION: Universität Bern, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Département Sozialwissenschaften Institut für Politikwissenschaft (Unitobler, Lerchenweg 36, 3000 Bern, Schweiz)

[75-F] Bröchler, Stephan, Dr. (Bearbeitung):

Die Technik des Regierens. Eine Analyse institutioneller Veränderungen der Bundeskanzlerämter in Deutschland und Österreich sowie der Bundeskanzlei der Schweiz durch den Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechnik

INHALT: Die Studie "Die Technik des Regierens" will helfen, die Frage zu beantworten, ob und gegebenenfalls in welchem Maße Spielräume für strukturelle institutionelle Veränderungen der Regierungskanzleien in Deutschland, Österreich und der Schweiz durch den Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechniken festgestellt werden können. Ergebnisse: 1. Die historisch-institutionelle Analyse der Pfadabhängigkeit zeigt, dass die deutschen Regierungskanzleien veränderbar sind. Die Analyse der pfadabhängigen Entwicklung macht deutlich, dass die Kanzleiämter sowohl strukturelle wie inkrementelle Umgestaltungen erfahren haben. 2. Es wird deutlich, dass der IT-Einsatz die Regierungskanzleien Deutschlands, Österreichs und der Schweiz verändert. 3. Die Ergebnisse tragen zur Verbesserung des Kenntnisstandes im Bereich der vergleichenden Regierungskanzleiforschung bei. 4. Die Resultate sind aus Sicht der sozialwissenschaftlichen Technikforschung in zweifacher interessant. Denn die Analyse der Einsatzes der IuK- Techniken in die Aufgabenerfüllung gibt erstens wichtige Hinweise darauf, wie sich der Prozess der Rekontextualisierung in einem konkreten Anwendungsfeld des politisch-administrativen Systems vollzieht. 5. Die Pfadanalyse vermittelt nicht nur Erkenntnisse über den Wandel von Funktion, Aufgaben und Organisationsstruktur der deutschen Regierungskanzleien seit 1871, sondern gibt auch Hinweise für die Weiterentwicklung des methodischen Instrumentariums der Pfadanalyse. *ZEITRAUM:* 1866-2003 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Deutschland, Österreich, Schweiz

METHODE: Pfadanalyse. Untersuchungsdesign: Trend, Zeitreihe; Querschnitt *DATENGEWINNUNG:* Aktenanalyse, offen (interne Unterlagen zum IT-Einsatz). Qualitatives Interview (Stichprobe: 10). Standardisierte Befragung, face to face.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Bröchler, Stephan: E-Government im Kanzleramt? Überlegungen aus politikwissenschaftlicher Sicht. in: politik-digital, 2002 (<http://www.politik-digital.de/netzpolitik/egovernment/kanzleramt.shtml>).+++Ders.: The Berlin chancellor's office: from a government chancellery's office to a virtual control centre? in: Federal Ministry of Education and Research/ Forschungszentrum Karlsruhe - Technik und Umwelt/ VDI/ VDE-IT (2001): Innovations for an e-society. Challenges for technology assessment. Berlin 2001 (proceedings download unter: <http://www.itas.fzk.de/e-society>).+++Ders.: Does technology matter? Die Rolle von Informations- und Kommunikationstechniken in Regierung und Parlament. in: Simonis, Georg; Martinsen, Renate; Saretzki, Thomas (Hrsg.): Politik und Technik - Analysen zum Verhältnis von technologischem, politischem und staatlichem Wandel am Anfang des 21. Jahrhunderts. PVS-Sonderheft, Nr. 31/2000. Wiesbaden: Westdt. Verl. 2001, S. 213.+++Ders.: Informatisierung der Regierungskanzleien in Deutschland, Österreich und der Schweiz. in: Kubicek, H. et al. (Hrsg.): Multimedia@Verwaltung. Jahrbuch Telekommunikation und Gesellschaft. Heidelberg 1999, S. 269-275.

ART: Habilitation *BEGINN:* 2000-01 *ENDE:* 2003-12 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Wissenschaftler

INSTITUTION: Fernuniversität Hagen, FB Kultur- und Sozialwissenschaften, Institut für Politikwissenschaft Lehrgebiet Internationale Politik und Vergleichende Politikwissenschaft (Universitätsstr. 11, 58084 Hagen)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 02331-987-2738, e-mail: stephan.broechler@fernuni-hagen.de)

[76-L] Brodocz, André:

Die symbolische Dimension der Verfassung: ein Beitrag zur Institutionentheorie, (Schriftenreihe Verfassung und Politik), Opladen: Westdt. Verl. 2003, 305 S., ISBN: 3-531-13853-7 (Standort: UB Essen(465)-ODG2799)

INHALT: "Die Differenzierung zwischen einer instrumentellen und einer symbolischen Dimension von Institutionen dient der Institutionentheorie als Leitunterscheidung. Während sich der anglo-amerikanische Neo-Institutionalismus auf die instrumentelle Dimension konzentriert, haben sich im deutschsprachigen Diskurs vor allem Gerhard Göhler, M. Rainer Lepsius und Karl-Siegbert Rehberg der symbolischen Dimension angenommen. Im Anschluss an eine kritische Rekonstruktion dieser Ansätze regt diese Studie an, Institutionalität als eine Selbstbeobachtung moderner Gesellschaften zu verstehen. Um die symbolische Dimension der Verfassung zu konzipieren, werden deshalb die gesellschaftstheoretisch eingebetteten Verfassungstheorien von Carl Schmitt, Jürgen Habermas, Niklas Luhmann und Günter Frankenberg als verdichtete Selbstbeschreibungen analysiert. Hieraus resultiert der institutionentheoretische Vorschlag, dass die symbolische Dimension der Institution 'Verfassung' auf der Deutungsöffnung ihres Signifikanten im politischen Ordnungsdiskurs der Gesellschaft beruht." (Autorenreferat)

[77-L] Brunnett, Regina; Gräfe, Stefanie:

Safer Law?: Anti-Terror-Politik und die Paradoxien des Gouvernamentalitätskonzeptes, in: Jutta Allmendinger (Hrsg.): Entstaatlichung und soziale Sicherheit : Verhandlungen des 31. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Leipzig ; Teil 1, Opladen: Leske u. Budrich, 2003, k. A., ISBN: 3-8100-4038-X

INHALT: "In der Bundesrepublik Deutschland brachte man nach den Anschlägen vom 11. September 2001 in kürzester Zeit ein umfassendes Gesetzespaket auf den Weg. Die sogenannten Anti-Terror-Gesetze legitimieren die Ausweitung polizeilicher und geheimdienstlicher Befugnisse, die zunehmende Einschränkung von Grundrechten sowie die Verschärfung der Überwachung und Kontrolle der Bevölkerung. Offiziell werden die Gesetze als Reaktion auf die Anschläge des 11. September 2001 deklariert, tatsächlich aber schreiben sie eine Erweiterung staatlicher Eingriffsrechte fort, die bereits lange vor den Anschlägen begonnen hat. Welches Potenzial bietet das Gouvernamentalitätskonzept zur Analyse dieser Entwicklungen? Die kontinuierliche 'Ausdehnung des Staates' lässt unseres Erachtens sich mit dem Gouvernamentalitätskonzept gerade nicht erfassen. Denn insbesondere in der deutschsprachige Rezeption von Gouvernamentalität dominiert die Prämisse, dass neoliberale Regierungspraktiken durch einen Rückzug des Staates gekennzeichnet seien. Damit geht die Einschätzung einher, dass sich eine Verschiebung von souveränen staatlichen Praktiken zu Risiko-Technologien vollziehe. Mit dieser Diagnose gerät die Konstitution 'gefährlicher Bevölkerungsgruppen' als privilegierte Objekte staatlicher Repression aus dem Blickfeld. In unserem Vortrag geht es deshalb darum, das kritische Potenzial des Gouvernamentalitätskonzeptes für die Erklärung und Einschätzung der Anti-Terror-Politik auszuloten. Wir vertreten dabei die These, dass das Gouvernamentalitätskonzept durch die Vernachlässigung der Kategorie Herrschaft Paradoxien produziert, die drohen, neoliberale Programmatik zu verdoppeln, statt sie kritisch zu unterlaufen. Indem wir die wechselseitigen Beziehungen zwischen Sicherheit, Risiko und Gefahr im Spannungsfeld von Repression und Regierung diskutieren, werden Grenzen des Gouvernamentalitätskonzeptes sichtbar, aber auch mögliche Ansatzpunkte für eine Analyse von 'Innerer Sicherheit' als repressive Praxis in neoliberalen Gesellschaften." (Autorenreferat)

[78-F] Burkhart, Simone (Bearbeitung); Streeck, Wolfgang, Prof.Dr.Dr.h.c. (Betreuung):

Parteipolitischer Föderalismus und Reformfähigkeit

INHALT: Als zentraler politischer Blockadefaktor gilt in Deutschland das Zusammenspiel zwischen einer "kooperativen", verflochtenen Spielart des Föderalismus und einem antagonistischen Parteienwettbewerb. Das Dissertationsprojekt untersucht die zunehmende Parteipolitisation des deutschen Föderalismus anhand der gestiegenen Interdependenz von Bundes- und Landtagswahlen sowie der Landes- und Bundespolitik. Damit sind sowohl "Policies" als auch "Politics" gemeint. Mit exemplarischer Schwerpunktsetzung auf die Sozial- und Steuerpolitik geht es dann um die Beantwortung der Policy-relevanten Frage: Was im Zusammenspiel zwischen Bund und Ländern ist pathologische Reformblockade, was ist vom Wähler gewollte Ausbalancierung politischer Positionen? *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

METHODE: Quantitativ-empirische Erhebungen und schließende Statistik stehen in diesem Projekt neben Fallstudien zu ausgewählten Politikbereichen.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Burkhart, S.: Parteipolitikverflechtung - eine systematische Untersuchung über den Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlentscheidungen 1976-2002. MPiFG Discussion Paper. Köln: Max-Planck-Inst. f. Gesellschaftsforschung 2004 (im Erscheinen).

ART: Dissertation *BEGINN:* 2003-07 *ENDE:* 2006-08 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

INSTITUTION: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung (Paulstr. 3, 50676 Köln)

KONTAKT: Institution (Tel. 0221-2767-0, Fax: 0221-2767-555,
e-mail: info@mpi-fg-koeln.mpg.de)

[79-F] Bußmann, Ulrike; Esch, Karin; Stöbe-Blossey, Sybille, Dr. (Bearbeitung):

Der aktivierende Staat - politikfeldbezogene Beispiele

INHALT: Der Begriff des "aktivierenden Staates" wurde Mitte der neunziger Jahre in der Abteilung Dienstleistungssysteme geprägt und in seinen Grundkonturen konzeptualisiert, um ein Leitbild bereitzustellen für die Entwicklung des modernen Staates und die Ausgestaltung der Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft. Politisch gewollte Leistungen müssen diesem Leitbild zufolge nicht unbedingt durch den Staat, sondern sollen vor allem aus der Gesellschaft heraus erbracht werden. Daher zielt der aktivierende Staat darauf ab, individuelles Engagement sowohl zu fördern als auch zu fordern. Im Vergleich zum Leitbild des "schlanken Staates", aber auch zu Konzepten der Bürger- oder Zivilgesellschaft impliziert die Verknüpfung von Fördern und Fordern eine deutlich aktivere Rolle des Staates, der die geeigneten Rahmenbedingungen für das Engagement zu setzen hat. Zu den wichtigsten Instrumenten des aktivierenden Staates gehören beispielsweise die Organisation von Dialog und Partizipation, die Schaffung effizienter Verwaltungsstrukturen, die Förderung von individuellen Wahlmöglichkeiten und Wettbewerb und die Unterstützung der Selbststeuerungsfähigkeit von Institutionen. Der Begriff ist in der politischen und später auch in der wissenschaftlichen Debatte breit aufgegriffen worden und stellt mittlerweile sogar konzeptionelle Grundlagen für Modernisierungspolitiken auf Bundesebene und in einigen Bundesländern dar. Im Rahmen der Arbeiten der Forschungsschwerpunkte "Bildung und Erziehung im Strukturwandel" und "Gesundheitswirtschaft und Lebensqualität" werden entsprechende Bemühungen unterstützt. Was die konzeptionelle Weiterentwicklung betrifft, so liegt der Schwerpunkt der Arbeiten auf der

Frage nach den Potenzialen für die Umsetzung dieses Leitbildes in unterschiedlichen Politikfeldern.

METHODE: Als Basis wurde ein theoretischer Rahmen erarbeitet, dessen Konkretisierung anhand des Politikfeldes "Jugendhilfe" exemplarisch dargestellt wurde. Darüber hinaus wurden Erfahrungen aus der Selbsthilfeförderung im Hinblick auf ihre Nutzbarkeit für die Entwicklung von Instrumenten für die Förderung von bürgerschaftlichem Engagement im aktivierenden Staat ausgewertet. Aktuell ist die Veröffentlichung eines Sammelbandes geplant, der sich aus unterschiedlichen Perspektiven heraus mit der Präzisierung und der "Karriere" des Konzepts befassen und kritische Aspekte zur Umsetzung in den Mittelpunkt stellen soll. Zum anderen soll anhand von Beispielen diskutiert werden, welche Ansätze es für die Umsetzung des Konzepts in verschiedenen Politikfeldern gibt. Der Band ist konzipiert als Nachfolgebände des 1995 erschienenen Bandes "Den Staat neu denken" (Hrsg. Fritz Behrens/ Rolf G. Heinze/ Josef Hilbert/ Sybille Stöbe-Blossey/ Ernst Martin Walsken). Er wird vom selben Herausgeberkreis konzipiert und soll ebenfalls Beiträge aus Politik und Wissenschaft enthalten. **DATENGEWINNUNG:** Entfällt.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Esch, Karin; Hilbert, Josef; Stöbe-Blossey, Sybille: Der aktivierende Staat: Bausteine für ein neues Staatsverständnis. in: Wechselwirkung & Zukünfte, 24, 2002, H. 3, Nr. 115, S. 67-70.+++Dies.: Der aktivierende Staat: Konzept und Profil eines Leitbilds. in: Maecenata aktuell - das Informationsmedium des Maecenata-Instituts für Dritter-Sektor-Forschung, 2001, H. 26, S. 19-26.+++Dies.: Der aktivierende Staat: Konzept, Potentiale und Entwicklungstrends am Beispiel der Jugendhilfe. in: Heinze, Rolf G.; Olk, Thomas (Hrsg.): Bürgerengagement in Deutschland: Bestandsaufnahme und Perspektiven. Opladen: Leske u. Budrich 2001, S. 519-547.+++Bandemer, Stephan v.: Der aktivierende Staat: Konturen einer Modernisierungsstrategie von Staat und Gesellschaft. in: Jahrbuch/ Institut Arbeit und Technik, 1998/99, S. 64-75. S.a.: <http://www.iatge.de/aktuell/veroeff/ds/bandemer99b.pdf>.+++Blanke, Bernhard; Bandemer, Stephan v.: Der "aktivierende Staat". in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 50, 1999, S. 321-330.+++Brandel, Rolf; Stöbe, Sybille; Wohlfahrt, Norbert (Hrsg.): Modernisierung der Jugendhilfe - welche Rolle spielt die Politik? Projektbericht des Instituts Arbeit und Technik, Nr. 1998-08. Gelsenkirchen 1998.+++Stöbe, Sybille: Verwaltungsmodernisierung im Jugendamt: die aktuelle Diskussion im Überblick. in: Brandel, Rolf; Stöbe-Blossey, Sybille; Wohlfahrt, Norbert (Hrsg.): Modernisierung der Jugendhilfe - welche Rolle spielt die Politik? Gelsenkirchen 1998, S. 11-29.

ART: Eigenprojekt *BEGINN*: 2000-01 *ENDE*: 2003-12 **AUFTRAGGEBER:** nein **FINANZIERER:** Institution

INSTITUTION: Institut Arbeit und Technik im Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen (Munscheidstr. 14, 45886 Gelsenkirchen)

KONTAKT: Stöbe-Blossey, Sybille (Dr. Tel. 0209-1707-130, e-mail: stoebe@iatge.de)

[80-L] Dierksmeier, Claus:

Zur Theorie staatlichen Handelns bei Friedrich August von Hayek, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft: Journal of Political Science : Journal of Political Science, Jg. 13/2003, H. 4, S. 1979-2002 (Standort: UuStB Köln(38)-EWA Z3338)

INHALT: "Der Aufsatz rekonstruiert Hayeks Theorie des angemessenen Staatshandelns im Kontext seiner Rechts- und Wirtschaftsphilosophie und vor dem Hintergrund seiner Freiheitsphilosophie. Dabei zeigt sich zunächst, dass Hayeks Selbsteinschätzung, einem nur negativen Freiheitsbegriff zu huldigen, nicht überzeugt; vielmehr folgt die Ausarbeitung seiner rechts-

und wirtschaftsphilosophischen Konzeptionen einem Freiheitskonzept, das in vielem transzendentalphilosophischen Gedankenfiguren verpflichtet ist. Daraus resultieren Konsequenzen für seinen Staatsbegriff, die Hayek aus dem Umfeld der Theorien eines bloßen Abwehrrechtsliberalismus herausrücken. Im Feld seiner Rechtsphilosophie manifestiert sich etwa ein Begriff von (positiver) Freiheit, der auf die Befähigung der Subjekte zum Rechtsgebrauch und zur selbstbestimmten Partizipation am Rechtsgeschehen abstellt. Dies wiederholt sich in der Wirtschaftsphilosophie Hayeks, wo aus sittlichen wie pragmatischen Motiven dafür argumentiert wird, durch staatliches Handeln die Voraussetzungen für ein selbständiges Wirtschaften der Bürger zum eigenen Selbsterhalt zu schaffen. Beide Forderungen übersetzen sich im Rahmen von Hayeks Politiktheorie dann in das Vorhaben, den staatlichen Willensbildungsprozess organisationsrechtlich so zu institutionalisieren, dass nicht selbstische Motive der politischen Entscheider die Realisierung jener freiheitsrechtlichen Postulate verhindern können. Im Resultat erweist sich also Hayeks Theoriedurchführung, weit mehr als der von Hayek in den Vordergrund gerückte Sozialevolutionismus vermuten lässt, als an einem normativ gehaltvollen Politik- und Staatsbegriff orientiert." (Autorenreferat)

[81-L] Ehlers, Jan Philip:

Aushöhlung der Staatlichkeit durch die Privatisierung von Staatsaufgaben?: genuine Staatsaufgaben und das Prinzip der demokratischen Legitimation staatlichen Handelns als Grenzen der Privatisierung von Aufgaben der vollziehenden Gewalt. (Europäische Hochschulschriften. Reihe 2, Rechtswissenschaft, Bd. 3684), Frankfurt am Main: P. Lang 2003, 266 S., ISBN: 3-631-50889-1 (Standort: UB Rostock(28/361)-MG15735E33)

INHALT: "Im Zuge der Neubestimmung der Rollenverteilung zwischen Staat und Gesellschaft zur Bewältigung der vielfältigen Herausforderungen an ein modernes Gemeinwesen besteht die Gefahr, dass bei dem Bestreben, mit der Beteiligung Privater an der Erfüllung staatlicher Aufgaben innovative Lösungen zu präsentieren, zwingende Verfassungsgebote missachtet werden. Eine Überbetonung des Anteils der Privaten bei der Erfüllung staatlicher Aufgaben kann daher zu einer schleichenden Aushöhlung der Staatlichkeit führen. Dieser Gefahr soll in dieser Untersuchung nachgegangen werden. Dabei werden die Grenzen untersucht, die die Staatlichkeit selbst der Privatisierung von Staatsaufgaben setzt. Ziel ist es, festzustellen, inwieweit die Staatlichkeit durch Privatisierungsmaßnahmen ausgehöhlt zu werden droht und wie eine solche Aushöhlung der Staatlichkeit vermieden werden kann. Der Arbeit geht es mithin darum, zu untersuchen, inwieweit bestimmte denkbare Privatisierungsszenarien mit dem Wesen des Staates bzw. mit den der Staat prägenden Strukturprinzipien vereinbar sind. Der Frage nach der Aushöhlung der Staatlichkeit liegt somit die Annahme zugrunde, dass sowohl das Wesen des Staates an sich als auch bestimmte, den heutigen demokratischen Verfassungsstaat westlicher Prägung tragende Grundprinzipien es verbieten, Staatsaufgaben in beliebiger Weise oder in beliebigem Umfang zu privatisieren. Die Fragestellung der Arbeit verdeutlicht, dass keine aktuellen Privatisierungsfälle untersucht werden sollen, sondern dass es sich hierbei um eine abstrakte, von konkreten Beispielen losgelöste und über weite Strecken staatsrechtliche Untersuchung handelt. Sie wird jedoch vor dem Hintergrund der Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland durchgeführt, insbesondere mit Bezug zu den verfassungsrechtlichen Regelungen des Grundgesetzes. Es wird sich zudem erweisen, dass auch konkrete Bezugnahmen auf verwaltungsrechtliche Rechtsinstitute notwendig sind, um der komplexen Rechtswirklichkeit gerecht zu werden. Damit weist die Untersuchung sowohl staatsrechtliche als auch Staats- und verwaltungsrechtliche Merkmale auf. Einerseits

versteht sie sich als Beitrag zur Allgemeinen Staatslehre, da die Bewahrung der Staatlichkeit gleichsam eine Art letzte Grenze für Privatisierungsmaßnahmen darstellt und als solche über die konkrete Verfassung hinaus Bedeutung für den modernen demokratischen Verfassungsstaat westlicher Prägung hat. Andererseits nimmt sie Bezug auf die besondere Ausgestaltung der untersuchten Elemente der Staatlichkeit im Grundgesetz sowie auf die Verwaltungsorganisation der Bundesrepublik Deutschland. Dieser Untersuchungsansatz ist bewusst gewählt, um einen konkreten Bezug zur aktuellen Privatisierungsdebatte herzustellen. Anhand der gewonnenen theoretischen Erkenntnisse können die verfassungsrechtlichen Grenzen für einzelne Privatisierungsformen bestimmt bzw. können Vorgaben formuliert werden, die bei den einzelnen Privatisierungsformen zu beachten sind. Auf diese Weise gewinnt die Arbeit auch praktische Relevanz." (Textauszug)

[82-F] Gabriel, Oscar W., Prof.Dr. (Leitung):

Sozialkapital in westlichen Demokratien

INHALT: keine Angaben

ART: keine Angabe *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

INSTITUTION: Universität Stuttgart, Fak. 10 Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Institut für Sozialwissenschaften Abt. Politische Systeme und Politische Soziologie (Breitscheidstr. 2, 70174 Stuttgart)

KONTAKT: Leiter (e-mail: oscar.w.gabriel@po.pol.uni-stuttgart.de, Tel. 0711-121-3430)

[83-L] Görg, Christoph:

Globalisierung und Transformation des Nationalstaats: Voraussetzungen für eine wirkungsvolle Gegenwehr, in: Forum Wissenschaft., Jg. 21/2004, Nr. 1, S. 21-24

INHALT: "Gegen den neoliberalen Umbau der Gesellschaft scheint derzeit kaum ein Kraut gewachsen. Vorbei die vermeintlich fetten Jahre, Deutschland bewegt sich und alle müssen ihren Beitrag leisten, so wird von fast allen Seiten suggeriert. Dabei vollzieht sich der Wandel auf zwei Ebenen, wie Christoph Görg herausarbeitet. Tatsächliche institutionelle Änderungen sind eingebettet in einen neuen diskursiven Rahmen. Bei der Entwicklung von Gegenmaßnahmen müssen beide Ebenen betrachtet und einbezogen werden - andernfalls laufen gutgemeinte Proteste Gefahr, in einer akzeptierenden Klientelpolitik zu landen." (Autorenreferat)

[84-L] Gurzeler, Beat; Maurer, Hanspeter:

Staat und Wirtschaft: Grundlagen - Strukturwissen, Bern: Haupt 2001, 208 S., ISBN: 3-905905-08-6

INHALT: Das Lehrbuch vermittelt in grundlegende Zusammenhänge in Politik und Wirtschaft. Mit zahlreichen Diagrammen und Abbildungen illustriert, werden wesentliche Begriffe und Zusammenhänge des politischen und ökonomischen Systems erläutert. Ergänzt wird die Darstellung durch ein Glossar wichtiger Begriffe sowie durch weiterführende Internetadressen. Das Lehrbuch eignet sich in hervorragender Art und Weise für die (politische) Bildung sowohl in Schulen als auch in der Erwachsenenbildung. Einzige Einschränkung: Die Darstellung ist ganz überwiegend auf die Schweiz bezogen, für deutsche und österreichische Lehr-

kräfte sind deshalb nur Teile des Buches einsetzbar. Aus dem Inhaltsverzeichnis: Staat: 1. Politik; 2. Rechte und Pflichten; 3. Strukturen des Staates; 4. Die Schweizer Bundesbehörden; 5. Gesetzgebung; 6. Integration Europas; 7. Weltpolitik; 8. Staatspolitik der Schweiz. Wirtschaft: 4. Wirtschaftsordnungen; 5. Geld und Geldsteuerung; 6. Die Konjunktur; 7. Weltwirtschaft; 8. Wirtschaftspolitik der Schweiz. (ZPol, Leske u. Budrich)

[85-L] Hasse, Raimund:

Wohlfahrtspolitik und Globalisierung: zur Diffusion der world polity durch Organisationswandel und Wettbewerbsorientierung, Opladen: Leske u. Budrich 2003, 200 S., ISBN: 3-8100-3883-0 (Standort: UuStB Köln(38)-28A2898)

INHALT: Die gegenwärtigen Kontroversen um Hartz-Kommission und Gesundheitsreform, um eine Änderung der Eigenheimzulage und des Pensionsalters oder auch um Studiengebühren und Sozialhilfereform sind Ausdruck einer einzelnen Staaten übergeordneten Neuorientierung, die bereits vor zwei Jahrzehnten eingesetzt hat und die die wohlfahrtspolitische Agenda nach wie vor prägt. Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit institutionellen Ursachen und Erscheinungsformen dieser Neuausrichtung. Im Vordergrund steht die Frage, inwiefern organisatorischer Strukturwandel derartig tiefgreifende Veränderungen beeinflussen und vorantreiben kann. Die Suche nach grundlegenden Reformen, so wie sie seit Ende der 1970er Jahre zu verzeichnen ist, geht mit einer umfassenden Re-Organisation des gesamten Institutionengefüges einher. Der allgemeine Trend lautet dabei: Differenzierung und Wettbewerbsintensivierung. Die zu Grunde liegende Arbeitshypothese besagt, dass nicht problematische Veränderungen sozio-ökonomischer und sozio-kultureller Parameter sondern institutionelle und globale Faktoren für die Neuausrichtung der Wohlfahrtspolitik ausschlaggebend gewesen sind. Um dies aufzuzeigen, wird die Bedeutung eines übergeordneten Referenzrahmens staatlicher Wohlfahrtspolitik herausgearbeitet, der vor allem über zwischenstaatliche Einrichtungen sowie durch Internationale Organisationen vermittelt wird. Den theoretischen Hintergrund der Analyse bildet der soziologische Neo-Institutionalismus, so wie er seit den 1970er Jahren in Stanford entwickelt worden ist. (ICA2)

[86-L] Hennecke, Hans Jörg:

Aufgaben einer praktischen Regierungswissenschaft, in: Recht und Politik: Vierteljahreshefte für Rechts- und Verwaltungspolitik : Vierteljahreshefte für Rechts- und Verwaltungspolitik, Jg. 40/2004, H. 1, S. 30-37 (Standort: UuStB Köln(38)-XF98; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Seit den 1970er Jahren hat die Regierungslehre in der Bundesrepublik einen breiten Aufschwung erlebt. Dies zeigt sich vor allem in der Entwicklung der Politikfeld- und Staatsfähigkeitsforschung, aber auch im wachsenden Interesse an administrativen Problemen. Zu einer praktischen Wissenschaft trägt die Regierungslehre jedoch zu wenig bei. Als Entscheidungslehre durchdringt sie das Regieren als Prozess politischer Führung zu wenig. Als Ordnungslehre hinterfragt sie die Wirkungen der Politik auf den ökonomischen, sozialen und kulturellen Ordnungszusammenhang nur unzureichend. Sie bringt zudem zu wenig publizistischen Mut auf, wenn es darum geht, ihre Analysen in den Kontext zeitgenössischer und zeit-historischer Wahrnehmung einzubetten. Als Entscheidungslehre, so unterstreicht der Verfas-

ser abschließend, muss die Regierungslehre aus einer theoretisch fundierten Ordnungslehre abgeleitet sein, um gegenüber der politischen Praxis Orientierungskraft zu entfalten. (ICE2)

[87-L] Hennecke, Hans Jörg:

Die dritte Republik: Aufbruch und Ernüchterung, München: Propyläen 2003, 400 S., ISBN: 3-549-07194-9

INHALT: In ihrer ersten Amtszeit sei die Politik der rot-grünen Regierung geprägt durch eine 'unzureichende Anpassungsfähigkeit an ökonomische und sicherheitspolitische Umfeldveränderungen' (341), meint Hennecke, der am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften in Rostock lehrt. Dennoch sieht er den Beginn einer 'dritten Republik'. Inhaltsverzeichnis: Auf dem Weg in die dritte Republik; Die alte Ordnung; Die neue Mitte; Eine Regierung wird geboren; Zwischen Cashmere und Keynes: das Kabinett Schröder/Lafontaine; Ohne Probezeit: die Anfänge in der Außenpolitik; Die Qualen der Macht; Ortsbestimmungen; Der zweite Abschied von der Ära Kohl; Durchbruch zur Kanzlerdemokratie; Wir Anständigen: Kämpfe um die kulturelle Hegemonie; Das Regieren ist eine Baustelle; Außenpolitik zwischen Notwendigkeiten und Neigungen; Uneingeschränkte Verantwortung; Wahlkampf um die alte Mitte; Eine verlorene Zeit? - Zwischenbilanz der dritten Republik. (ZPol, Leske u. Budrich)

[88-L] Hollifield, James F.:

Offene Weltwirtschaft und nationales Bürgerrecht: das liberale Paradox, in: Leviathan: Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Sonderheft : Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Sonderheft, 2003, H. 22, S. 35-57 (Standort: UB Bonn(5)-Einzelsign; UuStB Köln(38)-M Einzelsign; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Seit 1945 verläuft die Einwanderung in die wichtigsten Industrieländer ansteigend. Diese Entwicklung ist ein Resultat des Zusammenwirkens von Marktkräften (Nachfragesog und Angebotsdruck) und Verwandtschaftsnetzwerken, die die Transaktionskosten des Überwechsels von einer Gesellschaft in eine andere reduzieren. Beides sind notwendige Voraussetzungen für Migration, hinzutreten müssen jedoch noch hinreichende rechtliche und politische Bedingungen. Die Staaten müssen bereit sein, Einwanderung zu akzeptieren und Außenstehenden Rechte zuzuerkennen. Wie regulieren aber Staaten die Migration, angesichts ökonomischen Drucks in Richtung auf mehr Offenheit und politischer Interessen und Bedenken, die eher auf eine Abschließung hinwirken? Staaten sehen sich in einem liberalen Paradox gefangen - um ihren Wettbewerbsvorsprung aufrecht zu erhalten, müssen Wirtschaft und Gesellschaft offen für Handel, Investitionen und Migration sein. Im Gegensatz zu Gütern, Kapital und Dienstleistungen sind mit dem Zustrom von Menschen jedoch größere politische Risiken verbunden. In Europa und Nordamerika sind Rechte der Schlüssel zu einer Regulierung der Migration. Der Staat muss drei Schlüsselfunktionen erfüllen: Aufrechterhaltung von Sicherheit, Aufbau von Handels- und Investitionsregimes, Regulierung der Migration. Der Garnisonsstaat war die Entsprechung des Handelsstaates im 18. und 19. Jahrhundert. Im 20. und 21. Jahrhundert hat sich der Migrationsstaat entwickelt, für den die Regulierung der internationalen Migration genau so wichtig ist wie die öffentliche Sicherheit und die Wohlfahrt der Bürger. (ICEÜbers)

[89-F] Japp, Klaus P., Prof.Dr.; Kusche, Isabel, Dipl.-Soz. (Bearbeitung):

Zu einem integrierten Verständnis von politischem Entscheiden und seiner Darstellung

INHALT: keine Angaben

ART: keine Angabe **AUFTRAGGEBER:** keine Angabe **FINANZIERER:** keine Angabe

INSTITUTION: Universität Bielefeld, Fak. für Soziologie, WE IV Politikwissenschaft Lehrstuhl für Politische Kommunikation und Risikosoziologie (Postfach 100131, 33501 Bielefeld)

KONTAKT: Japp, Klaus P. (Tel. 0521-106-3867, 2869, e-mail: Klaus.Japp@uni-bielefeld.de)

[90-L] Jochem, Sven; Siegel, Nico A. (Hrsg.):

Konzertierung, Verhandlungsdemokratie und Reformpolitik im Wohlfahrtsstaat: das Modell Deutschland im Vergleich, Opladen: Leske u. Budrich 2003, 362 S., ISBN: 3-8100-3613-7 (Standort: UuStB Köln(38)-30A83)

INHALT: "Bündnisse für Arbeit sind Ausdruck eines sich wandelnden Korporatismus. In diesem Buch werden die deutschen Erfahrungen mit denjenigen in anderen europäischen Ländern im Hinblick auf wohlfahrtsstaatliche Reformprozesse und verhandlungsdemokratische Politikprozesse verglichen." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Sven Jochem und Nico A. Siegel: Konzentrierung, Verhandlungsdemokratie und wohlfahrtsstaatliche Reformpolitik (7-32); Teil I Theoretische und international vergleichende Perspektiven: Roland Czada: Konzentrierung in verhandlungsdemokratischen Politikstrukturen (35-69); Anke Hassel: Soziale Pakte: Konzentrierung als Instrument zur Anpassung an die europäische Währungsintegration (70-104); Teil II Ländererfahrungen: Wolfgang Schroeder: Modell Deutschland und das Bündnis für Arbeit (107-147); Nico A. Siegel: Die politische Ökonomie der Konzertierung in Deutschland: Das Beispiel Bündnis für Arbeit (148-193); Emmerich Talos und Marcel Fink: Sozialpartnerschaft in Österreich: Das korporatistische Modell am Ende? (194-231); Anton Hemeijck: A Paradoxical Miracle: The Politics of Coalition Government and Social Concertation in Dutch Welfare Reform (232-270); Sven Jochem: Konzentrierung und Parteienwettbewerb: Das schwedische Modell im Wandel (271-310); Klaus Armingeon: Konzertierung in der Schweiz (311-327); Teil III Fazit: Nico A. Siegel und Sven Jochem: Konzertierung im Wohlfahrtsstaat (331-359).

[91-L] Kleinschmidt, Jochen; Siedschlag, Alexander:

Öffentlichkeit und Staatlichkeit - eine Epochenwende?: Vision und Rückbesinnung auf dem 22. Kongress der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, in: Zeitschrift für Politik: Organ der Hochschule für Politik München : Organ der Hochschule für Politik München, Jg. 50/2003, H. 4, S. 444-446 (Standort: UuStB Köln(38)-Fa00283; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Politik - Wissenschaft - Öffentlichkeit" war das Thema des DVPW-Kongresses 2003, der an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz stattfand. Der vorliegende Beitrag versucht, einen roten Faden in den verschiedenen Diskussionsthemen zu finden, die für das Fach und seine Zukunft besonders aussagekräftig erscheinen. Die Beiträge stellten die Themen Öffentlichkeit und neue Medien, den Verlust generalisierter politischer Legitimität und die Frage nach der Zukunft der Staatlichkeit in den Mittelpunkt. Als ein Hauptthema wurde der relative Rückzug des Staates aus einigen Politikfeldern diskutiert. Politikwissenschaftlich lässt

sich der strategische Rückzug des Staates als Steuerungsversuch auffassen: Verantwortungsübertragung als Versuch einer bürgerschaftlichen Institutionalisierung von Ethik als präventivem Steuerungsinstrument. Kritisiert wird dabei vom Rezensenten das Verständnis von Ethik als "Auffangbecken staatlicher Verantwortungsexternalisierung". (ICA2)

[92-L] Lahusen, Christian:

Kooperative Politik und die Entstaatlichung politischer Steuerung, in: Jutta Allmendinger (Hrsg.): Entstaatlichung und soziale Sicherheit : Verhandlungen des 31. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Leipzig ; Teil 2, Opladen: Leske u. Budrich, 2003, S. 993-1009, ISBN: 3-8100-4038-X

INHALT: "Unter den Schlagwörtern des kooperativen oder hybriden Staats ist in den letzten Jahren immer wieder über eine Vielzahl von alten und neuen Instrumenten diskutiert worden (z.B. Konsultationen, Vorverhandlungen und Absprachen, Verfahren der 'joint implementation', Mediations- und Schlichtungsverfahren usw.), die für das Verständnis aktueller Politik von besonderer Relevanz sind. Doch wie sind diese Entwicklungen gesellschaftsanalytisch zu deuten? In der sozialwissenschaftlichen Diskussion sind diese Veränderungen sehr oft als ein Beleg dafür genommen worden, dass es in modernen Gesellschaften zu einer Kontraktion der Politik und seiner Gestaltungsmöglichkeiten kommt, die andere (nicht-politische) Formen der Steuerung nach sich zieht. Diese Interpretation spiegelt aber nur eine Seite wider. Denn die genannten Bereiche kooperativer Willensbildung und Entscheidungsfindung verdeutlichen, dass diese Kontraktion der Politik zugleich auch mit einer Entstaatlichung der Politik und einer Repolitisierung der Gesellschaft einhergeht. Gehen wir von einer solchen Erweiterung oder Revitalisierung der Politik aus, so stellt sich die Frage, ob dies auch eine (neue) Form des politischen Steuerns mit sich bringt. Ist eine politische Vergesellschaftungsform benennbar, die analytisch nicht doch wieder nur auf die staatlichen Institutionen als (ausschließlichen oder dominanten) Kern der Politik zurück verweist? In diesem Vortrag wird angenommen, dass eine solche Form des Entscheidens und Regulierens stetig an Bedeutung gewonnen hat, welche quer zu den funktionalistischen und/oder differenzierungstheoretischen Schemata verläuft. Denn die moderne Gesellschaft revitalisiert eine zentrale Institution der bürgerlichen Gesellschaft, um eine kooperative Willensbildung und Entscheidungsfindung innerhalb, mit und jenseits des Staates zu gewährleisten: das Instrument des Kontraktes. Dieses findet seinen Ausdruck entweder in formalen Verträgen oder (semi-) formellen bzw. informellen Absprachen. Wir finden es sowohl auf der Ebene der allgemeinen Zielbestimmung wie auch auf der Stufe der Implementationspraxis wieder. Der Vortrag möchte dabei nicht nur die gesellschaftlichen Bedingungen einer solchen kontraktualistischen Reorganisation der Politik thematisieren, sondern abschließend auch diese kontraktuelle Politik gegenüber den Strukturen moderner Gesellschaften zu bewerten versuchen." (Autorenreferat)

[93-L] Lamping, Wolfram:

"The grass is always greener...": die institutionelle Reorganisation von Wohlfahrtsstaatlichkeit, der Blick über die Grenzen und das Lernen aus Vergleichen, (Diskussionspapiere und Materialien / Universität Hannover, Institut für Politische Wissenschaft Abt. Sozialpolitik und Public Policy, Nr. 10), Hannover 2000, 64 S. (Graue Literatur;
URL: <http://aspp.jhpc.de/content/view/full/433/>)

INHALT: "Die in allen entwickelten Wohlfahrtsstaaten zu findende Phase der Restrukturierung und Reorganisation von Sozialpolitik wird in zunehmendem Maße angereichert durch die Rezeption erfolgreicher - oder als erfolgreich wahrgenommener - Strategien in anderen Ländern (und v.a. in den Bereichen Arbeitsmarkt, Gesundheit, Rente und Fürsorge). Sozialreformen werden immer öfter gerechtfertigt und generiert durch Wahrnehmungen darüber, wie andere wohlfahrtsstaatliche Arrangements funktionieren sowie vermeintlich elastischer und durch Reformierung adäquater reagieren. Vergleichen, Lernen und das Wissen um Optionen ist zu einer zentralen Variable im Umbauprozess der Wohlfahrtsstaaten geworden. Die simplifizierende und trivialisierende Vorstellung, Sozialstaaten oder sozialstaatliche Arrangements nach dem Baukasten-Prinzip umgestalten zu können, muss allerdings nachhaltig relativiert werden." (Autorenreferat)

[94-L] Lehmbruch, Gerhard:

Verhandlungsdemokratie: Beiträge zur vergleichenden Regierungslehre, Wiesbaden: Westdt. Verl. 2003, 217 S., ISBN: 3-531-14134-1 (Standort: UB Duisburg(464)-01QYV2031)

INHALT: "In den hier versammelten Schlüsseltexten aus drei Jahrzehnten wird die Theorie der Verhandlungsdemokratie entfaltet, die den Demokratiebegriff der vergleichenden Regierungslehre entscheidend erweitert hat. Der Autor zeigt, dass konkordanzdemokratische und korporatistische Entscheidungsstrukturen politische Konsensbildung dort ermöglichen, wo die klassischen Modelle des politischen Marktes und der Wettbewerbsdemokratie an ihre Grenzen stoßen, und untersucht die Entstehungsbedingungen und Funktionsvoraussetzungen dieser unterschiedlichen Modi demokratischen Regierens." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Proporzdemokratie: Politisches System und politische Kultur in der Schweiz und in Österreich (1967) (16-58); Consociational democracy, class conflict, and the new corporatism (1974) (59-67); Liberal corporatism and party government (1977) (68-102); Concertation and the structure of corporatist networks (1984) (103-128); Sozialpartnerschaft in der vergleichenden Politikforschung (1985) (129-153); Die korporative Verhandlungsdemokratie in Westmitteleuropa (1996) (154-176); Die Große Koalition und die Institutionalisierung der Verhandlungsdemokratie (1999) (177-197).

[95-F] Lehmkuhl, Dirk (Leitung):

Between transnational take-off and national landing: private governance in multi-level settings

INHALT: Within the broader debate on the reallocation of authority upward, downward and sideways from central states, the project addresses the shift of governance capacity towards non-state actors. It opts for a perspective that emphasises not only a dispersion of governance but also for a disaggregation into polycentric systems of governance. The basic assumption of this view is that governance is best understood if it is broken down into its constituent service activities. According to this view, governance entails the provision of a wide range of services, each of which can be provided by individuals or organizations specializing in the production or provision of that particular service. While scholars of international relations generally assume that the state as a multifaceted and multipurpose organisation provides all aspects of governance, the project is in accord with the view that particular governance services can be - and have routinely been - provided by different formal organizations and informal ar-

rangements at all levels of social aggregation. Schemes of transnational out-of court conflict resolution, with their mechanisms of norm-creation and dispute settlement, present the starting point for examining patterns of ordering which exist beyond the nation state. It combines a governance perspective which focuses on the contributions made by a variety of actors to transnational political organization, with a law-informed approach which overcomes the distinction between public law as the law of the political process and private law as the law of the economic process. *ZEITRAUM*: 1945-2003

VERÖFFENTLICHUNGEN: Lehmkuhl, Dirk: Structuring dispute resolution in transnational trade: competition and co-evolution of public and private institutions. in: Djelic, M.-L.; Quack, S. (eds.): Globalisation and institutions - redefining the rules of the economic game. Edward Elgar 2003, pp. 278-301.+++Lehmkuhl, Dirk: Verrechtlichung privater Selbstregulierung: der lange Schatten staatlichen Rechts im transnationalen Sport. in: Zangl, Bernhard; Zürn, Michael (Hrsg.): Prozesse der internationalen Verrechtlichung - innovative Wege globaler Politikgestaltung. Bonn: Dietz (erscheint 2004).

ART: Eigenprojekt *BEGINN*: 2001-11 *ENDE*: 2004-12 *AUFTRAGGEBER*: keine Angabe *FINANZIERER*: Institution

INSTITUTION: Universität Zürich, Philosophische Fakultät, Institut für Politikwissenschaft Abt. Internationale Beziehungen (Seilergraben 49, 8001 Zürich, Schweiz)

[96-L] Longchamp, Claude:

Angemessenheit, Reaktivität und Effektivität der Behördenkommunikation: Überlegungen zur umstrittenen Rolle des Bundesrates in Abstimmungskämpfen, in: Medienwissenschaft Schweiz., 2004, Nr. 1, S. 29-36

INHALT: Der rechtskonservative Verein "Bürger für Bürger" hat ein Volksbegehren formuliert, in dem verlangt wird, dass bei den Volksabstimmungen in der Schweiz mit dem Abschluss der parlamentarischen Beratungen die freie Willensbildung garantiert wird. Bundesrat, die Angehörigen des obersten Kadern der Bundesverwaltung sowie die Bundesämter sollen sich demnach der Informations- und Propagandatätigkeit enthalten. Obwohl der Ausgang des Volksbegehrens ungewiss ist, wirft es doch Fragen nach der Rolle des Bundesrats in Abstimmungskämpfen auf. Aus der Perspektive der Kommunikationswissenschaft behandelt der Autor die Prozesse von Meinungsbildung bei Entscheidungsprozessen in Abstimmungskämpfen und diskutiert die Problematik des Informationsbedarfs bei nicht prädisponierten Entscheidungen. Abschließend werden Kriterien der Behördenkommunikation in Abstimmungskämpfen unter den Bedingungen der Transformation der politischen Kommunikation diskutiert. (PT)

[97-L] Lorig, Wolfgang H.:

"Good Governance" und "Public Service Ethics": Amtsprinzip und Amtsverantwortung im elektronischen Zeitalter, in: Aus Politik und Zeitgeschichte: Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2004, B 18, S. 24-30 (Standort: UuStB Köln(38)-Ztg00926-a; Kopie über den Literaturdienst erhältlich;
URL: <http://www.bpb.de/files/4XZXG4.pdf>)

INHALT: "Gute E-Governance und Good Governance erweitern den 'New Public Management'-Ansatz, indem sie Aspekte der internen Verwaltungsmodernisierung mit der Gestaltung der

Außenbeziehungen öffentlicher Institutionen und der demokratischen Teilhabe zueinander in Bezug setzen. Die Erwartung substantieller Effizienzsteigerungen im öffentlichen Sektor wird verbunden mit der Perspektive einer nachhaltigen Qualitätssteigerung der öffentlichen Verwaltungen sowie der Möglichkeit erhöhter Transparenz und Zugänglichkeit politischer wie administrativer Prozesse. Die in diesem Zusammenhang publizierten Ethik-Kataloge (Codes of Conduct) für öffentliche Amtsinhaber spiegeln die Einsicht wider, dass amtsmäßig verfasste Institutionen eine konstitutive Grundlage des demokratischen Verfassungsstaates sind. Aber auch wenn Kontroll- und Responsivitätsstrukturen existieren, ist Herrschaft als trust, als anvertrautes Amt, nur dort möglich, wo verantwortliche und vertrauenswürdige Amtsinhaber agieren, welche das auf Zeit übertragene Amt im Sinne des Gemeinwohls ausüben." (Autorenreferat)

[98-L] Lucke, Jörn von:

Regieren und Verwalten im Informationszeitalter: Abschlussbericht des Forschungsprojektes 'Regieren und Verwalten im Informationszeitalter' am Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung bei der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, (Schriftenreihe der Hochschule Speyer, 156), Berlin: Duncker & Humblot 2003, 276 S., ISBN: 3-428-11011-0

INHALT: Internet und E-Mail haben nicht nur die Strukturen der Privatwirtschaft spürbar verändert, sondern auch Auswirkungen auf den öffentlichen Sektor. Der aus einem Forschungsprojekt an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer hervorgegangene Forschungsbericht gibt einen beschreibenden Überblick darüber, welche Einsatzmöglichkeiten, Potenziale, Nutzen und Schwierigkeiten beim Einsatz von modernen Kommunikationstechnologien insbesondere in der Verwaltung bestehen. Zudem entwickelt der Autor Ansatzpunkte für eine effiziente Umsetzung und Implementierung solcher Technologien in den nicht immer innovationsfreudigen öffentlichen Organisationen. Inhaltsübersicht: II. Regieren und Verwalten vor neuen Herausforderungen; III. Moderne Informations- und Kommunikationstechnologien; IV. Ausgewählte Einsatzfelder und Best Practice im öffentlichen Sektor; V. Staatliche Aktionsprogramme; VI. Veränderungen für Bürger, Wirtschaft und öffentlichen Sektor; VII. Überlegungen zu den Barrieren des Electronic Governments; VIII. Ansatz für eine umfassende E-Government-Strategie. (ZPol, Leske u. Budrich)

[99-F] Nicolet, Sarah; Fischer, Alex (Bearbeitung); Sciarini, Pascal (Leitung):

The Swiss decision-making system in the era of globalization

INHALT: The institutional arrangements that characterize the Swiss, corporatist-like, decision-making system were designed at a time when the impact of the "outside world" on both the form and content of legislative acts was presumably very low. With the deepening of the processes of economic globalization and political internationalization, however, an increasing number of issues that used to be domestic in nature are now co-defined at the international level and/or strongly influenced by norms elaborated abroad. Against this background, the purpose of this project is to evaluate the impact of the internationalization/globalization processes on the national decision-making system and related institutional arrangements in Switzerland. In order to do so, we shall intend to rely on a double strategy. First, we will carry out a "before-after" analysis, that is, a comparison between the characteristics of the Swiss deci-

sion-making institutions and processes in the most recent legislative period (1995-99), with those at an earlier stage of the internationalization process (legislative period 1971-75). While data already exists for the period 1971-75, corresponding data - on the institutional setting, the duration of decision making processes, the importance and level of conflictuality of a given act, etc. - will have to be gathered for the legislature 1995-99. All legislative acts which were treated by the Swiss parliament between 1995 and 1999 and which were either initiated by a popular initiative or subject to a referendum (presumably around 200 acts) will be included in the quantitative analysis. Second, we will carry out a more detailed, but still mostly quantitative, network analysis of a small sample of the "most important" legislative acts of the period 1995-99. We shall focus on three legislative acts that differ with respect to their "international-national" character: a "purely" domestic policy decision, and two types of "mixed" decision. For this part of the study, socio-metric data collected through structured interviews with the relevant political elites will be the main source of information. The first general assumption of this project is that the process of internationalization has induced changes in the institutional framework of the Swiss decision-making system. Most noticeably, internationalization is expected to have limited the formal consultation/ concertation procedures during the legislative process. The "before-after" analysis will help test whether and to what extent these changes have actually occurred. The second general assumption is that the changes in the decision-making institutions brought about by internationalization have influenced the distribution of political power in the Swiss political system. The policy network analysis in the three selected policy domains will help highlight the possible changes in power relations and how they are related to institutional changes. (Intermediate) results: The research project started on september 1, 2000. The results will be available by the end of the project (August 31, 2002). *ZEITRAUM*: 1971-1975, 1995-1999 *GEOGRAPHISCHER RAUM*: Switzerland

METHODE: First part: before-after analysis; second part: network analysis. We selected every bill passed by Swiss Parliament and submitted to referendum between 1995-1999. Network analysis: The selection of the interviews will be based on a combination of positional, decisional and reputational approaches. *DATENGEWINNUNG*: Standardisierte Befragung, face-to-face (Stichprobe: about 150 persons; création d'une banque de données des 208 projets soumis au référendum dans la législature 1995-1999 : variables : comme Poitry (1989) - Univers de référence, unité de recherche: legislative periode 1995-1999). Unique Survey. Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Fischer, Alex; Nicolet, Sarah; Sciarini, Pascal: Swisscom doit-elle abandonner son "dernier kilomètre"? in: Le Temps, Mardi, 4 juin 2002.+++Fischer, Alex; Nicolet, Sarah; Sciarini, Pascal: Marschhalt auf der letzten Meile / Schwindender Liberalisierungswillen in der Schweiz. in: Neue Zürcher Zeitung, 28.05.2002, S. 73.+++Fischer, Alex; Nicolet, Sarah; Sciarini, Pascal: Eine politikwissenschaftliche Analyse der Schweizer Telekommunikationsreformen. = Une analyse politologique de la réforme des télécommunications en Suisse. in: Die Volkswirtschaft = La vie économique, Berne, 1, 2003, S. 33-33. +++Fischer, Alex; Nicolet, Sarah; Sciarini, Pascal: Europeanisation of a Non-EU Country: the case of Swiss immigration policy. in: West European Politics, 25, 2002, 4, pp. 143-170. +++Fischer, Alex; Sciarini, Pascal; Nicolet, Sarah: La politique des télécommunications suisse: entre pression internationale et résistance nationale. in: Politique et Management, 2003. *ARBEITSPAPIERE*: Sciarini, Pascal: The Swiss Decision-Making System in the Era of Globalization. Proposal for the Swiss National Science Fondation.

ART: gefördert *BEGINN*: 2000-09 *ENDE*: 2002-08 *AUFTRAGGEBER*: nein *FINANZIERER*: Schweizerischer Nationalfonds zur Förderung der Wissenschaftlichen Forschung

INSTITUTION: Institut de hautes études en administration publique -idheap- (Route de la Maladière 21, 1022 Chavannes-près-Renens, Schweiz)

[100-L] Noll, Alfred J.:

Vor dem Sicherheitsstaat?, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 33/2004, H. 1, S. 33-47 (Standort: UuStB Köln(38)-XE00150; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: http://members.chello.at/politikwissenschaft/aktuell/2004_1_noll.htm)

INHALT: "Der Kern des Sicherheits-Versprechens liegt darin, dass man gar nicht wissen muss, was man verspricht, wenn man Sicherheit verspricht. Was als 'Sicherheit'/ 'Unsicherheit' gilt, das unterliegt gesellschaftlicher Vereinbarung, ideologischer und politischer Auseinandersetzung oder auch kultureller Festlegung. Wir beobachten eine nachdrückliche gesellschaftliche und technik-politische Tendenz zur Vorsorge und zur Herstellung von Sicherheit. Der Rechtsbegriff der 'Sicherheit' eröffnet ein weites Feld, er bedarf der Konkretisierung. Das erkennbare Bemühen um eine eindeutige Definition der 'Sicherheit' aber scheitert beinahe notwendig vor den Ansprüchen polizeilicher Praxis. Für die polizeiliche Praxis hat dies zur Folge, dass sie die weiten Spielräume der gesetzlichen Grundlagen ausnützen kann, ohne sich den subtilen Überlegungen einer verfassungskonformen Einschränkung dieser eingriffsintensiven Akte der Gesetzgebung zu stellen. Wir sehen den Übergang von der repressiven zur präventiven Polizei. Diese Aufgabenverschiebung führte zu einer weiteren Vorverlagerung des Staatsschutzes weit in die Gesellschaft hinein. Überspitzt formuliert: Die staatliche Sicherheit entwickelte sich mit dieser Sicherheitskonzeption zum 'Supergrundrecht', Bürgerinnen und Bürger mutierten zu potentiellen Sicherheitsrisiken." (Autorenreferat)

[101-L] Nollmann, Gerd:

Der Staat als Ausschuss der Symbolanalytiker?, in: Jutta Allmendinger (Hrsg.): Entstaatlichung und soziale Sicherheit : Verhandlungen des 31. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Leipzig ; Teil 1, Opladen: Leske u. Budrich, 2003, k. A., ISBN: 3-8100-4038-X

INHALT: "Robert B. Reich hat in seinem Werk 'Die neue Weltwirtschaft' die Kontinuität herkömmlicher Sozialstrukturen in Zeiten chronischer Massenarbeitslosigkeit und sich wieder aufspreizender Einkommensrelationen nachhaltig in Frage gestellt. Schon die Tatsache, dass die weitgehende Beseitigung der Arbeitslosigkeit in den USA auch unter jenen eine dramatische Verschärfung distributiver Ungleichheit gebracht hat, die heute einen Arbeitsplatz besitzen, passt nicht zum Wunschbild einer Rückkehr des wohlfahrtstaatlich moderierten Wachstumskapitalismus. Folglich sieht Reich die Gründe für die Aufspreizung der Einkommenshierarchien auch nicht (allein) in den verschobenen Machtrelationen der Arbeitsmärkte. Vielmehr hält er den überkommenen Klassenkonflikt zwischen Kapital und Arbeit für antiquiert. Die Linien der neuen Klassenspaltung verlaufen triadisch zwischen Routinearbeit und -dienstleistungen, Kapital und den von Reich so getauften 'Symbolanalytikern' als Gewinner der Globalisierung. Still und heimlich verlassen die Symbolanalytiker die Konstellation, die früher einmal als nationaler Solidarpakt bezeichnet wurde. Der Staat folgt dem stillen sozialstrukturellen Umbruch, indem er Investitionen aus klassischen Infrastrukturbereichen abzieht und den symbolanalytischen Zukunftstechnologien zuführt. So sinnvoll diese Umlenkung von Mitteln auch mit Blick auf zukünftige Chancen der wirtschaftlichen Entwicklung erscheinen mögen: Sie befördern die Neu- und Umverteilung von Chancen, Einkommen zu erzielen -

weg von den sinkenden Booten der Routineproduktion und Routinedienstleistung, hin zu den symbolanalytischen Diensten. Die Brisanz von Reichs Szenarios liegt in seinen Konsequenzen für das Verhältnis von Wirtschaft und Politik. Die seit mehreren Jahren zu beobachtende Veränderung der politischen Marschrichtung westlicher Industriestaaten ist keine Modeerscheinung. Die nicht nur von westlichen Industriestaaten, sondern auch von zahlreichen Schwellen- und Entwicklungsländern vollzogene Hinwendung zur deregulierten, entnationalisierten Globalwirtschaft erscheint als politisch-staatlicher Ausdruck verschobener sozialstruktureller Klassenbildungen. Der zeitgenössische Staat der jüngsten Zeitgeschichte erschiene dann frei nach Marx als Ausschuss der Symbolanalytiker." (Autorenreferat)

[102-F] Nullmeier, Frank, Prof.Dr. (Leitung):

Governance-Reformen als eigenständiger Modernisierungstyp

INHALT: In der aktuellen Debatte um die Modernisierung von Staat und Verwaltung haben sich die Begriffe "Governance", "Good Governance", "Public Governance" oder auch "New Public Governance" zunehmend etabliert. Steckt hinter dem neuen Begriff auch eine neue Konzeption? Die Autoren versuchen den derzeit noch recht diffusen Governance-Begriff zu klären und hinsichtlich seiner Potenziale und Grenzen für den Verwaltungsreformprozess zu prüfen. 1. Kontext/ Problemlage: Mit dem Begriff "Governance" werden derzeit viele Hoffnungen verknüpft. Nicht unambitioniert verspricht das Konzept die Defizite des Neuen Steuerungsmodells auszugleichen und den Weg zum "Guten Regieren" zu weisen. Es sind sehr unterschiedliche, meist explizit wertbezogene Reformkonzepte, die unter den Terminus Governance subsumiert werden. Managementorientierte Maßnahmen lassen sich von demokratisch-partizipatorischen Reformvorschlägen unterscheiden; es gibt Konzepte, die sich mit Fragen der Lebensqualität befassen und solche, die sich auf die Nutzung von IuK-Technologien beziehen. Was aber diese Reformvorschläge miteinander verbindet, was das Spezifische von Governance-Reformen ist, bleibt unklar. Zudem wird der sozialwissenschaftliche Governance-Diskurs im Kontext der Staats- und Verwaltungsmodernisierung kaum zur Kenntnis genommen. 2. Fragestellung: Ziel des Projektes ist die Klärung der Frage, ob mit Hilfe eines sozialwissenschaftlich fundierten Governance-Begriffes ein tieferes Verständnis der gegenwärtigen Reformbemühungen erreicht werden kann. Es zeigt sich auf diesem Argumentationsweg, dass Governance-Reformen ein eigenständiger Reformtypus sind mit einer deutlich größeren Veränderungswirkung als die typischen Maßnahmen des NSM. Governance beschreibt die grundlegende Steuerungsform einer Organisation oder eines Feldes. Fünf idealtypische Governance- oder Steuerungsformen können unterschieden werden: Markt/ Wettbewerb, Hierarchie, Netzwerk, Assoziation und Gemeinschaft. Eine Governance-Reform findet dann statt, wenn die Steuerungsform der Organisation oder eines Politikfeldes/ einer Wirtschaftsbranche gezielt verändert wird. Die wesentliche Leistung dieses Governance-Begriffs besteht darin, Reformprozesse in den Feldern der Privatwirtschaft, des öffentlichen Sektors und der Zivilgesellschaft miteinander vergleichbar zu machen. In praktischer Hinsicht wird auf diese Weise das vielfach geforderte Von-einander-lernen möglich. Der Governance-Begriff schafft die Grundlagen für ein 'Regime-Shopping'. 3. Ergebnisse: Die Studie zeigt, dass in den vergangenen zehn Jahren in allen drei Feldern Governance-Reformen stattgefunden haben. Governance-Reformen sind zwar ein eigenständiger, aber keineswegs ein neuer Reformtypus. Bevor eine neue Runde im Verwaltungsmodernisierungsprozess eingeläutet wird, sollte daher ein Blick auf die Reformverfahren der Vergangenheit erfolgen - im Bereich des öffentlichen Sektors, aber auch in den Feldern Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Die Analyse vergangener

Reformprozesse lässt förderliche und hinderliche Faktoren erkennen, deren Berücksichtigung die Erfolgchancen zukünftiger Maßnahmen steigern kann. Die Studie hat zur Identifikation solcher Faktoren einen ersten Beitrag geleistet. Sie macht darüber hinaus deutlich, dass die vielfach geäußerte These eines einlinigen Modernisierungstrends nicht aufrecht erhalten werden kann. Weder ist ein 'Ende der Hierarchie' in Sicht, noch dominieren bei den Reformbemühungen Prozesse der Vermarktlichung oder Vernetzung. Es gibt keinen eindeutigen Trend - vielmehr findet eine in alle Richtungen sich erstreckende Suchbewegung statt.

METHODE: Im Rahmen der Studie wurde eine Erhebung von Governance-Reformen in den Feldern Wirtschaft, Staat und Zivilgesellschaft durchgeführt. Die Erhebung konzentrierte sich auf den Zeitraum der vergangenen zehn Jahre und kombinierte unterschiedliche Erhebungsmethoden (Experten-Interviews, Datenbank-Recherche, Literatursauswertung etc.). 37 Governance-Reformen wurden erhoben und systematisch miteinander verglichen. Ziel war zum einen, die Richtung von Veränderungsprozessen in den drei Feldern zu erfassen. Zum anderen interessierte die mikropolitische Ebene der Reformprozesse: Durch welche Faktoren wurden jeweils die Reformmaßnahmen befördert oder behindert?

VERÖFFENTLICHUNGEN: keine Angaben **ARBEITSPAPIERE:** Klenk, Tanja; Nullmeier, Frank: New Public Governance - eine neue Runde in der Verwaltungsreform? Governance-Reform als eigenständiger Reformtypus. Interviewdokumentation. Dez. 2002.

ART: gefördert **AUFTRAGGEBER:** keine Angabe **FINANZIERER:** Hans-Böckler-Stiftung

INSTITUTION: Universität Bremen, Zentrum für Sozialpolitik Abt. Theorie und Verfassung des Wohlfahrtsstaates (Postfach 330440, 28334 Bremen)

KONTAKT: Leiter (e-mail: frank.nullmeier@gmx.de)

[103-L] Ooyen, Robert Chr. van:

Ein moderner Klassiker der Verfassungstheorie: Karl Loewenstein: eine Skizze, in: Zeitschrift für Politik: Organ der Hochschule für Politik München : Organ der Hochschule für Politik München, Jg. 51/2004, H. 1, S. 68-86 (Standort: UuStB Köln(38)-Fa00283; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Loewensteins Verfassungslehre gilt heute neben den Staats- und Verfassungslehren von Jellinek, Kelsen, Schmitt, Smend und Heller als Klassiker. Als Sozialwissenschaftler und Jurist zugleich hatte Loewenstein, Schüler von Max Weber, schon zur Weimarer Zeit die Verfassungsanalyse vom Rechtspositivismus zur Politikwissenschaft hin geöffnet. Verfolgt durch die NS-Diktatur als Demokrat jüdischer Herkunft emigrierte er 1933 in die USA. Parallel zu seiner Tätigkeit als Rechtsberater für verschiedene Regierungsstellen erarbeitete er in der Folgezeit eine moderne, an der Machtkontrolle orientierte Verfassungs- nicht Staatslehre, die ihn neben Ernst Fraenkel zugleich als führenden Vertreter des Neo-Pluralismus ausweist. Obwohl dem Positivismus und Konstruktivismus verhaftet, steht sein integratives Verständnis von Politikwissenschaft noch in einer Tradition, deren Wiederentdeckung längst überfällig ist." (Autorenreferat)

[104-L] Otti, Albert; Schulze, Michael Karsten:

Die Gewalten auf Konfrontationskurs?: eine Fallstudie über das Verhältnis von VfGH und Regierung in den Anfängen der Wende, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft., Jg. 33/2004, H. 1, S. 67-79 (Standort: UuStB Köln(38)-XE00150; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Der vorliegende Beitrag beschäftigt sich mit dem Verhältnis zwischen der österreichischen Bundesregierung und dem Verfassungsgerichtshof (VfGH). Dieser in einem demokratischen System verankerten Beziehung ist ein inhärenter Konflikt eingeschrieben, da die beiden Institutionen jeweils die Spitze von zwei Gewalten (Exekutive und Judikative) repräsentieren und ausüben. Auf Grund der notwendigen Anordnung im System der checks and balances ist diese Konfliktkonstellation für eine lebendige Demokratie elementar. Wir wollen der Frage nachgehen, ob sich eine Veränderung in diesem Verhältnis seit der ersten Koalitionsregierung zwischen ÖVP und FPÖ (ab Februar 2000) im Vergleich zu den Jahren davor konstatieren lässt, und ob sich eine Veränderung in der Demokratiequalität feststellen lässt. Die mediale Aufregung rund um die Kärntner Ortstafeln, ausgelöst durch polemische Äußerungen von Jörg Haider, lassen dies auf den ersten Blick vermuten. Wir kommen zum Schluss, dass die institutionelle Verankerung des VfGH als stabil zu qualifizieren ist. Die permanenten Angriffe durch die FPÖ auf verschiedene Teile des Justizwesens und ihre oftmals schweigende Duldung durch die ÖVP sind jedoch als bedenklich einzustufen, da sie eine diskursive Praxis darstellen, die das Verständnis vom Wesen der Demokratie verschlechtert und damit mittelfristig ihr Funktionieren beeinträchtigen kann." (Autorenreferat)

[105-L] Reicher, Dieter:

Verstaatlichungs- und Entstaatlichungsprozesse von Polizei und Rechtssystem und ihre Auswirkungen auf die Todesstrafe, in: Soziale Probleme, Jg. 14/2003, H. 2, S. 189-218 (Standort: UuStB Köln(38)-XG07368; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "In diesem Aufsatz wird analysiert, welche Auswirkungen Ver- und Entstaatlichungsprozesse von Polizei und Rechtssystem auf die Anwendung der Todesstrafe haben. Ich werde argumentieren, dass stark bürokratisierte Staaten unter bestimmten Umständen dazu neigen, weniger grausame Strafen zu verhängen als plutokratische Staaten mit einer dünnen Verwaltungsstruktur. Das ist deshalb so, weil bürokratisch betriebene Gerichtsbarkeit und Polizei ein stark distanzierendes Verhältnis zu Tätern und Opfern von Verbrechen aufbauen. Deshalb herrscht in einer solchen Konstellation eine Form der Sozialkontrolle vor, die sich durch Zurückhaltung und Nüchternheit auszeichnet. In Staaten jedoch, in denen intermediäre Akteure (z.B. lokale Eliten) Macht und Einfluss besitzen, wird Strafen und Kontrolle in expressiv und affektiv eindringlicher Art ausgeübt. Die Strafen neigen dazu, grausam, exemplarisch und abschreckend zu sein. Am Beispiel Englands kann gezeigt werden, dass, als die intermediären Kräfte an Macht zulegten, die Todesstrafe eine höhere Bedeutung bekam. Sie wurde häufiger und für mehr Delikte eingesetzt. Als dann wiederum der bürokratische Zentralstaat gestärkt wurde, verlor die Todesstrafe sehr rasch ihre alte Rolle als zentrales Element des Strafsystems. Auch in Österreich, dessen Staatswendung untrennbar mit dem Organisationsaufbau der Bürokratie einhergeht, begann die Todesstrafe eine untergeordnete Rolle im Strafrecht zu spielen, bis sie schließlich kaum noch zum Einsatz kam." (Autorenreferat)

[106-L] Rucht, Dieter:

Global Governance - eine Antwort auf Steuerungsprobleme internationalen Regierens?, in: Jutta Allmendinger (Hrsg.): Entstaatlichung und soziale Sicherheit : Verhandlungen des 31. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Leipzig ; Teil 2, Opladen: Leske u. Budrich, 2003, S. 1010-1023, ISBN: 3-8100-4038-X

INHALT: "Das Problem staatlichen Handelns, sachgerechte und legitim erscheinende politische Entscheidungen zu fällen und durchzusetzen, zeigt sich in verschärfter Form auf der Ebene internationalen Regierens. Hier sind einerseits Umfang und Komplexität der anstehenden Probleme gewachsen; andererseits erweisen sich die Entscheidungsmechanismen als schwerfällig und sind zudem die Möglichkeiten der Implementation und Sanktion begrenzt. Hinzu kommt, dass internationale Politik zunehmend mit Forderungen nach Transparenz und Partizipation konfrontiert wird. Besonders deutlich werden solche Bestrebungen anlässlich diverser Gipfeltreffen internationaler Institutionen, zu denen sich jeweils breite 'Negativkoalitionen' von Nichtregierungsorganisationen und globalisierungskritischen Bewegungen zusammenfinden. Die bereits seit den 1980er Jahren sichtbaren Proteste haben sich in den letzten Jahren verbreitert und radikalisiert; die Protestierenden definieren sich zunehmend in Gegnerschaft zu einem sich globalisierenden Neoliberalismus und beanspruchen, im Namen der 'globalen Zivilgesellschaft' zu sprechen. Der Beitrag setzt sich kritisch mit der Idee und Praxis von Global Governance auseinander und sucht folgende Fragen zu klären: Woher kommt diese Idee und welche Problemkonstellationen haben sie hervorgebracht? Welches Verständnis von Global Governance weisen die jeweiligen Akteursgruppen auf? Welche praktischen Erfahrungen liegen mit diesem Konzept vor und wo liegen seine Grenzen? Zur Beantwortung dieser Fragen werden Beispiele aus drei Politikfeldern herangezogen, die entsprechend ihrer Sachlogik und ihrer Akteurskonstellationen den Ideen und Anforderungen von Global Governance in unterschiedlichem Ausmaß entgegenkommen: die Menschenrechtspolitik, die Klimapolitik und das internationale Schuldenregime. Mit Blick auf diese drei Policy-Felder wird die These vertreten, dass die Realisierungschancen von zivilgesellschaftlichen Ansprüchen auf Mitgestaltung vor allem von drei Parametern abhängen: (1) dem Stellenwert ökonomischer Fragen innerhalb des jeweiligen Politikfeldes, (2) dem Ausmaß von Steuerungs- und/oder Legitimationsproblemen im jeweiligen Politikfeld sowie (3) der Stärke zivilgesellschaftlicher Mobilisierung. Entsprechend sind die Einflusschancen am höchsten in der Menschenrechtspolitik und am geringsten im Bereich des internationalen Schuldenregimes." (Autorenreferat)

[107-L] Schuett-Wetschky, Eberhard:

Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers, demokratische Führung und Parteiendemokratie: T. 2, Fehlinformation des Publikums, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft: Journal of Political Science : Journal of Political Science, Jg. 14/2004, H. 1, S. 5-29 (Standort: UuStB Köln(38)-EWA Z3338)

INHALT: "Immer noch sprechen auch Politikwissenschaftler von 'Richtlinien' und 'Richtlinienbestimmung', obgleich ein Bundeskanzler tatsächlich nicht Richtlinien im Sinne von Art. 65 GG bestimmt. Die Richtlinienkompetenz wird als Machtbasis des Bundeskanzlers dargestellt (z. B. Sontheimer/ Bleek 2000), obgleich es keine empirischen Belege und keine überzeugenden Argumente zur Begründung einer derartigen Behauptung gibt. Auch die Redeweise vom grundsätzlich 'mächtigen' Bundeskanzler hält nicht einer kritischen Überprüfung stand, ebenso wenig wie die Meinung, dass die Richtlinienkompetenz im Hintergrund wirksam sei. Die Fehlinformation des Publikums hinsichtlich der Richtlinienkompetenz wird exemplarisch analysiert. Dabei werden auch Artikel in der überregionalen Presse, Aussagen politischer Akteure und Veröffentlichungen der Bundeszentrale für politische Bildung einbezogen. Auch in Bezug auf die Richtlinienkompetenz gibt es einen 'latenten Verfassungskonflikt' (Patzelt). Der Konflikt zwischen der - auch vom Parlamentarischen Rat vertretenen - traditionellen Sichtweise parlamentarischer Demokratie einerseits und der Praxis moderner Parteiendemo-

kratie andererseits ist die wichtigste Quelle ungerechtfertigter Politik(er)verdrossenheit." (Autorenreferat)

[108-L] Schuett-Wetschky, Eberhard:

Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers, demokratische Führung und Parteiendemokratie: T. 1, Richtlinienkompetenz als Fremdkörper in der Parteiendemokratie, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft: Journal of Political Science : Journal of Political Science, Jg. 13/2003, H. 4, S. 1897-1932 (Standort: UuStB Köln(38)-EWA Z3338)

INHALT: "Immer noch wird weithin angenommen, dass der Bundeskanzler als Regierungschef handeln und seine Richtlinienkompetenz als wirksames Machtmittel einsetzen könne. Tatsächlich jedoch ist die Praxis nicht durch Richtlinienentscheidungen des Kanzlers geprägt, sondern durch demokratische Führung. Ein erfolgreicher Kanzler agiert als Führungsfigur Nummer eins der Regierungsmehrheit. Schon rein rechtlich gesehen greift die Richtlinienkompetenz zu kurz, da sie sich nur auf die Mitglieder der Regierung bezieht, nicht auf die Regierungsfractionen. Sowohl für die Durchsetzung gesetzgeberischer Initiativen als auch für seinen Verbleib im Amt ist ein Kanzler auf die Zustimmung der Parlamentsmehrheit angewiesen. Deshalb liegt seine Machtbasis in der Zustimmung dieser Mehrheit - faktisch die Regierungspartei(en) -, nicht in der Richtlinienkompetenz. Über politisch wichtige Gesetze wird nicht von Bundesregierung und Bundestag als voneinander unabhängigen Kollegialorganen entschieden, sondern von Parteien (einschließlich Fraktionen). Da Parteien grundsätzlich demokratisch strukturierte Organisationen sind, kann es gegenüber den Parteimitgliedern keine Richtlinienkompetenz geben. Deshalb ist diese Kompetenz ein Fremdkörper in der Parteiendemokratie; sie kann nicht durchgesetzt werden. Und eben deshalb ist sie faktisch obsolet." (Autorenreferat)

[109-L] Schuppert, Gunnar Folke:

Governance-Leistungen der Zivilgesellschaft: vom staatlichen Rechtsetzungsmonopol zur zivilgesellschaftlichen Selbstregulierung, in: Dieter Gosewinkel, Dieter Rucht, Wolfgang van den Daele, Jürgen Kocka (Hrsg.): WZB-Jahrbuch 2003 : Zivilgesellschaft - national und transnational, Berlin: Ed. Sigma, 2004, S. 245-264, ISBN: 3-89404-299-0 (Standort: UB Bonn(5)-2004-870)

INHALT: "Der Beitrag von Gunnar Folke Schuppert setzt zwei Begriffe der sozialwissenschaftlichen Forschung in neuer Weise zueinander in Beziehung: Governance und Zivilgesellschaft. Er zeigt, in welchem Maße und in welchem Bereich die beiden Begriffe aufeinander verweisen. Schuppert geht von der These aus, dass im Rahmen einer interaktionistisch angelegten Governance-Theorie der Zivilgesellschaft ein prominenter Platz zustehe und zivilgesellschaftliche Akteure wichtige Governance-Akteure seien oder sein sollten. Dabei wird Zivilgesellschaft vor allem als ein öffentlicher Raum verstanden, in dem 'public spiritedness' und Selbstorganisation vorherrschen. Die Funktion von Zivilgesellschaft im Hinblick auf Governance bestehe in der Staatsentlastung, einer funktionalen Privatisierung von Governance - nicht in einer Distanzierung vom Staat, wie es in der Literatur häufig gesehen wird. Vielmehr geht der Beitrag unter Rückgriff auf die Staatstheorie Lorenz von Steins davon aus, dass der die Zivilgesellschaft stärkende Staat letztlich sich selbst stärkt. Zur Charakterisierung der Interaktion, bei der die Zivilgesellschaft Governance-Leistungen für den Staat erbringt, ohne

von diesem instrumentalisiert zu werden, schlägt der Autor den Begriff des 'Gewährleistungsstaates' vor, der die weitreichenden Fähigkeiten der Zivilgesellschaft zur Selbstregulierung nutzt, ohne dabei seine Gewährleistungsverantwortung aufzugeben. Durch seine Rahmengesetzgebung stellt der Gewährleistungsstaat die Gemeinwohlverträglichkeit nichtstaatlicher Rechtsetzung aus dem Bereich der Zivilgesellschaft sicher." (Autorenreferat)

[110-L] Schwanengel, Wito:

Einwirkungen der Landesparlamente auf die Normsetzung der Exekutive: Verordnungsgebung unter Parlamentseinfluß, (Beiträge zum Parlamentsrecht, 55), Berlin: Duncker & Humblot 2002, 151 S., ISBN: 3-428-10757-8

INHALT: Ausgehend von der Beobachtung, dass Rechtsverordnungen als Regelungsinstrumente auf Bundes- und Landesebene an Bedeutung gewonnen haben, untersucht der Autor, welche Einfluss- und Mitwirkungsmöglichkeiten die Landesverfassungen den Landesparlamenten einräumen. Schwanengel diskutiert, wie die verschiedenen Formen der Beteiligung der Landesparlamente an diesem der Exekutive übertragenen Bereich aus verfassungsrechtlicher Sicht zu beurteilen sind. Konsultationsrechte, die teils durch das Plenum, teils durch einzelne Parlamentsausschüsse wahrgenommen werden, sind aus verfassungsrechtlicher Sicht nicht zu beanstanden. Beteiligungsrechte des Parlaments an der Verordnungsgebung kommen nach Schwanengel dort an ihre verfassungsrechtliche Grenze, wo es zu einer 'verfassungswidrigen Aufhebung exekutiver Letztentscheidungsbefugnis' kommt. (136) Inhaltsübersicht: A. Das Verordnungsrecht der Exekutive als Ausdruck derivativer Rechtssetzungsbefugnis; B. Die Formen parlamentarischer Einflußnahme auf das Verordnungsrecht der Exekutive; C. Zulässigkeit und Grenzen parlamentarischer Einflußnahme durch Gesetz; D. Die parlamentarischen Beteiligungsvorbehalte im Kontext des Rechtsstaats- und Gewaltenteilungsprinzips; E. Die parlamentarische Beteiligung an der Verordnungsgebung im Kontext des Demokratieprinzips; F. Die ermächtigungsgesetzliche Begründung parlamentarischer Beteiligungsvorbehalte zugunsten von Parlamentsausschüssen. (ZPol, Leske u. Budrich)

[111-L] Sutter, Barbara:

Regieren durch Community: Bürgerschaftliches Engagement als post-soziale regierungsstrategie, in: Jutta Allmendinger (Hrsg.): Entstaatlichung und soziale Sicherheit : Verhandlungen des 31. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Leipzig ; Teil 1, Opladen: Leske u. Budrich, 2003, k. A., ISBN: 3-8100-4038-X

INHALT: "Ausgangspunkt des Beitrags wird Michel Foucaults Konzept der Gouvernementalität sein, das auf die Verbindung von Mikrotechniken des Alltags und abstrakter politischer Rationalität zielt. Den Begriff des Gouvernements bezieht Foucault dabei nicht auf einen Staat oder im tradierten Sinn politische Strukturen, sondern auf die weitreichenden Bedeutungen des Wortes im Zeitraum vom 15. bis zum 18. Jahrhundert, die sich immer auf Menschen beziehen - auf Fremd- und zugleich Selbstführung. Nachdem 'Gesellschaft', vom liberalen Paradigma konstruiert als freie Assoziation freier Individuen und Gegenbegriff zu dem des Staates, und 'das Soziale', durch die Soziologie konstituiert als Bereich sui generis und zum Gegenstand wohlfahrtsstaatlicher Steuerung erhoben, als Regierungsobjekte aufgetaucht sind und abgetaucht scheinen, stellt sich in dieser Perspektive die Frage parapolitischen Handelns als Suche nach 'post-sozialen' Regierungsstrategien dar. Bei einer neuen Definition der zu re-

gierenden Individuen gewinnen nicht nur Schlagworte wie Eigenverantwortlichkeit, Aktivität und Flexibilität an Bedeutung, sondern auch Entscheidungen, die von Einzelnen im Kontext ihrer je besonderen Einbindung in räumliche, politische, 'ethnische', kulturelle, familiäre oder anders fundierte Strukturen vollzogen werden - 'Regieren durch Community' (Nikolas Rose). Der Begriff der Community bezeichnet nicht ein neues Territorium, sondern eine neuartige Methode des Regierens, die auf aktiv und verantwortlich Handelnde in je spezifischen Loyalitätsbeziehungen setzt. Die Segmentierung in 'Überzeugungs-, Werte- und Identitätsgemeinschaften' jenseits von Nationalgesellschaften ist dabei weniger als eine Neuerung zu betrachten als vielmehr ihre Gouvernentalisierung. Schwerpunkt wird die Übernahme des Begriffs der Community durch institutionalisierte Politik sein und damit die Entwicklung von einem Diskurs der Gegenkultur zu einem Expertendiskurs mit dem dazugehörigen professionellen Aufgabenfeld, wie es Rose an Beispielen in Großbritannien gezeigt hat. Konkret dargestellt wird dies anhand der Zielsetzung und Arbeitsweise der Enquete-Kommission 'Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements', die fast jegliche Form von Engagement Einzelner in Gruppen aller Art, deren veränderte Orientierung von der Dienstleistung für ihre Mitglieder hin zum Gemeinwohl voraussetzend, als bürgerliches zu bewerten scheint." (Autorenreferat)

[112-L] Tinnefeld, Marie-Theres:

Information, Datenschutz und Sicherheit: Freiheitsrechte im Schatten des Leviathans, in: Marek Fuchs, Jens Luedtke (Hrsg.): *Devianz und andere gesellschaftliche Probleme*, Opladen: Leske u. Budrich, 2003, S. 149-162, ISBN: 3-8100-4056-8 (Standort: UuStB Köln(38)-28A3334)

INHALT: "Marie-Theres Tinnefeld behandelt in ihrem Beitrag das Verhältnis von individuellen Freiheitsrechten der Bürger und den Interessen des Staates nach Kontrolle - auch zum Schutz der Bürger. Dieses Grundproblem wird in Bezug auf den Datenschutz ausgearbeitet und im Sinne eines stärkeren Schutzes der Privatsphäre beantwortet." (Autorenreferat)

[113-L] Voigt, Rüdiger:

Phönix aus der Asche: die Geburt des Staates aus dem Geist der Politik, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2003, 359 S., ISBN: 3-8329-0061-6

INHALT: Obschon die Phänomene einer Erosion von Staatlichkeit - wenigstens in jenem traditionellen Verständnis, das territorial gebundene Souveränität nach außen wie nach innen voraussetzt - unübersehbar sind, ist 'die grundsätzliche Notwendigkeit staatlicher Steuerung weitgehend unbestritten' (9). Voigt sucht an vier markanten Problemfeldern staatlichen Handelns - den gestiegenen Aushandlungszwängen, dem Einfluss der Massenmedien, den Folgen der Globalisierung und den Anforderungen technologischer Kriegführung - nach Spuren, die auf eine Wiedergeburt des Staates 'aus dem Geist der Politik' deuten könnten (13 ff., 285 ff.). Zwar bleiben die Konturen des neuen Staates einstweilen noch 'unscharf' (307), drei Merkmale hebt Voigt immerhin hervor: Neben Kooperationsbereitschaft und Problemlösungsfähigkeit den Umstand, dass der Staat für die Bürger auch als 'Erlebnismgemeinschaft' erfahrbar sein müsse (307 ff.). Auch wenn sich die Überlegungen Voigts nicht als eigenständige Staatstheorie lesen lassen, so stellen sie doch eine anregende Rekapitulation der jüngeren Diskussion dar. Mit Ausnahme der Einleitung, des Schlusskapitels sowie des Abschnitts über 'Regieren in der Mediendemokratie' enthält der Band bereits andernorts publizierte Abhandlungen des Autors aus den Jahren 1998 bis 2002. Inhaltsverzeichnis: I. Der kooperative Staat: 1. Regie-

ren ohne Staat?; 2. Kooperativer Föderalismus. II. Der Staat in der Mediendemokratie: 3. Regieren in der Mediendemokratie; 4. Rechtspolitische Diskurse. III. Der Staat in der Globalisierung: 5. Politik im Zeichen der Globalisierung; 6. Deutschland als globalisierter Nationalstaat? IV. Der Staat im Krieg: 7. Krieg als Instrument der Politik; 8. Krieg und Raum. V. Die Wiedergeburt des Staates: 9. Phönix aus der Asche? (ZPol, Leske u. Budrich)

[114-L] Winkel, Olaf:

Zukunftsperspektive Electronic Government, in: Aus Politik und Zeitgeschichte: Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2004, B 18, S. 7-15 (Standort: UuStB Köln(38)-Ztg00926-a; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: <http://www.bpb.de/files/4XZXG4.pdf>)

INHALT: "Electronic Government steht auch in der Bundesrepublik Deutschland für Potenziale und Perspektiven, die für die Fortentwicklung von Politik, Verwaltung und Gesellschaft von zentraler Bedeutung sind. Doch die Erwartungen haben inzwischen Ausmaße angenommen, die eher von Wunschenken als von nüchterner Analyse zeugen. Trotz vieler guter Ideen und respektabler Erfolge in einzelnen Bereichen ist absehbar, dass sich längst nicht alle der mit dem neuen Paradigma des E-Government verbundenen Hoffnungen erfüllen werden. Der Beitrag rückt die Grenzen von E-Government in den Vordergrund, um der Gefahr vorzubeugen, dass überzogene Erwartungen in Enttäuschung umschlagen, was im schlimmsten Falle einer pauschalen Diskreditierung dieses wichtigen Ansatzes Vorschub leisten könnte." (Autorenreferat)

4 Politische Parteien und Parteiensysteme

[115-L] Arduc, Maria:

"Und deshalb vertreten wir (Freiheitlichen) die Interessen der Österreicher": Rechtskonservatismus und Populismus im Spiegel der Sprachkritik, in: Der Deutschunterricht: Beiträge zu seiner Praxis und wissenschaftliche Grundlegung : Beiträge zu seiner Praxis und wissenschaftliche Grundlegung, Jg. 55/2003, H. 2, S. 64-75

INHALT: "Am Beispiel der Migrationsdebatte setzt sich diese Studie mit dem Diskurs der Freiheitlichen Partei Österreichs auseinander. Auf dem Hintergrund der kritischen Diskursanalyse werden anhand von repräsentativen Fallbeispielen verschiedene diskursive Strategien zur Konstruktion von In- und Outgroups im Sinne der Triade von Wir - Ihr - Sie vorgestellt und in Hinsicht auf die damit einhergehende Ein- und Ausgrenzung der betreffenden Gruppen diskutiert. Ziel der Arbeit ist es aufzuzeigen, wie führende Persönlichkeiten in der FPÖ durch die spezifische Verwendung solcher Strategien verschiedene positiv besetzte Wir-Gruppen und negativ besetzte Sie-Gruppen einander gegenüber stellen und so bestimmte Gruppen von Menschen systematisch ausgrenzen". (Autorenreferat)

[116-L] Arnim, Hans Herbert von (Hrsg.):

Reform der Parteidemokratie: Beiträge auf der 5. Speyerer Demokratietagung vom 25. bis 26. Oktober 2001 an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, (Schriftenreihe der Hochschule Speyer, 157), Berlin: Duncker & Humblot 2003, 178 S., ISBN: 3-428-11055-2

INHALT: Der Band enthält nicht nur die überarbeiteten Beiträge der Tagung vom Oktober, sondern auch die jeweiligen Protokolle der Diskussionen. Aus dem Inhaltsverzeichnis: Jochen Abr. Frowein: Parteienstaat in der Krise? (17-25); Anton-Andreas Guha: Ochsentour, Seiteneinsteiger oder ungenutzte Chance der Parteien (31-40); Gerald Häfner: Einführung von Volksbegehren und Volksentscheid, Kumulieren und Panaschieren auf Bundesebene? (47-55); Meinhard Miegel: Die Durchsetzbarkeit von Reformen des Sozialstaats in der Demokratie (61-67); Frank Decker: Präsidialsystem und direkte Demokratie in der Europäischen Union? (79-95); Stefan Fisch: Das Hambacher Fest - Vergangenheit und Vergangenheitspolitik (103-108); Peter Bareis: Die Durchsetzbarkeit von Steuerreformen in der Demokratie (109-126); Claus Leggewie / Christoph Bieber: Demokratie 2.0? Politische Online-Kommunikation und digitale Politikprozesse (135-149); Martin Morlok: Parteienfinanzierung: Mängel und Reformchancen (155-172). (ZPol, Leske u. Budrich)

[117-L] Bach, Roland:

Ein Jahr später: die NPD seit der Einstellung des Verbotsprozesses durch das BVG am 18. März 2003, (Standpunkte / Rosa-Luxemburg-Stiftung, 2/2004), Berlin 2004, 8 S. (Graue Literatur; URL:

http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte_0402.pdf)

INHALT: "Vor einem Jahr, am 18. März 2003, entschied das Bundesverfassungsgericht, den Verbotsprozess gegen die rechtsextremistische NPD einzustellen. Zwar wurde in der Sache, dem Nachweis der neonazistischen Betätigung dieser Partei, ihrer gegen die verfassungsmäßige Ordnung im Sinne des Grundgesetzes gerichteten Aktivitäten überhaupt nicht verhandelt, ihr also kein genereller Freibrief ausgestellt, doch versuchten ihre Führer natürlich sofort, die Niederlage der Antragsteller (Bundesregierung, Bundestag, Bundesrat) als großen Sieg der nationalistischen Kräfte hinzustellen und eine neue Offensive der Volksverhetzung und provokatorischer Aktionen zu starten." (Autorenreferat)

[118-L] Breuer, Stefan:

Max Webers Parteisoziologie und das Problem des Faschismus, in: Gert Albert, Agathe Bienfait, Steffen Sigmund, Claus Wendt (Hrsg.): **Das Weber-Paradigma : Studien zur Weiterentwicklung von Max Webers Forschungsprogramm**, Tübingen: Mohr Siebeck, 2003, S. 352-370, ISBN: 3-16-148182-8

INHALT: Der Autor möchte mit seinen Ausführungen zeigen, dass das Webersche Werk zentrale Bausteine für die Analyse politischer Parteien mit Hilfe der idealtypischen Methode enthält. Parteien können im allgemeinen anhand von drei Dimensionen unterschieden werden: Erstens nach den Zielen, für die sie politische Macht anstreben (z.B. Klassen- bzw. Ständeparteien, Patronageparteien, Weltanschauungsparteien), zweitens nach der Organisationsform, die sie sich dafür geben (z.B. charismatisch, traditional, formal-legal) und drittens nach den bevor-

zugten Mitteln beim Kampf um die politische Macht (z.B. Werbung um Wahlstimmen, Gewaltmittel). Entlang dieses an Max Webers Systematisierungsversuchen anknüpfenden Schemas können faschistische Parteien als Patronageparteien charakterisiert werden, die in organisatorischer Hinsicht eine Mischung aus charismatischer und rational-bürokratischer Herrschaft darstellen. Sie bilden ferner Gewaltsamkeitsorganisationen, wodurch sie sich grundlegend von formal-legalen, das Gewaltmonopol des Staates akzeptierenden Parteien unterscheiden. Dabei muss insgesamt aber auch die spezifische Institutionalisierungsform des Parteiensystems berücksichtigt werden. (ICI2)

[119-L] Brodkorb, Mathias:

Metamorphosen von Rechts: eine Einführung in Strategie und Ideologie des modernen Rechtsextremismus, (einsprüche, 14), Münster: Verl. Westfäl. Dampfboot 2003, 165 S., ISBN: 3-89691-595-9

INHALT: Die Arbeit will einen Überblick über die politischen Ansätze, Strategien und Argumentationsfiguren des modernen Rechtsextremismus geben. Ein Schwerpunkt liegt auf einer Analyse der NPD sowie des NPD-Verbotsprozesses. Dabei geht der Autor davon aus, dass sich die Positionen rechtsextremer Gruppierungen, wie die anderer Akteure auch, im Laufe der Jahre in Teilen verändert haben und eine Gleichsetzung mit der NS-Ideologie also nicht angemessen ist. Die Analyse basiert in hohem Maße auf Publikationen der rechtsextremen Szene selbst. Inhaltsübersicht: 1. Was heißt 'Rechtsextremismus?'; 2. Der parteilich organisierte Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland; 3. Rechtsextremismus als Subkultur und äneue soziale Bewegung'; 4. Die Strategie des 'freien Nationalismus'; 5. Die NPD und die Robin-Hood-Strategie; 6. Die Ideologie der NPD - Der deutsche Sozialismus; 7. Wie argumentiert man gegen Ethnopluralisten?; 8. Ist der Verfassungsschutz verfassungswidrig? Zu den juristischen Grundlagen eines Parteiverbots; 9. Der NPD-Verbotsprozess; 10. Wieviel Wohlstandschauvinismus darf's denn sein? (ZPol, Leske u. Budrich)

[120-F] Cavaliere, Maurizio Andreas, M.A. (Bearbeitung); Hitzler, Ronald, Prof.Dr. (Betreuung):
Netzbasierte Kommunikation in politischen Parteien

INHALT: Der Einsatz netzbasierter Kommunikation erfolgt zur Erreichung von Zielen, die in einem Spannungsverhältnis stehen. Auf der einen Seite sollen (Entscheidungs-)Prozesse beschleunigt und damit optimiert werden, auf der anderen Seite verspricht man sich eine Auswertung der Partizipation und Stärkung innerparteilicher Demokratie. Führt netzbasierte Kommunikation zu Machtkonzentration bei Parteieliten? Welche Art von (Entscheidungs-)Prozessen lassen sich beschleunigen mit welchen Wirkungen? Wie nehmen die verschiedenen Akteure in Parteien die Wirkungen netzbasierter Kommunikation wahr? *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

METHODE: Parteienforschung; Organisationssoziologie; Mikropolitik; hermeneutische Wissenssoziologie; nichtstandardisierte Methoden. Untersuchungsdesign: Querschnitt *DATENGEWINNUNG:* Inhaltsanalyse, offen; Aktenanalyse, offen. Beobachtung, teilnehmend. Qualitatives Interview. Standardisierte Befragung, online. Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.

ART: Dissertation *BEGINN:* 2003-10 *ENDE:* 2006-10 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Wissenschaftler

INSTITUTION: Universität Dortmund, FB 12 Erziehungswissenschaft und Soziologie, Institut für Soziologie Lehrstuhl für Allgemeine Soziologie (44221 Dortmund)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 0231-5315115, e-mail: c@valiere.de)

[121-L] Decker, Frank:

Von Schill zu Möllemann: keine Chance für Rechtspopulisten?, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen., Jg. 16/2003, H. 4, S. 55-66

INHALT: "Angesichts der Erfolgsbilanz neuer Rechtsparteien in anderen europäischen Ländern, wirkt das Scheitern des Rechtspopulismus in Deutschland erstaunlich. Mit Blick auf den gesellschaftlichen Wandel, institutionelle Rahmenbedingungen des politischen Systems, die Ressourcen rechtspopulistischer Akteure sowie auf politische Gelegenheitsstrukturen geht der Beitrag den Ursachen für dieses Scheitern nach. Eine Analyse der misslungenen Bundesausdehnung der 'Schill-Partei' und des Fehlschlagens des von Jürgen W. Möllemann initiierten 'Projekt 18' macht deutlich, dass mit 'geeignetem' politischen Führungspersonal und organisatorischer Geschlossenheit auch hierzulande eine rechtspopulistische Partei Fuß fassen könnte. Dabei würde eine rechtspopulistische Mobilisierung im Einwanderungsland Deutschland vor allem an der vermeintlichen Bedrohung durch 'Fremde' bzw. 'Ausländer' ansetzen." (Autorenreferat)

[122-L] Fröhlich, Manuel:

Neue Mitte versus Neue Union?: semantische Optionen zwischen Regierung und Opposition, in: Die Politische Meinung: Monatsschrift zu Fragen der Zeit : Monatsschrift zu Fragen der Zeit, Jg. 46/2001, Nr. 379, S. 33-39 (Standort: UuStB Köln(38)-EP15460; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: http://www1.kas.de/publikationen/2001/staat/polmein01-06_froehlich.pdf)

INHALT: Der vorliegende Beitrag geht der Frage nach, wie sich vor dem Hintergrund der Besetzung ehemals "konservativer" beziehungsweise "bürgerlicher" Vokabeln durch die SPD und deren Diskurs des 'Dritten Weges' die semantischen Optionen zwischen Regierung und Opposition beschreiben lassen. Eine Annäherung an diese Frage erfolgt in drei Teilschritten: Zunächst wird der Erfolg der Neuen Mitte etwas näher ausgeleuchtet. Darauf aufbauend werden einige mögliche oppositionelle Optionen dargestellt, um schließlich ein Anforderungsprofil für die semantische Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition zu skizzieren. (ICD)

[123-L] Ganghof, Steffen; Bräuninger, Thomas:

Partisan veto players in Australia, Denmark, Finland and Germany: government status and legislative behavior, (MPIfG Working Paper, 03/11), Köln 2003, 23 S. (Graue Literatur; URL: <http://www.mpi-fg-koeln.mpg.de/pu/workpap/wp03-11/wp03-11.pdf>)

INHALT: "In parlamentarischen Systemen konkurrieren Parteien um Wählerstimmen und Ämter, aber in vielen Systemen kooperieren sie auch in der legislativen Arena. Das Papier untersucht die Frage, ob der Regierungs- versus Oppositionsstatus von Parteien ihr legislatives Verhalten und somit Politikergebnisse beeinflusst. Wir entwickeln ein einfaches Vetospielermodell, das positionale, das heißt auf Wählerstimmen oder Ämter bezogene, Erwägungen in den Politik-

präferenzen von Parteien berücksichtigt und damit die verbreitete Vorstellung von (nicht-)akkommodierendem legislativem Verhalten formalisiert. Das Modell impliziert, dass Regierungsparteien am stärksten akkommodierend sind, Oppositionsparteien am wenigsten. Die Hypothese wird mit Hilfe zweier Vergleiche in einem most similar case Design getestet. Der erste Vergleich stellt dänische und finnische Koalitionsregierungen einander gegenüber, der zweite das deutsche und das australische Zweikammersystem. Die Fallvergleiche stützen die Hypothese, dass der Regierungsstatus von Parteien beeinflusst, wie akkommodierend sie sich verhalten. Das Ergebnis hat wichtige Implikationen für zwei bedeutende Ansätze in der vergleichenden Analyse politischer Institutionen: Lijpharts' Unterscheidung von Mehrheits- und Konsensdemokratien und Tsebelis' Vetospielertheorie. Lijpharts theoretische Gegenüberstellung von 'gemeinsamer' und 'getrennter' Verantwortung für Politikergebnisse liefert keine konsistente theoretische Begründung für seine zweidimensionale Messung moderner Demokratien; Tsebelis' Konzeption von Akteuren, die nur an Verbesserungen im Policy-Raum interessiert sind, scheint nicht hinreichend, um in vergleichenden Studien Vetospieler angemessen zu identifizieren." (Autorenreferat)

[124-F] Gessenharter, Wolfgang, Prof.Dr.; Blumenthal, Julia von, Dr. (Bearbeitung):

Vom Protest zum Parlamentsmandat. Zum Amtsverständnis der Abgeordneten der Schill-Partei in der Hamburgischen Bürgerschaft

INHALT: Durch den außerordentlichen Wahlerfolg der Schill-Partei bei der Bürgerschaftswahl 2001 zog eine Fraktion mit 25 Abgeordneten in die Bürgerschaft ein, die abgesehen von wenigen Ausnahmen erstmals dem Parlament angehören und darüber hinaus überwiegend nicht über die üblichen politischen Vor-Erfahrungen in Parteien verfügen, sondern sich durch eine erhebliche Distanz zum Politikbetrieb auszeichnen. Wie verstehen diese Abgeordneten ihr Amt, ihre Tätigkeit in der Bürgerschaft? Welches sind ihre Ziele, ihre primären Tätigkeitsfelder? Unterscheidet sich ihr Rollenverständnis als Abgeordnete von dem der erfahrenen, in den etablierten Parteien sozialisierten Parlamentarier? Ausgehend von der Hypothese, dass das Parlament als Institution mit seinen formellen und informellen Regeln prägend auf das Selbstverständnis von Abgeordneten wirkt, soll untersucht werden, ob und wie sich das Selbstverständnis der Abgeordneten im Zeitablauf verändert. *ZEITRAUM:* 2001-2004 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Hamburg

METHODE: Da das Ziel der Studie eine möglichst genaue Beschreibung des (subjektiven) Amtsverständnisses der Abgeordneten ist, kommt als Methode das dialogische Interview als eine Form des offenen, qualitativen Interviews zum Einsatz. Dieses zeichnet sich gegenüber anderen Formen qualitativer Interviews dadurch aus, dass es die Offenheit des Forschungsprozesses und den verstehenden Zugang des Sozialwissenschaftlers zu seinem Forschungsgegenstand ins Zentrum rückt. Untersuchungsdesign: Panel *DATENGEWINNUNG:* Aktenanalyse, offen; Beobachtung, teilnehmend; Gruppendiskussion. Qualitatives Interview (Stichprobe: 18; Abgeordnete der Hamburgischen Bürgerschaft). Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.

ART: Eigenprojekt *BEGINN:* 2002-04 *ENDE:* 2004-11 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Institution

INSTITUTION: Universität der Bundeswehr Hamburg, FB Wirtschafts- und Organisationswissenschaften, Institut für Politikwissenschaft Professur für Politikwissenschaft, insb. Politische Theorie (Holstenhofweg 85, 22043 Hamburg)

KONTAKT: Blumenthal, Julia von (Dr. Tel. 040-6541-3377,
e-mail: vonblume@unibw-hamburg.de)

[125-L] Gimmler, Hartmut H.:

Regierungsbildungsvorgänge im Saarland unter Leitung der CDU von 1955-1970, (Saarbrücker Politikwissenschaft, Bd. 25), Frankfurt am Main: P. Lang 2003, VII, 241 S., ISBN: 3-631-36340-0 (Standort: UuStB Köln(38)-30A2356)

INHALT: Die empirisch-historische Studie analysiert die Regierungen im Saarland vom Heimatbund 1955 bis 1970. Beleuchtet werden die Prinzipien der Regierungsbildung durch vier Wahlperioden hindurch, wobei besonderes Augenmerk auf die institutionellen und funktionellen Akteure gelegt wird. Am Ende steht eine Typisierung der Regierungsbildungsprozesse auf Landesebene unter Einbeziehung der lokalen Besonderheiten. Die Untersuchung legt die Wahlperioden des saarländischen Landtages zugrunde, so dass sich im Zeitraum von 1956 bis 1970 vier Fallstudien ergeben. Bei der Analyse der beteiligten Akteure geht es darum zu differenzieren, welchen Einfluss Verbände und Gewerkschaften gehabt haben, welche Rolle möglicherweise Kleingruppen spielten und wie institutionelle und funktionelle Akteure ihre Macht hauptsächlich bei den Regierungsbildungen eingesetzt haben. Darüber hinaus werden die programmatischen Faktoren bei den Vorgängen der Regierungsbildungen berücksichtigt. Bei der Personalauswahl interessieren Fragen der Gruppenzugehörigkeit des selektierten Personals wie Konfession, Alter, Beruf, Verbandszugehörigkeit. (ICA2)

[126-L] Gotsbacher, Emo:

Normalisierungsstrategien in der Rhetorik der FPÖ: die politische Alchemie, Kritik in Unterstützung zu verwandeln, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft., Jg. 32/2003, H. 4, S. 457-483 (Standort: UuStB Köln(38)-XE00150; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "In der Phase ihres Aufstiegs entwickelten die Freiheitlichen unter Jörg Haider ein auffallendes Geschick, Kritik an ihren fremdenfeindlichen Kampagnen und wiederholten rechtsradikalen Ausritten nicht nur weitgehend unbeschadet zu überstehen, sondern darüber hinaus sogar umzukehren und für die eigene Profilierung zu nützen. Die rhetorische Immunsierung erreichten sie mit Hilfe eines Komplexes von strategischen Diskurspraktiken, welche sich um das von ihnen installierte Schlagwort 'Ausgrenzung' organisierten: Aus dem Umstand, dass Bundeskanzler Vranitzky eine Koalition mit Haider ausschloss, leiteten sie die Behauptung ab, sie würden in undemokratischer Weise 'ausgegrenzt'. Der Autor untersucht einerseits die Funktionsweise dieser Unterstellung, andererseits Aspekte freiheitlicher Anstrengungen, den Begriff im allgemeinen Sprachgebrauch zu etablieren, und beleuchtet ihre Beziehung zu anderen hegemonialpolitischen Taktiken, wie der systematischen Diskreditierung kritischer Stimmen oder der Enteignung und Umdeutung gegnerischer politischer Themen und Diskurselemente. Diese beeinflussten in den 90er Jahren erfolgreich den Deutungsrahmen öffentlicher Debatten und damit die Wahrnehmung politischer Problemlagen in Österreich." (Autorenreferat)

[127-L] Hahn, Andreas:

Der Aufstieg der Freiheitlichen Partei Österreichs unter Jörg Haider: über den Erfolg einer rechtspopulistischen Partei und ihres Vorsitzenden, Berlin: Aillyacum-Verl. 2002, IX, 220, 10 S., ISBN: 3-9806409-1-4 (Standort: NLB Hannover(35)-2004-20166)

INHALT: Der FPÖ ist es gelungen, sich in einem Zeitraum von etwa 10 Jahren zu einer nahezu 30-Prozent-Partei zu entwickeln, die nun etwa gleich stark wie die SPÖ (Sozialdemokratische Partei Österreichs) und ÖVP (Österreichische Volkspartei) ist. War sie noch in den sechziger und siebziger Jahren in ihrer Wählerstärke mit der FDP in Deutschland vergleichbar, so entwickelte sie, seit Haider Parteivorsitzender geworden war, eine Dynamik, die sie bei der Wahl von 1999 zur zweitstärksten Partei in Österreich machte. Die vorliegende Studie untersucht die Ursachen und Folgen dieser Wahlerfolge genauer. Dabei steht ein Vergleich zwischen dem Erfolg der FPÖ und dem sporadischen Auftreten deutscher rechter Parteien mit deren anschließendem Verschwinden in der politischen Versenkung im Mittelpunkt der Arbeit. Es wird herausgearbeitet, inwieweit die Person des Vorsitzenden Haider bei der Wahlscheidung zugunsten der Freiheitlichen eine Rolle spielt. Ein weiterer Punkt wird näher untersucht: Waren in früheren Jahren (1950er und 1960er Jahre) die rechten Parteien eher von älteren Bürgern bevorzugt worden, so zeigen Wahlanalysen deutlich, dass es vor allem jüngere Wähler sind (vor allem die 18 bis unter 25-jährigen), auf die die rechten oder populistischen Parteien anziehend wirken. Für die Betrachtung des Aufstiegs der FPÖ werden die Wahlergebnisse und Daten aus Meinungsumfragen herangezogen. Insgesamt gesehen sind die Erfolge der FPÖ auf die Existenz der Großen Koalition zurückzuführen. Der Erfolg der Freiheitlichen beruht auch auf deren Angriffen auf diese (ehemalige) Koalition aus SPÖ und ÖVP. Für viele Menschen in Österreich schien eine solche Koalition übermächtig, daher galten die Kritik und Angriffe auf sie den Bürgern als berechtigt, ganz gleich, von wem sie zunächst kamen. (ICA2)

[128-L] Koecke, Johannes Christian; Sachs, Matthias:

Religion - Politik - Gesellschaft: Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage, (Arbeitspapier / Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Nr. 110), Sankt Augustin 2003, 32 S., ISBN: 3-933714-87-7 (Graue Literatur; URL: http://www.kas.de/db_files/dokumente/arbeitspapiere/7_dokument_dok_pdf_1859_1.pdf)

INHALT: "Politik gilt als die 'Kunst' des Möglichen, heute wird sie meist nur noch als die Technik des Möglichen verstanden: ein System von Abläufen, Entscheidungen, legitimierenden Akten. Man braucht nicht erst das berühmte Zitat zu bemühen, um zu erkennen, dass dies allein schon systematisch eine Verengung von Politik ist. Politik operiert in einem Fluidum von Überzeugungen, Werten, Grundentscheidungen, das die Technik des Möglichen erst ermöglicht. Die Kunst ist es, diese Grundlagen zu kennen, ihren Wandel zu verfolgen und mit dem Möglichen in Einklang zu bringen. Glaube, Religiosität, das Verhältnis von Kirche und Staat sowie die Wertüberzeugungen der Menschen sind entscheidende Grundlagen von Politik. Sie prägen die Atmosphäre einer Gesellschaft, in der Politik sich verwirklicht. Umso wichtiger ist es für Politik, von Zeit zu Zeit eine Bestandsaufnahme zu machen. Immer wieder nun werden aufgrund von Einzelergebnissen in Umfragen Trends ausgerufen und Entwicklungen konstatiert, die bei umfassender Betrachtung relativiert werden müssen. Die Konrad-Adenauer-Stiftung wollte es deshalb genau wissen und hat eine eigene Umfrage in Auftrag gegeben. Je 1.000 repräsentativ ausgewählte Personen über 16 Jah-

ren aus den neuen und alten Bundesländern wurden im Dezember 2002 in Telefoninterviews durch dimap befragt. In den neuen Bundesländern mussten überproportional viele Befragungen durchgeführt werden, um einen repräsentativen Querschnitt zu erzielen. Die Ergebnisse wurden dann gewichtet. Im vorliegenden Papier sollen die Ergebnisse der Umfrage im Überblick gezeigt werden. Folgende Themenbereiche wurden bei den Fragen berührt: Glaube und Religiosität; Rolle und Bedeutung der Kirchen; Christliche Werte in der Politik; die Union und das 'C.'" (Textauszug)

[129-L] Lang, Jürgen P.:

Ist die PDS eine demokratische Partei?: eine extremismustheoretische Untersuchung, (Extremismus und Demokratie, Bd. 7), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2003, 196 S., ISBN: 3-8329-0414-X (Standort: ULB Düsseldorf(61)-his-K-714-I269)

INHALT: "14 Jahre nach der demokratischen Revolution in der DDR hat sich die PDS zu einer festen Größe des deutschen Parteiensystems etabliert. Auf Länderebene erwies sie sich als verlässlicher Regierungspartner an der Seite der SPD. Bedeutet der Wille, sich in die Institutionen des demokratischen Staates hineinzubegeben auch, dessen Werte und Regeln anzuerkennen? Hat sich die Nachfolgepartei der SED zu einer demokratischen Partei entwickelt? Oder behalten diejenigen Recht, die der PDS vorwerfen, eine extremistische Organisation zu sein? Obwohl zu diesem Problem konträre Auffassungen kursieren, war es bislang nicht Gegenstand einer systematischen Untersuchung. Ziel dieses Buches ist es, die PDS einer extremismustheoretischen Prüfung zu unterziehen. Es analysiert Ideologie, Strategie und Organisation und berücksichtigt die innere Zersplitterung der Partei. Bürgen etwa die nach dem Desaster bei der Bundestagswahl 2002 in die Defensive geratenen 'Reformer' für eine demokratische Perspektive?" (Autorenreferat)

[130-F] Lück, Detlev (Bearbeitung); Münch, Richard, Prof.Dr. (Betreuung):

Sozialdemokratie im Modernisierungskonflikt

INHALT: keine Angaben

METHODE: Re-Analysen quantitativer Daten sowie Inhaltsanalyse

ART: Dissertation *BEGINN:* 2000-01 *ENDE:* 2004-12 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Institution

INSTITUTION: Universität Bamberg, Fak. Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, Fach Soziologie Lehrstuhl für Soziologie II (Postfach 1549, 96045 Bamberg)

KONTAKT: Bearbeiter (e-mail: detlev1.lueck@sowi.uni-bamberg.de)

[131-F] Miller, Bernhard (Bearbeitung); Müller, Wolfgang C., Prof.Dr. (Leitung):

Innerparteiliche Politik und Regierungskoalitionen

INHALT: Koalitionsregierungen sind die dominante Regierungsform in Westeuropa. Die theoretische und empirische Koalitionsforschung geht bis heute davon aus, dass an Koalitionen beteiligte Parteien als einheitlich agierende Akteure aufgefasst werden können. Diese Annahme wird allerdings von vielen Autoren als empirisch und theoretisch unzureichend eingeschätzt. Sie in Frage zu stellen hat potentiell weit reichende Auswirkungen für unsere Sicht von Koa-

litionsbildungen, -auflösungen und insbesondere das Regieren in Koalitionen. Das Forschungsprojekt untersucht in vergleichender Perspektive, welche Parteigruppierungen als relevante Akteure anzusehen sind, über welche Ressourcen sie verfügen und welchen Einfluss sie auf die Regierungsarbeit von Koalitionen haben. Im Rahmen des Projektes werden Indikatoren entwickelt und ein Datensatz zusammengestellt, der es erlaubt in diesem Kontext relevante Hypothesen zu testen. Dieses Forschungsprojekt betrachtet sowohl Koalitionssysteme als auch eine Kontrollgruppe von Systemen, die durch Einparteienregierungen gekennzeichnet sind. *GEOGRAPHISCHER RAUM*: Westeuropa

METHODE: Literaturübersicht, Parteidokumente, Medienberichte

ART: Eigenprojekt *BEGINN*: 2004-01 *ENDE*: 2007-12 *AUFTRAGGEBER*: keine Angabe *FINANZIERER*: keine Angabe

INSTITUTION: Universität Mannheim, Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung - MZES- Arbeitsbereich B Die politischen Systeme Europas und ihre Integration (68131 Mannheim)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 0621-181-2850, Fax: 0621-181-2845, e-mail: Bernhard.Miller@mzes.uni-mannheim.de)

[132-L] Naßmacher, Hiltrud:

Parteiensysteme und Parteifinanzen in West-Europa, in: Zeitschrift für Politik: Organ der Hochschule für Politik München : Organ der Hochschule für Politik München, Jg. 51/2004, H. 1, S.29-51 (Standort: UuStB Köln(38)-Fa00283; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Bei der Analyse der Parteiensysteme werden vor allem gesellschaftliche Faktoren in den Blick gerückt. Bei den institutionellen Faktoren findet allenfalls das Wahlrecht noch breitere Beachtung. Die Wirkungen von Regimen für die Finanzierung der Parteien werden dagegen kaum in die Analysen einbezogen. Dies erstaunt um so mehr, weil allgemein davon ausgegangen wird, dass Geld in professionalisierten Wahlkämpfen eine immer größere Rolle spielt. Die folgende Analyse beschäftigt sich mit der Frage, inwiefern Finanzregime die Chancenstruktur von Parteien durch Verwicklung in Skandale, die Verwurzelung der Parteien in der Bevölkerung sowie durch öffentliche Finanzierung beeinflussen. Das Ergebnis ist, dass Finanzregime ein wichtiger Faktor sind, dem in Zukunft mehr Beachtung zukommen sollte." (Autorenreferat)

[133-L] Pappi, Franz Urban; Shikano, Susumu; Bytzek, Evelyn:

Der Einfluss politischer Ereignisse auf die Popularität von Parteien und Politikern und auf das Parteiensystem, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie., Jg. 56/2004, H. 1, S. 51-70 (Standort: UuStB Köln(38)-Haa00277-b; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Am Beispiel der CDU-Spendenaffäre 1999/ 2000 und der Flutkatastrophe 2002 wird untersucht, wie sich politische Ereignisse, die ungeplant als externe Schocks auftreten, auf die Popularität von Parteien und Politikern in einer gegebenen ideologischen Grundstruktur des Parteiensystems auswirken. Hierfür wird eine Verbindung zwischen den räumlichen Modellen des Wählerverhaltens, die diese Grundstruktur abbilden, und der Berücksichtigung von Popularitätsschwankungen in Folge von Valenzissues hergestellt. Anhand von Skalometerdaten wird ein Politikraum mit ideologischer und Popularitätsdimension durch eine Hauptkomponentenanalyse geschätzt, der sowohl die Positionen der Parteien und Politiker als auch die

Idealpunkte der Befragten enthält. Es kann gezeigt werden, dass das Grundgefüge, also die ideologische Anordnung der Parteien, selbst bei so herausragenden Ereignissen wie der CDU-Spendenaffäre bestehen bleibt und die wesentlichen Veränderungen auf der Popularitätsdimension stattfinden. Des Weiteren ändert sich die Bewertung der Parteien und Politiker vor allem bei der Gruppe der Unabhängigen, während die verschiedenen Parteihängergruppen in ihrem Urteil recht stabil bleiben." (Autorenreferat)

[134-L] Pelinka, Anton; Wodak, Ruth (Hrsg.):

'Dreck am Stecken': Politik der Ausgrenzung, Wien: Czernin Verl. 2002, 279 S., ISBN: 3-7076-0152-8

INHALT: Die antisemitische Rhetorik Jörg Haiders im Wiener Wahlkampf 2001 war Anlass zu diesem Band. Haiders Angriffe auf den Präsidenten der israelischen Kulturgemeinde Österreichs, Ariel Muzicant, mündeten in ein Gerichtsverfahren, in dessen Zusammenhang wissenschaftliche Gutachten aus verschiedenen Disziplinen erstellt wurden. Sie wurden für die Veröffentlichung ergänzt und überarbeitet. Inhaltsverzeichnis: Heribert Schiedel / Wolfgang Neugebauer: Jörg Haider, die FPÖ und der Antisemitismus (11-31); Richard Mitten: 'Synkretistischer' Antisemitismus. Zur Kontinuität antisemitischer Vorurteile in Österreich (32-60); Anton Pelinka: Struktur und Funktion der 'Aschermittwochrede' Jörg Haiders. Ein politikwissenschaftliches Gutachten (61-74); Sieglinde Katharina Rosenberger / Christian Stöger: '... eine freie Meinung äußern dürfen ...' Zum Vor- und Umfeld von Jörg Haiders 'Aschermittwochrede' 2001 (75-92); Richard Mitten: Die Juden, die er meint... Jörg Haider und die Rhetorik antijüdischer Vorurteile (93-133); Ruth Wodak / Martin Reisigl: '... wenn einer Ariel heißt ...' Ein linguistisches Gutachten zur politischen Funktionalisierung antisemitischer Ressentiments in Österreich (134-172); Dietz Bering: Gutachten über den antisemitischen Charakter einer namenpolemischen Passage aus der Rede Jörg Haiders vom 28. Februar 2001 (173-186); Alexander Pollak / Nina Eger: Antisemitismus und Anspielungscharakter. Über Analogien zwischen den Äußerungen Haiders gegenüber Muzicant und NS-antisemitischer Argumentation (187-210); Frank Stern: Dem Antijüdischen nach dem Munde geredet. Zur Entwicklung, Klassifizierung und Beurteilung antisemitischer und antijüdischer Äußerungen in der Bundesrepublik Deutschland (211-222); Konrad Ehlich: Eine kommunikativ-pragmatische Analyse der Äußerungen Jörg Haiders zu Ariel Muzicant in der 'Aschermittwochrede' am 28. Februar 2001 in Ried (223-227). (ZPol, Leske u. Budrich)

[135-L] Pfeil, Florian:

Bleibt alles anders?: Kontinuität und Wandel rot-grüner Menschenrechtspolitik, (Occasional Paper / Arbeitsgemeinschaft Menschenrechte an der Universität Trier, Nr. 8), Trier 2003, 24 S. (Graue Literatur; URL: <http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/forschung/agmr/8.pdf>)

INHALT: In der Frage der Menschenrechte haben SPD und Bündnis 90/Die Grünen zu Oppositionszeiten die CDU/CSU/FDP-Regierung vehement kritisiert. Vor diesem Hintergrund geht der Autor in seinem Beitrag der Frage nach, ob und inwieweit die rot-grüne Bundesregierung seit 1998 im Bereich der (auswärtigen) Menschenrechtspolitik einen Kurswechsel vollzogen hat. Als doppelter Maßstab für diese Bewertung dienen die selbstaufgestellten Ziele und Ansprüche der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien einerseits und der Vergleich mit der Vorgängerregierung andererseits. Mittels dieses doppelten Maßstabs wird im Folgenden

die Menschenrechtspolitik der Regierung Schröder/Fischer dargestellt. Nach einem kurzen Blick auf die menschenrechtliche Programmatik der Koalition werden schwerpunktmäßig die folgenden Bereiche behandelt: (1) Schaffung neuer und Verbesserung vorhandener Institutionen in Deutschland, die zur auswärtigen Menschenrechtspolitik beitragen; (2) deutsche Menschenrechtspolitik im multilateralen Rahmen und Ausbau des internationalen menschenrechtlichen Normensystems; (3) bilaterale deutsche Menschenrechtspolitik sowie (4) Menschenrechte als Querschnittsaufgabe deutscher Politik. In einem Fazit zur Bewertung der deutschen Menschenrechtspolitik 1998-2002 stellt der Autor fest, dass die rot-grüne Bundesregierung im Bereich der Menschenrechte vieles genauso und manches besser gemacht hat als ihre Vorgängerregierung - Schritte in die richtige Richtung, aber als Bilanz von vier Jahren und vier Monaten rot-grüner Menschenrechtspolitik kaum genug. Hinter den eigenen Ansprüchen aus Oppositionszeiten, wie sie sich in der Programmatik der beiden Parteien widerspiegeln, blieben Rot und Grün weit zurück. Handlungsleitend für alle Politikbereiche, wie es beispielsweise im grünen Parteiprogramm gefordert wird, ist die Einhaltung der Menschenrechte noch lange nicht. (ICG2)

[136-F] Schmidt, Harald, M.A. (Bearbeitung); Ballestrem, Karl Graf, Prof.Dr. (Betreuung):
Populismus - Gefahr oder Chance für die (Parteien)demokratie?

INHALT: In der Dissertation soll der aktuelle Populismus in den etablierten westlichen Demokratien dargestellt und seine demokratietheoretischen Implikationen analysiert werden. Fallbeispiele von populistischen Regierungsbeteiligungen helfen, die normativen Annahmen und Aussagen zu stützen. *ZEITRAUM:* seit 1980 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Westeuropa

ART: Dissertation; gefördert *BEGINN:* 2002-10 *ENDE:* 2004-10 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Hanns-Seidel-Stiftung e.V.

INSTITUTION: Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt, Geschichts- und Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät, Fachgebiet Politikwissenschaft Lehrstuhl für Politikwissenschaft III Politische Bildung und Didaktik der Sozialkunde (Universitätsallee 1, 85072 Eichstätt)

KONTAKT: Bearbeiter (e-mail: harald.schmidt@ku-eichstaett.de)

[137-L] Schmitz, Michael:

Bürgergesellschaft in programmatischen Aussagen der Parteien I: SPD und CDU/ CSU (Maßnahme im Rahmen des Projekts "Bürgergesellschaft"), (Arbeitspapier / Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Nr. 105), Sankt Augustin 2003, 47 S., ISBN: 3-933714-89-3 (Graue Literatur; URL:

http://www.kas.de/db_files/dokumente/arbeitspapiere/7_dokument_dok_pdf_1648_1.pdf)

INHALT: "Die vorliegende zweiteilige Synopse stellt die Positionen der im 15. Deutschen Bundestag als Fraktionen vertretenen Parteien zur Bürgergesellschaft sowie zu den praktischen Ausformungen der jeweiligen Grundverständnisse von Bürgergesellschaft zusammen. Sie stellt damit zum einen Aussagen der Parteien zum speziellen Rollenverständnis des Staates und seines Bürgers sowie zum jeweiligen Spannungsverhältnis von Bürger und Staat vor. Diese unterscheiden sich - verdeutlicht an konkreten Politikfeldern - zum Teil wesentlich. Zum anderen werden die Positionen der Parteien zur Bürgergesellschaft auch darauf hin untersucht, inwieweit unter den veränderten und sich ständig verschärfenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und daraus resultierendem Handlungsdruck die

vielfach schon verbal spürbaren Annäherungen der Parteien auch inhaltlich-programmatisch fundiert sind. Besondere Aufmerksamkeit verdient die Frage, ob programmatische Schnittmengen zur Voraussetzung für neue Koalitionen auf Bundes- und Länderebene werden können. Erste Ansätze zu neuen Koalitionen werden bereits erfolgreich auf kommunaler Ebene praktiziert. Im ersten Teil werden die beiden großen Volksparteien SPD und CDU/ CSU vorgestellt. Als Quelle wird für die SPD vor allem der beim Nürnberger Bundesparteitag 2001 vorgelegte Zwischenbericht eines neuen Grundsatzprogramms berücksichtigt, der als aktualisierende Fortschreibung des 'Berliner Grundsatzprogramms' von 1989 einzuordnen ist. Für die CDU werden das Hamburger Grundsatzprogramm 'Freiheit in Verantwortung' von 1994 und dazu ergänzend das Präsidiumspapier 'Starke Bürger - starker Staat' herangezogen. Das CSU-Positionspapier 'Aktive Bürgergesellschaft. Damit wird Deutschland leistungsfähiger und menschlicher' stimmt im wesentlichen mit der CDU überein. Nur wo notwendig, wird darauf im Anmerkungsteil hingewiesen." (Textauszug)

[138-F] Schönhoven, Klaus, Prof.Dr. (Bearbeitung):

Die SPD in der Ära der großen Koalition 1966-1969

INHALT: Zeithistorische Analyse zur Geschichte der SPD in den 60er Jahren, zur Regierungspolitik der Sozialdemokratie in der Koalitionsregierung mit der CDU/ CSU und zur unmittelbaren Vorgeschichte der sozialliberalen Ära. Untersucht werden die innerparteilichen Modernisierungsprozesse in der SPD, ihre konzeptionellen Positionen auf verschiedenen Politikfeldern der Innen- und Außenpolitik sowie ihre praktische Regierungsarbeit im Bündnis mit den Unionsparteien. *ZEITRAUM:* 1966-1969 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

METHODE: quellengestützte Analyse von Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen in der Parteiendemokratie der Bundesrepublik *DATENGEWINNUNG:* Inhaltsanalyse, offen; Aktenanalyse, offen. Qualitatives Interview. Sekundäranalyse von Aggregatdaten.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Schönhoven, K.: Aufbruch in die sozialliberale Ära. Zur Bedeutung der 60er Jahre in der Geschichte der Bundesrepublik. in: Geschichte und Gesellschaft, Jg. 25, 1999, H. 1, S. 123-145.+++Ders.: Die SPD in der Ära der großen Koalition 1966-1969. 2004 (in Vorbereitung).

ART: Eigenprojekt; gefördert *BEGINN:* 1997-01 *ENDE:* 2003-12 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.; Deutsche Forschungsgemeinschaft

INSTITUTION: Universität Mannheim, Fak. für Sozialwissenschaften, Lehrstuhl für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte (68131 Mannheim)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 0621-181-2057)

[139-L] Shikano, Susumu; Pappi, Franz Urban:

The positions of parties in ideological and policy space: the perception of German voters of their party system, (Arbeitspapiere / Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung, Nr. 73), Mannheim 2004, 22 S. (Standort: UuStB Köln(38)-20040106422; Graue Literatur; URL: <http://www.mzes.uni-mannheim.de/publications/wp/wp-73.pdf>)

INHALT: Links und Rechts sind dominante Kriterien der ideologischen Positionierung europäischer Parteien. Die sinnvolle Einordnung von Parteien auf dieser ideologischen Dimension ist nicht auf politische Eliten oder Medien beschränkt. Gestützt auf Forschungsergebnisse zur

Fähigkeit der Wähler in Europa, Parteien oder auch die eigene politische Orientierung als links oder rechts zu beschreiben, setzt sich die vorliegende Untersuchung mit folgenden Fragen auseinander: (1) Ordnen die Wähler in Deutschland die Parteien einheitlich auf dem Rechts-Links-Kontinuum ein? (2) Wenn ja, in wie weit ist die Einordnung einer Partei dann in der Wahrnehmung des einzelnen Wählers aussagekräftig in Bezug auf die Position der Partei zu bestimmten politischen Fragen? Die Verfasser identifizieren eine einheitliche Skala der Rechts-Links-Platzierung von Parteien, die allerdings durch eine zweite Dimension ergänzt werden muss, auf der etablierte und nicht-etablierte Parteien unterschieden werden. Während in den alten Bundesländern die postkommunistische PDS und die beiden rechten Parteien Republikaner und Deutsche Volksunion als radikal betrachtet werden, stufen die Ostdeutschen die PDS als die auf der Rechts-Links-Skala am weitesten links stehende Partei ein, aber nicht als nicht-etablierte oder radikale Partei. In Bezug auf die zweite Frage zeigt sich für die etablierten Parteien eine enge Übereinstimmung von Ideologie und Politik, während kleine extreme Parteien nur schwer als Anbieter konkreter Politikoptionen anerkannt werden. Sie werden jedoch gleichzeitig ihrer ideologischen Orientierung entsprechend wahrgenommen. Zudem ist die Rechts-Links-Differenzierung sehr absorptionsfähig. So werden in den alten Bundesländern die Grünen als die am weitesten links stehende Partei angesehen, nicht die PDS, eine Folge der prononcierten Position der Partei bei neuen politischen Themen wie beispielsweise der Kernenergie. (ICEÜbers)

[140-F] Spier, Tim, M.A. (Bearbeitung); Lösche, Peter, Prof.Dr. (Betreuung):

Erfolgsbedingungen rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa - eine Untersuchung der Modernisierungsverlierer-These

INHALT: Etwa seit Mitte der achtziger Jahre hat sich in den meisten Ländern Westeuropas eine Gruppe von Parteien herausgebildet, die beachtliche elektorale Erfolge erzielen und - etwa in Italien, Österreich und der Schweiz - bereits Regierungsverantwortung übernommen haben. Diese rechtspopulistischen Parteien zeichnen sich phänomenologisch durch charismatische Führerfiguren, das Angebot einfacher Lösungen für komplexe gesellschaftliche Probleme, eine Frontstellung gegenüber dem politischen Establishment und die Schaffung neuer kollektiver Identitäten durch die Abgrenzung gegenüber Minderheiten und den Appell an diesbezügliche Sentiments und Ressentiments aus. Angesichts ihres Erfolges stellt sich die Frage, ob es länderübergreifende Erfolgsbedingungen für dieses Phänomen gibt. Aufgabe des Dissertations-Projekts soll es sein, die so genannte "Modernisierungsverlierer-These" für die rechtspopulistischen Parteien in Westeuropa empirisch zu überprüfen. Nach dieser These befinden sich westliche Industriegesellschaften in einem ständigen ökonomischen, sozialen, kulturellen und politischen Wandel, der von ihren Mitgliedern immer wieder Anpassungsleistungen abverlangt. Objektive oder zumindest subjektiv wahrgenommene ökonomische Marginalisierung, drohender Statusverlust und soziale Exklusion wirken nach dieser These auf das Individuum ein, führen zu Handlungsunsicherheiten, Ohnmachts- und Vereinzelungserfahrungen und schlussendlich zur Ausbildung autoritärer Prädispositionen. Die eigenen Minderwertigkeitsgefühle werden psychologisch durch Überlegenheitsgefühle gegenüber Minderheiten ("outgroups") und einem radikalen Nationalismus kompensiert. Politische Unzufriedenheit wirkt quasi als Katalysator für die Aktivierung dieser ideologischen Prädispositionen und kann zur Nachfrage von autoritären Politikangeboten führen, denen rechte Parteien und Bewegungen nachkommen. Die Modernisierungsverlierer-These wurde schon zur Erklärung der Wahlerfolge der NSDAP in den frühen 30er Jahren verwendet und ist seitdem auch auf ande-

re rechte Phänomene bezogen worden. Fraglich ist, ob sie sich auch auf die rechtspopulistischen Parteien in Westeuropa übertragen lässt. Aktueller theoretischer Hintergrund der Übertragbarkeitsvermutung sind Thesen von Dahrendorf und Heitmeyer, die als Folge der unter dem Schlagwort "Globalisierung" zusammengefassten Modernisierungsprozesse die Welt an der "Schwelle zum autoritären Jahrhundert" (Dahrendorf) sehen bzw. die Ausbildung eines neuen "autoritären Kapitalismus" (Heitmeyer) befürchten: Sozioökonomische, kulturelle und politische Fragmentierung, eine fortschreitende Individualisierung sowie ein dadurch bedingtes Auseinanderbrechen klassischer Milieus führen hiernach bei vielen "Opfern" dieser Entwicklung zu einer Ausbildung autoritärer Persönlichkeitsmuster und einer Rigidität im Denken, die wiederum nach autoritären Politikangeboten verlangt. Diesem Angebot kommen die rechts-populistischen Parteien nach, was ihren elektoralen Erfolg erklärt. Von diesem theoretischen Hintergrund ausgehend lässt sich die Arbeitshypothese formulieren, dass rechtspopulistische Parteien in Westeuropa in überzufälligem Maße von Modernisierungsverlierern gewählt werden. Diese Hypothese soll mithilfe verschiedener bi- und multivariater statistischer Verfahren anhand bereits existierender Datensätze empirisch überprüft werden. *ZEITRAUM*: 1978-2004 *GEOGRAPHISCHER RAUM*: Westeuropa

METHODE: empirische Wahlforschung; verschiedene quantitative Ansätze; Sekundäranalyse bereits vorhandener Datensätze; strukturierter Vergleich *DATENGEWINNUNG*: Sekundäranalyse von Individualdaten (Herkunft der Daten: Kumulierte Eurobarometerumfrage, CSES-Datensätze).

VERÖFFENTLICHUNGEN: keine Angaben *ARBEITSPAPIERE*: Spier, T.: Erfolgsbedingungen rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa: Eine Untersuchung der Modernisierungsverlierer-These. Exposé für das Graduiertenkolleg "Die Zukunft des Europäischen Sozialmodells". Göttingen 2003, 12 S.

ART: Dissertation *BEGINN*: 2003-10 *ENDE*: 2006-09 *AUFTRAGGEBER*: nein *FINANZIERER*: Deutsche Forschungsgemeinschaft

INSTITUTION: Universität Göttingen, Graduiertenkolleg 407 "Die Zukunft des Europäischen Sozialmodells" (Humboldtallee 3, 37073 Göttingen)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 0551-7706838, e-mail: tspier@uni-goettingen.de)

[141-F] Walter, Melanie, Dr. (Bearbeitung):

Parteimitglieder in Stuttgart

INHALT: keine Angaben *GEOGRAPHISCHER RAUM*: Stuttgart

ART: Eigenprojekt *BEGINN*: 2000-08 *ENDE*: 2001-08 *AUFTRAGGEBER*: keine Angabe *FINANZIERER*: Institution

INSTITUTION: Universität Stuttgart, Fak. 10 Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Institut für Sozialwissenschaften Abt. Politische Systeme und Politische Soziologie (Breitscheidstr. 2, 70174 Stuttgart)

KONTAKT: Bearbeiterin (Tel. 0711-121-3548, e-mail: melanie.walter@po.pol.uni-stuttgart.de)

[142-L] Weis, Florian:

Linker Aufbruch oder "the same procedure"?: einige Anmerkungen zu Erfolgsschancen und Ausrichtung einer möglichen neuen Linkspartei und ihres Verhältnisses zur PDS, (Standpunkte / Rosa-Luxemburg-Stiftung, 10/2004), Berlin 2004, 6 S. (Graue Literatur; URL: http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte_0410.pdf)

INHALT: "Während einiger Wochen im März 2004 konnte für interessierte PressenutzerInnen der Eindruck entstehen, die deutsche Parteienlandschaft bilde sich dramatisch um. Das Presseecho auf die 'Wahlalternative 2006', von der es zu diesem Zeitpunkt gerade einmal einen Grundlagentext und ein erstes bundesweites Treffen am 5. März in Berlin gab, und die parallele 'Initiative Arbeit und soziale Gerechtigkeit' aus Nordbayern war umfangreich und alleine dadurch beeindruckend. Schützenhilfe der leicht hysterisch reagierenden SPD kam hinzu. Die veröffentlichte Resonanz stand zu diesem Zeitpunkt freilich in keinem Verhältnis zur realen Stärke der beiden Initiativen, sondern signalisierte nur, um einen häufig gebrauchten Satz zu benutzen, dass so etwas wie eine linke Parteigründung 'eigentlich' in der Luft liege. Nachdem der erste Medienhype nun vorbei ist, stellt sich die Frage, ob aus dem eigentlich eine wahlpolitisch relevante Realität wird. Die beiden Initiativen, die sich stark überlappen und in einer Pressemitteilung vom 18.5.2004 erklärt haben, bis zum Sommer eine einheitliche 'Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit' aufbauen zu wollen, sind nun in einer Phase der Mühen der Ebene angelangt und arbeiten am Aufbau regionaler Strukturen. Ein bundesweites Treffen der 'Wahlalternative' ist auf den 20. Juni verschoben worden." (Autorenreferat)

[143-F] Wenger, Andreas; Spillmann, Kurt R. (Bearbeitung); Zanolli, Marco (Leitung):

Zwischen Klassenkampf, Pazifismus und Geistiger Landesverteidigung. Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz und die Wehrfrage 1920-1939

INHALT: Die Arbeit untersucht die Veränderungen in der Haltung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS) in der so genannten Wehrfrage während der Jahre 1920 bis 1939. In diesem Zeitraum wandelte sich die Haltung der SPS zur Landesverteidigung von einem radikal-marxistisch - also ideologisch - begründeten Antimilitarismus zur grundsätzlichen Bejahung von Armee, militärischer und geistiger Landesverteidigung. Dabei gilt das Augenmerk des Autors der Frage, warum die SPS überhaupt von ihrer klassenkämpferischen Ablehnung der Landesverteidigung abwich, woher die Anstöße zu diesem Wandel kamen, warum sie dies nur schrittweise tat, wie diese Annäherung an traditionelle und bürgerliche Positionen programmatisch und ideologisch begründet wurden und wo die treibenden Kräfte und Personen- oder Interessengruppen dieses Prozesses zu lokalisieren waren. *ZEITRAUM:* 1920-1939 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Schweiz

METHODE: Hermeneutisch; historisch-kritisch; Auswertung von gedruckten und ungedruckten Quellen aus dem Sozialarchiv Zürich, dem Archiv für Zeitgeschichte der ETH Zürich und dem Bundesarchiv

VERÖFFENTLICHUNGEN: Zanolli, Marco: Zwischen Klassenkampf, Pazifismus und geistiger Landesverteidigung. Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz und die Wehrfrage 1920-1939. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Nr. 69. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich 2003.

ART: Eigenprojekt *BEGINN:* 2001-10 *ENDE:* 2003-10 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Wissenschaftler

INSTITUTION: Eidgenössische Technische Hochschule Zürich, Zentrum für Internationale Studien -CIS- Forschungsstelle für Sicherheitspolitik (ETH-Zentrum SEI D2, 8092 Zürich, Schweiz)

[144-L] Wittich, Dietmar:

Wer benötigt sozialistische Politik und linke politische Bildung?: eine empirisch gestützte Suche nach Chancen, (Standpunkte / Rosa-Luxemburg-Stiftung, 10/2003), Berlin 2003, 8 S. (Graue Literatur;

URL: http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/standpunkte_0310.pdf)

INHALT: "Im Laufe des vorigen Jahres haben sich die politischen Kräfteverhältnisse erheblich verändert. In der Gesellschaft insgesamt wird wieder sehr viel stärker eine Zunahme sozialer Ungleichheit und sozialer Ungerechtigkeit wahrgenommen. Bisher können sozialistische Politik und politische Bildung dabei keine Positionsgewinne verzeichnen. Es gibt für sie größere Potenziale, als sie gegenwärtig erreichen, wie die Analyse von Wahlabsicht, Parteipräferenzen und Wahlverhalten zeigen kann. Um stärker zu mobilisieren, muss die Aufmerksamkeit auf ziemlich unterschiedliche Gruppen gerichtet werden. Es handelt sich zum einen bei abgewanderten Wählern um eine männlich dominierte Gruppe, vorwiegend aus den mittleren bis älteren Generationen, überdurchschnittlich qualifiziert. Zum anderen gibt es die Gruppe, die man 'Beinahe-PDS-Wähler' nennen könnte, hierbei handelt es sich um Frauen und Männer aus den jüngeren bis mittleren Generationen, gut qualifiziert, mit relativ hohen Anteilen von Schülern und Studenten, aber auch von Arbeitslosen und Kleinunternehmern. Die Analyse der Präferenzen für die PDS zeigt, dass der 'harte Kern' mit starken Bindungen an die PDS relativ klein ist. Es gibt daneben aber bemerkenswert große Gruppen in West und Ost, die eine Wahlentscheidung für die PDS für möglich halten und sie nicht von vornherein ausschließen. Sozialistische Politik und linke politische Bildung müssen mit dem kulturellen Widerspruch zwischen einem 'traditionellen linken' Milieu und einem 'modernen linken' Milieu in ihrem Umfeld existieren und umgehen. Wenn es gelingt, neben der weiteren Profilierung ihrer politischen Kompetenzen, beide Milieus anzusprechen, ohne dabei das eine oder das andere zu verprellen, dann kann ein bisher erst im Entstehen befindliches links-sozialistisches Lager zu einem stabilen Faktor im politischen Kräfteverhältnis formiert werden." (Autorenreferat)

5 Wahlen, Wählerverhalten und Partizipation

[145-L] Auer, Clemens Martin; Fleischhacker, Michael (Hrsg.):

Diesmal: Analysen zur Nationalratswahl 2002, Wien: Molden 2003, 159 S., ISBN: 3-85485-094-8

INHALT: Aus der Nationalratswahl vom November 2002 ist die ÖVP erstmals nach 32 Jahren als stimmen- und mandatsstärkste Partei hervorgegangen. Der Band versammelt Analysen und Kommentare zu den Entwicklungen und Hintergründen der Wahl. Die Herausgeber wollen damit zugleich 'eine gute Rekonstruktion dieses politischen Umbruchs in Österreich, der am 4. Februar 2000 begann und am 24. November 2002 einen vorläufigen Höhepunkt erfahren hat', liefern (7). Im Anhang findet sich eine Übersicht mit den Wahlergebnissen seit 1945. Inhaltsverzeichnis: Clemens Martin Auer: Aufbruch zur Mitte. Warum die ÖVP nach 32 Jahren wieder die Nummer 1 in Österreich wurde (9-29); Peter Pelinka: Die SPÖ. Warum die Sozialdemokratie Platz 1 verloren hat (31-51); Michael Völker: Die FPÖ - Ein Betriebsunfall. Eine Annäherung in sechs Bildern (53-71); Michael Fleischhacker: Zwischen Realität und

Wirklichkeit. Die Österreichischen Intellektuellen und die Wahl (73-90); Elmar Pichl / Christian Scheucher: Wahlkampf 2002. Die Kunst der richtigen Kampagne (91-115); Peter A. Ulram: Strukturelle Mehrheit oder mehrheitsfähige Angebote für offene Wählermärkte? Befunde und Schlussfolgerungen aus der empirischen Wahlforschung (117-128); Günther Burkert-Dottolo: Die Reformkraft wurde sichtbar. Moderne Politik darf eigene Klientel nicht schonen (129-151). (ZPol, Leske u. Budrich)

[146-F] Binder, Tanja; Schmitt, Hermann, PD Dr. (Bearbeitung); Schmitt, Hermann, PD Dr. (Leitung):

Politische Führer und demokratische Wahlen

INHALT: Die Bestimmungsgründe des Wahlverhalten in westlichen Demokratien sind im Wandel begriffen. Während die langfristig stabilen Faktoren wie der soziale Hintergrund und die Parteibindungen an Bedeutung verlieren, wächst der Einfluss von kurzfristigen Effekten wie politische Sachfragen oder Führungspersönlichkeiten. Gerade auf dem Hintergrund der Personalisierungstendenzen in der Massenkommunikation und insbesondere in der politischen Berichterstattung im Fernsehen sollte der Einfluss des politischen Führungspersonals auf die Wahlentscheidung über die Zeit deutlich zunehmen. Neben dieser zeitlichen Entwicklung kann jedoch angenommen werden, dass der Einfluss politischer Führer auf die Wahlentscheidung zwischen politischen Systemen variiert, aber auch zwischen Parteien, und sogar zwischen unterschiedlichen Wählergruppen. In präsidentialen politischen Systemen wie dem der Vereinigten Staaten stehen politische Führer stärker im Zentrum politischer Entscheidungen als ihre Kollegen in parlamentarischen Systemen, und man kann deshalb wohl davon ausgehen, dass ihr Einfluss auf die Wahlentscheidung größer ist. Die Führer großer Parteien haben gegenüber ihren Kollegen aus kleineren Parteien einen ähnlichen Vorteil - einer von ihnen wird durch die Wahl zum Regierungschef bestimmt werden und genießt schon deshalb größere Aufmerksamkeit. Mit Blick auf unterschiedliche Wählergruppen kann man schließlich davon ausgehen, dass Wähler ohne feste Parteibindungen, solche mit geringem politischen Interesse und wenig Informationen und solche, die erst spät eine Wahlentscheidung treffen, den zur Wahl stehenden personalen Alternativen größere Beachtung schenken als andere. Das Projekt wird diese und weitere Hypothesen auf der Grundlage der Datensätze der nationalen Wahlstudien aus 9 westlichen Demokratien einer systematischen Überprüfung unterziehen. **GEOGRAPHISCHER RAUM:** westliche Demokratien (9 Länder mit einer langen Tradition von nationalen Wahlstudien)

METHODE: Datenart: nationale Wahlstudien

ART: Eigenprojekt **BEGINN:** 2001-01 **ENDE:** 2004-12 **AUFTRAGGEBER:** keine Angabe **FINANZIERER:** Institution

INSTITUTION: Universität Mannheim, Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung - MZES- Arbeitsbereich B Die politischen Systeme Europas und ihre Integration (68131 Mannheim)

KONTAKT: Leiter (Tel. 0621-181-2876 od. -2881, Fax: 0621-181-2845, e-mail: Hermann.Schmitt@mzes.uni-mannheim.de)

[147-L] Bischoff, Ivo:

Electoral competition in a multidimensional political arena: parallel moves instead of convergence in policy platforms, (Finanzwissenschaftliche Arbeitspapiere, Nr. 64), Gießen 2003, 28 S. (Graue Literatur; URL: <http://www.uni-giessen.de/~g21024/download/ap/64.PDF>)

INHALT: Der Verfasser entwickelt ein theoretisches Modell von Wahlwettbewerb in einem mehrdimensionalen politischen System mit heterogener Wählerschaft und politisch aktiven Interessengruppen. Es bildet sich ein Bewegungsmuster von politischen Plattformen heraus, das sich grundlegend vom Konvergenzkonzept der räumlichen Theorie der Stimmabgabe unterscheidet. Nicht die Mitte, sondern die Extrempunkte der politischen Präferenzskala, geprägt von Dominant-Issue-Wählern und Interessengruppen, ziehen politische Plattformen an. Die Plattformen bewegen sich parallel statt aufeinander zu und die Unterschiede zwischen ihnen reduzieren sich nur unter bestimmten Voraussetzungen. (ICEÜbers)

[148-L] Bischoff, Ivo:

Determinants of the influence of voters and interest groups on the political decision making process, (Finanzwissenschaftliche Arbeitspapiere, Nr. 62), Gießen 2001, 24 S. (Graue Literatur; URL: <http://www.uni-giessen.de/~g21024/download/ap/62.PDF>)

INHALT: Der vorliegende Beitrag liefert ein umfassendes theoretisches Modell politischer Beschlussfassungsprozesse. Darin konkurrieren zwei ideologisch unterschiedliche politische Parteien um die Macht. Ihr Primärinstrument in dieser Konkurrenz sind programmatische Zugeständnisse zugunsten von Wählern und Interessensgruppen. Da jedes Zugeständnis Nutzverluste für die Parteimitglieder bedeuten, versuchen die Parteien, die Wahl mit möglichst geringen Zugeständnissen zu gewinnen. Die effiziente Menge an Zugeständnissen und ihre Verteilung auf unterschiedliche Wähler- und Interessensgruppen werden abgeleitet. Diese Zugeständnisse werden als Indikator für den Einfluss dieser zwei Gruppen auf den politischen Entscheidungsprozeß gewertet. Folglich trägt das politische Modell, das in diesem Beitrag entwickelt wird, dazu bei, den politischen Einfluss der Wähler und Interessengruppen zu bestimmen. Die Abbildungen zeigen, dass die effiziente Menge an Zugeständnissen von den Wahlprognosen abhängen. Je näher die Parteien prozentual beieinander liegen, desto größer sind die Zugeständnisse, die politische Parteien an Wähler und Interessengruppen machen. Die Eigenschaften der politischen Landschaft, z.B. der Anteil informierter Wähler und der Grad der ideologischen Polarisierung, bestimmen die effiziente Menge an Zugeständnissen und folglich den Einfluss von Wählern und Interessengruppen auf den politischen Entscheidungsprozess. (ICDÜbers)

[149-L] Burdewick, Ingrid:

Moralentwicklung und politische Urteilsfähigkeit im Kindes- und Jugendalter: entwicklungspsychologische Aspekte der Debatte um die politische Partizipation der jungen Generation, in: Deutsche Jugend: Zeitschrift für Jugendfragen und Jugendarbeit : Zeitschrift für Jugendfragen und Jugendarbeit, Jg. 51/2003, H. 6, S. 265-273

INHALT: Das Thema der politischen Partizipation von Kindern und Jugendlichen hat derzeit Konjunktur. In diesem Beitrag setzt sich die Autorin mit einem grundlegenden Aspekt dieser Partizipationsdebatte auseinander. Sie geht der Frage nach, in welchem Masse junge Leute

überhaupt über die Kompetenz zur politischen Beteiligung verfügen. In diesem Zusammenhang werden einschlägige Forschungsergebnisse zur moralischen und kognitiven Entwicklung im Kindes- und Jugendalter präsentiert, um danach ihre Bedeutung für die politische Partizipation junger Menschen zu erörtern. Im Rahmen dieser Diskussion stellt die Autorin auch ausgewählte Ergebnisse einer eigenen empirischen Untersuchung zur politischen Partizipation von Jugendlichen vor. Viele Kinder sind demnach im Alter von zwölf Jahren bereits so urteilsfähig wie Erwachsene, so ein Befund der Autorin, d.h. die politische Kompetenz vieler Erwachsener ist im Kern nicht weiter entwickelt als die vieler älterer Kinder. Dennoch rät die Autorin zu einer pädagogischen Unterstützung von Kindern, die in Teilnehmungsmodellen politisch agieren. (DJI/Sd)

[150-F] Dülmer, Hermann, Dr.; Klein, Markus, Dr.; Ohr, Dieter, Dr.; Quandt, Markus; Rosar, Ulrich, Dr. (Bearbeitung):

Die Bundestagswahl 2002

INHALT: Im Rahmen des Forschungsprojekts zur Bundestagswahl 2002 werden Analysen zur Personalisierung von Politik, zum Einfluss von Wahlkreiskandidaten auf das Wahlverhalten sowie deren gestützter und ungestützter Bekanntheit durchgeführt. Gleichzeitig wird eine neuartige Skala zur Erfassung subjektiven Individualismus getestet. Die bundesweit angelegte Studie wird durch eine Kölner Lokalstudie ergänzt.

METHODE: Untersuchungsdesign: Panel; Querschnitt *DATENGEWINNUNG:* Standardisierte Befragung, telefonisch (FORSA: forsa-omni Net, forsa-omni Tel). Standardisierte Befragung, schriftlich (Stichprobe: geplant: 4.020 Personen; wahlberechtigte Bürger der Kölner Wahlbezirke 94, 95, 96; Auswahlverfahren: Zufall aus Einwohnermelderegister).

ART: keine Angabe *BEGINN:* 2001-10 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

INSTITUTION: Universität Köln, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Institut für Angewandte Sozialforschung -IfAS- (Greinstr. 2, 50939 Köln); Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung an der Universität zu Köln (Postfach 410960, 50869 Köln)

[151-L] Faas, Thorsten; Maier, Jürgen:

Mobilisierung, Verstärkung, Konversion?: Ergebnisse eines Experiments zur Wahrnehmung der Fernsehduelle im Vorfeld der Bundestagswahl 2002, in: Politische Vierteljahresschrift: Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft : Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, Jg. 45/2004, H. 1, S. 55-72 (Standort: UuStB Köln(38)-XE00036; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Der Beitrag präsentiert Ergebnisse eines Experiments zu den beiden Fernsehduellen, die im Vorfeld der Bundestagswahl 2002 stattgefunden haben. Aufbauend auf Real-Time-Response-Daten kann die zentrale Bedeutung deutlich gemacht werden, die bereits vor der Debatte vorhandene Einstellungen für die Wahrnehmung der Kandidaten haben. Insgesamt gilt, dass Debatten unmittelbare Effekte haben können. Allerdings muss man sich von der Annahme verabschieden, dass diese für das Elektorat einheitlich sind, sondern vielmehr in Abhängigkeit von Ausgangs- und Randbedingungen variieren. Unter Parteianhängern wirken Debatten mobilisierend, im 'neutralen Lager' besitzen sie ein gewisses Überzeugungspotenzial." (Autorenreferat)

[152-L] Fromme, Friedrich Karl:

Die Volkswahl des Bundespräsidenten ist kein Risiko, in: Recht und Politik: Vierteljahreshefte für Rechts- und Verwaltungspolitik : Vierteljahreshefte für Rechts- und Verwaltungspolitik, Jg. 40/2004, H. 1, S. 18-22 (Standort: UuStB Köln(38)-XF98; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Verfasser zeichnet die Debatte im Vorfeld der Wahl des Bundespräsidenten in der zweiten Hälfte des Jahres 2003 und der ersten Hälfte des Jahres 2004 nach, die von parteipolitischen Auseinandersetzungen und Machtspielen geprägt war. Er weist darauf hin, dass die geringe Machtfülle des Bundespräsidenten und das Wahlverfahren auf die Erfahrungen der Weimarer Republik zurückgehen. Mit Isensee stellt der Verfasser die Frage, ob die Bundesrepublik überhaupt einen Bundespräsidenten braucht. Für eine Direktwahl tritt gegenwärtig nur die FDP ein. (ICE)

[153-L] Gellner, Winand; Strohmeier, Gerd (Hrsg.):

Jahrbuch 2003: Repräsentation und Präsentation in der Mediengesellschaft, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2003, 168 S., ISBN: 3-8329-0266-X (Standort: UB Trier(385)-sb39445)

INHALT: "Die Mediengesellschaft hat sich in den letzten Jahrzehnten in westlichen Demokratien fundamental gewandelt. Insbesondere die Kommerzialisierung im Rundfunkbereich sowie die Entstehung neuer Medien, wie z.B. des Internets, haben die Kommunikationslandschaft geradezu revolutioniert. Diese Entwicklung hat wesentliche Auswirkungen auf die Funktionsmechanismen der repräsentativen Demokratie. Schließlich bilden die Medien eine Art Scharnier zwischen Repräsentanten und Repräsentierten. Die Art der Präsentation von Informationen und Meinungen, die Kommunikationsstrategien und -techniken politischer Akteure spielen inzwischen eine zentrale Rolle, wenn sich politische Akteure in der Mediengesellschaft Gehör verschaffen wollen. Schließlich erscheint diese zunehmend fragmentarisiert und unterhaltungsorientiert. Die Präsentation von Politik in der modernen Mediengesellschaft und ihre Auswirkungen auf die repräsentative Demokratie standen im Mittelpunkt der Jahrestagung des DVPW-Arbeitskreises "Politik und Kommunikation" sowie der DGPK-Fachgruppe "Kommunikation und Politik". Die meisten der Tagungsbeiträge werden in dem vorliegenden dritten Jahresband von Politik im Netz herausgegeben." (Textauszug). Inhaltsverzeichnis: Kapitel 1. Institutionen und Akteure in der modernen Mediendemokratie: Manfred Mai: Das Parlament in der Mediengesellschaft. Parlamentarische Debatte oder Talk-Show? (13-25); Stefan Marschall: "Im Namen des Volkes" - Das Bundesverfassungsgericht und die Medien (27-38); Gerd Strohmeier: Der Bundesrat in der Mediendemokratie: ein Vetospieler als Falschspieler? (39-56); Jochen Hoffmann: Die Wahrnehmung von Repräsentierten durch Repräsentanten. Das Bürgerbild von Politikern und das Rezipientenbild von Journalisten im Vergleich (57-72); Kapitel 2. Wahlkampf in der modernen Mediendemokratie: Karl-Rudolf Korte: Der Ernste gegen den Jovialen - Kandidaten- und Parteienwettbewerb in der Publikumsgesellschaft (75-82); Christiane Eilders/ Kati Degenhardt/ Patrick Hermann/ Monika von der Lippe: Themenprofile der Parteien in den Medien. Ein Vergleich von Selbstdarstellung und medialer Präsentation der Parteien im Bundestagswahlkampf 2002 (83-101); Karin Algasinger/ Olaf Jandura: "Auf verlorenem Posten?" Berichterstattung über Direktkandidaten zur Bundestagswahl 2002 (103-116); Ralf Hohlfeld: Probleme journalistischer Berichterstattung zur Umfrage- und Wahlforschung (117-135); Kapitel 3. Neue Wege der Politikvermittlung?: Christoph Bieber: Das Internet als Präsentations- oder Repräsentationsraum? Kommu-

nikation in politischen Online-Versammlungen (139-151); Jörg-Uwe Nieland: Alles Bongo im Bundestag? Neue Wege der Politikvermittlung in der Mediengesellschaft (153-165).

[154-L] Hardering, Friedericke:

Entwicklungslinien grüner Wählerpotentiale in Deutschland: Paradigmenwechsel in der grünen Wahlforschung, (Selected Term Papers / IPW-Studienarbeiten, Nr. 2), Aachen 2004, 21 S. (Graue Literatur; URL: http://www.rwth-aachen.de/ipw/paper_b.pdf)

INHALT: Seit dem Beginn der achtziger Jahre gibt es für die Wahlforschung ein neues Arbeitsgebiet: Mit dem Einzug der Grünen in den Bundestag stellte sich fortan die Frage: Wer wählt eigentlich Grün? In der Folgezeit beschäftigte sich auch die Werteforschung mit dieser Frage, da verschiedene Erklärungsmodelle über die Herkunft der Wählerschaft der Grünen deren Werteorientierungen als ein zentrales Unterscheidungsmerkmal zu den Wählern anderer Parteien sahen. Vor diesem Hintergrund untersucht die Autorin jene zwei Einflussgrößen, die in der Forschung als charakteristisch für die grüne Wählerklientel angesehen werden: Das Alter und die postmaterialistische Werteorientierung. In das Thema einfürend werden zunächst die Forschungsstandpunkte und -ergebnisse der Wahlforschung zwischen 1984 und 1994 skizziert. Daran knüpft in einem zweiten Schritt die Auseinandersetzung mit drei Thesen zur Erklärung der Alterseffekte bei der Wahl der Grünen an: (1) Die These von der studentischen Protestgeneration, (2) die Lebenszyklusthese sowie (3) die These von der generationalen Wasserscheide. Mittels dieses wissenschaftlichen Instrumentariums erfolgt auch eine Beschreibung der Zukunftsperspektiven für die Grünen. In einem dritten Schritt widmet sich die Studie der Wahlforschung nach 1994. Dabei stehen (1) die These vom 'Ergrauen der Grünen' und deren empirische Untersuchung sowie (2) der Profilwandel und die öffentliche Wahrnehmung, also die Entwicklungsphasen der Grünen versus grüne Wählerpotentiale, im Zentrum des Interesses. Dabei wird der Zusammenhang zwischen grüner Programmatik und parteiinternen Richtungsdiskussionen und dessen Einfluss auf die Entwicklung der grünen Wählerpotentiale dargestellt. Auf dieser Basis wird schlussendlich aufgezeigt, inwieweit das Wahlalter, die Werteorientierung und die programmatischen Veränderungen der Grünen selbst miteinander in Verbindung gebracht werden müssen. In einem Resümee merkt die Verfasserin an, dass es Mitte der 90er Jahre zu einer Art Paradigmenwechsel in der grünen Wahlforschung gekommen ist. Hinsichtlich des Wählerpotentials können die Grünen im Zuge des realpolitischen Entwicklungstrends weiterhin mit zunehmenden Stimmenanteilen aus den höheren Altersschichten, und nach wie vor mit denen aus mittleren und jüngeren Wählerschichten rechnen. Somit kann man den programmatischen Wandel angesichts seiner Akzeptanz innerhalb der Wählerschaft als gelungene Neupositionierung bewerten. (ICG2)

[155-L] Hermann, Michael C.:

Möglichkeiten und Grenzen von Jugendbeteiligung: Prüfsteine der Jugendpolitik, in: Projektarbeit: Projekte, Konzepte, Ideen ; das Magazin für Projektarbeit : Projekte, Konzepte, Ideen ; das Magazin für Projektarbeit, 2002, H. 2, S. 54-58

INHALT: "Der Artikel geht der Frage nach, warum das Thema Jugendbeteiligung so stark auf die politische Tagesordnung kam? Des Weiteren werden Themen erläutert wie: Welche Funktionen erwarten die Akteure von mehr Jugendbeteiligung? Was kann Jugendbeteiligung eigent-

lich realistisch leisten? Am Ende werden ein paar Prüfsteine aufgezeigt, wie eine effiziente Beteiligung von Kindern und Jugendlichen aussehen sollte". (Autorenreferat)

[156-L] Hilmer, Richard:

The political situation in Germany before the general election on 22 September 2002, (Working papers / Friedrich-Ebert-Stiftung, London Office, 6/2002), London 2002, 10 S. (Graue Literatur; URL: <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/london/01363.pdf>)

INHALT: Der vorliegende Beitrag analysiert die politische Situation in Deutschland vor der Bundestagswahl im September 2002 unter Verwendung von Daten des Meinungsforschungsinstitutes infratest-dimap. Nach einem kurzen Überblick über die Veränderung in den Wahlprognosen seit Anfang 2002 geht der Autor zunächst auf die Empfehlungen der Hartz-Kommission und deren mögliche Auswirkungen auf die Bundestagswahl ein. In diesem Zusammenhang werden die Prognosen und Trends von infratest-dimap, einem führenden deutschen Meinungsforschungsinstitut, abgebildet. Abschließend wird das Leistungsspektrum dieses Unternehmens im Bereich der Wahlforschung und politischen Meinungsbildung vorgestellt. (ICD)

[157-L] Karp, Markus; Zolleis, Udo:

Imagebildung als Kern moderner Wahlkampfstrategien: Chancen des Politischen Marketings bei Wahlkämpfen, in: Politische Studien: Zweimonatsschrift für Politik und Zeitgeschehen: Zweimonatsschrift für Politik und Zeitgeschehen, Jg. 55/2004, H. 395, S. 71-84 (Standort: UuStB Köln(38)-POL2927; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: <http://www.hss.de/downloads/pol.stud395.pdf>)

INHALT: Auf Grund der Komplexität der politischen Abläufe und Sachprobleme wird die Imagebildung als Orientierungshilfe für die Wählerschaft zunehmend wichtiger. Diese Images entstehen jedoch immer weniger auf Grund diffuser innerparteilicher Prozesse, sondern auf Grund strategischer Planungen, die unterschiedliche Faktoren wie (1) den komplexen Wählermarkt, (2) die innerparteilichen Stimmungen, (3) die massenmediale Resonanz, (4) die Personalisierungspotenziale, (5) die persönliche Glaubwürdigkeit oder (6) sozialpsychologische Kompetenzen beachten müssen. Der vorliegende Beitrag rekonstruiert, wie sich um diese Fragenkomplexe in den letzten fünfzehn Jahren in der politik- und kommunikationswissenschaftlichen Literatur ein neues Konzept herausgebildet hat: das Politische Marketing. Politisches Marketing bedeutet nicht mehr Showeffekte in der Politik, sondern eine Professionalisierung des politischen Betriebs, die über den Kommunikationsaspekt weit hinausgeht. Die Aggregation, die Artikulation und die Selektion von Interessen werden ebenso nach den Bedürfnissen der Wählerschaft organisiert wie die Formulierung und Implementierung der Politik. Das Ziel besteht in der langfristigen und strategischen Erarbeitung von politischer und persönlicher Kompetenz. Hier wird verstärkt auf moderne Erkenntnisse und Methoden aus den Sozial- und Kommunikationswissenschaften, wie der qualitativen Meinungsforschung, zurückgegriffen. (ICA2)

[158-F] Kersting, Norbert, Dr. (Bearbeitung):

Online-Wahlen

INHALT: keine Angaben

VERÖFFENTLICHUNGEN: Kersting, N.: Internet-Wahlen im Vergleich. Deutschland, USA und Schweiz. in: Siedschlag, Alexander u.a. (Hrsg.): Kursbuch Internet. Bd. 2. 2002.+++
Kersting, N.; Baldersheim, H. (eds.): Electronic voting and democracy. A comparative analysis. London: Palgrave 2004.

ART: gefördert **BEGINN:** 2001-09 **AUFTRAGGEBER:** keine Angabe **FINANZIERER:** Fritz Thyssen Stiftung

INSTITUTION: Universität Marburg, FB 03 Gesellschaftswissenschaften und Philosophie, Institut für Politikwissenschaft (Wilhelm-Röpke-Str. 6 G, 35032 Marburg)

[159-L] Kersting, Norbert:

Online-Wahlen im internationalen Vergleich, in: Aus Politik und Zeitgeschichte: Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2004, B 18, S. 16-23 (Standort: UuStB Köln(38)-Ztg00926-a; Kopie über den Literaturdienst erhältlich;
URL: <http://www.bpb.de/files/4XZXG4.pdf>)

INHALT: "Online-Wahlen sollen die politische Beteiligung erhöhen, kostengünstigere Wahlen ermöglichen und zu einer Stärkung der Willensbildungsprozesse beitragen. Die technischen Probleme, die bestehende digitale Spaltung, der Wegfall des identitätsstiftenden Aktes der Präsenzwahl und insbesondere die Einhaltung des Wahlheimnisses werden kontrovers diskutiert. Die nationalen Regelungen der Briefwahl sind für die Implementation von Online-Wahlen als zusätzliche Alternative von zentraler Bedeutung. So wurde in der Schweiz von der obligatorischen Geheimhaltung abgerückt und dem Wähler die Verantwortung für die Geheimhaltung übertragen. In Deutschland und Österreich ist man diesbezüglich noch zögerlicher." (Autorenreferat)

[160-F] Kleinschmidt, Jochen (Bearbeitung); Siedschlag, Alexander, Priv.DoZ.Dr. (Leitung):

Die Bewertung des Internets als Kanal und Verstärker deliberativer Demokratie - Verlauf der politikwissenschaftlichen Theoriedebatte, sozialwissenschaftliche Modelle netzgestützter Kommunikation und Vergemeinschaftung sowie Konzepte politischer Online-Öffentlichkeit

INHALT: Das Gutachten verortet das Internet in seiner Funktion als Kanal und Verstärker öffentlicher Demokratie in den relevanten theoretischen Debatten. Dabei werden der zeitliche Verlauf der Debatten und der Wandel der Themen und Positionen nachgezeichnet. Grundlegende Konzepte und Thesen zur Wechselwirkung zwischen Internet und politischer Vergemeinschaftung (zum Beispiel die Mobilisierungs-These und die Reinforcement-These) werden im größeren Zusammenhang allgemeiner theoretischer Konzepte der bürgerschaftlichen Belebung postmoderner Demokratie (zum Beispiel "strong democracy", "empowerment") gegeneinander abgewogen und bewertet. Insbesondere wird herausgestellt, auf welche demokratischen Gestaltungsoptionen und welchen öffentlichen Gestaltungsbedarf die Konzepte jeweils hinauslaufen. Das Gutachten ist aus politikwissenschaftlicher Perspektive geschrieben.

Es berücksichtigt aber ausdrücklich relevante Forschungsergebnisse aus der Soziologie und der Kommunikationswissenschaft. *ZEITRAUM*: ca. 1995-2004

METHODE: vergleichende Theorieanalyse; Paradigmenanalyse

VERÖFFENTLICHUNGEN: Siedschlag, Alexander; Bilgeri, Alexander (Hrsg.): Kursbuch Internet und Politik. Opladen: Leske + Budrich 2002 ff.+++Siedschlag, Alexander: Internet und Politik. Ein Kommentar zum Forschungsstand. in: Rogg, Arne (Hrsg.): Wie das Internet die Politik verändert. Einsatzmöglichkeiten und Auswirkungen. Opladen: Leske + Budrich 2003, S. 9-19.

ART: Auftragsforschung; Gutachten *BEGINN*: 2003-09 *ENDE*: 2004-04 *AUFTRAGGEBER*: Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag -TAB- *FINANZIERER*: Auftraggeber

INSTITUTION: Humboldt-Universität Berlin, Philosophische Fakultät III, Institut für Sozialwissenschaften (Unter den Linden 6, 10099 Berlin)

KONTAKT: Leiter (e-mail: alexander.siedschlag@rz.hu-berlin.de)

[161-F] Koopmann, F. Klaus, Dr.rer.pol. (Leitung):

Vom "Project Citizen" zum "Projekt: Aktive Bürger"

INHALT: Adaptation des vom amerikanischen Center for Civic Education (CCE) entwickelten und seit Jahren in den USA sowie in zahlreichen anderen Ländern praktizierten Lernwerks 'Project Citizen' in eine deutsche Fassung 'Projekt: Aktive Bürger' sowie deren Implementierung im Bereich der (insbesondere schulischen) politischen Bildung. Arbeitsschwerpunkte: Analyse und Einordnung des amerikanischen Originals unter besonderer Berücksichtigung erfahrungsorientierter Lernstrategien; Beteiligung an der unterrichtspraktischen Anwendung von 'Project Citizen' in US-amerikanischen Schulen; Beteiligung an (vom CCE in den USA durchgeführten) Kursen zur Ausbildung von Lehrerinnen/ Lehrern, die 'PC' in ihrem civic-education-Unterricht anwenden wollen; Adaption von 'PC' ins Deutsche: 'Projekt: Aktive Bürger'; Adaption meiner in den USA gesammelten Praxiserfahrungen: Unterricht mit 'PAB' in deutschen Schulen sowie Konzipierung und Durchführung von entsprechenden Ausbildungskursen für Lehrerinnen/ Lehrer; Evaluation der in der 'PAB'-Praxis gesammelten Erfahrungen.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Koopmann, F. Klaus (Hrsg.): Projekt: Aktive Bürger. Sich demokratisch durchsetzen lernen. Mühlheim: Verl. an der Ruhr 2001, 119 S. ISBN 3-86072-668-4 (Bemerkungen: deutsche Adaption von: 'We the People ... Project Citizen' ausgezeichnet im Rahmen des von der Körber-Stiftung ausgeschriebenen 3. Transatlantischen Ideenwettbewerbs 'Usable' 2001/2002).+++Rezensionen u.a. in: Polis, 2002, H. 2, S. 31; Politisches Lernen, 2002, H. 3-4, S. 140 ff; Politische Bildung, Jg. 35, 2002, S. 132 ff; Forum Politikunterricht, 2002, H. 3, S. 83; kursiv, 2003, H. 3, S. 49; Pädagogik, 2003, H. 3, S. 62.

ART: gefördert *BEGINN*: 1999-01 *ENDE*: 2003-12 *AUFTRAGGEBER*: keine Angabe *FINANZIERER*: Körber-Stiftung

INSTITUTION: Universität Bremen, FB 08 Sozialwissenschaften, Institut für Politikwissenschaften (Postfach 330440, 28334 Bremen)

KONTAKT: Leiter (Tel. 0421-218-4703, e-mail: kkoopmann@uni-bremen.de)

[162-F] Lachat, Romain; Selb, Peter; Lutz, Georg (Bearbeitung); Kriesi, Hanspeter, Prof.; Sciarni, Pascal; Hardmeier, Sibylle; Klöti, Ulrich, Prof.; Vatter, Adrian; Linder, Wolf, Prof. (Leitung); Kriesi, Hanspeter, Prof.; Klöti, Ulrich, Prof.; Linder, Wolf, Prof. (Betreuung):

Analyse der eidgenössischen Wahlen 1999

INHALT: Mit dem Projekt SELECTS '95 - finanziert vom Schweizerischen Nationalfonds und realisiert von den drei politikwissenschaftlichen Instituten der Universitäten Bern, Genf und Zürich - wurde 1995 in der Schweiz ein Neubeginn in der Wahlforschung lanciert. Die gross angelegte Studie mit einer Befragung von mehr als 7000 Personen in den Kantonen Zürich, Bern, Waadt, Luzern, Aargau, Schaffhausen, Glarus, Tessin, Genf, Wallis erlaubte es erstmals, detailliertere Analysen auf der Ebene von Parteien und Kantonen zu machen. Gleichzeitig garantierte die theoretische Fundierung eine Heranführung an die international-vergleichende Wahlforschung. An dieses Projekt knüpft SELECTS '99 an. Das Forschungsteam möchte eine dauerhafte Fortführung der Wahlanalysen auf dem Niveau der 1995er Studie sicherstellen und die über Jahrzehnte hinweg entstandenen Defizite der schweizerischen Wahlforschung abarbeiten. Die Studie hat sich damit eine doppelte Zielsetzung gestellt: Sicherstellung von Kontinuität einerseits, und innovative Weiterentwicklung andererseits. Um Kontinuität zu gewährleisten, wurde in einer nationalen Befragung nach den eidgenössischen Wahlen Ende Oktober 1999 an die SELECTS '95 angeknüpft, und es wurden Vorschläge für eine institutionelle Verankerung nationaler Wahlbefragungen formuliert. Gleichzeitig wurde die Aufnahme in das international vergleichende Programm "Comparative Study of Electoral Systems (CSES)" vorangetrieben, so dass im Gegensatz zu SELECTS '95 die gesamte Fragebatterie dieses Programms in das nationale Sample aufgenommen und damit ein weiterer Meilenstein in der schweizerischen Wahlforschung gesetzt werden kann. Die innovative Weiterentwicklung liegt erstens darin, dass der Tatsache Rechnung geschenkt wird, dass eidgenössische Wahlen in 26 verschiedenen Kantonen stattfinden und damit in erster Linie einer Serie parallel stattfindender kantonaler Urnengänge entsprechen. Zweitens wird dem Prozess der Meinungsbildung während der Kampagne besondere Aufmerksamkeit geschenkt. So spielt der komplexe Prozess der Meinungsbildung während den verschiedenen Phasen einer Kampagne eine zunehmend bedeutendere Rolle für die individuelle Wahlentscheidung, wurde aber bei bisherigen Wahluntersuchungen kaum berücksichtigt. Um die Meinungsbildung analysieren zu können, wurden neben der nationalen Nachbefragung eine Panelbefragung zu drei Zeitpunkten, nämlich zu Beginn, während und am Ende der Wahlkampagne, in drei ausgewählten Kantonen (Genf, Luzern, Zürich) durchgeführt. Damit werden sowohl die Voraussetzungen für Longitudinal-Studien in den Kantonen als auch für detaillierte Wirkungsanalysen politischer Kommunikationsprozesse geschaffen. Auf theoretischer Ebene knüpft das Projekt an eine der ältesten Traditionen der Wahlforschung, die Columbia-School, an, wobei die damit verbundenen Revisionen und Weiterentwicklungen (z.B. Media- und Persuasionsforschung) aufgegriffen werden. Erste Ergebnisse liegen voraussichtlich ab Frühjahr 2000 vor.
ZEITRAUM: 1999 **GEOGRAPHISCHER RAUM:** Schweiz (national); speziell die drei Kantone Genf, Luzern und Zürich (und Tessin)

METHODE: Im Mittelpunkt stehen eine repräsentative Nachbefragung auf nationaler Ebene (Deutschschweiz, Westschweiz, Tessin) sowie drei Panelumfragen (Genf, Luzern, Zürich) zu drei verschiedenen Zeitpunkten (Mai, September, Oktober 1999) bei der wahlberechtigten Bevölkerung. Während bei der nationalen Nachbefragung das Sample ca. 2000 Personen betrug, wurde bei den Longitudinal-Befragungen (Panels) mit identischen Stichproben von rund je 600 Personen gearbeitet. Die Personen wurden telefonisch befragt, wobei bei den Panelbefragungen die zwei ersten Wellen ca. 25 Minuten gedauert haben und die dritte Welle ca.

30 Minuten. Die nationale Nachbefragung dauerte ca. 35 Minuten. Es ist darauf hinzuweisen, dass die kantonalen Stichproben nicht in die nationale Nachbefragung integriert wurden. *DATENGEWINNUNG*: Standardisierte Befragung, telefonisch (Stichprobe: ca. 2.000; wahlberechtigte, in der Schweiz wohnhafte SchweizerInnen - gesamte Schweiz; Auswahlverfahren: Zufall. Stichprobe: je ca. 600; wahlberechtigte, in den Kantonen Genf, Luzern, Zürich und Tessin wohnhafte SchweizerInnen; Auswahlverfahren: Zufall). Durchführung der Feldarbeit: LINK, Luzern.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Hirter, Hans: Wahlen 1999 - Zusammensetzung und politische Orientierung der Wählerschaft bei den eidgenössischen Wahlen. in: *Selects - Swiss Electoral Studies*, Forschungsgemeinschaft der politikwissenschaftlichen Institute der Universitäten Bern, Genf und Zürich (Eds.), 2000.+++Hirter, Hans: Elections 1999 - composition et orientation politique de l'électorat lors des élections fédérales. in: *Selects - Swiss Electoral Studies*, Equipe de recherche des départements de science politique des Universités de Berne, Genève et Zurich (Eds.), 2000.+++Sciarini, Pascal; Hardmeier, Sibylle; Vatter, Adrian (Hrsg.): Schweizer Wahlen 1999. - Elections fédérales 1999. in: *Selects - Swiss Electoral Studies*, Bern u.a.: P. Haupt 2003.+++Seitz, Werner: Nationalratswahlen 1999: der Wandel der Parteienlandschaft seit 1971 / Les élections au Conseil national de 1999: L'évolution du paysage politique depuis 1971. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik 1999.+++Seitz, Werner: Die Frauen bei den Nationalratswahlen 1999. Entwicklung seit 1971 / Les femmes et les élections au Conseil national de 1999. Evolution depuis 1971. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik 2000.+++Seitz, Werner: Nationalratswahlen 1999: Übersicht und Analyse. Anhang: Ständeratswahlen 1998/99 / Les élections au Conseil national de 1999: aperçu et analyse. En annexe: les élections au Conseil des Etat de 1998/99. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik 2002.+++Seitz, Werner: Nationalratswahlen 2003: der Wandel der Parteienlandschaft seit 1971 / Les élections au Conseil national de 2003: l'évolution du paysage politique depuis 1971. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik 2003.

ART: Dissertation; gefördert *BEGINN*: 1999-03 *ENDE*: 2002-03 *AUFTRAGGEBER*: nein *FINANZIERER*: Schweizerischer Nationalfonds zur Förderung der Wissenschaftlichen Forschung

INSTITUTION: Université de Genève, Faculté des sciences économiques et sociales, Département de science politique (40 Boulevard du Pont-d'Arve, 1211 Genève, Schweiz); Universität Zürich, Philosophische Fakultät, Institut für Politikwissenschaft Abt. Innenpolitik, Vergleichende Politik (Seilergraben 53, 8001 Zürich, Schweiz); Universität Bern, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Département Sozialwissenschaften Institut für Politikwissenschaft (Unitobler, Lerchenweg 36, 3000 Bern, Schweiz)

[163-L] Lang, Sabine; Sauer, Birgit:

"Doris ihr'n Mann seine Partei": die Reduktion von Frauen- auf Familienpolitik im bundesdeutschen Wahlkampf 2002, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft., Jg. 32/2003, H. 4, S. 429-441 (Standort: UuStB Köln(38)-XE00150; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Die Rhetorik im deutschen Bundestagswahlkampf 2002 wurde entscheidend vom Schlagwort 'Familie' geprägt, während Frauen- und Gleichstellungspolitik eine nur marginale Rolle spielten. Die Studie fragt nach den Ursachen der Engführung von Frauen- auf Familienpolitik im Wahlkampf. Die Analyse programmatischer Aussagen der fünf großen bundesdeutschen Parteien, der Arbeit der Wahlkampfzentralen sowie der Presseberichterstattung im Vorfeld der Wahlen zeigt, dass die Refamiliarisierung der geschlechterpolitischen Debatte im

Bundestagswahlkampf 2002 entscheidend von den maskulin geprägten Wahlkampfstäben getragen wurde. Ihr mangelndes geschlechterpolitisches Differenzierungsvermögen sowie die Forderung nach Plakativität und medialer Dramatisierung formten aus frauen- und familienpolitischen Themen ein Amalgam, in dem Frauen vornehmlich als Mütter angerufen wurden und Väter unsichtbar blieben. Gleichstellungspolitisch brisante Themen wurden so nicht nur dethematisiert, sondern auch delegitimiert. Die bundesdeutschen Medien be- und verstärkten durch ihren routinisierten Indexierungshabitus die Dethematisierung von Frauenpolitik." (Autorenreferat)

[164-L] Norpoth, Helmut; Gschwend, Thomas:

Mit Rot-Grün ins Schwarze getroffen: Prognosemodell besteht Feuertaufe, (Arbeitspapiere / Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung, Nr. 75), Mannheim 2004, 15 S. (Standort: UuStB Köln(38)-20040106424; Graue Literatur;
URL: <http://www.mzes.uni-mannheim.de/publications/wp/wp-75.pdf>)

INHALT: "Dieser Beitrag evaluiert unser Wahlprognosemodell, das im Bundestagswahlkampf 2002 erstmalig einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Die Regierungsparteien, so die zuerst von dpa am 23. Juni verbreitete und am 24. August bestätigte Prognose, würden insgesamt einen Stimmenanteil von 47.1 Prozent erringen. Heute wissen wir, dass wir damit voll ins Schwarze getroffen haben. Wie gut hat sich das Prognosemodell im Verlauf des Wahljahrs bewährt? Wie genau trifft das Prognosemodell die Ergebnisse anderer Bundestagswahlen? In diesem Beitrag versuchen wir Antworten auf diese Fragen zu liefern. Daneben stellen wir die unter Einschluss des Ergebnisses von 2002 neu geschätzte Prognosegleichung für 2006 vor und formulieren bedingte Prognosen für den Ausgang der kommenden Bundestagswahl, in Abhängigkeit von dem zu erwartenden Stand unserer Vorhersagevariablen." (Autorenreferat)

[165-L] Palentien, Christian:

Gesellschaftspolitische Beteiligung, Partizipation und Sozialisation im Jugendalter, in: Deutsche Jugend: Zeitschrift für Jugendfragen und Jugendarbeit : Zeitschrift für Jugendfragen und Jugendarbeit, Jg. 51/2003, H. 10, S. 432-437

INHALT: Nicht nur im Bereich der Freiwilligenorganisationen und des Ehrenamts, auch um die politische Partizipation von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen rankt sich eine heftige Debatte ob der Frage, welche Beteiligungsmöglichkeiten der jüngeren Generation heute eingeräumt werden sollen. Der Autor skizziert in diesem Beitrag die Lage der Beteiligung der nachwachsenden Generation am gesellschaftlichen Geschehen, mit ihrer Distanz bezüglich traditioneller Institutionen und Organisationen, aber auch mit ihrem Interesse an gesellschaftlichen Themen in Form eher punktueller, die Wirklichkeit direkt angehender Aktivitäten. Außerdem reflektiert der Autor den Zusammenhang von Partizipation und Sozialisation und kommt zu dem Schluss, dass in der Debatte um die Partizipation von Jugendlichen Befunde der Sozialisationsforschung bislang zu wenig beachtet worden sind und dass sich Partizipation mehr auf den Prozess der Entwicklung junger Menschen konzentrieren sollte. (DJI/Sd)

[166-L] Pappi, Franz Urban; Shikano, Susumu:

Ideologische Signale in den Wahlprogrammen der deutschen Bundestagsparteien 1980 bis 2002, (Arbeitspapiere / Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung, Nr. 76), Mannheim 2004, 28 S. (Standort: UuStB Köln(38)-20040106425; Graue Literatur;
URL: <http://www.mzes.uni-mannheim.de/publications/wp/wp-76.pdf>)

INHALT: "Die Wahlprogramme der Parteien stellen Politikangebote an die Wähler dar. Es sind die Policypakete, zwischen denen die Bürger alle vier Jahre entscheiden können. In diesem Beitrag beantworten wir die Frage, inwieweit man aus den Wahlprogrammen Information über die ideologischen Richtungen herauslesen kann, die von den einzelnen Parteien vertreten werden. Hierfür treffen wir eine wichtige Vorentscheidung: Wir analysieren die Parteipositionen für den Bereich der Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik getrennt vom Bereich der Innen-, Rechts- und Gesellschaftspolitik. Wir erwarten nämlich für das deutsche Parteiensystem eine zweidimensionale Konfliktstruktur, die Laver/ Hunt als Benelux-Konstellation bezeichnen. Der untersuchte Zeitraum reicht von 1980 bis 2002, in dem zwei Regierungswechsel und zwei Eintritte neuer Parteien ins Parteiensystem stattfanden. Unsere empirische Analyse, die die Faktorenanalyse auf die Daten aus dem Comparative-Manifesto-Projekt anwendet, weist für beide Politikfelder zwei latente Dimensionen nach. Der erste Faktor erfasst die zeitspezifischen Gemeinsamkeiten der Wahlprogramme und der zweite Faktor erfasst die ideologischen Unterschiede der Parteien." (Autorenreferat)

[167-L] Plasser, Fritz; Ulram, Peter A. (Hrsg.):

Wahlverhalten in Bewegung: Analysen zur Nationalratswahl 2002, (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung, Bd. 28), Wien: WUV-Univ.-Verl. 2003, 232 S., ISBN: 3-85114-754-5 (Standort: UB Duisburg(464)-01PDGE1883)

INHALT: "Der vorliegende Band vereinigt Beiträge, die den Erdrutschcharakter der Nationalratswahlen 2002 aus unterschiedlichen analytischen und methodischen Perspektiven auszu-leuchten versuchen. Der erste Beitrag zeichnet die strategischen Generallinien des Nationalratswahlkampfes wie die Dynamik der Entscheidungsfindung der österreichischen Wählerinnen und Wähler nach. Analytischer Schwerpunkt dieses Beitrags sind die ORF-Wählkonfrontationen und der funktionale Nutzen wie Einfluss der Fernsehdiskussionen zwischen den Spitzenkandidaten auf Wahlverhalten und Wahlentscheidung. Auch der zweite Beitrag konzentriert sich auf die massenmediale Politikvermittlung. Auf Basis umfangreicher inhaltsanalytischer Untersuchungen werden die Karrieren einzelner Themen, die redaktionelle Aufmerksamkeit für inhaltliche Streitfragen wie die Muster der tagesaktuellen Wahlkampfberichterstattung, der Personalisierungsgrad der Berichterstattung und deren Präferenz für metapolitische Themen wie Wahlkampfstrategien und flüchtige demoskopische Meinungsbilder analysiert. Im dritten Beitrag wird zunächst die steigende Mobilität und Volatilität im österreichischen Wahlverhalten im Langzeitvergleich nachgezeichnet. Traditionelle Determinanten des Wahlverhaltens werden dabei ebenso untersucht wie neue Konfliktlinien, die Neuausrichtung des Wahlverhaltens einzelner Berufsgruppen, die Ausweitung der Geschlechterspaltung und Generationskluft und die Personalisierung der Wahlentscheidung. Auf Basis von Aggregatdaten und multivariater ökologischer Wählerstromanalysen bietet der abschließende Beitrag Einblicke in Wählerströme und Wählerwanderungen bei der Nationalratswahl 2002, die den tatsächlichen Erdrutschcharakter dieses Wahlereignisses mit- und nachvollziehbar machen." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Teil I: Wahlkampf und Massenmedien: Fritz

Plasser, Peter A. Ulram und Franz Sommer: Kampagnedynamik, Mediahypes und Einfluss der TV-Konfrontationen 2002 (19-53); Günther Pallaver und Clemens Pig: Medienzentrierter Wahlkampf: Themen und Kandidaten in der Wahlkampfberichterstattung 2002 (55-93). Teil II: Wahlverhalten und Wählerwanderungen: Fritz Plasser, Peter A. Ulram und Gilg Seeber: Erdrutschwahlen: Momentum, Motive und neue Muster im Wahlverhalten (97-157); Christoph Hofinger, Günther Ogris und Eva Thalhammer: Der Jahrhundertstrom: Wahlkampfverlauf, Wahlmotive und Wählerströme im Kontext der Nationalratswahl 2002 (159-190). Teil III: Datenanhang (193-226).

[168-F] Quiring, Oliver, Dipl.-Soz.Wiss. (Bearbeitung); Schulz, Winfried, Prof.Dr. (Betreuung):
Wirtschaftsberichterstattung und Wählen

INHALT: Sowohl wahlsoziologische wie auch politikwissenschaftliche und politökonomische Modelle und Analysen legen einen Einfluss der ökonomischen Lage auf die Wahlentscheidung der Bevölkerung nahe, kommen aber im einzelnen zu sehr verschiedenen Einschätzungen hinsichtlich der Stärke und Richtung dieses Einflusses. Vergleichbares gilt für die Betrachtung des Zuspruches, den verschiedene Parteien und Politiker während der laufenden Legislaturperiode erhalten. Im Rahmen des Projektes soll geklärt werden, welchen Erklärungsbeitrag die von den Medien vermittelte Wirtschaftslage auf das Wahlverhalten bzw. die Popularität einzelner Parteien und politischer Akteure hat.

METHODE: Inhaltsanalyse der ökonomisch relevanten Berichterstattung einflussreicher deutscher Medien; Sekundäranalyse amtlicher Wirtschaftsstatistiken und Bevölkerungsumfragen zu politischen Themen *DATENGEWINNUNG:* Sekundäranalyse von Aggregatdaten (Herkunft der Daten: FORSA BUS 1994-1998, Daten des Statistischen Bundesamts). Sekundäranalyse von Inhaltsanalysedaten (Inhaltsanalyse des Instituts Medien Tenor).

ART: Dissertation *BEGINN:* 1999-05 *ENDE:* 2003-07 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

INSTITUTION: Universität Erlangen-Nürnberg, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Sozialwissenschaftliches Institut Lehrstuhl Kommunikations- und Politikwissenschaft (Postfach 3931, 90020 Nürnberg)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 089-21809833, e-mail: quiring@ifkw.uni-muenchen.de)

[169-L] Renn, Ortwin:

Die Zunahme von partizipativen Verfahren als Ausdruck eines veränderten Staats- und Gesellschaftsverhältnisses, in: Johann-Dietrich Wörner (Hrsg.): Das Beispiel Frankfurter Flughafen : Mediation und Dialog als institutionelle Chance, Dettelbach: Röhl, 2003, S. 226-240, ISBN: 3-89754-215-3 (Standort: UB Würzburg(20)-M-20.178)

INHALT: Der Verfasser verweist eingangs auf die Legitimationskrise öffentlicher Planung in den 1990er Jahren und das mit dieser Krise in Zusammenhang stehende Phänomen der Politikverdrossenheit. Er formuliert vor diesem Hintergrund Anforderungen an demokratische und faire Planungsverfahren und stellt hierzu ein Modell prozeduraler und substanzieller Fairness im Rahmen eines repräsentativen Steuerungssystems vor. Der Verfasser plädiert für die Einführung neuer diskursiver Formen in den Prozess der politischen Entscheidungsfindung und für gezielte Reformen, die die Anschlussfähigkeit der im Diskurs gewonnenen Ergebnisse an den Strukturrahmen der Politik sicherstellen. (ICE)

[170-F] Römmele, Andrea, PD Dr.; Gibson, Rachel (Bearbeitung); Römmele, Andrea, PD Dr. (Leitung):

Die Rolle neuer IuK-Technologien im Bundestagswahlkampf 2002

INHALT: Welche Rolle spielt das Internet im Bundestagswahlkampf 2002 auf regionaler Ebene? Wie setzen Parteien und Kandidaten das Internet in ihrem Wahlkreis ein? Liegt der Schwerpunkt des Internet-Einsatzes eher auf der Information der Bürger oder werden Aspekte des Dialoges zwischen Bürgern und Parteien bzw. Kandidaten eher in der Vordergrund gestellt? Es ist das Ziel der Studie, Unterschiede und Gemeinsamkeiten des Internet-Einsatzes der Parteien herauszuarbeiten und mit den zentralen Ergebnissen der Parteienforschung zu verbinden. *ZEITRAUM:* 2002 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

METHODE: Inhaltsanalyse; Umfragen; Wahlkreisstatistik

VERÖFFENTLICHUNGEN: Römmele, Andrea; Gibson, Rachel; Ward, Stephen (eds.): Electronic democracy? Mobilisation, participation and organisation via new ICTs. ECPR Studies in European Political Science. London 2004.+++Dies. (eds.): Schwerpunktheft "Party politics on the net". Party Politics, No. 9, 1. London 2003.+++Römmele, Andrea: Elitenrekrutierung und die Qualität politischer Führung. in: Zeitschrift für Politik, 2004.+++Römmele, Andrea; Hoffmann, Anja; Jucknat, Kim; Wackershauser, Jochen: Journalisten fragen, Politiker antworten? Eine Inhaltsanalyse der TV-Debatten im Bundestagswahlkampf 2002. in: Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZPARL), 2004, H. 2, S. 219-228.+++Römmele, Andrea; Gibson, Rachel; Ward, Stephen: German parties and internet campaigning in the 2002 federal election. in: German Politics, 12, 2003, No. 1, pp. 79-104.+++Römmele, Andrea; Gibson, Rachel; Ward, Stephen; Lusoli, Wainer: Representative democracy and the internet. in: Gibson, Rachel; Römmele, Andrea; Ward, Stephen (eds.): Electronic democracy. Mobilisation, organisation and participation via new ICTs. London 2004, pp. 1-16.+++Römmele, Andrea; Gibson, Rachel; Ward, Stephen: The future of representative democracy in the digital era. in: Gibson, Rachel; Römmele, Andrea; Ward, Stephen (eds.): Electronic democracy. Mobilisation, participation and organisation via new ICTs. London 2004, pp. 194-200.+++Römmele, Andrea: Parteien und Wahlkämpfe - gestern, heute, morgen. in: Machnig, Matthias (Hrsg.): Politik - Medien - Wähler. Opladen 2002, S. 97-106.+++Römmele, Andrea; Falter, Jürgen: Professionalisierung bundesdeutscher Wahlkämpfe, oder: Wie amerikanisch kann es werden? in: Berg, Thomas (Hrsg.): Moderner Wahlkampf. Blick hinter die Kulissen. Opladen 2002, S. 49-64.

ART: Eigenprojekt *BEGINN:* 2002-01 *ENDE:* 2004-12 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Institution

INSTITUTION: Universität Mannheim, Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung - MZES- Arbeitsbereich B Die politischen Systeme Europas und ihre Integration (68131 Mannheim)

KONTAKT: Leiterin (Tel. 0621-181-2855, Fax: 0621-181-2845, e-mail: Andrea.Roemmele@mzes.uni-mannheim.de)

[171-F] Römmele, Andrea, PD Dr.; Woywode, Michael, Prof.Dr. (Bearbeitung); Römmele, Andrea, PD Dr. (Leitung):

Innovative Organisationsformen? Der Beitrag neuer IuK-Technologien zur Innovationsfähigkeit von politischen und kommerziellen Organisationen

INHALT: Das interdisziplinäre Forschungsprojekt untersucht wie einerseits politische, andererseits kommerziell ausgerichtete Organisationen neue IuK-Technologien nutzen und ob da-

durch die Entwicklung innovativer Organisationsformen angeregt wird. Während im Hinblick auf den Einsatz von IuK-Technologien bisher für die Politik vor allem die Außenbeziehungen von Parteien zu Wählern und Bürgern erforscht werden, liegt der bisherige Schwerpunkt bei den Unternehmen auf der innerorganisatorischen Nutzung der IuK. *GEOGRAPHISCHER RAUM*: Bundesrepublik Deutschland

METHODE: Sekundäranalysen; Web-Statistiken; Interviews

VERÖFFENTLICHUNGEN: Römmele, Andrea; Gibson, Rachel; Ward, Stephen (eds.): Electronic democracy? Mobilisation, participation and organisation via new ICTs. ECPR Studies in European Political Science. London 2004.+++Dies. (eds.): Schwerpunktheft "Party politics on the net". Party Politics, No. 9, 1. London 2003.+++Römmele, A.: Elitenrekrutierung und die Qualität politischer Führung. in: Zeitschrift für Politik, 2004.+++Römmele, Andrea; Hoffmann, Anja; Jucknat, Kim; Wackershauser, Jochen: Journalisten fragen, Politiker antworten? Eine Inhaltsanalyse der TV-Debatten im Bundestagswahlkampf 2002. in: Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZPARL), 2004, H. 2, S. 219-228.+++Römmele, Andrea; Gibson, Rachel; Ward, Stephen: German parties and internet campaigning in the 2002 federal election. in: German Politics, 12, 2003, No. 1, pp. 79-104.+++Römmele, Andrea: Political parties, party communication and new information and communication technologies. in: Party Politics, 9, 2003, No. 1, pp. 7-20.+++Römmele, Andrea; Gibson, Rachel; Ward, Stephen; Lusoli, Wainer: Representative democracy and the internet. in: Gibson, Rachel; Römmele, Andrea; Ward, Stephen (eds.): Electronic democracy. Mobilisation, organisation and participation via new ICTs. London 2004, pp. 1-16.+++Römmele, Andrea; Gibson, Rachel; Ward, Stephen: The future of representative democracy in the digital era. in: Gibson, Rachel; Römmele, Andrea; Ward, Stephen (eds.): Electronic democracy. Mobilisation, participation and organisation via new ICTs. London 2004, pp. 194-200. *ARBEITSPAPIERE*: Gibson, Rachel; Römmele, Andrea: Regional web campaigning in the 2002 German federal election. Paper prepared for the Annual Conference of the American Political Science Association, Aug. 2003, 41 p. Download: http://www.mzes.uni-mannheim.de/publications/papers/AR_web_campaigning.pdf.

ART: gefördert *BEGINN*: 2002-01 *ENDE*: 2004-12 *AUFTRAGGEBER*: keine Angabe *FINANZIERER*: Volkswagen Stiftung

INSTITUTION: Universität Mannheim, Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung - MZES- Arbeitsbereich B Die politischen Systeme Europas und ihre Integration (68131 Mannheim); Technische Hochschule Aachen, FB 08 Fak. für Wirtschaftswissenschaften, Lehrstuhl für Internationales Management (Ahornstr. 55, 52056 Aachen)

KONTAKT: Leiterin (Tel. 0621-181-2855, Fax: 0621-181-2845, e-mail: Andrea.Roemmele@mzes.uni-mannheim.de)

[172-L] Schicha, Christian:

Die Theatralität der politischen Kommunikation: Medieninszenierungen am Beispiel des Bundestagswahlkampfes 2002, (Schriftenreihe der Business and Information Technology School, Bd. 1), Münster: Lit Verl. 2003, II, 127 S., ISBN: 3-8258-7027-8 (Standort: SUB Bremen(46)-PUZ872.5-2AN364)

INHALT: "Die Aufgabe der Wahlkampfkommunikation liegt darin, den Menschen einen vergleichenden Zugang zu den konkurrierenden Positionen der um die Wählergunst ringenden politischen Parteien zu ermöglichen. In der Praxis wird jedoch beklagt, dass im Wahlkampf weniger die inhaltlichen Debatten um die politischen Problemlösungskonzepte der Parteien im

Vordergrund stehen als vielmehr an die Emotionen der Bürgerinnen und Bürger appelliert wird, indem komplexe Sachverhalte im Rahmen der Wählermobilisierung durch spezifische Inszenierungen wie der Personalisierung und Visualisierung vereinfacht werden. Insgesamt wird die politische Angemessenheit derartiger Strategien in der Studie am Beispiel des Bundestagswahlkampfes 2002 untersucht." (Autorenreferat)

[173-F] Schmitt, Hermann, PD Dr.; Wüst, Andreas M., Dr. (Bearbeitung); Schmitt, Hermann, PD Dr.; Wüst, Andreas M., Dr. (Leitung):

Befragung der Direktkandidaten zur Bundestagswahl 2002 (Deutsche Kandidatenstudie)

INHALT: Von November 2002 bis März 2003 wurden die Direktkandidaten zur Bundestagswahl 2002 der im Bundestag vertretenen Parteien schriftlich befragt. 51% der Direktkandidaten nahmen an der Umfrage teil. Die Befragung ist Bestandteil eines international-vergleichenden Forschungsprojekts. Weitgehend identische Fragebögen wurden in Australien, Neuseeland, Großbritannien und den Niederlanden von den Kandidaten nationaler Parlamentswahlen ausgefüllt. In all diesen Ländern wurde ein Teil der Fragen auch in repräsentativen Bevölkerungsumfragen erhoben, so dass sowohl Vergleiche zwischen Ländern als auch zwischen Kandidaten und der wahlberechtigten Bevölkerung möglich sind. *ZEITRAUM:* November 2002 bis März 2003 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland; Vergleichsanalysen mit den Niederlanden, Neuseeland, Australien und Großbritannien möglich

METHODE: keine Angaben *DATENGewinnung:* Befragung, schriftlich.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Schmitt, Hermann; Wüst, Andreas M.: Direktkandidaten bei der Bundestagswahl 2002: politische Agenda und Links-Rechts-Selbsteinstufung im Vergleich zu den Wählern. in: Brettschneider, Frank; Deth, Jan van; Roller, Edeltraud (Hrsg): Die Bundestagswahl 2002: Analysen der Wahlergebnisse und des Wahlkampfes. Wiesbaden 2004, S. 303-325. *ARBEITSPAPIERE:* Karp, Jeffrey; Schmitt, Hermann; Wüst, Andreas M.: Electoral systems and government arrangements: evaluating preferences of parliamentary candidates in New Zealand and Germany. Annual Conference of the APSA, Philadelphia 2003.+++ chmitt, Hermann; Wüst, Andreas M.: Direktkandidaten bei der Bundestagswahl 2002: politische Agenda und Links-Rechts-Selbsteinstufung im Vergleich zu den Wählern. AK Wahlen der DVPW, "Die Bundestagswahl 2002: Analysen der Wahlergebnisse und des Wahlkampfes", 5./6. Juni 2003.

ART: gefördert *BEGINN:* 2002-01 *ENDE:* 2004-12 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Institution; Amsterdam School of Communication Research (ASCoR)

INSTITUTION: Universität Mannheim, Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung - MZES- Arbeitsbereich B Die politischen Systeme Europas und ihre Integration (68131 Mannheim)

KONTAKT: Schmitt, Hermann (Dr. Tel. 0621-181-2876 od. -2881, Fax: 0621-181-2845, e-mail: Hermann.Schmitt@mzes.uni-mannheim.de); Wüst, Andreas M. (Dr. Tel. 0621-181-2878, e-mail: Andreas.Wuest@mzes.uni-mannheim.de)

[174-L] Schneider, Maria-Luise:

Zur Rationalität von Volksabstimmungen: der Gentechnikkonflikt im direktdemokratischen Verfahren, Wiesbaden: Westdt. Verl. 2003, 291 S., ISBN: 3-531-14090-6 (Standort: UB Duisburg(464)-01OZL1160)

INHALT: "Die Sympathie für direktdemokratische Verfahren ist in der deutschen Bevölkerung groß, in Politik und Politikwissenschaft gibt es hingegen auch viele kritische Stimmen. Neben Fragen der Vereinbarkeit solcher Verfahren mit der bestehenden Institutionenordnung wird immer wieder das erreichbare Rationalitätsniveau von Abstimmungskampagnen in Zweifel gezogen. Im Hintergrund steht die Angst vor demagogisch oder manipulativ erzeugten Ergebnissen. Können die Medien die Bürger in einer Abstimmungskampagne mit einer Informationsgrundlage versorgen, die gemessen an deliberativen Standards zumindest nicht schlechter, vielleicht sogar besser ist als die politische Information, die sie sonst 'vorgesezt' bekommen? Die explorative Fallstudie gibt erste Hinweise darauf, dass direktdemokratische Verfahren die öffentliche politische Kommunikation positiv beeinflussen können. Die Basis der Untersuchung bildet die vergleichende Analyse einer Volksabstimmung in der Schweiz sowie eines Volksbegehrens in Österreich über Verbote der 'grünen' Gentechnik. Was geschieht, wenn diese umstrittene Technologie in ein direktdemokratisches Verfahren hineingezogen wird? Es zeigt sich zweierlei: Die direkte Demokratie erweist sich als fähig, auch komplexe Themen so zu verarbeiten, dass die Bürger sich orientieren können. Volksabstimmungen sind aber keine 'Joker', wenn es darum geht, technikkritische Einstellungen der Bürger gegen vermeintlich nichtrepräsentative Lobbyinteressen in Anschlag zu bringen." (Autorenreferat)

[175-L] Schön, Harald:

Wählerwandel und Wechselwahl: eine vergleichende Untersuchung, Opladen: Westdt. Verl. 2003, 366 S., ISBN: 3-531-14066-3 (Standort: UB Paderborn(466)-P31OZN1275)

INHALT: "In zahlreichen westlichen Demokratien erodieren langfristige Parteibindungen. Diesem Prozess werden gravierende Folgen für das politische Geschehen zugeschrieben. Der vorliegende Band geht der Frage nach, inwieweit ein solches Dealignment die Wechselwahl verändert: Wechseln infolge dieses Prozesses zwangsläufig mehr Wähler die Partei? Werden die Wechselwähler politisch zusehends kompetenter? Die international vergleichende Analyse am Beispiel der USA, Großbritanniens und der Bundesrepublik Deutschland zeigt, dass die politische Kompetenz der Wechselwähler - verglichen mit jener der Stammwähler - unverändert bleibt. Die Wechselrate steigt in den beiden europäischen Demokratien etwas an, nicht jedoch in den USA. Ein Dealignment verändert somit nicht zwangsläufig, sondern, nur unter bestimmten Bedingungen das Wechselwahlverhalten. Die verbreiteten Vermutungen über zwangsläufige Folgen eines Dealignment scheitern, da sie von zu einfachen Annahmen über das individuelle Wahlverhalten ausgehen." (Autorenreferat)

[176-F] Steidl, Gabriele (Bearbeitung); Stammen, Theo, Prof.Dr. (Betreuung):

Politisches Marketing - amerikanische Ansätze und das Problem ihrer Übertragbarkeit auf Deutschland. Eine kritische Analyse

INHALT: Die Arbeit gliedert sich in drei Teile. Im ersten Teil erfolgt ein kurzer geschichtlicher Überblick über die Entwicklung des Marketings in der Politik. Ergänzend dazu werden einige ausgewählte Definitionen des Politischen Marketings angeführt. Der zweite Teil befasst sich mit dem amerikanischen, marketinggestützten Wahlkampfablauf. Zum leichteren Verständnis sind der gesamte Ablauf der Wahlkampagne und die spezielle Marketingkampagne in mehreren Modellen dargestellt. Im dritten Teil werden die strukturellen und institutionellen Regelungen

von Deutschland und den USA im Vergleich näher untersucht. In einer jeweiligen Zwischenbilanz werden die Unterschiede noch einmal herausgestellt, die eine Übernahme von Wahlkampfmethoden in Deutschland unmöglich machen. Der abschließende Teil setzt sich kritisch mit der amerikanischen Wahlkampfmethodik auseinander. *ZEITRAUM*: 1998-2002 *GEOGRAPHISCHER RAUM*: Bundesrepublik Deutschland, USA

METHODE: deskriptiv; analytisch; qualitativ

ART: Diplom *BEGINN*: 2002-11 *ENDE*: 2003-06 *AUFTRAGGEBER*: nein *FINANZIERER*: Wissenschaftler

INSTITUTION: Hochschule für Politik München (Ludwigstr. 8, 80539 München)

KONTAKT: Grün, Otto (Tel. 089-285018)

[177-L] Svasand, Lars:

Die Hypothese des Gegendrucks: über Einflüsse und Wahlverhalten, in: Stein Ugelvik Larsen, Ekkart Zimmermann (Hrsg.): *Theorien und Methoden in den Sozialwissenschaften*, Opladen: Westdt. Verl., 2003, S. 229-239, ISBN: 3-531-13995-9 (Standort: UuStB Köln(38)-30A1482)

INHALT: Die Hypothese des Gegendrucks ist eine der geläufigsten Erklärungen für die niedrige Wahlbeteiligung und das inkonsistente Wahlverhalten einiger Wählergruppen. Gegendruck ist eine Situation, in welcher der Wähler erstens verschiedene Rollen innehat, die in einigen Fällen miteinander in Konflikt stehen, und zweitens verschiedene Präferenzen verfolgt, die nicht durch die Wahl nur einer verfügbaren Alternative abgedeckt werden können. Die Hypothese des Gegendrucks hat sich nach Einschätzung des Autors für die Erklärung geringer Wahlbeteiligung und für die Frage als bedeutsam erwiesen, warum Personen ihre Entscheidungen verschieben, wenn sie vor zwei Wahlalternativen gestellt sind. In Mehrparteiensystemen mit starker Bindung zwischen den Wählern und Parteien ist die Hypothese des Gegendrucks nur selten als Erklärungsfaktor genutzt worden. Dies kann darauf zurückgeführt werden, dass die Hypothese des Gegendrucks schwierig empirisch zu überprüfen ist. Die Verringerung der Bedeutung sozialer Hintergrundfaktoren als Mittel zum Verständnis politischen Verhaltens hat ferner dazu geführt, den praktischen Wert der Hypothese des Gegendrucks zu mindern, wie der Autor in seinem Einführungsbeitrag zeigt. (ICI2)

[178-L] Swiderek, Thomas:

Kinderpolitik und Partizipation von Kindern: im Spannungsfeld von Vergesellschaftung und der Möglichkeit größerer Selbstbestimmtheit, Mündigkeit und dem Erlernen von Demokratie, (Arbeit - Technik - Organisation - Soziales, Bd. 22), Frankfurt am Main: P. Lang 2003, 263 S., ISBN: 3-631-51341-0 (Standort: FHB Niederrhein Mönchengladbach(829)-Nb11Swid)

INHALT: "Noch vor wenigen Jahren galt die Forderung, Kinder mit dem politischen Geschehen der Gesellschaft zu konfrontieren, pädagogisch, politisch und gesellschaftlich nicht mehr als en vogue. Nach Kinderladenbewegung und Schülerrevolten in den 1970er Jahren und den damit einher gehenden Auffassungen über die Bedeutung politischer Bildung und des Lernens von Demokratie verstummten diese Forderungen fast gänzlich. Warum nun gegenwärtig dieser Geistes-, ja Einstellungswandel, warum "Kinder der Freiheit"? Weshalb glaubt man heute, Kinder wieder früher und unmittelbarer mit gesellschaftspolitischen Themen und Fragen konfrontieren zu können? Warum ist man plötzlich interessiert daran, die Meinungen und

Sichtweisen von Kindern hören und ihnen Beteiligungsrechte einräumen zu wollen; denn jetzt sollen sie mitreden, mitgestalten und sogar selber gestalten." (Autorenreferat)

[179-L] Tänzler, Dirk:

Das Unpolitische als Politikum: Betrachtungen zum Bundestagswahlkampf 2002, in: Jutta Allmendinger (Hrsg.): *Entstaatlichung und soziale Sicherheit* : Verhandlungen des 31. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Leipzig ; Teil 1, Opladen: Leske u. Budrich, 2003, k. A., ISBN: 3-8100-4038-X

INHALT: "Politiker scheinen gegenwärtig in einem Profilierungsdilemma zu stecken. Inhaltlich herrsche zwischen Kanzler Schröder und seinem Herausforderer Stoiber ein hohes Maß an Kongruenz (FAZ vom 10. April 2002). Nach dem Ende der Ideologien verstärkt der Kampf um die Mitte daher notwendigerweise den Kampf um die feinen Unterschiede. Entideologisierung und Versachlichung der Politik führen paradoxerweise zur Aufwertung von Kultur- und Stilfragen beim politischen Personal. Personalisierung ist immer weniger die Verkörperung einer politischen Idee oder Utopie, sondern eine Charismatisierung der Person. Der Faktor Mensch wird im verstärkten Maße zur Profilierung eingesetzt. Diese genuin politische Entwicklung spielt der Medialisierung von Politik in die Hände, sie 'passt' zum Selbstinszenierungszwang (Oevermann) des Fernsehens, das Bourdieu den 'modernen Spiegel des Narziss' nannte und das als zweite Bühne der Politik neben das Parlament tritt - mit einschneidenden Folgen für die politische Ästhetik. Inszenierung war bislang eine analytische Kategorie der wissenschaftlichen Beobachter und wird jetzt unter Mitwirkung von Beratern in reflexiver Weise von der Politik aufgegriffen (Tänzler 2002). Als Prototyp einer auf Medienwirkung berechneten Selbstdarstellung gilt Gerhard Schröder, den die CDU/CSU-Wahlkampfstrategen dann auch als Medienkanzler 'abkanzeln'. Ihrem Kandidaten Stoiber versuchen sie dagegen ein durch Authentizität geprägtes Image zu verleihen. Auf der Basis kontrastierender hermeneutischer Sequenzanalysen werde ich in meinem Beitrag die sich im aktuellen Wahlkampf abzeichnenden Schröderschen und Stoiberschen Imagekonstruktionen als Reaktionen auf einen strukturellen Wandel (Medialisierung, Kampf um die Mitte etc.) des politischen Feldes untersuchen, das mir u.a. durch die doppelte Tendenz eines zunehmend unpolitisch geführten Wahlkampfes zwischen den politischen Kontrahenten einerseits und dem parapolitischen Kampf zwischen apolitischen Beratern und Berufspolitikern andererseits gekennzeichnet zu sein scheint. Schröders Wahlkampfkonzept und Imagekonstruktion, das wird von der CDU/CSU und ihren Beratern offen zugegeben, hat Maßstäbe gesetzt. Menschliche Politik, Synthese von Sach- und Sinnfragen - das war die Botschaft, die Schröder erfolgreich inszeniert hatte (vgl. Raab/Tänzler 2002) und die jetzt überboten werden soll. Die Authentizitätskampagne ist aber auch die Reaktion auf eine besondere Schwierigkeit des Bajuwaren: Er muss sein regional geprägtes Image verändern, um auch den preußischen Erwartungen gerecht werden zu können. Mit der Authentizitätskampagne soll dieser Imagewechsel kaschiert werden. Darin zeigt sich nicht nur der konstruierte Charakter der neuen Stoiberschen Authentizität, sondern auch die Gefahr, der sich der Kandidat mit dieser Themenstellung aussetzt: letztlich als der Oberinszenierer, d.h. Bauernfänger dazustehen. Politikferne Berater haben in Unkenntnis der Gesetze politischer Ästhetik Stoiber womöglich in die Authentizitätsfalle gelockt." (Autorenreferat)

[180-L] Tiefenbach, Paul:

Mit Volksentscheiden zum sanierten Staatshaushalt, in: Blätter für deutsche und internationale Politik., Jg. 49/2004, H. 1, S. 85-94 (Standort: UB Bonn(5)-Z59/69; UuStB Köln(38)-FHM XE00157; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Das Rätssystem von Porto Alegre ebenso wie die Volksentscheide zu Finanzfragen in der Schweiz und in vielen Bundesstaaten der USA sind Beispiele für eine Bürgerbeteiligung in finanziellen Angelegenheiten. Dem steht in Deutschland das Finanztabu bei Volksentscheiden entgegen. Ein Blick auf die Erfahrungen in den USA zeigt, dass diese nicht so negativ sind, wie es in der Öffentlichkeit vielfach dargestellt wird (Beispiel Kalifornien). Für die Schweiz liegen Daten vor, die darauf hindeuten, dass Kantone mit einer hohen Anzahl durchgeführter Finanzabstimmungen eine stärkere Wirtschaftskraft aufweisen als Kantone mit einer geringeren Bürgerbeteiligung in finanziellen Angelegenheiten. Es gibt kein vernünftiges Argument, das gegen ähnlich positive Auswirkungen in den deutschen Bundesländern spräche. (ICE)

[181-L] Weimann, Mike:

Wahlrecht für Kinder: eine Streitschrift, Weinheim: Beltz 2002, 164 S., ISBN: 3-407-56205-5

INHALT: "Jeder Mensch, der wählen möchte, darf, unabhängig von seinem Alter, nicht daran gehindert werden." Das ist die zentrale Forderung, die im Mittelpunkt dieser Streitschrift steht, der sich für ein uneingeschränktes Wahlrecht für Kinder einsetzt. Wer die Abschaffung der Altersgrenze beim Wahlrecht fordert, wirft eine Reihe kritischer Fragen auf: Sind Kinder überhaupt politisch urteilsfähig? Sind sie durch Eltern oder andere Erwachsene leicht manipulierbar? Steht die Forderung nach dem Kinderwahlrecht überhaupt im Einklang mit dem Grundgesetz? In diesem Buch setzt sich der Autor mit diesen kritischen Einwänden auseinander und präsentiert alle Argumente, die für eine entsprechende Änderung des Wahlrechtes sprechen. Den als Alternativen gehandelten Forderungen nach einem Stellvertreterwahlrecht bzw. nach einer partiellen Herabsetzung des Wahlalters auf 16 bzw. 14 Jahre erteilt er eine klare Absage. (DJI/Sd)

6 Politische Einstellungen und politische Bewegungen

[182-L] Bargel, Tino:

Zum Wandel politischer Orientierungen bei Studierenden seit Beginn der 80er Jahre, (Hefte zur Bildungs- und Hochschulforschung, H. 33), Konstanz 2000, II, 31 S. (Standort: HoF Wittenberg, Inst. f. Hochschulforschung-A02-35260; Graue Literatur)

INHALT: "Die beiden in diesem Heft zusammengestellten Referate gehen auf die Frage des "Wandels politischer Orientierungen unter den Studierenden" in unterschiedlicher Weise ein. Das erste Referat aus dem Jahre 1998 behandelt drei Fragenkreise: 1. Was ist aus der politischen Energie und dem Engagement der Studierenden geworden, insbesondere im Hochschulbereich? Wie steht es um ihre frühere Protestbereitschaft? 2. Was sind die kennzeichnenden Konturen des Wandels in den gesellschaftlich-politischen Vorstellungen und Zielen?"

3. Hat es eine Verschiebung in der 'Meinungsführerschaft' gegeben, sowohl hinsichtlich der dominanten Denkmuster als auch hinsichtlich der Akteure auf der politischen Bühne? Das zweite Referat, bereits im Jahre 1994 verfasst, thematisiert die Problematik, inwieweit unter den Studierenden Anhänger und Sympathisanten national-konservativer, rechter Haltungen und Positionen zu finden sind: Wie groß ist ihr Anteil? Wodurch sind sie zu charakterisieren? Welche Einflusschancen haben sie in der Studentenschaft? Die damaligen Ausführungen, Einschätzungen und Folgerungen bleiben nach wie vor gültig, sogar in verstärktem Maße, wenn die weitere Entwicklung zwischen 1995 und 1998 herangezogen wird, Denn in dieser Zeit hat sich das 'rechte Potential' unter den Studierenden vergrößert, sowohl was den engeren Kreis der Anhänger als auch den weiteren Kreis der Sympathisanten und Dulder betrifft. Inhalt: Wandel des politischen Bewusstseins und der Meinungsführerschaft in der Studentenschaft; National-konservativer Gesinnungswandel der Studierenden?" (Autorenreferat)

[183-L] Baus, Ralf Thomas; Wilamowitz-Moellendorff, Ulrich von:

Globalisierungsdebatte III: ATTAC - die neue außerparlamentarische Opposition?, (Arbeitspapier / Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Nr. 124), Sankt Augustin 2004, 60 S., ISBN: 3-937731-08-3 (Graue Literatur;

URL: http://www.kas.de/db_files/dokumente/arbeitspapiere/7_dokument_dok_pdf_4414_1.pdf)

INHALT: Die nichtstaatliche Organisation ATTAC (Association pour une Taxation des Transactions Financieres pour l'Aide aux Citoyens) ist ein Zusammenschluss von Globalisierungskritikern, der in Deutschland mittlerweile auch zu der Sozialpolitik der rot-grünen Regierung Position bezieht. In dem Arbeitspapier blicken nun die Autoren hinter die Kulissen von ATTAC. So umfasst der erste Abschnitt die Entstehungsgeschichte von ATTAC, die als Bewegung in Frankreich und Deutschland ihren Anfang nimmt. Das zweite Kapitel widmet sich den internationalen, entwicklungspolitischen sowie den innerdeutschen sozialpolitischen Zielen der Globalisierungskritiker bzw. -gegner und dem damit einhergehenden Forderungskatalog. Das dritte Kapitel erläutert die Organisationsstruktur von ATTAC, wobei sich die Ausführungen in die Aspekte (1) Selbstverständnis, (2) Organe, (3) Finanzierung und (4) Instrumente gliedern. Es folgt eine Darstellung der wichtigsten Mitgliedsorganisationen und Personen des Netzwerkes. Im fünften Abschnitt kommt es dann zur Beantwortung der Fragen, wer ATTAC dominiert, welche Rolle die Globalisierungskritiker in der deutschen Politik spielen und wie ihre zukünftige Entwicklung einzuschätzen sind. Hierbei wird auf die Dominanz linksextremer Gruppen, den starken Einfluss der Gewerkschaften sowie den rückläufigen Einfluss kirchlicher Gruppen hingewiesen. In einem Fazit merken die Autoren an, dass ATTAC keine Lösungen für die Grundprobleme der Globalisierung anbietet und das Verhältnis zur Gewalt ungeklärt ist. Zudem wird die Organisation als eine diffuse Protestbewegung mit sozialpolitischem Schwerpunkt beschrieben, die nicht als neue APO (außerparlamentarische Opposition) anzusehen ist. (ICG2)

[184-F] Belousov, Alexander (Bearbeitung); Welzel, Chris, Prof.Dr. (Betreuung):

The strength of human rights NGOs in post-communist publics

INHALT: keine Angaben

ART: Dissertation *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

INSTITUTION: International University Bremen -IUB-, School of Humanities and Social Sciences, Professorship Political Science Prof.Dr. Welzel (Postfach 750561, 28725 Bremen)

KONTAKT: Betreuer (Tel. 0421-200-3461, Fax: 0421-200-3303, e-mail: c.welzel@iu-bremen.de)

[185-F] Bemberburg, Ivonne, Dipl.-Päd.; Jelinek, Kai (Bearbeitung); Hitzler, Ronald, Prof.Dr. (Leitung):

Globalisierungsgegner. Eine 'bewegte Szene'

INHALT: Die Fragestellung umfasst zwei Ebenen der Analyse: 1. Organisatorische und institutionelle Strukturen sowie kulturelle Praktiken der Globalisierungskritiker sollen rekonstruiert werden. 2. Die kulturellen Lebens-Welten der Globalisierungskritiker solle rekonstruiert werden. Eine solche Analyse soll fundierte Einschätzungen zur politischen und kulturellen Bedeutung der Globalisierungskritiker erlauben.

METHODE: Das Forschungsprojekt gründet theoretisch einerseits auf der neueren Wissenssoziologie (Schütz, Berger/ Luckmann), andererseits auf Grundlagen aus der Bewegungs- und der (Jugend-)Szenenforschung. Methodisch rekurriert das Projekt auf ethnographische Konzepte. **DATENGEWINNUNG:** Aktenanalyse, offen; Beobachtung, teilnehmend; Qualitatives Interview. Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.

ART: gefördert **BEGINN:** 2003-09 **ENDE:** 2004-08 **AUFTRAGGEBER:** nein **FINANZIERER:** Deutsche Forschungsgemeinschaft

INSTITUTION: Universität Dortmund, FB 12 Erziehungswissenschaft und Soziologie, Institut für Soziologie Lehrstuhl für Allgemeine Soziologie (44221 Dortmund)

KONTAKT: Leiter (Tel./ Fax: 0231-755-2817, e-mail: ronald@hitzler-soziologie.de)

[186-F] Berton, Marina; Abendschön, Simone (Bearbeitung); Deth, Jan W. van, Prof.Dr. (Leitung):

Demokratie Leben Lernen (DLL)

INHALT: Politische Sozialisation beginnt nicht erst im Jugendalter. Entscheidende Impulse zur Entwicklung demokratischer Persönlichkeiten und zivilkultureller Einstellungen finden sehr viel früher statt. Das Forschungsinteresse dieses Projektes konzentriert sich aufgrund dieser Annahme auf sehr junge Kinder. Das Projekt "Demokratie leben lernen (DLL) - politische Sozialisation von Kindern in Familie und Grundschule" beabsichtigt in einem internationalen Vergleich durch eine explorative Vorgehensweise die Involviertheit, das Verständnis und die Grundorientierungen zur Demokratie und zu Europa von 6-7jährigen Kindern zum Zeitpunkt des Schuleintritts zu erforschen. Durch eine gleichzeitige Befragung der Eltern (beide, falls vorhanden), Lehrer und unter Berücksichtigung der Schule allgemein (Klima, soziales Umfeld etc.) soll der Einfluss dieser Sozialisationsagenten/ -instanzen auf die kindliche Involviertheit, Verständnis und Grundorientierungen zur Demokratie und zu Europa herausgefiltert werden. Dazu werden die gleichen Kinder am Anfang und am Ende des ersten Schuljahres befragt. **GEOGRAPHISCHER RAUM:** Westeuropa

METHODE: Tiefeninterviews; Expertenbefragung; schriftliche Befragung. Untersuchungsdesign: Panel

ART: gefördert **BEGINN:** 2000-01 **ENDE:** 2007-12 **AUFTRAGGEBER:** nein **FINANZIERER:** Deutsche Forschungsgemeinschaft

INSTITUTION: Universität Mannheim, Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung - MZES- Arbeitsbereich B Die politischen Systeme Europas und ihre Integration (68131 Mannheim)

KONTAKT: Abendschön, Simone (Tel. 0621-181-2806, Fax: 0621-181-2845, e-mail: Simone.Abendschoen@mzes.uni-mannheim.de); Berton, Marina (Tel. 0621-181-2806, e-mail: Marina.Berton@mzes.uni-mannheim.de)

[187-L] Braun, Sebastian:

Bürgerschaftliches Engagement in Wissenschaft und Politik: eine Standortbestimmung, in: Jürgen Baur, Sebastian Braun (Hrsg.): Integrationsleistungen von Sportvereinen als Freiwilligenorganisationen, Aachen: Meyer & Meyer, 2003, S. 109-137, ISBN: 3-89124-974-8 (Standort: UB Greifswald(9)-ZX6500B35116)

INHALT: "Der folgende Beitrag befasst sich mit einem konstitutiven Merkmal von freiwilligen Vereinigungen: dem freiwilligen Engagement. Allerdings wird in diesem Beitrag ein breiterer Zugang zu dieser Thematik gewählt. Im Zentrum steht eine kritische Bestandsaufnahme der laufenden Diskussion über das bürgerschaftliche, zivilgesellschaftliche, gemeinwohlorientierte, ehrenamtliche oder freiwillige Engagement in Deutschland, das geradezu als Paradebeispiel für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, als Ressource gelebter Solidarität und Prüfstein der inneren Konsistenz des Gemeinwesens gilt. Einerseits werden maßgebliche Diskussionslinien herausgearbeitet, die zum Bedeutungsgewinn des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland beigetragen haben. Andererseits wird die sozialtheoretische Einbettung dieses Engagements in die laufende Diskussion skizziert. Schließlich werden die bislang eher disparaten empirischen Ergebnisse über das bürgerschaftliche Engagement in Deutschland diskutiert." (Autorenreferat)

[188-L] Bucher, Thomas:

Globalisierungsgegner - Akteure auf dem Weg zu einer 'anderen' Politik?, in: Jutta Allmendinger (Hrsg.): Entstaatlichung und soziale Sicherheit : Verhandlungen des 31. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Leipzig ; Teil 1, Opladen: Leske u. Budrich, 2003, k. A., ISBN: 3-8100-4038-X

INHALT: "Seit den Ereignissen am Rande der WTO-Konferenz in Seattle im Herbst 1999 folgen teilnehmer- wie lautstarke Proteste sogenannter 'Globalisierungsgegner' in immer kürzeren Zeitabständen aufeinander. Im selben Zeitraum hat deren zentrales Thema, die (moralisierende) Kritik am globalen 'Neoliberalismus', zunehmend Beachtung in medialen Diskursen gefunden. Zu konstatieren ist - nach den Ereignissen am 11. September des vergangenen Jahres in verstärktem Maße -, dass die 'Globalisierungsgegner' gegenwärtig 'weit oben' auf der Agenda öffentlicher Aufmerksamkeit stehen. Dabei wird in den Medien zumeist ein Bild von den 'Globalisierungsgegnern' gezeichnet, das von der Hoffnung der jeweiligen Autoren auf eine in zweierlei Hinsicht 'neuartige' Kraft geprägt ist: Erstens von der Hoffnung auf eine neuartige politische Kraft, die anhaltend in der Lage sein könnte, die immer häufiger konstatierten Demokratie- und Gerechtigkeitsdefizite im Rahmen transnationaler Politik zu reduzieren oder zumindest nachhaltig zu thematisieren; und zweitens von der Hoffnung auf eine neuartige kulturelle Kraft, in der jugendliches Spaß-Haben, gesellschaftliches Engagement und Medien- (technologische) Kompetenz zu einem neuen 'Zeitgeist' verschmelzen. Tatsächlich

sind die 'Globalisierungsgegner' beispiellos erfolgreich im Hinblick auf die Mobilisierung unterschiedlichster Akteure und globalen Protests. Dabei schöpfen sie nicht nur alle Möglichkeiten aus, die die kommunikationstechnologischen Innovationen der letzten zehn Jahre mit sich gebracht haben, sondern erproben auch neue Organisations- und Artikulationsformen, agieren in heterogenen Kontexten und thematisieren sowohl politische, als auch lebensstilistische Inhalte. Kurz: Die 'Globalisierungsgegner' erweitern das personale, mediale, organisatorische, strategische und inhaltliche Repertoire politischen Agierens und damit die Grenzen der Politik." (Autorenreferat)

[189-L] Butterwegge, Christoph:

Rechtsextremismus im Zeichen der Globalisierung, in: Jutta Allmendinger (Hrsg.): Entstaatlichung und soziale Sicherheit : Verhandlungen des 31. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Leipzig ; Teil 1, Opladen: Leske u. Budrich, 2003, k. A., ISBN: 3-8100-4038-X

INHALT: "Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt nehmen im Zeichen der Globalisierung zu, weil sie als Formen der Ausgrenzung gegenüber ethnischen Minderheiten und Migrant(inn)en fungieren, die aufgrund einer Polarisierung der Weltökonomie sowie einer Pauperisierung und Marginalisierung vieler Millionen Menschen im Süden und Osten für die (potenziellen) Modernisierungsoffer im entwickelten Westen bzw. Norden eine scheinbare Gefahr bilden. Bedingt durch die Globalisierung bzw. neoliberale Modernisierung, tritt neben den völkisch-traditionalistischen, protektionistisch orientierten Abwehernationalismus, der dort überwiegt, wo Schwellenländer ihre Marktöffnung primär mit sozialen Verwerfungen bezahlen, ein Standortnationalismus, welcher als Legitimationsbasis der technologischen Aufrüstung wie der ideologischen bzw. Aufwertung des 'eigenen' Wirtschaftsstandortes dort auftritt, wo Industriestaaten mit Erfolg modernisiert werden. Die rechte Wertetrias, so scheint es, bilden nicht mehr Volk, Nation und Familie, sondern Markt, Profit und Konkurrenzfähigkeit (des Industriestandortes). Der neue Rechtsextremismus bzw. Standortnationalismus kommt - wie bisher noch jede Gefahr für die Demokratie - aus dem Machtzentrum, also nicht von den "Rändern" der Gesellschaft. Durch die Vereinigung ergaben sich für einen liberal-konservativen 'Umbau' von Staat und Gesellschaft hierzulande besonders günstige Rahmenbedingungen: Das Ende der DDR und ihr Beitritt zur Bundesrepublik erlaubten es, Einschnitte in Leistungsgesetze mit den 'finanziellen Lasten der Einheit' zu rechtfertigen und 'Solidarität', einen Schlüsselbegriff der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, im nationalistischen Sinne umzubiegen. Außerdem lag es offenbar für einen Großteil der wirtschaftlichen, politischen und wissenschaftlichen Führungskräfte nahe, das vereinte Deutschland als 'zurückgewonnenen Nationalstaat' und weniger als demokratischen Sozialstaat zu begreifen. Wegen der neoliberalen Hegemonie entstand ein geistiges Klima, das die Gesellschaft nicht durch ein positives Ideal, sondern durch eine reine Negativabgrenzung gegenüber 'den Anderen', seien es Migrant(inn)en (Wohlstandschauvinismus), sozial benachteiligte Einheimische (Sozialdarwinismus) oder ausländische Konkurrenten (Standortnationalismus), zusammenhält." (Autorenreferat)

[190-L] Cohrs, Jan Christopher:

Von konstruktiven Patrioten und schwarzen Schafen: nationale Identifikation und Engagement gegen Fremdenfeindlichkeit, Bielefeld 2004, XI, 307 S. (Graue Literatur;
URL: http://bieson.ub.uni-bielefeld.de/volltexte/2004/500/pdf/Diss_Cohrs.pdf)

INHALT: "In dieser Arbeit wird die Frage untersucht, ob die Identifikation mit Deutschland mit fremdenfreundlichen Einstellungen kompatibel ist und dazu motivieren kann, sich gegen Fremdenfeindlichkeit einzusetzen. Dazu wird auf der Basis psychologischer Forschung zu Formen nationsbezogener Orientierungen ein konfiguratives Modell des konstruktiven Patriotismus entwickelt. Nach diesem Modell sind konstruktive Patrioten Menschen, die sich mit Deutschland identifizieren, die prosoziale und demokratische Werte vertreten und die bereit sind, sich politisch zu engagieren. Inspiriert von der sozialpsychologischen Forschung zum Black-Sheep-Effekt (Marques et al., 1988) wird angenommen, dass konstruktive Patrioten motiviert sind, sich gegen Fremdenfeindlichkeit einzusetzen, weil sie fremdenfeindliche Deutsche als 'schwarze Schafe' ansehen - als Deutsche, die mit ihrem Verhalten gegen identitätsrelevante Normen verstoßen, dadurch die positive Identität der Gruppe der Deutschen bedrohen und somit ein politisches Gegensteuern verlangen. An drei unterschiedlichen Datensätzen wird eine Klassifikation von Personen vorgenommen, die sich durch spezifische Konfigurationen von nationaler Identifikation, politischen Werten und politischer Engagementbereitschaft auszeichnen. In allen drei Studien lassen sich konstruktive Patrioten identifizieren. Sie sind nicht durch ausländerfeindliche, sondern eher durch ausländerfreundliche Einstellungen gekennzeichnet. Die Studien 2 und 3 ermöglichen weitere Analysen. In Studie 2, die auf Daten aus dem Projekt 'Gerechtigkeit als innerdeutsches Problem' basiert, weisen die konstruktiven Patrioten die stärkste Bereitschaft zum Engagement gegen Fremdenfeindlichkeit auf. Dieses Ergebnis ist zum Teil darauf zurückführbar, dass die konstruktiven Patrioten eine stärkere Bedrohung der nationalen Identität durch Fremdenfeindlichkeit wahrnehmen als die anderen Gruppen. In Studie 3, einem Internetexperiment zur Bewertung von Gewalttaten, sind die konstruktiven Patrioten ebenfalls diejenigen, die am negativsten und mit der stärksten Bereitschaft zum Engagement reagieren. Zugleich reagieren alle Befragten besonders stark auf Gewaltvorfälle, in denen die Gewalt von deutschen Tätern ausgeht. Dieser Effekt ist dadurch erklärbar, dass bei deutschen Tätern eine stärkere Bedrohung der nationalen Identität wahrgenommen wird als bei ausländischen Tätern. Entgegen den Erwartungen ist dieser Black-Sheep-Effekt aber bei den konstruktiven Patrioten nicht stärker ausgeprägt als bei den anderen Gruppen. Die Ergebnisse werden so interpretiert, dass nationale Identifikation in einer konstruktiv-patriotischen Form mit Fremdenfreundlichkeit kompatibel ist und die Bereitschaft zum Engagement gegen Fremdenfeindlichkeit fördert. Da nicht-patriotische Menschen aber ebenso wenig oder sogar weniger ausländerfeindlich sein können, kann man nicht den normativen Schluss ziehen, dass die Förderung von Nationalgefühlen von einem demokratischen Standpunkt aus erwünscht ist." (Autorenreferat)

[191-L] Davis, Belinda:

Provokation als Emanzipation: 1968 und die Emotionen, in: Vorgänge: Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik : Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, Jg. 42/2003, H. 4 = H. 164, S. 41-49 (Standort: UuStB Köln(38)-XG2258; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Neuere Studien über die "Neue Linke" in den 1960er Jahren sowie über die nachfolgenden Bewegungen beurteilen, anders als viele frühere Arbeiten, deren Originalität zumeist kritisch-distanziert, gerade was die Formen des Protests angeht. Diese Distanz in den Sozialwissenschaften wird von ehemaligen Protagonisten der Bewegung vielfach geteilt. Gegen diese Sichtweise wendet sich der vorliegende Beitrag. Es stehen jene Merkmale, vor allem des "Provo"-Aktivismus, im Mittelpunkt, die eine positivere Bewertung dieser Protestform

zulassen. Die Autorin zeigt, wie wichtig diese Formen des Aktivismus damals waren, um alte, überholte Grenzen der Öffentlichkeit zu verschieben, die Politik für eine nachhaltige Demokratisierung der Bundesrepublik zu öffnen und am Ende sogar eine Transformation des hergebrachten Verständnisses von Politik und Demokratie zu ermöglichen. Insgesamt versucht der Essay, das kreative Potenzial der damaligen Proteste und Tabubrüche und deren Einfluss auf die politische Kultur der Bundesrepublik zu positiv würdigen. (ICA2)

[192-L] Feiertag, Andreas:

Das neue bürgerliche Lager, Wien: Molden 2003, 208 S., ISBN: 3-85485-074-3

INHALT: Das bürgerliche Lager wird einerseits als spießig verspottet, andererseits von mehreren politischen Parteien umworben wie nie. Was Bürgertum und Bürgerlichkeit - jenseits von Parteipräferenzen - im heutigen Österreich sind und sein können, beleuchtet die Arbeit aus unterschiedlichen Perspektiven. Neben einem Rückblick auf dessen (keineswegs immer nur rühmliche) historische Wurzeln rollt der Autor das Thema von zentralen Merkmalen des Bürgertums wie beispielsweise Liberalismus oder Nationalismus her auf. Ergänzend wurden Interviews mit bekannten Persönlichkeiten unterschiedlicher politischer Couleur (u. a. Susanne Riess-Passer und Caspar Einem) über deren Verständnis des Bürgerlichen in den Text eingearbeitet. (ZPol, Leske u. Budrich)

[193-L] Filzmaier, Peter; Ingruber, Daniela:

Politische Bildung in Österreich: Erfahrungen und Perspektiven eines Evaluationsprozesses, Innsbruck: Studien-Verl. 2001, 135 S., ISBN: 3-7065-1540-7 (Standort: UB Kiel(8)-Aw-5308)

INHALT: Die Verfasser geben einleitend einen Überblick über politische Bildungsarbeit in Österreich und politische Bildung im Schulwesen. Vor diesem Hintergrund werden Ergebnisse einer Evaluationsstudie des Universitätslehrgangs Politische Bildung/Master of Advanced Studies (Civic Education) vorgelegt, für die 255 Teilnehmer dieses Bildungsgangs befragt wurden. Im Mittelpunkt stehen dabei die folgenden Themenbereiche: (1) Erfassung ausgewählter Fortbildungsveranstaltungen; (2) Teilnehmerstruktur; (3) Zielsetzungen und Selbstverständnis von Kursleitern und Referenten in der politischen Bildung; (4) inhaltliche und didaktische Akzeptanz von Lehrveranstaltungen; (5) Determinanten des Fortbildungsinteresses; (6) politisches Informationsverhalten der Teilnehmer außerhalb von Bildungsveranstaltungen. (ICE)

[194-L] Frankenberg, Günter:

Ambivalenzen zivilgesellschaftlicher Praxis im transnationalen Kontext, in: Kritische Justiz., Jg. 37/2004, H. 1, S. 21-36 (Standort: UuStB Köln(38)-XF126; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Um die Zivilgesellschaft ist es im nationalen Kontext still geworden. Ihre Protestbewegungen scheinen sich, gleichsam im Vorruhestand, der bewegten 80er Jahre nurmehr zu erinnern. Ihre Theoretiker haben, was zu analysieren und zu kritisieren war, erledigt. Wie so oft trägt der Schein. Denn andernorts werden heftige Gefechte ausgetragen. Bürgerproteste sind, nebst ihren Kommentatoren, hochgewandert ins Supra- und Transnationale. Als Zulieferer der Geheimnis umwobenen Komitologie, jenes Netzwerks von Ausschüssen der EU mit

beratender Funktion, und als Heilsbringer in der globalisierten Welt von UNO, G7, WTO, IMF und Weltbank halten sich zivilgesellschaftliche Assoziationen wie Attac, Greenpeace, Amnesty International, Friends of the Earth etc. im Gespräch und in Bewegung." (Autorenreferat)

[195-F] Friedl, Marlis (Bearbeitung); Weidenfeld, Werner, Prof.Dr.Dr.h.c.; Fänderl, Wolfgang, M.A. (Leitung):

Erziehung zu Gemeinsinn und Gemeinschaftsfähigkeit (Projekt Gemeinsinn)

INHALT: Fragestellungen: Was hält demokratische Gesellschaften trotz ihrer Vielfalt zusammen?

Warum engagieren sich Menschen freiwillig für andere? Welche Bildungsprogramme fördern Gemeinsinn und Gemeinschaftsfähigkeit? So lauten die Kernfragen unseres gleichnamigen Projekts, auf die wir für die Multiplikatorenarbeit nach tragfähigen Antworten und praktischen Ansätzen suchen. Gesellschaftlicher Hintergrund: Individualisierung und Pluralisierung haben die soziale, kulturelle und politische Wirklichkeit moderner Gesellschaften verändert. Dem Gewinn an Autonomie und Wahlmöglichkeiten für den Einzelnen steht die Auflösung traditioneller Bindungen und sozialer Milieus gegenüber, in denen lange Zeit Gemeinsinn erfahren und Gemeinschaftsfähigkeit erlernt werden konnte. Die pflichtorientierte Moral ist von einer Moral der Selbstentfaltung abgelöst worden, und insbesondere konventionelle Forschungsansätze, Bildungseinrichtungen und ehrenamtliche Angebote beklagen einen Trend der gesellschaftlichen Vereinzelung und Entsolidarisierung. Empirische Studien belegen jedoch, dass eine Vielzahl neuer Initiativen zur Förderung von Gemeinsinn entstanden sind, und sich vor allem junge Leute überdurchschnittlich an Stellen engagieren, wo es für sie Sinn macht, sie ernst genommen und beteiligt werden. Bei dieser persönlichen Motivation zu freiwilligem Engagement setzen auch unsere Bildungsprogramme an. Projektrahmen: Das Bildungsprojekt Gemeinsinn entstand im Juli 2000 als Kooperationsprojekt der Bertelsmann-Stiftung mit dem C.A.P, und hat eine Laufzeit von vier Jahren. Folgende Projektschritte sind dabei vorgesehen: Expertenaustausch und konzeptionelle Überlegungen; internationale Recherche; Entwicklung und Erprobung adaptierter und eigener Programme; Veröffentlichung und Einführung der Programme auf dem deutschen Bildungsmarkt; Aufbau von Multiplikatoren-Fortbildung und -Weitervermittlung; internationaler Austausch und mögliche Vernetzung von Gemeinsinn-Projekten. Zu diesem Zweck stehen die Projektbearbeiter weltweit in Kontakt mit Bildungseinrichtungen und Gemeinsinn-Initiativen, unternehmen Forschungsreisen und Erfahrungsaustausch, koordinieren Expertentagungen und Modellprojekte, und befinden sich im Aufbau einer Gemeinsinn-Projekt-Datenbank. Zielsetzungen: Es sollen Erfahrungsräume geschaffen werden, in denen interdisziplinär, interkulturell und generationsübergreifend Gemeinsinn entstehen kann. Dazu werden die Bildungskriterien auf drei Ebenen definiert: 1. soziales Bewusstsein (Gemeinsinn): reflektiertes Zusammengehörigkeitsgefühl, das auf Selbst- und Mitverantwortung basiert; 2. soziale Fähigkeiten (Gemeinschaftsfähigkeit): Kompetenzen, die helfen konstruktiv miteinander in Beziehung zu treten und Gemeinschaft zu gestalten; 3. soziales Engagement (Beteiligung): Handlungen, die über das private und aktuelle Interesse hinausgehen und ein verbessertes Zusammenleben ermöglichen. Die adaptierten und entwickelten Bildungsprogramme müssen beteiligen, inspirieren und motivieren, innovativ, effektiv und praktikabel sein. Bildung sehen wir dabei als gemeinsamen Prozess des Austauschs und Aufbaus von sozialen Ressourcen mit der Chance zur Weiterentwicklung aller Beteiligten. Die Zielgruppe sind Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in Bildung, Wissenschaft, Medien, Politik und Wirtschaft, und damit auch die Experten No. 1, die Jugendli-

chen selbst. (S. auch: <http://cap.uni-muenchen.de/bertelsmann/gemeinsinn.htm> und <http://www.projekt-gemeinsinn.net>).

VERÖFFENTLICHUNGEN: Fänderl, W. (Hrsg.): Beteiligung übers Reden hinaus. Baukasten Gemeinsinn-Werkstatt. Materialien für die Prozessbegleitung bei Netzwerk-Entwicklung. Gütersloh: Verl. Bertelsmann Stiftung 2003, ca. 150 S. ISBN 3-89204-716-2.+++Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Jugendliche als Partizipationslotsen. Ein Trainingsprogramm zur "Technology of Participation" des Institute of Cultural Affairs (ICA) in Adaption für Schule und Jugendarbeit. Praxishandbuch für alle, die mit Jugendlichen arbeiten. Gütersloh: Verl. Bertelsmann Stiftung 2004, ca. 150 S. ISBN 3-89204-717-0 (im Erscheinen). *ARBEITSPAPIERE:* Workshop-Dokumentation.+++Diskussionspapier zum Projekt.

ART: gefördert *BEGINN:* 2000-07 *ENDE:* 2004-06 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Bertelsmann Stiftung

INSTITUTION: Universität München, Sozialwissenschaftliche Fakultät, Centrum für angewandte Politikforschung -C.A.P- Bertelsmann Forschungsgruppe Politik (Maria-Theresia-Str. 21, 81675 München)

KONTAKT: Projekt (Tel. 089-2180-1321, Fax: 089-2180-1329, e-mail: info@projekt-gemeinsinn.net; <http://www.projekt-gemeinsinn.net>)

[196-L] Gstettner, Peter:

"...wo alle Macht vom Volk ausgeht": eine nachhaltige Verhinderung ; zur Mikropolitik rund um den "Ortstafelsturm" in Kärnten, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 33/2004, H. 1, S. 81-94 (Standort: UuStB Köln(38)-XE00150; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Im Herbst 1972 erschütterte der 'Ortstafelsturm' die politische Landschaft Österreichs. Anlass war die Aufstellung deutsch- und slowenischsprachiger Ortstafeln in Südkärnten. Zuvor war im Wiener Parlament mit Stimmenmehrheit der sozialdemokratischen Partei ein Gesetz über die topografischen Aufschriften beschlossen worden. In Kärnten gingen radikale deutschnationale 'Heimatschützer' auf die Straße, um die aufgestellten zweisprachigen Ortstafeln gewaltsam zu entfernen. Ein Großaufgebot von Gendarmerie konnte gerade noch verhindern, dass es zu größeren Ausschreitungen kam. Der Terror der Straße endete erst, als die Regierung bereit war, auf die Neuaufstellung der Ortstafeln zu verzichten und eine Novellierung des Gesetzes vorzunehmen. Eine konkrete Analyse des Geschehens, die hier erstmals anhand von Archiv- und Aktenmaterial durchgeführt wird, kann zeigen, wie minderheitenfeindliche Agitation das staatliche Handeln bis zur Einschränkung von demokratischen Rechten deformieren kann. Dies erklärt auch, weshalb der Staatsvertrag von 1955 in Kärnten bis heute nicht voll erfüllt ist." (Autorenreferat)

[197-L] Hasenöhr, Ute:

Zivilgesellschaft und ziviler Ungehorsam: begrenzte Regelverletzungen und Gewaltfreiheit in der bundesdeutschen Anti-AKW-Bewegung, in: Dieter Gosewinkel, Dieter Rucht, Wolfgang van den Daele, Jürgen Kocka (Hrsg.): WZB-Jahrbuch 2003 : Zivilgesellschaft - national und transnational, Berlin: Ed. Sigma, 2004, S. 83-102, ISBN: 3-89404-299-0 (Standort: UB Bonn(5)-2004-870)

INHALT: "Die Zivilgesellschaft, so eine fast durchgängige Botschaft der Beiträge dieses Bandes, ist immer auch eine von Konflikten gezeichnete Gesellschaft. Ihre zivilgesellschaftliche Qualität bemisst sich nicht zuletzt daran, wie Konflikte ausgetragen werden. In diesem Zusammenhang ist die Handlungsform des zivilen Ungehorsams von besonderem theoretischen und praktischen Interesse, beinhaltet sie doch einerseits eine bewusste Regelverletzung, eine Verletzung des Legalitätsgebots im Namen einer als höherrangig proklamierten Legitimität des Aktionsziels, andererseits aber auch eine strikte Selbstdisziplin der Akteure, die Gewaltverzicht üben und einer Reihe besonderer Bedingungen ihres Handelns zu genügen suchen. Ute Hasenöhrle behandelt diese Problematik am Beispiel der bundesdeutschen Anti-Atomkraftbewegung der 1960/70er Jahre. Sie stützt sich dabei sowohl auf die konkrete Protestpraxis als auch auf die damit einhergehenden internen Debatten um Gewalt und zivilen Ungehorsam. Zudem werden gesellschaftliche Reaktionen auf die Protestpraxis einbezogen. In ihrem Fazit stellt die Autorin u.a. fest, dass ziviler Ungehorsam weithin praktiziert wurde und, im Unterschied zur (ebenfalls praktizierten) Gewalt, innerhalb der Anti-Atomkraftbewegung kaum umstritten war. In Einzelfällen habe sich ziviler Ungehorsam als eine effektive, Aufmerksamkeit erzeugende Aktionsform bewährt. Die verbreitete Ansicht, ziviler Ungehorsam sei eine Vorstufe zur Gewalt, erhöhe die Gewaltbereitschaft und untergrabe das Rechtsbewusstsein, wird von der Verfasserin zurückgewiesen. Ziviler Ungehorsam genüge den normativen Anforderungen der Zivilgesellschaft. Er sei auch keine mit der Demokratie unverträgliche Handlungsform, wenngleich er - im Einzelfall Prinzipien der repräsentativen Demokratie infrage stelle." (Autorenreferat)

[198-F] Haubner, Dominik (Bearbeitung); Schwengel, Hermann, Prof.Dr.; West, Klaus-W., Dr. (Leitung):

Transfer ideenpolitischer Konzepte zu öffentlichen Gütern und Arbeit im "Netzwerk Europäische Lernprozesse" (NELP)

INHALT: Die Zielsetzung des Transferprojekts NELP ("Netzwerk Europäische Lernprozesse") besteht darin, einen offenen Zusammenhang von Personen aus Wissenschaft, Gewerkschaften und Politik herzustellen. Angestrebt wird ein Wissenstransfer von der Wissenschaft zu diesen strategischen Akteuren, um ausgewählte Wissenstrends mit ihren politischen VertreterInnen zu erörtern und der Öffentlichkeit neue ideenpolitische Impulse zu verleihen. 1. Kontext/ Problemlage: Die bestehenden Formen des Transfers von Wissen zu den strategischen Politikimplementierungsgruppen - insbesondere der Gewerkschaften und der Politik - müssen modifiziert werden. Die Arbeits- und Wissensgesellschaft stellt grundlegend neue Anforderungen an die strategischen Akteure und ihre Steuerungskompetenz. Die Gewerkschaften besitzen eine reale Chance, in diesem Modernisierungsprozess als gestaltende Kraft tätig zu sein. Dabei werden Anforderungen gestellt, die über die Beteiligung in strategisch relevanten Institutionen und Organen hinausgehen. Gewerkschaften können ihre Chance auf eine soziale Modernisierung besser nutzen, wenn sie mit einem ideenpolitisch adäquaten Konzept den Zugang zur komplexen Problematik sozialer Erneuerung nutzen. 2. Fragestellung: Aus dieser definierten Problemlage ergeben sich einige zentrale Fragestellungen: Wie kann der Aufbau systemischer Intelligenz initiiert werden, die der Tatsache, dass die Wertschöpfung und Durchsetzungsfähigkeit der Politik für ihre "Klienten" vom verfügbaren spezifisch politischen Steuerungswissen abhängt, gerecht werden könnte. In dem Maße, wie strategische Positionierungen neuen internen und externen Bedingungen angepasst werden sollen, stellt sich die Frage, wie vorhandene Kernkompetenzen neu definiert werden. So stellt sich z.B. beim Ü-

bergang zu einer Wissensökonomie die "Verteilungsfrage" neu, indem neben Einkommensfragen immer stärker Zugangschancen zu Bildungsressourcen thematisiert werden.

METHODE: Die inhaltlichen Kernpunkte sollen mittels einer prozessorientierten Strategie auf der Organisationsebene bearbeitet werden. Die Wissensproduktion des NELP lebt von der Interaktion der genannten Akteure. Der diskursive Transfer des Transferprojekts NELP soll mittels Workshops unter Beteiligung der genannten strategischen Akteure zu den beiden fundamentalen Themenschwerpunkten "Gemeinwohl" (Zukunft des Sozialstaates) und "Arbeit" verstetigt werden. Für diese Workshops werden wissenschaftliche Forschungsergebnisse aufgearbeitet und zu spezifischen politischen Ideen möglichst prägnant formuliert. Der mediale Transfer wird mittels der eigens eingerichteten Internetseite des Projekts <http://www.nelp.de> und eigenen Print- und Presseveröffentlichungen ausgebaut. Das vorhandene Netzwerk soll vertieft werden. Ein Markenname ("brand") soll im öffentlichen Diskurs intensiviert werden.

VERÖFFENTLICHUNGEN: keine Angaben *ARBEITSPAPIERE:* S.

<http://www.nelp.de/beitraege/index.htm> .

ART: gefördert *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Hans-Böckler-Stiftung

INSTITUTION: Universität Freiburg, Philosophische Fakultät, Institut für Soziologie Professur für Soziologie Prof.Dr. Schwengel (Rempartstr. 15, 79085 Freiburg im Breisgau)

KONTAKT: Bearbeiter (e-mail: haubner2@freenet.de)

[199-L] Hemler, Stefan:

Soziale Bewegung oder Generationskonflikt?: ein Schlichtungsvorschlag im Deutungskampf um "1968", in: Vorgänge: Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik : Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, Jg. 42/2003, H. 4 = H. 164, S. 32-40 (Standort: UuStB Köln(38)-XG2258; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Kaum ein Ereignis der jüngeren Zeitgeschichte ist mit einer solchen Überfülle an Interpretationsansätzen bedacht worden wie "1968". Aus den seit 35 Jahre währenden Deutungskämpfen um diese Ereignisse ragen zwei Positionen heraus: jene der Sozialbewegungsforschung und die an Karl Mannheim orientierte Generationstheorie. Im vorliegenden Beitrag werden diese beiden Ansätze zunächst skizziert. Es folgen Überlegungen zur Position der "68er" im Generationsgefüge ihrer Zeit, bevor abschließend ein Synthesvorschlag erläutert wird, demzufolge die 68er-Bewegung als "generationelle Sozialbewegung" begriffen werden kann. Dies waren keineswegs die APO-Aktivisten allein, sofern man darunter einen Generationszusammenhang versteht. Dieser ist viel weiter gespannt und umfasst neben SDS-Mitgliedern auch dem Protest bisweilen distanziert gegenüberstehende, aber dennoch durch die Ereignisse mitbeeinflusste junge Sozialliberale in der SPD oder FDP und sogar die konservative Gegenbewegung. Sie alle bildeten einen Zusammenhang, der von denselben Rahmenereignissen geprägt worden ist; sie sind aber unterschiedliche Strömungen derselben 68er-Generation. (ICA2)

[200-L] Klein, Ludger; Simon, Bernd:

'Zunächst Deutschland!': Rechtsradikalismus und nationale Identität, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen., Jg. 16/2003, H. 4, S. 67-79

INHALT: Gegenstand der Untersuchung sind kollektive Identifikationen von Republikanern und Redakteuren der Zeitschrift 'Junge Freiheit'. Hier handelt es sich, wie die Verfasser zeigen,

um einen 'Extremismus' aus der Mitte der Gesellschaft heraus: ein Blick auf die soziale und politische Herkunft und Sozialisation der Befragten zeigt, dass sie nicht aus gesellschaftlich marginalisierten Kreisen stammen. Das politische Denken und Handeln, das Weltbild der Befragten ist durchweg in einem nationalen Deutungsrahmen verankert. Die Verfasser entwerfen eine Topographie rechtsradikaler Identität mit folgenden Elementen: (1) Freundeskreis, (2) Abgrenzung zu NPD und DVU, (3) 'rechte' kollektive Identität, (4) nationale Identität als Deutscher. Dabei scheint das Zusammenspiel von traditionsorientierter, konservativer und patriotischer Erziehung, von biographisch vermittelter Verbundenheit mit deutscher Geschichte und von Zugehörigkeiten zu nationalkonservativen Gesinnungsgemeinschaften nationale Identität zu aktivieren und zu verstärken. Ihre politische Schlussfolgerung in Hinblick auf dem Umgang mit Rechtsradikalismus fassen die Autoren in die Formel "Integration statt Exklusion". (ICE)

[201-L] Koch, Roland:

Bürgerschaftliches Engagement als Chance, in: Johann-Dietrich Wörner (Hrsg.): Das Beispiel Frankfurter Flughafen : Mediation und Dialog als institutionelle Chance, Dettelbach: Röhl, 2003, S. 261-268, ISBN: 3-89754-215-3 (Standort: UB Würzburg(20)-M-20.178)

INHALT: Der Verfasser unterstreicht aus seiner Sicht als Ministerpräsident des Landes Hessen die Bedeutung bürgerschaftlichen und ehrenamtlichen Engagements. Er sieht freiwilliges Engagement als Alternative zu obrigkeitstaatlicher Reglementierung. Es sollte daher nicht überreglementiert werden, wenn auch der Staat geeignete Rahmenbedingungen schaffen muss: "Gerade heute sollte die Politik nicht vergessen, dass je mehr sie in einem solchen Prozess regelt, desto weniger ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement sie am Ende hat." Überdies "bereichert uneigennütziges Handeln immer auch das eigene Leben". Zudem mahnt der Verfasser, "nicht zu verkennen: Wir leben in einem freien Land." Da "Freiheit auch erarbeitet werden muss", plädiert er für eine allgemeine Dienstpflicht für alle jungen Männer in Deutschland im Sinne einer "bürgerschaftlichen Pflichtzeit". (ICE)

[202-L] Kolb, Felix:

Massenmedien und soziale Bewegungen: die Entwicklung der Medienstrategie von Attac 2000 bis 2002, in: Vorgänge: Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik : Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, Jg. 42/2003, H. 4 = H. 164, S. 65-73 (Standort: UuStB Köln(38)-XG2258; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Die globalisierungskritische Organisation Attac ist als ein Produkt für und durch die Medien bezeichnet worden. Es wurde bereits ausführlich dokumentiert, dass Attac Deutschland seinen öffentlichen Durchbruch im Sommer 2001 der plötzlich einsetzenden Medienberichterstattung zu verdanken hatte. Im vorliegende Essay wird die Analyse der Bewegungsmobilisierung durch Massenmedien vertieft; daher stehen Entwicklung und Inhalt der Medienstrategie von Attac im Mittelpunkt. Die Inhaltsanalyse der Berichterstattung über Attac zeigt, dass das Abhängigkeitsverhältnis zwischen sozialen Bewegungen und Massenmedien asymmetrisch ist: Letztere können soziale Bewegungen ohne nennenswerte Kosten ignorieren, während Bewegungen, die politische Veränderung wollen, auf Öffentlichkeit angewiesen sind. Weiterhin hat sich die Häufigkeit und der Umfang der Berichterstattung insgesamt reduziert; er verblieb aber, verglichen mit anderen Bewegungsorganisationen, weiter auf hohem

Niveau. Da Attac mittlerweile seinen Neuigkeitswert weitgehend verloren hat, handelt es sich dabei gewissermaßen um eine "Normalisierung" der Berichterstattung. (ICA2)

[203-L] Kösters, Winfried:

Ehre allein - das reicht nicht mehr: zur Zukunft des freiwilligen Engagements in Deutschland, Freiburg im Breisgau: Lambertus-Verl. 2002, 132 S., ISBN: 3-7841-1436-9

INHALT: Der Verfasser, promovierter Politikwissenschaftler und selbst in seiner Gemeinde ehrenamtlich tätig, nimmt unter anderem die Ergebnisse der Enquete-Kommission 'Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements' zum Anlass, die Notwendigkeit konkreter handlungsleitender Visionen im Bereich des freiwilligen Engagements zu betonen. Denn die reine Gewinnung von Informationen und Erkenntnissen über bürgerschaftliches Engagement könne nur ein erster Schritt sein. Neben der Auseinandersetzung mit dem Ist-Zustand und dem Stand der Reformdiskussion will er daher vor allem eine praktische Hilfestellung geben und eine Vision für die Zukunft anbieten. Den Kern dieser Vision bildet die Forderung nach der Etablierung eines neuen Politikfeldes, nämlich dem der 'Engagementpolitik' (119), verbunden mit einer grundsätzlichen Beteiligung der freiwillig Engagierten an den politischen Entscheidungsprozessen auf allen Ebenen im Sinne einer freiwilligenorientierten 'Durchdringung' (121) aller Politikfelder. Komplementär dazu soll nach Auffassung des Verfassers die Erziehung in staatlichen Schulen und Hochschulen so konzipiert werden, dass sie zu freiwilligem Engagement motiviert. (ZPol, Leske u. Budrich)

[204-L] Lehardt, Gustav; Münz, Rainer:

Migration und Fremdenfeindlichkeit in Österreich: Perzeption und Perspektiven, in: Heinz Fassmann, Irene Stacher (Hrsg.): Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht : demographische Entwicklungen - sozioökonomische Strukturen - rechtliche Rahmenbedingungen, Klagenfurt: Drava-Verl.- u. Druckges., 2003, S. 343-355, ISBN: 3-85435-408-8 (Standort: Bib. d. Inst. f. Weltwirtschaft Kiel(206)-B-331866)

INHALT: Die Verfasser unternehmen den Versuch einer quantitativen und qualitativen Eingrenzung des fremdenfeindlichen Einstellungspotenzials in Österreich. Sie fragen nach dem Wissen der Einheimischen über die ausländische Bevölkerung in Österreich und nach der Einstellung zu migrationspolitischen Themen. Dabei gibt ein Vergleich der Einstellungen zur Begrenzung der Zuwanderung nach der Herkunft potenzieller MigrantInnen Auskunft über den Zusammenhang von Realität und Wahrnehmung. Die Verfasser schätzen das Ausmaß der Fremdenfeindlichkeit in Österreich auf 28% der erwachsenen Bevölkerung, wobei Frauen, ältere Menschen und Personen mit niedrigem Bildungsniveau höhere Werte aufweisen. (ICE2)

[205-L] Minkenberg, Michael:

Repressionsstrategien gegen Rechtsradikalismus und Gewalt, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen., Jg. 16/2003, H. 4, S. 31-42

INHALT: "Aus bewegungsanalytischer und interaktionstheoretischer Perspektive werden in dem Beitrag staatliche repressive Maßnahmen und ihre Wirkungen auf Rechtsradikale untersucht. Das Ergebnis dieser Analyse verweist auf nicht-beabsichtigte Folgen repressiver Interventio-

nen: Wengleich damit seit 1990 der organisierte Rechtsradikalismus eingedämmt werden konnte, bewirken sie oftmals ein Anwachsen von Militanz und Gewaltbereitschaft und führen zu einer Verhärtung von Positionen. Demgegenüber können 'soziale Ächtung' und Gegenmobilisierung seitens zivilgesellschaftlicher Akteure den Handlungsspielraum rechtsradikaler Akteure besonders dann einschränken, wenn sie sich im unmittelbaren Umfeld rechtsradikaler Gruppierungen bemerkbar machen." (Autorenreferat)

[206-L] Möller, Kurt:

Was hilft gegen rechts?: Bedingungen der (Distanz)ierung von rechtsextremen Orientierungen bei Jugendlichen, in: Jutta Allmendinger (Hrsg.): Entstaatlichung und soziale Sicherheit : Verhandlungen des 31. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Leipzig ; Teil 1, Oppladen: Leske u. Budrich, 2003, k. A., ISBN: 3-8100-4038-X

INHALT: "Im Gegensatz zur Forschungssituation zu Beginn der 90er Jahre herrscht mittlerweile - trotz einiger verbleibender Dunkelfelder - an Analysen zu den Ursachenkomplexen rechtsextremer Einstellungen und Verhaltensweisen mengenmäßig vergleichsweise wenig Mangel. Aus der Perspektive politischer und pädagogischer Praxis und ihrem Interesse an Anwendungsrelevanz indes haben die inzwischen recht zahlreich vorliegenden Studien fast alle ein entscheidendes Manko: Sie richten ihren Blickwinkel einseitig punktuell auf die jeweils aktuellen Phänomene bzw. auf das Zustandekommen der Rechtsextremismus-Problematik aus. Sie fragen nach den Existenz- und Entstehungsbedingungen statt - zumindest auch - nach denjenigen Faktoren, die rechtsextreme Orientierungen abbauen. Politik und Pädagogik bedürfen jedoch entsprechender Hinweise aus der Forschung, wenn sie mehr sein wollen als Anti-Strategien und wenn sie offensiv an der Herstellung von Lebensbedingungen arbeiten wollen, die Protektionswirkungen entfalten, mindestens aber Abbauprozesse vorhandener rechtsextremer Syndrome einleiten können. Der Vortrag legt mit Bezug auf Jugendliche dar, wie Faktoren von Distanz und Distanzierung identifizierbar sind, wo die wichtigsten von ihnen auf der Basis aktueller empirischer Erkenntnisse verortet werden können und welche theoretischen, forschungsstrategischen und politisch-pädagogischen Konsequenzen daraus zu ziehen sind. Er bezieht sich dabei auf eigene qualitativ-empirische Längsschnittstudien. Herausgearbeitet wird, wie einerseits die Sozialisationsbedingungen vor allem in Familie, Schule und Freizeit von Jugendlichen beschaffen sein müssen, um sowohl präventiv wirken als auch Distanzierungen von ehemals besessenen rechtsextremen Orientierungen ermöglichen zu können und wie andererseits politisch, pädagogisch und sozialarbeiterisch darauf Einfluss zu nehmen ist, dass protektive Konstellationen stabilisiert werden bzw. entstehen können." (Autorenreferat)

[207-L] Nehring, Holger:

Die Anti-Atomwaffen-Protteste in der Bundesrepublik und in Großbritannien: zur Entwicklung der Ostermarschbewegung 1957-1964, in: Vorgänge: Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik : Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, Jg. 42/2003, H. 4 = H. 164, S. 22-31 (Standort: UuStB Köln(38)-XG2258; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Beitrag nähert sich dem Protest aus vergleichender Perspektive: Er zeigt auf, dass die Anti-Atom-Bewegungen der 1950er Jahre in Deutschland und Großbritannien nur scheinbar identische Bewegungen waren, während letztlich nationale Traditionen für ihre Identität

konstitutiv sind. Die spezifischen politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, in denen die nationalen Proteste jeweils zu verorten sind, führen auch zur Ausbildung sehr unterschiedlicher Protestkulturen, die keineswegs unmittelbar gleichgesetzt werden können. Trotz aller transnationalen Verflechtungen zwischen den Atomkriegsgegnern sind nationale Protesttraditionen letztlich von Ausschlag gebender Bedeutung. Die britischen und bundesdeutschen Ostermärsche waren jedoch nicht nur an die gesellschaftlichen Bedingungen ihrer Länder gebunden und damit Produkte der Zeit - sie wirkten zugleich auf die politischen Kulturen ihrer Heimatländer zurück und prägten die dortigen Protestkulturen der kommenden Jahrzehnte. Diese Prozesse werden im vorliegenden Beitrag näher analysiert. Es geht nicht nur um die historische Analyse von Protestphänomenen. Der Essay will auch anregen, historische und gegenwärtige Proteste auf ihre historische Verankerung in gesellschaftlichen Protesttraditionen zu befragen. (ICA2)

[208-F] Niedermayer, Oskar, Prof.Dr.; Brähler, Elmar, Prof.Dr. (Bearbeitung):

Rechtsextremismus in Deutschland

INHALT: Repräsentativbefragung über rechtsextreme Einstellungen. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

ART: gefördert *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Universität Leipzig

INSTITUTION: Universität Leipzig, Medizinische Fakultät, Selbständige Abteilung für Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie (Stephanstr. 11, 04103 Leipzig); Freie Universität Berlin, FB Politik- und Sozialwissenschaften, Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft Otto-Stammer-Zentrum -Arbeitsstelle für Empirische Politische Soziologie- (Innestr. 26, 14195 Berlin)

KONTAKT: Niedermayer, Oskar (Prof.Dr. Tel. 030-838-54959 od. -51429, Fax: 030-838-54960, e-mail: niederm@zedat.fu-berlin.de)

[209-L] Oser, Fritz; Biedermann, Horst (Hrsg.):

Jugend ohne Politik: Ergebnisse der IEA-Studie zu politischem Wissen, Demokratieverständnis und gesellschaftlichem Engagement von Jugendlichen in der Schweiz im Vergleich mit 27 anderen Ländern, Diessenhofen: Rüegger 2003, 247 S., ISBN: 3-7253-0728-8 (Standort: UB Münster Zweigbibl. Sozialwiss. (6A)-MS2300/137)

INHALT: "Politisches Denken und Handeln gehören zum Grundbestand einer zeitgemässen Bildung. Allerdings betonen Expertinnen und Experten immer wieder, dass junge Menschen wenig Wissen, wenig politische Sensibilität, wenig konzeptuelles Verständnis von Demokratie, ja sogar wenig Engagement und allgemeines Interesse zeigten. Zeichnet sich die nächste Generation durch politische Abstinenz aus? Stellt dies allenfalls eine Gefahr für das Bestehen und die Weiterentwicklung der Demokratie dar? Ist politische Bildung überhaupt ein Thema der Schule? In diesem Buch werden Ergebnisse der befragten 3104 Jugendlichen der Schweiz im internationalen Vergleich mit 27 anderen Ländern reflektiert, sowie speziell nach Sprachregion und Geschlecht analysiert. Zusätzlich werden die Ergebnisse der Lehrerinnen- und Lehrerbefragung vorgestellt." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Fritz Oser: Vernachlässigte politische Bildung in einer Zeit zerbrechlicher politischer Demokratien (9-37); Bernd Kersten: Politisches Verstehen der Schweizer Schülerinnen und Schüler (39-54); Fritz Oser: Verständnis von Demokratie und Staatsbürgerschaft sowie Vertrauen in die Regierung (55-76);

Andrea Haenni Hoti: Vertrauen in staatliche Institutionen und Medien sowie Einstellung gegenüber der Nation (77-100); Andrea Haenni Hoti: Chancengleichheit und Gleichstellung von Migrantinnen und Migranten - Chancengleichheit und Gleichstellung von Frauen (101-128); Carmine Macello: Politisches Engagement und politische Aktivität (129-154); Horst Biedermann: Partizipation und Diskursorientierung in Schule und Jugendorganisationen (155-174); Carmine Macello: Modelle zur Erklärung von politischem Wissen und politischem Engagement (175-192); Horst Biedermann: Politische Bildung in der Schule (193-222); Fritz Oser: Fehlende politische Bildung - ein Ärgernis. Oder: Was könnte politische Bildung sein? (223-234).

[210-L] Pfahl-Traugher, Armin:

Rechtsextremismus als neue soziale Bewegung?: Aktivitäten und Kooperation von NPD, Neonazis und Skinheads, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 16/2003, H. 4, S. 43-54

INHALT: "Der Frage, ob sich in Deutschland eine rechtsextremistische soziale Bewegung formiert, widmet sich der Beitrag mit Blick auf Netzwerke und Kooperationen von NPD, Neonazis und Skinheads. Verfassungsschützerische Erkenntnisse verweisen auf Bewegungspotentiale rechtsextremer Organisationen, Gruppen und Szenen. Mit Blick auf ein weitreichendes Gefahrenpotential vermögen deren Aktivitäten allerdings nicht größere Teile der Bevölkerung für sich zu mobilisieren. Insofern scheint dieses Segment des Rechtsextremismus in der Konstituierungsphase zur rechtsextremistischen sozialen Bewegung zu stagnieren." (Autorenreferat)

[211-L] Priller, Eckhard:

Konkurrierende Konzepte zum bürgerschaftlichen Engagement in der Langzeitperspektive, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 17/2004, H. 1, S. 36-44

INHALT: "In seiner Analyse zur langfristigen Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements macht Eckhard Priller drei Hauptrichtungen mit widersprüchlichen Befunden aus: Das Krisenszenario postuliert einen Rückgang, das Strukturwandelszenario geht von bereichsbezogenen Verlagerungen und Wachstum, das Zyklenszenario von phasenbedingten Schwankungen aus. Die empirische Überprüfung dieser Trends mit den Indikatoren Anzahl der Organisationen, Mitgliedschaften in Organisationen sowie ehrenamtliches Engagement zeigt, dass das pessimistische Krisenszenario in Deutschland nur in einigen Bereichen eingetreten ist. Im Langzeittrend ist bislang nicht nur ein Wandel, sondern eine Zunahme des Engagements zu verzeichnen. Gleichwohl bleibt anhand der Daten noch unklar, inwieweit sich das Engagement gerade gegenwärtig gegenüber bestimmten Einflussfaktoren als robust erweist. Bestimmte Schwankungen und Rückgänge hängen sowohl von exogenen als auch von endogenen Faktoren ab und sind künftig nicht auszuschließen." (Autorenreferat)

[212-L] Reinders, Heinz:

Politische Sozialisation in der Adoleszenz: eine Re-Interpretation quantitativer Längsschnittuntersuchungen in Deutschland, in: Zeitschrift für Entwicklungspsychologie und Pädagogische Psychologie., Jg. 35/2003, H. 2, S. 98-110 (Standort: UuStB Köln(38)-XB132; Kopie über den Literaturdienst erhältlich;

URL: <http://www.psyjournals.com/abstracts/hh/zep/2003/02/body-zep3502098.html>)

INHALT: "Für die jugendinteressierte Nachwendeforschung kann zweierlei konstatiert werden: Erstens waren Studien zumeist als Querschnitt-Untersuchung angelegt und zweitens galt das öffentliche wie wissenschaftliche Interesse vor allem den politischen Einstellungen und Handlungsweisen Jugendlicher. So kann auf einen reichhaltigen Fundus an Bestandsaufnahmen zu Jugend und Politik zurückgegriffen werden. Längsschnittliche Untersuchungen, in denen Heranwachsende im Verlauf der Adoleszenz empirisch begleitet wurden, sind demgegenüber eher selten zu finden. Die in den 90er Jahren in Deutschland durchgeführten quantitativen Längsschnittuntersuchungen werden zusammengetragen, in ausgewählten Befunden dargestellt und reinterpretiert. Dabei deutet sich als ein wichtiges Ergebnis an, dass im Jugendalter das Vertrauen in die Wirksamkeit der politischen Ordnung sukzessive abnimmt, die Bereitschaft, an politischen Prozessen zu partizipieren aber gleichzeitig zunimmt. Dieser zunächst scheinbare Widerspruch löst sich teilweise auf, wenn angenommen wird, dass die politische Identitätsbildung stärker von den individuellen Kompetenzen als von der Perzeption demokratischer Normen abhängt". (Autorenreferat)

[213-L] Roth, Roland:

Gegenfeuer oder Strohofer?: die Programme gegen Rechtsextremismus und Gewalt, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen., Jg. 16/2003, H. 4, S. 20-30

INHALT: "Die großen Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt stellen einen bislang einmaligen Großversuch dar, bürgerschaftliches Engagement mit staatlichen Mitteln zu fördern. Diese Gegenmobilisierung ist jedoch durch Mittelkürzungen und angesichts der auslaufenden Projektförderung gefährdet. Dabei ist mit Blick auf zunehmende soziale Ungleichheiten keineswegs Anlass zur Entwarnung gegeben. Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit haben ihre Ursachen in der politischen Kultur. Hieraus resultiert ein Bedarf an nachhaltiger Programmverstärkung. Dieser Bedarf erfordert eine Ermöglichungspolitik, die nicht auf kurzfristige Effekte setzt, sondern langfristig auf freiwilliges, am Gemeinwohl und an demokratischen Normen orientiertes bürgerschaftliches Engagement. Der Autor formuliert inhaltliche sowie zuwendungspraktische Anforderungen für die künftige Förderung der Programme." (Autorenreferat)

[214-L] Rucht, Dieter:

Kapitalismuskritik im Namen der globalisierungskritischen Zivilgesellschaft: alter Wein in neuen Schläuchen?, in: Dieter Gosewinkel, Dieter Rucht, Wolfgang van den Daele, Jürgen Kocka (Hrsg.): WZB-Jahrbuch 2003 : Zivilgesellschaft - national und transnational, Berlin: Ed. Sigma, 2004, S. 421-433, ISBN: 3-89404-299-0 (Standort: UB Bonn(5)-2004-870)

INHALT: "Kapitalismuskritik im Namen einer Zivilgesellschaft, die sich kritisch gegen Tendenzen des Neoliberalismus in der internationalen Ökonomie und gegen Globalisierung wendet,

ist Gegenstand des Beitrags von Dieter Rucht. Unterschieden werden drei Varianten der Kapitalismus- und Globalisierungskritik: eine erste Strömung, vor allem vertreten durch Umwelt- und entwicklungspolitische Nichtregierungsorganisationen, die auf moderaten Reformismus, Verhandlungsprozesse und Interaktionen mit Regierungen setzt; zweitens radikale, anti-etatistische und anti-neoliberale Kritiker, die einen konfrontativen Politikstil pflegen, aber in ihren theoretischen Positionen unscharf sind; schließlich drittens die antisystemische Kritik der Linksradiكالen, die Globalisierung als internationale Form der Klassenherrschaft begreifen und einen radikalen Bruch mit dem Kapitalismus propagieren. All diese Gruppen beziehen sich - wenngleich in gegensätzlicher Weise - auf Zivilgesellschaft zur Legitimation bzw. Kritik politischen Handelns. Die reformistischen Nichtregierungsorganisationen und radikalen Massenbewegungen greifen die Idee von Zivilgesellschaft zumeist vorbehaltlos auf. Sie verstehen sich als Anwälte bzw. gar als authentische Verkörperung der Zivilgesellschaft gegenüber dem Staat. Die Diffusität des Begriffs Zivilgesellschaft wirkt für diese Gruppen funktional, zumal sie politische Trennungslinien in der Anhängerschaft zu überspringen vermag. Umgekehrt greifen die radikalen Systemkritiker 'Zivilgesellschaft' als Euphemismus an, mit dem die tatsächlichen Verhältnisse von Macht und Ausbeutung verschleiert würden. Sie treten teilweise sogar für den bewaffneten Kampf ein. Im Ergebnis, so die Schlussfolgerung des Beitrags, trennt der Bezug auf Zivilgesellschaft im Sinne von Zivilität, d.h. der Anerkennung des Anderen, die Globalisierungskritiker in zwei einander entgegengesetzte politische Lager." (Autorenreferat)

[215-L] Rucht, Dieter:

Zum Wandel politischen Protests in der Bundesrepublik: Verbreiterung, Professionalisierung, Trivialisierung, in: Vorgänge: Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik : Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, Jg. 42/2003, H. 4 = H. 164, S. 4-11 (Standort: UuStB Köln(38)-XG2258; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Die vorliegende "Kartographie von Proteststrukturen" gibt zunächst eine grobe Skizze der quantitativen Entwicklung von Proteststrukturen in der BRD seit den frühen 50er Jahren. Im zweiten Teil stehen mit dem Wandel der Protestkultur eher qualitative Aspekte und damit auch stärker interpretierende Überlegungen im Mittelpunkt. Bringt man die Entwicklung auf einen groben Nenner, so lässt sich von einer Expansion, Professionalisierung und Trivialisierung des Protests sprechen. Diese Tendenz vollzog sich vor dem Hintergrund eines tief greifenden Wandels der politischen Kultur. Die Akzeptanz für Konflikt und Dissens ist gewachsen; das bürgerschaftliche Selbstverständnis hat sich verändert. Aus den einstigen Untertanen sind unbequeme, fordernde und intervenierende Bürger geworden, die selbstbewusst ihre Rechte und Interessen wahrnehmen. Soziale Bewegungen und Protestgruppen sind nicht nur Indikator dieses breiteren Trends bürgerschaftlicher Aktivierung; sie sind auch und vor allem deren Motor. Die Studentenbewegung, die sich angesichts von Anfeindungen der "bürgerlichen Presse" ironisch als "kleine radikale Minderheit" titulierte, war so gesehen eine wichtige Zwischenstufe auf dem Weg zu einer Gesellschaft, in der die Summe aktivistischer Minderheiten allmählich zum Signum der Mehrheitsgesellschaft wird. Im Rückblick der letzten fünfzig Jahre lässt sich behaupten, dass die bundesrepublikanische Gesellschaft auf ihrem Weg zu einer "Demokratie von unten" ein Stück weit vorangekommen ist. (ICA2)

[216-L] Scherb, Armin:

Streitbare Demokratie und politische Bildung: Grundlagen und Bauelemente eines normativ-pädagogischen Konzepts, (Politica : Schriftenreihe zur politischen Wissenschaft, 51), Hamburg: Kovac 2003, 248 S., ISBN: 3-8300-0701-9

INHALT: Auf der Basis des im Grundgesetz normierten und vom Bundesverfassungsgericht konkretisierten Prinzips der streitbaren Demokratie untersucht der Autor, wie politische Bildung in der Demokratie aussehen soll und welche Funktion sie erfüllen muss. Er sieht das Ziel von politischer Bildung in der Vermittlung einer demokratischen Gesinnung als eines Ensembles unterschiedlicher habitueller Kompetenzen auf der Basis prozeduraler und kognitiver Kompetenzen. Die Bildung soll sich aber gerade nicht in der Vermittlung materieller Wertordnungen beschränken, sondern Werte als einen Prozess kommunikativer Rationalisierung und Durchsetzung von Positionen begreifen. Inhaltsübersicht: Demokratie als normatives und streitbares Konzept; Die Bedeutung des Konzepts streitbare Demokratie für die politische Bildung; Förderung politischer Urteilskompetenz als normatives Konzept politischer Bildung in der streitbaren Demokratie. (ZPol, Leske u. Budrich)

[217-L] Scherschel, Karin:

Rassismus als flexible kulturelle Ressource für die Reproduktion sozialer Gruppen, in: Jutta Allmendinger (Hrsg.): Entstaatlichung und soziale Sicherheit : Verhandlungen des 31. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Leipzig ; Teil 1, Opladen: Leske u. Budrich, 2003, k. A., ISBN: 3-8100-4038-X

INHALT: "Die Zunahme rassistischer und rechtsextremistischer Erscheinungen in der deutschen Gesellschaft hat eine breite sozialwissenschaftliche Diskussion über ethnische Konflikte, Rechtsextremismus und Rassismus in Gang gesetzt. Obwohl in einer Vielzahl sozialwissenschaftlicher Analysen anerkannt wird, dass Rassismus in großen Teilen der Gesellschaft anzutreffen ist, konzentriert sich die Mehrzahl einschlägiger Untersuchungen auf bestimmte Gruppen (z.B. marginalisierte Gruppen, Jugendliche). Rassismus wird in der Regel im Zusammenhang mit problematischen Lebensumständen untersucht. Diese Fokussierung führt zu einer 'Veraußergewöhnlichung' des untersuchten Phänomens, so dass seine weite Verbreitung und gesamtgesellschaftliche Bedeutung sowohl theoretisch als auch empirisch unterbestimmt bleibt. Dagegen wird hier Rassismus im Anschluss an die ideologietheoretischen Ansätze der englischen und französischen Rassismusforschung (Miles, Hall, Balibar) und die kultursoziologischen Arbeiten Pierre Bourdieus als symbolisch vermittelte Dimension sozialer Ungleichheit (Weiss) in modernen Gesellschaften konzeptualisiert. So gelingt zum einen eine Theoretisierung seiner gesamtgesellschaftlichen Bedeutsamkeit und zum anderen eine Bestimmung seiner reproduktiven Leistungen für die Formierung heterogener sozialer Gruppen. Dieses Konzept wird am Beispiel einer empirischen Untersuchung illustriert, in deren Verlauf 8 Gruppendiskussionen mit Akteursgruppen geführt wurden, die unterschiedliche Statuspositionen in der deutschen Gesellschaft einnehmen. U.a. wurden Betriebsräte und Angehörige des akademischen Milieus untersucht. Mit einem Vergleich heterogener Statusgruppen können Differenzen und Gemeinsamkeiten kommunikativ vermittelter rassistischer Ideologien in verschiedenen sozialen Gruppen ermittelt werden. Dabei wird Rassismus als flexible kulturelle Ressource erkennbar. Es wird die These vertreten, dass rassistische Ideologeme einerseits zum selbstverständlichen Kommunikationsrepertoire von Angehörigen der deutschen Mehrheitsgesellschaft gehören und andererseits statusbezogen spezifische Ausformungen erfahren.

Mit der Interpretation des Rassismus als flexible kulturelle Ressource kann die Analyse mikrosozialer Prozesse in einen Zusammenhang mit gesamtgesellschaftlichen Mechanismen der Reproduktion sozialer Ungleichheit gestellt werden." (Autorenreferat)

[218-L] Schiele, Siegfried:

Ein halbes Jahrhundert staatliche politische Bildung in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte: Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2004, B 7/8, S. 3-6 (Standort: UuStB Köln(38)-Ztg00926-a; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: <http://www.bpb.de/files/8XLLYS.pdf>)

INHALT: "Es war ein weiser Beschluss, nach dem Zweiten Weltkrieg Zentralen für politische Bildung einzurichten. Die Entwicklungen im Bund und in den Ländern liefen - auch in chronologischer Sicht - nicht parallel, aber im Lauf der Jahre entstanden in allen Bundesländern Landeszentralen für politische Bildung. Doch die aktuelle Momentaufnahme macht Sorgen. Wer die großen Finanznöte im Bund, in allen Ländern und auch in den Kommunen nicht sieht, gehört zu den Träumern, die auch in der politischen Bildung eher Schaden anrichten. Doch politische Bildung ist kein Luxusgut, auf das man in Sparzeiten verzichten kann. Demokratien geben selten mit lautem Knall ihren Geist auf, sondern es handelt sich in der Regel um einen schleichenden, tückischen Prozess, der erst bemerkt wird, wenn es zu spät ist." (Autorenreferat)

[219-L] Stolle, Dietlind; Hooghe, Marc; Micheletti, Michele:

Zwischen Markt und Zivilgesellschaft: politischer Konsum als bürgerliches Engagement, in: Dieter Gosewinkel, Dieter Rucht, Wolfgang van den Daele, Jürgen Kocka (Hrsg.): WZB-Jahrbuch 2003 : Zivilgesellschaft - national und transnational, Berlin: Ed. Sigma, 2004, S. 151-171, ISBN: 3-89404-299-0 (Standort: UB Bonn(5)-2004-870)

INHALT: "Der Artikel von Dietlind Stolle, Mark Hooghe und Michele Micheletti plädiert dafür, 'politischen Konsum' als eine Form bürgerschaftlichen Engagements zu begreifen, die in bisherigen Forschungen zur Zivilgesellschaft vernachlässigt worden sei. Politischer Konsum wird dabei als eine Form politischen und zivilen Engagements verstanden, bei der Menschen den Markt als politische Arena benutzen, indem sie als Verbraucher eine auf ethischen oder politischen Überlegungen beruhende Wahl zwischen den Herstellern oder den Händlern treffen. Die Autoren begründen, dass politischer Konsum mit traditionellen politischen Beteiligungsformen verglichen werden kann, weil empirisch nachweisbar sei, dass bestimmte Produkte gekauft bzw. boykottiert werden, dass die Konsumenten mit dem politischen Hintergrund von Kampagnen und Labels vertraut sind und regelmäßig diese Aktivitäten praktizieren. Anhand einer drei Länder umgreifenden Pilotstudie über junge politische Verbraucher - Studierende der Universitäten Stockholm, Montreal (McGill) und Brüssel (Freie Universität) - wird gezeigt, dass politische Konsumenten zwar in erhöhtem Maße Mitglieder in Vereinen und Netzwerken, jedoch eher in so genannten 'Scheckbuchorganisationen' sind, die nicht unbedingt persönlichen Kontakt mit sich bringen. Zugleich weisen die Befunde darauf hin, dass politische Verbraucher einerseits zwar in konventionellen Formen politischer Betätigung besonders agil sind, andererseits aber allen politischen Institutionen äußerst kritisch und misstrauisch gegenüberstehen. Daraus wird die These entwickelt, dass politischer Konsum eine neue Form politischer Beteiligung darstellt, die in bisher unbekanntem Maße einen Ersatz für

hergebrachte politische Beteiligung von Angesicht zu Angesicht bedeutet und damit die verbreitete These vom Verfall der Zivilgesellschaft infrage stellt." (Autorenreferat)

[220-L] Ullrich, Peter:

Die Genuamobilisierung und Lernmöglichkeiten für das Verhältnis der Linken zu sozialen Bewegungen, in: Utopie kreativ: Diskussion sozialistischer Alternativen : Diskussion sozialistischer Alternativen, 2004, H. 160, S. 165-173

(URL: <http://www.rosa-luxemburg.org/Bib/uk/Archiv/160/160.pdf>)

INHALT: Der sogenannten Antiglobalisierungsbewegung wird vielfach ein Mangel an kollektiver Identität nachgesagt. Eine Untersuchung des Protests gegen den G8-Gipfel in Genua im Juli 2001 zeigt, dass ein breites Mobilisierungsbündnis ein ganz heterogenes Demonstrantenpotenzial ansprechen und einen starken und effektiven Protest organisieren kann. Zu den eingesetzten Strategien gehört auch die Akzeptanz von Unterschieden, die sogar als konstitutiv für die Bewegung angesehen werden. Eine nur schwach ausgebildete Identität bietet der politischen Linken eine wichtige Möglichkeit politischer Intervention. (ICEÜbers)

[221-L] Wahl, Klaus:

Rechtsextremismus oder extreme Gewalt?: Entwicklung und Sozialisation von fremdenfeindlichen und rechtsextremen Tätern, in: Jutta Allmendinger (Hrsg.): Entstaatlichung und soziale Sicherheit : Verhandlungen des 31. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Leipzig ; Teil 1, Opladen: Leske u. Budrich, 2003, k. A., ISBN: 3-8100-4038-X

INHALT: "Das Deutsche Jugendinstitut hat, teils mit den Universitäten Jena und München, mehrere Studien zu fremdenfeindlichen, antisemitischen und rechtsextremen Jugendlichen und Straftätern abgeschlossen: Eine Jahresvollerhebung entsprechender Polizeiakten, eine Analyse einschlägiger Gerichtsurteile, Interviews und Tests mit fremdenfeindlichen Gewalttätern und einer Kontrollgruppe. Zuvor hatten wir Verhaltensbeobachtungen bei Jugendlichen sowie eine Längsschnittstudie von der Kindheit bis ins Jugendalter ausgewertet. Die Daten vermitteln differenzierte Entwicklungs- und Sozialisationsprozesse von Aggressivität, Devianz, Fremdenfeindlichkeit und rechtsextremistischer Ideologie. Dabei erweist sich 'Rechtsextremismus' zur Klärung der Tätermotive als vager Begriff, der eben der politisch-juristischen und nicht der psychologischen Diskussion entstammt. Rechtsextreme Ideologien werden meist erst im Jugendalter ausgeprägt, gelegentlich werden auch frühere Einflüsse der Großeltern sichtbar. Viele polizeilich oder gerichtlich als rechtsextrem klassifizierte Täter sind kaum fähig, mehr als ein paar Sätze politisch zu argumentieren. Rechtsextreme Ideologen umfassen offenbar nur einen kleineren Kreis. Ziemlich durchgängig finden sich dagegen bei den später als fremdenfeindlich und rechtsextrem kategorisierten Tätern schon in früher Kindheit auffällige Temperamente und überdurchschnittlich aggressive Tendenzen, oft vor dem Hintergrund eines kalten, aber dramatischen Familienklimas. Ein weiterer Teil späterer Täter zeigt als Kinder andere extreme Emotionen und soziale Auffälligkeiten: Ängstlichkeit, Menschen-scheu, Hyperaktivität, Trauer, die dann - auch durch die Sozialisationswirkung überforderter Eltern, Erzieherinnen und LehrerInnen - ebenfalls später in Provokation, Devianz und Aggression münden. Da sich diese Aggression besonders in Schulen manifestiert, folgen oft Negativkarrieren mit Schulverweisen, Schulschwänzen, Straßenkriminalität, Eintritt in extreme Jugendgruppen, polizeilichen und juristischen Eingriffen. Rechtsextremistische Ideen er-

scheinen dabei häufig nur als Rationalisierung psychosozialer Probleme. Statt nur die soziologischen 'üblichen Verdächtigen' wie gesellschaftliche Modernisierungsfolgen, Arbeitslosigkeit, Wertewandel, mangelnde historisch-politische Bildung sollten daher in tiefensoziologischer oder biopsychosozialer Perspektive auch die sozial-emotionalen Motivationsanteile solcher Täter beachtet werden, auch für die Prävention." (Autorenreferat)

[222-L] Wessely, Uli:

Politische Bildung in der globalen Wissensgesellschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte: Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2004, B 7/8, S. 32-38 (Standort: UuStB Köln(38)-Ztg00926-a; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: <http://www.bpb.de/files/8XLLYS.pdf>)

INHALT: "Die politische Bildung muss sich zunehmend auf die Auswirkungen und Herausforderungen der globalen Wissensgesellschaft einstellen. Dabei wird sie zu einer Neuausrichtung ihres Selbstverständnisses und ihrer Aufgaben gezwungen. So hat die politische Bildung erst sehr spät auf die digitale Revolution im Rahmen der neuen Medien reagiert. Auch die zunehmende Auflösung der nationalstaatlichen Gesellschaften fordert die politische Bildung heraus. Außerdem muss politische Bildung auch auf Prozesse reagieren, welche die Bildung insgesamt betreffen. So wird auch die politische Bildung mit dem Konzept des Lebenslangen Lernens konfrontiert und sollte dies im eigenen Rahmen umsetzen." (Autorenreferat)

[223-L] Wimmer, Jeffrey:

Identität der Gegenöffentlichkeit - Proteste gegen die Liberalisierung des Welthandels, in: Carsten Winter, Tanja Thomas, Andreas Hepp (Hrsg.): Medienidentitäten : Identität im Kontext von Globalisierung und Medienkultur, Köln: Halem, 2003, S. 362-375, ISBN: 3-931606-55-4 (Standort: UuStB Köln(38)-29A6876)

INHALT: Auf dem Hintergrund der Proteste gegen die Liberalisierung des Welthandels im Dezember 1999 in Seattle geht es in diesem Beitrag um die Frage nach dem Verhältnis zwischen Massenmedien und Anti-Globalisierungs-Bewegung. In diesem Rahmen geht der Autor zunächst auf das Konzept der kollektiven Identität ein. Personale und kollektive Identität werden einerseits allgemein im Zusammenhang mit Individualisierung und Mediatisierung skizziert und andererseits am Beispiel der Anti-Globalisierungs-Bewegung problematisiert. Die Anti-Globalisierungs-Bewegung als ein moderner Vertreter von Gegenöffentlichkeit zeichnet sich vor allem durch ein spezielles Verhältnis zu Medien und Öffentlichkeit aus, welches mit dem Konzept der kollektiven Identität theoretisch erfasst werden kann. Der Autor setzt die Medienberichterstattung über die globalisierungskritische Bewegung mit den Formen der z.T. strategischen Nutzung medialer Ressourcen durch deren Akteure in Beziehung. Mittels einer Analyse von Rahmenmustern verweist er auf die komplexen, gesellschaftlich wie politisch vermittelten und maßgeblich medial konstituierten Prozesse und Strategien kollektiver Identitätsbildung in sozialen Bewegungen. (ICH2)

[224-L] Wittich, Dietmar:

Allgemeine Verunsicherung: neue Umfragen über politischen Alltag und Zukunftserwartungen und ihre Bedeutung für die Politik der Linken, (Standpunkte / Rosa-Luxemburg-Stiftung, 6/2004), Berlin 2004, 8 S. (Graue Literatur;

URL: http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte04_06.pdf)

INHALT: "Die öffentliche Meinung in Deutschland ist zu Beginn des Jahres 2004 durch eine große allgemeine Verunsicherung geprägt. Kennzeichnend dafür sind nicht nur die üblichen politischen Unterschiede, ja Gegensätze zwischen den Befragten, sondern erhebliche Widersprüche in den Meinungsbildern aus Lagebeurteilung und Zukunftserwartung selbst. Die aktuelle Lage wird überwiegend kritisch wahrgenommen, intensiv wird eine komplexe Struktur drängender und ungelöster Probleme reflektiert, es gibt eine weit verbreitete Zukunftsangst. Gleichzeitig aber werden mehrheitlich gerade jene Konzepte, Strategien und die sie tragenden politischen Akteure unterstützt, die für diese verschärfte Problemlage verantwortlich sind und mit denen die Zukunftsängste ursächlich zusammen hängen. Mit einem Wort: Neoliberale Konzepte sind weiter auf dem Vormarsch. Die Chancen für linke Opposition sind gering, aber: Sie sind vorhanden." (Autorenreferat)

[225-L] Wittich, Dietmar:

Fremdenfeindlichkeit in Deutschland: eine empirisch-soziologische Annäherung, in: Utopie kreativ: Diskussion sozialistischer Alternativen : Diskussion sozialistischer Alternativen, 2004, H. 160, S. 128-136 (URL: <http://www.rosa-luxemburg.org/Bib/uk/Archiv/160/160.pdf>)

INHALT: Zweifelsohne existiert Fremdenfeindlichkeit in Deutschland, belegt durch eine Vielzahl sozialwissenschaftlicher Studien. Hier werden empirische Daten für die Jahre 1996 bis 2000 vorgelegt, die darauf hindeuten, dass ca. 18 % der deutschen Bevölkerung fremdenfeindliche Einstellungen aufweisen. Weitere 17 % haben nichts gegen Ausländer, sind jedoch gegen deren Anwesenheit in Deutschland. Zusammen ergibt beides eine Fremdenfeindlichkeit erstaunlicher Ausmaße. Dies erschwert die Integration von Ausländern in die deutsche Gesellschaft und deutet auf latente Spannungen, die leicht für eine Politik des Nationalismus ausgenutzt werden können. (ICEÜbers)

[226-L] Wurtzbacher, Jens:

Bürgerschaftliches Engagement für innere Sicherheit, in: Jutta Allmendinger (Hrsg.): Entstaatlichung und soziale Sicherheit : Verhandlungen des 31. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Leipzig ; Teil 1, Opladen: Leske u. Budrich, 2003, k. A., ISBN: 3-8100-4038-X

INHALT: "Inspiriert durch die Broken-Windows-Theorie in den USA, entdeckten in den letzten zehn Jahren Politiker auch hierzulande die innere Sicherheit als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Mit dem Ziel alle gesellschaftlich relevanten Gruppen in die Sicherheitsgewährleistung einzubeziehen, kam es in vielen Bundesländern sowohl zu organisatorischen Veränderungen innerhalb der Polizei als auch zur direkten Einbindung von Bürgern in die Gewährleistung innerer Sicherheit. Die Verbindung bürgerschaftlichen Engagements mit der Gewährleistung innerer Sicherheit wird häufig kritisch gesehen und mit Denunziation und Spitzeltum assoziiert. Obwohl bürgerschaftliche Partizipationsmöglichkeiten an vielen Stellen der Gesellschaft ganz selbstverständlich bestehen, wird denjenigen die sich für innere Sicherheit engagieren,

eher pathologische Ordnungsliebe als ausgeprägter Gemeinsinn unterstellt. Ob diese Vermutungen zutreffen oder sich anhand der empirischen Praxis entkräften lassen wird am Phänomen der Bürgerwachen thematisiert, in denen sich Bürger ehrenamtlich für Sicherheit in ihrem Gemeinwesen (durch Streifengänge o.ä.) engagieren können. Diese Projektformen unterschieden sich in verschiedenen Bundesländern nach ihrem konzeptionellen Aufbau. Hier lautet die These, dass die verschiedenen Organisationsformen der Bürgerwachen qualitativ unterschiedliche Formen bürgerschaftlichen Sicherheitsengagements hervorbringen und diese jeweils unterschiedliche Auswirkungen auf das Gemeinwesen zeitigen. Es werden in vergleichender Perspektive zwei Konzeptionen von Bürgerwachen gegenübergestellt und deren jeweiliger Einfluss auf das bürgerschaftliche Engagement beleuchtet." (Autorenreferat)

7 Politische Kultur und Ethik, politische Eliten

[227-L] Albrecht, Clemens:

Wovon wir gelebt haben: Vergangenheitsbewältigung als Institution im Zeitalter der Vergangenheitspolitik, in: Joachim Fischer, Hans Joas (Hrsg.): Kunst, Macht und Institutionen : Studien zur Philosophischen Anthropologie, soziologischen Theorie und Kulturosoziologie der Moderne ; Festschrift für Karl-Siegbert Rehberg, Frankfurt am Main: Campus Verl., 2003, S. 231-241, ISBN: 3-593-37378-5

INHALT: Vergangenheitsbewältigung hat es nicht nur mit einer Deutung der Vergangenheit, d.h. mit der kausalen Erklärung bestimmter geschichtlicher Vorgänge zu tun. Der Begriff markiert auch ein Übergangsfeld zwischen Erklärungsformen von Faschismus, Nationalsozialismus oder anderer Formen totalitärer Herrschaft und politischen Gegenwartsprogrammen. Erst mit der Folgerung politischer oder kultureller Konsequenzen werden aus den verschiedenen Theorien und Kausalitätsvermutungen jene Argumente, die über Form und Ausgang politischer Gegenwartskämpfe entscheiden. Der Autor skizziert die Genese von drei Leitideen, die durch jeweils spezifische Selektionsleistungen die Deutung, symbolische Repräsentation und Habitualisierung der Vergangenheitsbewältigung in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte steuerten. Er erörtert ferner mit Ernest Renan die Frage, wie die Zukunft der Institution "Vergangenheitsbewältigung" im Rahmen der soziologischen Theorie aussehen kann. Denn wie Karl-Siegbert Rehbergs Werk zeigt, unterliegen Institutionen einer sozialwissenschaftlichen Unschärferelation: Geltung und Gegenwart lassen sich nie gleichzeitig bestimmen. (ICI2)

[228-L] Alemann, Annette von:

Elitäre Leistungsdarstellung als Parapolitik: Analyse von Karrieren in dramatologischer Perspektive, in: Jutta Allmendinger (Hrsg.): Entstaatlichung und soziale Sicherheit : Verhandlungen des 31. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Leipzig ; Teil 1, Opladen: Leske u. Budrich, 2003, k. A., ISBN: 3-8100-4038-X

INHALT: "Erfolgsorientierung wird mit Leistungsorientierung als wesentlicher Bestandteil des Habitus von Eliten verknüpft. Dieses Kriterium kann nur unter ambivalenten Bedingungen seine Funktion erfüllen. Das Verhalten von Eliten ist von Kontingenz geprägt. Eliten müssen Kontingenz riskieren, um Erfolg dramatologisch zu präsentieren. Dies schafft ein Bewusst-

sein gesamtgesellschaftlicher Relevanz, das zum Habitus von Eliten gehört. Im Einzelnen sollen folgende Thesen aufgestellt werden: 1. Leistung(sorientierung) ist wichtiger Bestandteil der elitären Ideologie. 2. Die von den Eliteangehörigen vertretene meritokratische Ideologie strahlt aus auf das Wertesystem der Gesamtgesellschaft. 3. Leistungsorientierung rechtfertigt sozialen Status und finanziellen Wohlstand der Eliteangehörigen. 4. Die Koppelung von Leistungsorientierung und 'verdientem Erfolg' als Legitimation für den eigenen sozialen Status führt zur Anerkennung in der eigenen Elite und in der Gesamtgesellschaft. 5. Vergleicht man tatsächliche Leistung und soziales Ansehen, stellt sich heraus, dass Erfolg nicht nur ein Leistungs-, sondern auch ein Darstellungsphänomen ist. 6. Es werden spezifische soziale Institutionen zur Sozialisation in eine Leistungs- und Erfolgsorientierung und ihre Darstellung eingesetzt, z.B. Schulen und Hochschulen, aber auch der Sport. 7. Die gesamtgesellschaftliche Zurechnung von Leistung und Erfolg gilt nicht für alle Eliten in gleicher Weise und ist in der Wirtschaftselite besonders sichtbar. 8. Angesichts von sich beschleunigenden Wandlungstendenzen in der Wirtschaft lässt sich weder ein erreichter Status noch die Zugehörigkeit zu einer Elite mit der persönlichen Leistungsorientierung allein begründen. Die Frage ist aber, ob in dieser Situation nicht gerade die Darstellung der Leistungsorientierung nach außen hin vorgenommen wird. Der Vortrag will das Thema 'Erfolgsorientierung bei Eliten' an Hand der aufgestellten Thesen diskutieren und legt dabei den Schwerpunkt auf politische Eliten und Wirtschaftseliten. Im Mittelpunkt stehen die Leistungsdarstellung als dramatologisches Problem und die Vorbereitung von Individuen auf ihre spätere Berufstätigkeit im Hinblick auf Erfolgs- und Leistungsorientierung durch Institutionen im politischen und wirtschaftlichen Raum." (Autorenreferat)

[229-L] Bauer, Walter:

Demokratie online: politische Öffentlichkeit im Zeitalter des Internet, in: Winfried Marotzki, Dorothee M. Meister, Uwe Sander (Hrsg.): Zum Bildungswert des Internet, Opladen: Leske u. Budrich, 2000, S. 287-315, ISBN: 3-8100-2685-9

INHALT: "Um die demokratische Bedeutung des Internet einschätzen zu können, soll dabei zunächst ein demokratiethoretischer Analyserahmen entwickelt werden, der die Bedeutung zivilgesellschaftlicher Elemente unter Einbezug medienvermittelter politischer Kommunikation in den Vordergrund rückt. Es geht mir dabei um die Frage, ob das Internet Perspektiven für eine Stärkung öffentlicher Meinungs- und Willensbildung, also öffentlicher Deliberation bieten kann. Mit diesem Plädoyer zugunsten einer deliberativ-partizipativen Fassung moderner Demokratie verbindet sich zugleich eine skeptische Sicht auf eine republikanisch-kommunitaristische, den Vergemeinschaftungsaspekt per se in den Vordergrund stellende Form von Demokratisierung sowie eine kritische Einschätzung teledemokratischer Vorschläge, die vorrangig die Förderung elektronisch gestützter Abstimmungsverfahren (direkte Demokratie) befürworten". (Autorenreferat)

[230-L] Borchert, Jens:

Die Professionalisierung der Politik: zur Notwendigkeit eines Ärgernisses, Frankfurt am Main: Campus Verl. 2003, 243 S., ISBN: 3-593-37126-X

INHALT: Borchert analysiert Politik als Beruf aus der Perspektive der politischen Soziologie. Die professionalisierte Politik in der Demokratie bewegt sich in einem Teufelskreis: 'Das politi-

sche Personal wird einer Unsicherheit durch Wahlen unterworfen, die in der Demokratie unverzichtbar ist. Um ihre berufliche Existenz zu sichern entwickeln die Politiker Schutzmaßnahmen gegen diese Unsicherheit.' (132) Diese Schutzmaßnahmen ziehen wiederum die Kritik an einer abgehobenen politischen Klasse nach sich. Ein Vergleich der Profession des Politikers mit anderen Professionen (Ärzte, Anwälte, Architekten/Ingenieure) zeigt: 'Politiker haben die größte Regulierungsautonomie aller hier diskutierten Professionen und den abstraktesten Bezug zwischen Leistung und Bezahlung.' (200) Dennoch sind sie in einer schwierigeren Lage als die anderen Professionen, da die Professionalisierung der Politik nach wie vor weitgehend uneingestanden ist, die 'Leistungskriterien' in hohem Maße unklar sind und die politische Klasse stets unter erhöhtem demokratischen Legitimationszwang steht. Abschließend gibt Borchert einen Überblick über die Kerninhalte aktueller Kritik an der Parteiendemokratie. Der Autor kommt zu dem Ergebnis, dass eine Wahlrechtsreform, die 'die politische Verantwortlichkeit der Abgeordneten gegenüber den Wählern erhöhen' soll (221), und die Stärkung direktdemokratischer Elemente eine Chance bieten, um die negativen Nebeneffekte der notwendigen Professionalisierung der Politik in Grenzen zu halten. Inhaltsübersicht: 1. Politik als Profession, Politiker als Klasse: Zur politischen Soziologie der repräsentativen Demokratie; 2. 'Leben von der Politik': Max Weber und die Entdeckung der politischen Profession; 3. Das Konzept der politischen Klasse: Zur historischen Entwicklung einer umstrittenen Kategorie; 4. Ist Politik eine Profession? Demokratietheoretische Perspektiven und professionssoziologische Einsichten; 5. Die professionelle Leistung und ihr Preis: Die Politiker unter den Professionen; 6. Die Pathologien der politischen Professionalisierung und die Reform der Demokratie. (ZPol, Leske u. Budrich)

[231-L] Burger, Rudolf:

Geschichte als Therapie?: zur Konjunktur des historischen Bewußtseins, in: Merkur: deutsche Zeitschrift für europäisches Denken : deutsche Zeitschrift für europäisches Denken, Jg. 58/2004, H. 5 = H. 661, S. 375-394 (Standort: UuStB Köln(38)-AP4481; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Das Vergessenkönnen erschien den Menschen zu allen Zeiten als moralische Leistung, welche die Kette des Unheils durchbrach. Das Gebot ist selbst ein historisches Novum, zumindest seit dem Ausgang der Menschheit aus mythischer Vorzeit: Jeder Mythos ist ein genealogischer Schuld-Opfer-Zusammenhang, dessen narrative Weitergabe ein "kollektives Gedächtnis" (Halbwachs) im Bewusstsein der Generationen schafft, welches das Unheil fortwälzt. Es war eine zivilisatorische Leistung ersten Ranges, als es der griechischen Philosophie gelang, das mythische Erinnerungsgebot zu durchbrechen und an seine Stelle dessen Negation zu setzen: das Gebot, nicht zu erinnern. Umgekehrt galt in der gesamten europäischen Zivilisationsgeschichte die Maxime "Niemals vergessen" nicht als Mahnung, eingedenk des vergangenen Schreckens seine Wiederholung zu verhindern, sondern als militante Kollektivverpflichtung, unter günstigeren Bedingungen wieder zu mobilisieren; nicht als Friedensformel, sondern als Kampfparole. Nach drei Generationen nach 1945 ist es an der Zeit zu fragen, ob nicht mit der Verdächtigung der Kollektivschuld Politik gemacht wird - eine "Vergangenheitspolitik", die jene, die sie betreiben, und sei es auch in der Form der Selbstanklage, in eine moralisch superiore Position versetzt. Die ideologische Selbstviktimsierung des Anklägers historischer Schuld reproduziert nämlich beständig das moralische Kapital, von dem er als Ankläger zehrt, und verschafft ihm so eine beinahe unangreifbare Position. (ICI2)

[232-L] Burkhardt, Armin:

Das Parlament und seine Sprache: Studien zu Theorie und Geschichte parlamentarischer Kommunikation, (Reihe Germanistische Linguistik, Bd. 241), Tübingen: Niemeyer 2003, XIII, 608 S., ISBN: 3-484-31241-6 (Standort: UB Bochum(294)-IFA17269)

INHALT: Ziel der Untersuchung ist es, die theoretischen und methodischen Grundlagen einer Parlamentslinguistik zu entwerfen und Grundzüge des historischen Wandels parlamentarischer Verhandlungsstile in Deutschland zu skizzieren. Hierzu wird zunächst eine Analyse des Sprachstils von Eröffnungs- und Umbruchsitzen deutscher Parlamente vorgenommen, die Wendepunkte der Parlamentsgeschichte markieren. Auf dieser Basis setzt sich der Verfasser mit politischer Sprache und politischer Kommunikation, dem Parlament als Institution und den Besonderheiten parlamentarischer Kommunikation und Sprache auseinander. Die "Selbstverständnis-Debatte" in der Paulskirche sowie die "Berlin-Debatte" im Deutschen Bundestag werden exemplarisch als "fast ideale" parlamentarische Debatten herausgegriffen. Abschließend behandelt der Verfasser Geschichte, Anfertigung und Verlässlichkeit von Plenarprotokollen. (ICE2)

[233-L] Busche, Jürgen:

Die 68er: Biographie einer Generation, Berlin: Berlin Verl. Spitz 2003, 189 S., ISBN: 3-8270-0507-8

INHALT: In Teilen der Medien hat es sich eingespielt, das Handeln der Protagonisten der rot-grünen Bundesregierung mit Blick auf die so genannte 68er-Bewegung zu interpretieren. Auch Busche, Jahrgang 1944, folgt diesem Muster. Eigentlich schon das erste, gewiss aber das zweite Kabinett 'des ersten 68er-Kanzlers' sei innen- wie außenpolitisch mit Aufgaben konfrontiert, die der Größe nach einer 'zweiten Gründung der Bundesrepublik' entsprechen (13). Und dies stoße einer Generation zu, 'die wie kaum eine andere vor ihr allein nach den von ihr aufgestellten oder akzeptierten Bedingungen in ihrer Zeit leben wollte' (10). Es ist nun sicher eine plausible Annahme, dass die Biografie einer Generation Aufschluss geben könnte über politischen Stil und Problemlösungsverhalten derjenigen ihrer Angehörigen, die gegenwärtig Führungspositionen bekleiden. Aber der Autor will sich in der Hinsicht - jenseits solcher Stereotypen, die dieser Generation eine gewollte Uneindeutigkeit unterstellen oder als ihre Leistung die kulturelle Öffnung der Bundesrepublik anerkennen - nicht richtig festlegen. Er entwirft stattdessen - reizvoll formuliert - ein Panorama von biografischen Episoden, die eher etwas über individuelle Karrieren aussagen als über die kollektiven Konsequenzen einer generationsspezifischen Sozialisation. Inhaltsverzeichnis: 1. Eine Generation im Zeichen ihrer Kindheit; 2. Väter und große Brüder; 3. Anachronismus und frühes Glück; 4. Als die US-Kavallerie ausblieb; 5. Antiquariatsgänger und Ruhestörer; 6. Leichter Weg und Langer Marsch; 7. Die Enkel müssen warten lernen; 8. Putschisten auf dem Weg ins Kanzleramt; 9. Eindeutig im Uneindeutigen; 10. Ein Zweikampf. (ZPol, Leske u. Budrich)

[234-L] Chowdhury, Shyamal K.:

Do democracy and press freedom reduce corruption?: evidence from a cross country study, (ZEF-Discussion Papers on Development Policy, No. 85), Bonn 2004, 33 S. (Graue Literatur; URL: http://www.zef.de/download/zef_dp/zef_dp85.pdf)

INHALT: "Dieser Beitrag untersucht die Rolle von Demokratie und Pressefreiheit bei der Bekämpfung von Korruption. Im Gegensatz zu Autokratien, in denen Pressefreiheit vollständig oder teilweise eingeschränkt ist, kann in Demokratien eine freie Presse über die Korruption politischer Repräsentanten informieren. Darauf können Wähler reagieren, indem sie Oppositionsparteien wählen. Die empirischen Untersuchungen dieses Beitrages zeigen, dass Demokratie und Pressefreiheit einen signifikanten Einfluss auf Korruption haben. Auch wenn Korruption kurz- bis mittelfristig andauert, können eine Erhöhung der Wählerbeteiligung und Pressefreiheit Korruption reduzieren." (Autorenreferat)

[235-L] Dawid, Evelyn:

Doch man sieht nur die im Fernsehen: wie viele Arbeitsplätze die österreichische Politik bietet, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 33/2004, H. 1, S. 95-107 (Standort: UuStB Köln(38)-XE00150; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Im Rahmen einer Forschungsarbeit über die Beschäftigung im Nonprofit Sektor in Österreich wurde mittels eines per E-Mail versandten Kurzfragebogens auch der Bereich Politik erfasst. Die Daten gelten für den Sommer 2003, und es wurde eine Rücklaufquote von 76,0 % erreicht. Berücksichtigt wurden Nonprofit Organisationen, die im Rahmen der Repräsentativdemokratie erfolgreich sind, also Parteien, die gewählte Mandatare stellen - außerdem zur Gegenüberstellung der gesamte öffentliche Sektor, also alle auf Zeit gewählten PolitikerInnen. Der öffentliche Sektor zählt 43.727 Beschäftigte, wobei der überwiegende Teil erstens nur nebenberuflich in der Politik tätig ist und zweitens auf Gemeindeebene (98,2 %!) arbeitet. Der deutlich größere Nonprofit Sektor erreicht 110.312 Beschäftigte, die aber nur zu 1,6 % bezahlt arbeiten. Insbesondere SPÖ und ÖVP basieren auf dem Engagement ehrenamtlicher MitarbeiterInnen. Auffallend sind die schmale Personalausstattung der FPÖ und der hohe Anteil der Teilzeitbeschäftigten bei den Grünen." (Autorenreferat)

[236-L] Deckenbach, Karin:

Jutta Limbach: eine Biografie, Düsseldorf: Droste 2003, 240 S., ISBN: 3-7700-1158-9

INHALT: Limbach, geboren 1934 und seit 1962 Mitglied der SPD, kam erst spät in die Politik, als sie im Jahr 1989 von Walter Momper als Justizsenatorin in den rot-grünen Senat geholt wurde. Dieses Amt übte sie auch in der späteren Großen Koalition weiter aus, bis sie schließlich 1994 zur Richterin am Bundesverfassungsgericht gewählt wurde. Deckenbach schildert den familiären Hintergrund Limbachs, deren Groß- und Urgroßmutter bereits als Sozialdemokratinnen aktiv waren, und zeichnet den beruflichen Werdegang der Studentin, Doktorandin und späteren Professorin an der FU Berlin nach. Dort sammelte sie 'sowohl gewisse Grundüberzeugungen als auch Kenntnisse der politischen Verhandlungsführung in einem ideologisch aufgepeitschten Klima (...) vor und nach der Studentenrevolte' (44). Deckenbachs Biografie vermittelt einen von Verständnis und Anerkennung geprägten Blick auf die Senatorin und Verfassungsrichterin. Sie zeichnet interessant und detailliert wesentliche (politische) Weichenstellungen nach, an denen Limbach beteiligt war, und schildert knapp und anschaulich den persönlichen und politischen Alltag in den Ämtern, die Limbach ausgefüllt hat und als Präsidentin des Goethe-Instituts noch heute ausübt. (ZPol, Leske u. Budrich)

[237-L] Ehtreiber, Ewald:

Alles für unser Österreich!: das Bild Österreichs in den Regierungserklärungen der Zweiten Republik, (Sprache im Kontext, Bd. 19), Frankfurt am Main: P. Lang 2003, 166 S., ISBN: 3-631-39969-3 (Standort: UB München(19)-8-03-5928)

INHALT: "Dieser Band hat Sprache in der Politik zum Inhalt. Im ersten Teil behandelt der Autor selektiv Ergebnisse sprachwissenschaftlicher Erforschung politischen Sprechens und liefert damit eine Einführung in das Thema. Im zweiten Teil erfolgt eine textsemantische Analyse aller österreichischen Regierungserklärungen der Zweiten Republik bis zum Jahr 2000. Dabei werden die Texte nach vier Gesichtspunkten untersucht: die Nation Österreich als Ziel persuasiven politischen Handelns, Probleme der Bewältigung der NS-Zeit, das Verhältnis zwischen Staat und Bürger sowie Perspektiven politischen Handelns nach außen. Die diachrone Zusammenschau bringt Inhalte der Regierungserklärungen zum Vorschein, die abseits thematisierter politischer Zielsetzungen stehen und geschichtliche Verläufe erkennen lassen." (Autorenreferat)

[238-L] Fach, Wolfgang:

Politische Ethik: vom Regieren und Rasonieren, (Grundwissen Politik, 33), Opladen: Leske u. Budrich 2003, 163 S., ISBN: 3-8100-3536-X

INHALT: Der Band richtet sich an Magisterstudenten im Hauptstudium im Teilgebiet Politische Theorie, im Vorwort wird er implizit aber auch dem 'Durchschnittsbürger' zur Lektüre empfohlen. Erklärtes Ziel des 'Lehrstücks' (12) ist es, den Leser auf der Basis ausgewählter Zeitungsbeiträge gegen 'Aufregungsschäden' im luhmannschen Sinne zu immunisieren. Stattdessen sollen ihm Begründungsmuster an die Hand gegeben werden, über die sich sein Meinen über die Moralität des Regierens mit dem tatsächlichen politischen Machen vermitteln lasse, damit also der eigene Standpunkt solange aufgeklärt werden könne, 'bis er sich nicht mehr a priori blamiert' (9). Konkret werden im ersten Teil des Textes 'eine ganze Reihe von Ansätzen mehr oder minder gründlich gestreift' (11), wie beispielsweise Kants Prinzipienethik, Max Webers Verantwortungsethik, verschiedene kasuistische Überlegungen sowie der postmoderne Pragmatismus a la Rorty. Unter der Rubrik 'Leute' werden Affären wie etwa Helmut Kohls Ehrenwort angeführt. Unter der Rubrik 'Lagen' behandelt der Autor moralische Probleme, die sich nicht bestimmten Individuen zuordnen lassen, beispielsweise das Waldsterben, die Kopftuchfrage oder das Klonen. Fach unterscheidet zwischen politikwissenschaftlicher und philosophischer Ethik, denen es je darum gehe, vom konkret zu beurteilenden politischen Problem bzw. vom Horizont der zur Beurteilung verfügbaren Moralsysteme her zu argumentieren - und er räumt (zu Recht) ein, mit seiner 'fallweisen Orientierung an alltäglicher Politik' (13) beide kaum angemessen würdigen zu können, diesbezüglich also eine äzweifach unvollständige Übung' (12) vorzulegen. Immerhin: 'Man kann nicht allen alles bieten.' (13). (ZPol, Leske u. Budrich)

[239-F] Grotefeld, Stefan (Bearbeitung); Dalferth, Ingolf, Prof.Dr.; Ruh, Hans, Prof.Dr. (Betreuung):

Protestantische Ethik in der pluralistischen Gesellschaft. Untersuchungen zum Verhältnis von Staat, Politik und Kirchen in der Schweiz

INHALT: Which role could and which role may christian ethics be allowed to play in public deliberation about politics within a pluralistic society? This question is part of the controversial discussion about the relationship of state and churches in Switzerland. While some are of the opinion that the values, virtues and norms represented by the churches are indispensable for society and state, others refer to the principle of state neutrality and argue for a strict separation of state and churches. They think that religion is a matter of the private sphere. The public discussion in Switzerland about this topic suffers from the lack of new and profound inquiries into the self-understanding of protestant political ethics, especially concerning its relevance for political integration and legitimation. To help filling this gap is one of the main purposes of this research project. In addition, I want to investigate the practical consequences of this fundamental inquiry about the state-churches-relationship. The project is divided in four parts. In the first, I want to ascertain in which way christian values, virtues and norms are actually influencing the political opinions and decisions of Swiss people. For this purpose, I shall interpret the already existing sociological studies about religion in Switzerland. In a second part, selected protestant-theological theories about political ethics will be analysed. I have chosen six theories, three from the german-speaking world (probably E. Herms, W. Huber, F. Wagner) and three from the United States (probably St. Hauerwas, R.F. Thieman and F.I. Gamwell) which represent different types of political ethics from a theological point of view. The analysis will concentrate on how these theories answer to the questions: "Who maintains protestants ethics?", "Which is its subject?" and "What is its service to public deliberation?". The aim of the third part is to draw own considerations about the self-understanding and relevance of protestant political ethics in a pluralistic society. For this purpose, a careful examination of the discussion focused on this topic especially in the United States is necessary. At this point, it seems to be useful to discern in an analytical way matters of political integration and legitimation. In the last part of the project, I shall try to draw conclusions concerning the relationship of state and churches in Switzerland. I intend to state three case-studies (probably about the new employment law, the Swiss day of repentance and church-asylum) and then end with general considerations. For further information please consult SIDOS online database: http://www.sidos.ch/fw_query/siweb2.fwx?htm.sel0=6061 . *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Schweiz

METHODE: Das geplante Forschungsprojekt bewegt sich im Kontext einer theologischen Ethik des Politischen. Es soll sich zwar einerseits auf die protestantische Perspektive beschränken, andererseits aber Forschungsarbeiten aus anderen wissenschaftlichen Disziplinen kritisch rezipieren. Die verschiedenen in der Schweiz ansässigen Religionsgemeinschaften treten für unterschiedliche ethische Konzeptionen und Positionen ein. Das gilt auch für die beiden grossen christlichen Konfessionen, selbst wenn diese ihre öffentlichen Stellungnahmen häufig gemeinsam formulieren. Erheblich sind nicht zuletzt die Differenzen in bezug auf die Ekklesiologie. Da der Forschungsgegenstand den Rekurs auf ethische und ekklesiologische Grundlagen erfordert, erscheint die Beschränkung auf die (eigene) protestantische Perspektive um der Stringenz und Übersichtlichkeit der Argumentation willen sowie aus arbeitsökonomischen Gründen sinnvoll und notwendig. Auf der anderen Seite kann theologische Ethik u.E. nicht umhin, sich um eine kritische Rezeption relevanter Forschungsergebnisse aus anderen Zweigen der Wissenschaft zu bemühen, um in Zustimmung und Differenz zu den dort angestellten Überlegungen zu plausiblen Urteilen zu gelangen. In diesem Fall wird es vor allem darum gehen, sich mit Arbeiten aus dem Bereich der (Religions-) Soziologie, der politischen Philosophie und der Rechtswissenschaft auseinanderzusetzen.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Grotefeld, Stefan: Selbstbeschränkung als Bürgerpflicht? Religiöse Überzeugungen, politische Deliberation und Gesetzgebung. in: Bondolfi, Alberto: Ethik

und Gesetzgebung. Probleme - Lösungsversuche - Konzepte. Stuttgart u.a. 2000, S. 65-89 (zugl. in: *Societas Ethica*, Jahresbericht 1998, Zürich 1998, S. 118-141).+++Ders.: Politische Deliberation und religiöse Überzeugungen. Kritische Überlegungen zu John Rawls' Idee öffentlicher Vernunft aus theologischer Sicht. in: Rippe, Klaus Peter (Hrsg.): *Angewandte Ethik in der pluralistischen Gesellschaft*. Fribourg 1999, S. 83-107.+++Ders.: Zur Debatte über die Zürcher Trennunginitiative. in: Loretan, Adrian (Hrsg.): *Kirche - Staat im Umbruch*. Neuere Entwicklungen im Verhältnis von Kirche und anderen Religionsgemeinschaften zum Staat. Zürich 1995, S. 62-67 (auch in: *SKZ* 163, 1995, S. 98-100).+++Ders.: Verfassung als Bekenntnis? in: Krieg, Matthias; Luibl, Hans Jürgen (Hrsg.): *In Freiheit Gesicht zeigen*. Zur Wiederaufnahme des liturgischen Bekenntnisses im reformierten Gottesdienst. Zürich 1999, S. 97-115.+++Ders.: Politische Integration und rechtliche Anerkennung von Religionsgemeinschaften. Überlegungen aus sozialetischer Sicht. in: *Schweizerisches Jahrbuch für Kirchenrecht*, 4, 1999, S. 107-143 (wiederabgedruckt in: *Anerkennungsverfahren der Religionsgemeinschaft der Zeugen Jehovas in Deutschland*, Bd. II: Oktober 1999 - Mai 2001, hg.v. Religionsgemeinschaft der Zeugen Jehovas in Deutschland e.V., Selters i. Taunus 2001 -Anlage 23-).+++Ders.: Self-restraint and the principle of consent: some considerations on the liberal principle of political legitimacy. in: *Ethical Theory and Moral Practice*, 3, 2000, pp. 77-92.+++Ders.: Distinkt, aber nicht illegitim. Protestantische Ethik und die liberale Forderung nach Selbstbeschränkung. in: *ZEE*, 45, 2001, S. 262-284.+++Ders.: Sterben - eine Frage des guten Lebens. in: *Hermeneutische Blätter*, 2002, Nr. 2, S. 35-42.+++Ders.: Religiöse Überzeugungen und politische Deliberation. Der Politische Liberalismus als Herausforderung für die theologische Ethik. in: *Bulletin. Zeitschrift für Theologie in Europa* 14, 2003, S. 58-69.+++Ders.: Leben und lehren lassen. Ein Kommentar zum "Kopftuch-Urteil" des Bundesverfassungsgerichts. in: *Hermeneutische Blätter*, 2003, Nr. 2.+++Ders.: Konfession, religiöse Identität und politisches Verhalten. in: Herms, Eilert: *Eine protestantische Ethik des Politischen*.+++Ders.: Epistemologische Prämissen liberaler Neutralität und moralischer Realismus. in: Fischer, Johannes (Hrsg.): *Moralischer Realismus - Annäherungen und Deutungen in theologischer Perspektive*. Stuttgart 2004.

ART: gefördert; Habilitation *BEGINN:* 1997-10 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Schweizerischer Nationalfonds zur Förderung der Wissenschaftlichen Forschung

INSTITUTION: Universität Zürich, Theologische Fakultät, Institut für Sozialethik (Zollikerstrasse 117, 8008 Zürich, Schweiz)

[240-L] Hampel, Frank:

Kommunikative Kompetenz als realistisches Reformkonzept?: eine empirische Untersuchung zur Relevanz politischer Wert- und Einstellungsorientierungen von Landtagsabgeordneten, (Empirische und methodologische Beiträge zur Sozialwissenschaft, Bd. 21), Frankfurt am Main: P. Lang 2003, 236 S., ISBN: 3-631-51052-7 (Standort: UB Duisburg(464)-01OZV3138)

INHALT: "Das Ziel der vorgelegten Untersuchung ist es, anknüpfend an Forderungen aus dem gesellschaftlichen Raum, die kommunikative Kompetenz politischer Akteure zu untersuchen. Als zentrales Analyseraster dient u.a. die Theorie des geplanten Verhaltens (TOPB) von Fishbein und Ajzen, die es ermöglicht, eine gehaltvolle, messtheoretische Variablenprüfung vorzunehmen und die Vorlage vordefinierter Kategorienraster mit offen zu formulierenden Fragestellungen zu verkoppeln. In der empirischen Analyse wird die Anwendbarkeit und Reichweite der Theorie geprüft. Dazu werden die mittels schriftlicher Interviews erhobenen Primärdaten von Landtagsabgeordneten aus neun Bundesländern herangezogen. Die Daten-

analyse verwendet hierbei nicht, wie sonst üblich, regressionsanalytische Ansätze, sondern bedient sich linearer Strukturgleichungsmodelle." (Autorenreferat)

[241-L] Hansen, Klaus:

Zivilcourage als riskante Sozialkompetenz, in: Gesellschaft Wirtschaft Politik: Sozialwissenschaften für politische Bildung, N. F. : Sozialwissenschaften für politische Bildung, N. F., Jg. 53/2004, H. 1, S. 9-20 (Standort: UB Bonn(5)-Z62/84; UuStB Köln(38)-M XG00116; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Autor unterscheidet in Anlehnung an eine Definition von Otto von Bismarck zwei Bedeutungen des Begriffs "Zivilcourage": zum einen die staatsbürgerliche Tugend des zivilen Ungehorsams in einer rechtsstaatlichen Demokratie und zum anderen die zivilbürgerliche Tugend des riskanten Sozialverhaltens im mitmenschlichen Leben. Er erörtert vor diesem Hintergrund die Frage, was Menschen dazu bewegt, das doppelte Risiko der prosozialen Zivilcourage einzugehen. Er beschreibt ferner die einzelnen Motive für Zivilcourage, z.B. Mitleid, Verantwortungsgefühl, positives Selbstwertgefühl und Kompetenz, und zeigt anhand von Beispielen aus dem Alltagsleben, wie diese durch ein "Mundaufmach-Training" sowie ein Interventions- und Argumentationstraining gezielt gefördert werden können. Denn Zivilcourage setzt Kompetenzen im Sinne von Fertigkeiten, "skills" oder Humantechniken voraus, die auch noch im fortgeschrittenen Alter erlernbar sind, und insgesamt das Sozialkapital einer Gesellschaft erhöhen. (ICI)

[242-L] Hauch, Gabriella; Hellmuth, Thomas; Pasteur, Paul (Hrsg.):

Populismus: Ideologie und Praxis in Frankreich und Österreich, (Studien zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte, 12), Innsbruck: Studien-Verl. 2002, 196 S., ISBN: 3-7065-1684-5

INHALT: Populisten haben in den vergangenen Jahren in verschiedenen europäischen Ländern Wahlerfolge erzielt. Aber was genau ist Populismus? Die Autoren analysieren ihn nicht nur als Politikform, sondern fragen auch nach den ideologischen Grundlagen populistischer Politik. Unterschieden wird dabei in einen 'Populismus der Rechten' und einen 'Populismus der Linken' (7). Der Band geht auf ein gemeinsames Forschungsprojekt zurück, an dem das Centre d'Etudes et de Recherches autrichiennes der Université Rouen und das Institut für Neuere Geschichte und Zeitgeschichte der Universität Linz beteiligt sind. Im Rahmen dieses Projektes wurden in Rouen eine Tagung und in Linz ein Workshop veranstaltet. Inhaltsverzeichnis: Thomas Hellmuth: 'Patchwork' der Identitäten. Ideologische Grundlagen und politische Praxis des Populismus in Frankreich und Österreich (9-43); Paul Pasteur: Von Boulanger zu Le Pen. Populismus und Nationalpopulismus in Frankreich (45-62); Gabriella Hauch: 'Neue Wege in viele Richtungen'. Geschlecht und Politik in der Freiheitlichen Partei Österreichs von 1986 bis 2000 (63-91); Walter Ötsch: Demagogische Vorstellungswelten. Das Beispiel der Freiheitlichen Partei Österreichs (93-104); Nicolas Roquigny: Der französische Front National. Nationalpopulismus und Elemente des Irrationalen (105-121); Andre Zogholy: Antonio Gramsci und die kulturpolitischen Strategien der Freiheitlichen Partei Österreichs (123-141); Georg Schmid: Verbrechen - verdrängung - wiederkehr. Der 'unterirdische diskurs' und seine folgen in der österreichischen 'Dritten Republik' (143-163); Thomas Macho: Politische Avatare. Jörg Haider und die Mediendemokratie (165-170); Anne-Sophie Perrioux: Charasse, Cres-

son und Allegre. Populismus und Sozialismus in Frankreich in den 1990er Jahren (171-187). (ZPol, Leske u. Budrich)

[243-L] Heimann, Horst:

Es war einmal ... eine andere politische Kultur: durch ideologiekritische Aufklärungsdiskurse zur neuen Deutschland- und Ostpolitik, in: Perspektiven des Demokratischen Sozialismus: Zeitschrift für Gesellschaftsanalyse und Reformpolitik : Zeitschrift für Gesellschaftsanalyse und Reformpolitik, Jg. 21/2004, H. 1, S. 110-131 (Standort: FES Bonn(Bo133)-X6424)

INHALT: In den zahlreichen Untersuchungen zur Geschichte der Deutschland- und Ostpolitik und des Umorientierungsprozesses vom Kalten Krieg zur Entspannungspolitik wurde nach Ansicht des Autors ein Aspekt einer spezifischen politischen Kultur vernachlässigt, in deren Rahmen eine neue Politik konzipiert, mehrheitsfähig gemacht und durchgesetzt wurde. Die Veränderung der Deutschland- und Ostpolitik der Bundesrepublik kam nach seiner These nicht nur deshalb zustande, weil sich die politische Meinungs- und Willensbildung in der SPD und der FDP veränderte. Von größerer Bedeutung war vielmehr, dass in intensiven intellektuellen Diskursen die gesamte Gesellschaft, Personen und Institutionen, vermittelt über die Medien, an der politischen Meinungs- und Willensbildung, an der Analyse und Interpretation der politischen Wirklichkeit und vor allem auch des Ost-West-Gegensatzes aktiv mitwirkten. Bei den Kontroversen über die Deutschland- und Ostpolitik sind zwei historische Etappen zu unterscheiden, die im vorliegenden Beitrag näher beschrieben werden: (1) die Kontroversen in den 1950er Jahren zwischen der Bundesregierung unter Konrad Adenauer und der sozialdemokratischen und publizistischen Opposition; (2) die Kontroversen in den 1960er und 1970er Jahren auf dem Weg zur Entspannung und zur Anerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Grenze. (ICI2)

[244-L] Heinrichs, Harald:

Wissen und Governance: Herausforderungen für die Politikberatung, in: Jutta Allmendinger (Hrsg.): Entstaatlichung und soziale Sicherheit : Verhandlungen des 31. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Leipzig ; Teil 1, Opladen: Leske u. Budrich, 2003, k. A., ISBN: 3-8100-4038-X

INHALT: "Governance als Verknüpfung politischer Steuerung mit gesellschaftlicher Selbststeuerung in sozial komplexen, pluralistischen Wissensgesellschaften, benötigt differenzierte Informationsstrukturen. Traditionelle Modelle staatsorientierter Politikberatung, in denen vermeintlich eindeutiges Expertenwissen an die politischen Entscheidungsträger vermittelt und in hierarchischen Gesellschaften umgesetzt wird, erscheinen unter diesen Bedingungen unzureichend: wissenschaftliches Wissen, professionelles Praxiswissen und kulturelles Alltagswissen müssen statt dessen strukturiert zusammengebracht und zu Grunde liegende Wertvorstellungen und Interessen berücksichtigt werden. Inwieweit die Beratungspraxis an diese Anforderungen angepasst ist, soll anhand von Fallbeispielen aus Deutschland und den USA nachvollzogen werden. Die Einzelfallanalysen der Beratungssysteme zeigen - jenseits abstrakter Vorstellungen über umweltbezogene Informationsstrukturen - gremienspezifische Details, die die Kontextbedingtheit von Beratungsprozessen offen legen. Trotz verstärkter Bemühungen um eine größere Öffentlichkeitswirksamkeit repräsentieren insbesondere die wissenschaftsorientierten Gremien in Deutschland (SRU, WBGU, DRL) weiterhin das traditio-

nelle Modell staatlicher Politikberatung. Eine für Governance-Prozesse notwendige Kommunikation mit zivilgesellschaftlichen Akteuren aus Wirtschaft, Umweltbewegung und Medien wird nur bedingt geleistet. Der praxisorientierte Ansatz der Enquete-Kommission ermöglicht demgegenüber eine integrativere Bearbeitung des unvermeidlichen Wissens-, Werte- und Interessenpluralismus. Jedoch ist die Enquete-Kommission von politischen Ansprüchen dominiert und Wissen wird zumeist instrumentell verwandt. Durch die vergleichende Kontrastierung der deutschen mit den amerikanischen Beratungssystemen lassen sich vier zentrale Dimensionen für die Kategorisierung umweltpolitischer Beratungssysteme identifizieren: 'Distanz zur Politik', 'Politische Funktion', 'Umgang mit Wissens-, Werte- und Interessenpluralismus' sowie 'Kommunikation, Inklusion und Interaktion'. Anhand dieser Bestimmungsfaktoren können die Beratungsprozesse im Hinblick auf ihre Funktionsfähigkeit für modernes Regieren in der Wissensgesellschaft eingeschätzt werden. Auf dieser Grundlage wurden einige Gestaltungsoptionen für governance-kompatible Informationsstrukturen entwickelt: Politikberatung im Sinne eines One-Way-Transfers von wissenschaftlichem Expertenwissen an staatliche Entscheidungsträger sollte umgestellt werden auf dialogisch gestaltete, politikorientierte Wissenskommunikation. Neben dem Staat als Auftraggeber und primären Klienten sind in diese Beratungssysteme zivilgesellschaftliche Akteure aus Umweltbewegung, Wirtschaft und Medien einzubinden. Dabei sind je nach Problemstellung und Beratungsauftrag unterschiedliche Konstellationen von wissenschaftlichem Wissen, professionellem Praxiswissen und kulturellem Alltagswissen erforderlich. Um eine fortlaufende, strukturierte Beratung zu realisieren, sind in einem drei-Phasen-Modell politikorientierter Wissenskommunikation Orientierungsberatung, Strategieberatung und Evaluationsberatung - die jeweils unterschiedlicher Akteure und Kompetenzen bedürfen - aufeinander abzustimmen." (Autorenreferat)

[245-L] Henkel, Rüdiger:

Im Sog der absoluten Wahrheit: Lebenswege unter dem Einfluss diktatorischer Ideen, Berlin: ed. q Verl.-Ges. 2003, 308 S., ISBN: 3-86124-562-0

INHALT: Der Autor zeichnet - zum Teil in Interviewform - biografische Skizzen verschiedener Persönlichkeiten, die in unterschiedlicher Weise diktatorischen Regimen verbunden waren oder aber diese bekämpft haben. Neben direkt politisch aktiven Personen werden auch beispielsweise Künstler und Sportler vorgestellt, die ihr Ansehen politisch einsetzten. Henkel zielt in erster Linie darauf ab, die Persönlichkeit der teilweise prominenten Porträtierten anhand ausgewählter Ereignisse deutlich zu machen; demgegenüber tritt die chronologische Nacherzählung der jeweiligen Biografien in den Hintergrund. Inhaltsverzeichnis: Lenin und Deutschland; Anmerkungen zu Rosa Luxemburg; Die Verstrickungen von Karl und Albrecht Haushofer in den Nationalsozialismus; Im Zickzack durch die Zeit: Das bizarre Leben des Karl Albrecht; Hanna Reitsch und Gustav Adolf Schur - Aushängeschilder der Diktaturen; Ein Mann zwischen Hitler und Stalin - Das Schicksal von Erwin Jöris; Johannes R. Becher - Dichtorfürst der DDR; Die letzte Fehleinschätzung des Joseph Wirth; Manfred von Ardenne - ein politisches Chamäleon; Elli Barczatis und Karl Laurenz - Widerstand auf verlorenem Posten; Zwei Deutsche - Gerhard Weck und Günter Guillaume; Wahlen in der DDR - und ein nachträgliches Interview mit Adolf Niggemeier, ehemaliger Abgeordneter der Volkskammer; Günter Schabowski und die Weltminute von Berlin; Nach der Wende: Berliner Momentaufnahmen. (ZPol, Leske u. Budrich)

[246-L] Jarren, Otfried; Donges, Patrick:

Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft: Bd. 1, Verständnis, Rahmen und Strukturen, Opladen: Westdt. Verl. 2002, 234 S., ISBN: 3-531-13373-X

INHALT: Das zweibändige Lehrbuch will eine systematische Einführung in die wesentlichen Konzepte zur politischen Kommunikation geben, dabei soll zugleich ein eigener Ansatz entwickelt werden. Die Einführung behandelt schwerpunktmäßig die Meso- und Makroebene. Dabei konzentriert sich der erste Band auf theoretische Ansätze, Grundbegriffe und Strukturen der politischen Kommunikation. Inhaltsübersicht: Band 1: 1. Einführung: Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft als Forschungsgegenstand; 2. Sozialwissenschaftliche Basistheorien zur Analyse politischer Kommunikation; 3. Staat und politisches System als Rahmen politischer Kommunikation; 4. Öffentlichkeit als Raum politischer Kommunikation; 5. Strukturen und Akteure des intermediären Systems; 6. Strukturen innerhalb der Medien als Handlungsrahmen für die Berichterstattung; 7. Strukturen innerhalb des Mediensystems als Handlungsrahmen für politische Akteure (ZPol, Leske u. Budrich)

[247-L] Kepplinger, Hans Mathias:

Theorie und Praxis der politischen Kommunikation, in: Gesellschaft Wirtschaft Politik: Sozialwissenschaften für politische Bildung, N. F. : Sozialwissenschaften für politische Bildung, N. F., Jg. 53/2004, H. 1, S. 21-32 (Standort: UB Bonn(5)-Z62/84; UuStB Köln(38)-M XG00116; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Die gegenwärtigen Modernisierungs- und Demokratietheorien gehen davon aus, dass mit der Ausbreitung der Massenmedien auch das politische Interesse und die politischen Kenntnisse der Bürger und Bürgerinnen wachsen. Der Autor zeigt in seinem Aufsatz, dass dieser Optimismus nur begrenzt berechtigt ist. Er weist anhand von empirischen Daten nach, dass ein stärkeres politisches Interesse und Engagement nur bei einer Minderheit der Bevölkerung vorhanden ist. Ausgehend von der Krise der deutschen Qualitätszeitungen skizziert er die Entwicklung des politischen Interesses sowie die Möglichkeiten und Grenzen des Fernsehens in der politischen Kommunikation. Er thematisiert ferner die nachlassende Aufmerksamkeit der Mediennutzer und das Theorie-Praxis-Gefälle bei politischen Eliten und Institutionen. Eine weitere Ausbreitung des politischen Interesses und der öffentlichen Kommunikation setzt seiner Meinung nach eine deutliche Verringerung der Dauer der politischen Entscheidungsprozesse voraus. Daneben sollten die theoretischen Annahmen über die Möglichkeiten der politischen Kommunikation und die Notwendigkeit zügiger Entscheidungen im Lichte der empirischen Befunde revidiert werden. (ICI)

[248-L] Kinkela, Claudia:

Die Rehabilitation des Bürgerlichen im Werk Dolf Sternbergers, (acta politica, 3), Würzburg: Königshausen u. Neumann 2001, 334 S., ISBN: 3-8260-1787-0

INHALT: 'Dieses Unterfangen bedarf kaum einer Rechtfertigung, eine umfassende Arbeit über Sternbergers Gesamtwerk gab es bisher nicht.' (Vorwort) Tatsächlich findet sich im deutschen Sprachraum - mit Ausnahme vielleicht des Buches von Pannier (siehe ZPol 3/97: 1.234) - keine systematische Aufarbeitung der Schriften Sternbergers. Dies ist umso erstaunlicher, als der Literat, Journalist, Forscher und Lehrer als einer der Gründungsväter der deutschen Poli-

tikwissenschaft gilt (eine Bezeichnung, deren Berechtigung ein eigenes Unterkapitel gewidmet ist (115 f.). Leitfaden für die Aufarbeitung des Opus von Sternberger ist für Kinkela jedoch der Begriff der Bürgerlichkeit, dem sie zugleich mehr als nur persönliche Bedeutung beimisst: 'Wertvoll erscheinen Sternbergers Reflexionen auf das Bürgerliche, weil sie in ihren Wandlungen und materialreichen Ausführungen über einen Zeitraum von mehr als fünfzig Jahren einen repräsentativen Ausschnitt aus dem Selbstverständnis einer deutschen politischen Kultur belegen.' (Vorwort) Drei Stationen kennzeichnen dabei die Entwicklung von Sternbergers Begriff des Bürgerlichen 'von einem ästhetisch-habituellen über einen politisch-ethischen hin zu einem politisch-philosophischen Ansatz' (7). Kinkelas Arbeit stützt sich nicht nur auf die in den Gesammelten Schriften veröffentlichten Texte, sondern auf eine intensive Nutzung des Nachlasses Sternbergers aus dem Marbacher Archiv. Nicht zuletzt im (nicht notwendigerweise zustimmenden) Austausch mit Persönlichkeiten wie Karl Jaspers und Martin Heidegger werden die Prägungen Sternbergers offensichtlich, die als Orientierungspunkte eines tatsächlich generationspezifischen Denkpanoramas gelten können, dessen Formen und Farben vom Schatten der nationalsozialistischen Katastrophe ebenso bestimmt werden, wie vom Versuch des kontrastierenden Neuentwurfs. Inhaltsübersicht: Einleitung: Die Wieder-Entdeckung des Bürgerlichen als das Politische. I. Bürgerlichkeit als Habitus: 1930 bis 1945: 1. Politische Biographie I; 2. Panorama oder Ansichten vom neunzehnten Jahrhundert; 3. Jugendstil - Hybris versus Humanität; 4. Zeitkritische Artikel aus der Frankfurter Zeitung. II. Bürgerlichkeit als politische Option: 1945 bis 1960: 1. Politische Biographie II; 2. Die Wandlung; 3. Politische Ethik; 4. Sprache und Politik; 5. Begriff des Politischen; 6. Bürgerlichkeit; 7. Lebende Verfassung. III. Bürgerlichkeit als politisch-philosophische Reflexion: 1960 bis 1989: 1. Begriff des Politischen II; 2. Bürgerliche Legitimität; 3. Drei Wurzeln der Politik; 4. Die neue Politik. (ZPol, Leske u. Budrich)

[249-L] Kirner, Guido O.:

Politik, Patronage und Gabentausch: Zur Archäologie vormoderner Sozialbeziehungen in der Politik moderner Gesellschaften, in: Berliner Debatte Initial: Sozial- und geisteswissenschaftliches Journal : Sozial- und geisteswissenschaftliches Journal, Jg. 14/2003, H. 4/5, S. 168-183 (Standort: UB Bonn(5)-Z90/76; UuStB Köln(38)-M XA01655; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: <http://www.berlinerdebatte.de/initial/pdf%20laden.htm>)

INHALT: Der Beitrag befasst sich mit dem Analysepotential und der Relevanz von Patron-Klient-Beziehungen und Gabentauschbeziehungen in traditionellen Gesellschaften für moderne politische Systeme. Nach der Darlegung ihrer zentralen Definitionsmerkmale, die als Analyseraster eines idealtypisch konstruierten Modells fungieren können, wird der Gebrauch des Modells in Bezug auf das Problem von Kontinuitäts- und Diskontinuitätsunterstellungen im Vergleich von vor-modernen und modernen Gesellschaften skizziert. Die historische Umstellungs- bzw. Anpassungsproblematik des Modells wird auf drei Ebenen, anhand von konkreten Einzelbeispielen, allgemein für das Parteiwesen sowie hinsichtlich der gesamtgesellschaftlichen Implikation spezifischer Inklusions- und Exklusionsweisen dargelegt. Der abschließende Teil beschäftigt sich mit den möglichen Konsequenzen und problematisiert diese in Bezug auf das aktuelle Politik- und Staatsverständnis. (ICH2)

[250-L] Klein, Ansgar:

Bewegungsforschung: Quo vadis?: ein Überblick zu Entstehung, Ausprägung und Forschungsstand, in: Vorgänge: Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik : Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, Jg. 42/2003, H. 4 = H. 164, S. 12-21 (Standort: UuStB Köln(38)-XG2258; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der vorliegende Überblick zur Bewegungsforschung geht in drei Schritten vor. Zunächst werden fachwissenschaftliche Erfolge konstatiert: Die Bewegungsforschung hat Konzepte und Instrumente hervorgebracht, die mittlerweile zum festen Repertoire der politischen Soziologie gehören. In einem zweiten Schritt werden neue Herausforderungen analysiert: Gesellschaftliche und politische Entwicklungen konfrontieren die Bewegungsforschung mit neuen Fragestellungen und Aufgaben und machen künftig eine stärkere Kooperation mit anderen sozialwissenschaftlichen Disziplinen, aber auch mit Kultur- und Geisteswissenschaften erforderlich. Der dritte Schritt besteht in einer "Problemanzeige": Der geringe Institutionalierungsgrad der Bewegungsforschung in der deutschen Forschungslandschaft gibt Anlass zur Skepsis, ob die skizzierten Herausforderungen in der BRD bewältigt werden können. Insgesamt wird konstatiert: Anders als der Frauenforschung ist es der Bewegungsforschung in Deutschland nicht gelungen, sich über eine größere Zahl von Lehrstühlen an Universitäten und Fachhochschulen zu etablieren. Damit unterscheidet sich der Institutionalierungsgrad der deutschen Bewegungsforschung erheblich von dem in den angelsächsischen Ländern, aber auch in Italien oder Frankreich. (ICA2)

[251-L] König, Frank:

Politische Gedenk- und Feiertage in der Bundesrepublik Deutschland: Tage des Vergessens oder geschichtspolitisches Mittel mit Zukunft?, Berlin: Logos-Verl. 2003, 138 S., ISBN: 3-8325-0245-9 (Standort: UB München(19)-8-03-4940)

INHALT: Der Verfasser setzt sich zunächst auf allgemeiner Ebene mit der Trias aus kollektiver Identität, Geschichtspolitik und politischen Gedenk- und Feiertagen auseinander. Er konzentriert seine Untersuchung im Folgenden auf fünf politische Gedenk- und Feiertage in der Bundesrepublik: den 9. November als Erinnerung an das Pogrom 1938, den 20. Juli als Tag des gescheiterten Anschlags auf Hitler 1944, den 8. Mai als Erinnerung an das Kriegsende 1945, den 17. Juni als Erinnerung an die Aufstände in der DDR 1953 und den 3. Oktober als "Tag der Deutschen Einheit". Die Untersuchung macht die sehr unterschiedliche geschichtspolitische Rolle dieser Gedenk- und Feiertage deutlich. Mit Hilfe dieser Tage, so das Fazit des Verfassers, kann geschichtlich begründete kollektive Identität erreicht werden - wenn auch nicht immer im erhofften Ausmaß. (ICE)

[252-L] Lagerlöf, Johan; Frisell, Lars:

Lobbying, information transmission, and unequal representation, (Discussion Papers / Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Forschungsschwerpunkt Markt und politische Ökonomie, Abt. Wettbewerbsfähigkeit und industrieller Wandel, 2004-02), Berlin 2004, 28 S. (Standort: UuStB Köln(38)-20040106448; Graue Literatur; URL: <http://skylla.wz-berlin.de/pdf/2004/ii04-02.pdf>); Forschungsbericht/Nummer: SP II 2004-02

INHALT: "In diesem Papier wird untersucht, welche Wirkung die ungleiche Repräsentation in einem Interessengruppensystem auf den Grad an Informationsübertragung zwischen einem Lobbyisten und einem Politiker hat. Es wird ein dynamisches Modell für 'Cheap-talk' verwendet, in dem angenommen wird, dass der Lobbyist Wert auf seine Reputation als aufrichtiger Informationsvermittler legt. Dabei kann gezeigt werden, dass je größer die Ungleichheit im System, dem Politiker umso weniger Information glaubwürdig übermittelt werden kann. Darüber hinaus wird die Wohlfahrtswirkung der Ungleichheit untersucht und diskutiert, welche Effekte solche Institutionen haben, die zwar einerseits die Transparenz erhöhen, mit unerwünschtem Nebeneffekt aber den Anreiz für Lobbyisten, Informationen wahrheitsgemäß weiterzugeben, verringern." (Autorenreferat)

[253-L] Lübke, Hermann:

Aufklärung als sozialer Prozess: religionskulturelle Interessen und Desinteressen ; Thomas Luckmann zum 70. Geburtstag, in: Zeitschrift für Politik: Organ der Hochschule für Politik München : Organ der Hochschule für Politik München, Jg. 50/2003, H. 4, S. 377-396 (Standort: UuStB Köln(38)-Fa00283; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Politische Konflikte aus unvereinbaren religiösen Bekenntnissen und Weltanschauungen fördern Aufklärungsprozesse. Wichtigstes Medium dieser Prozesse sind nicht Dialoge, die zur Angleichung der Bekenntnisse führen, vielmehr der Zwang, die soziale Koexistenz des Unvereinbaren möglich zu machen. Uneingeschränkte Freiheit der Religion ist die Rechtsform dieser Koexistenz." (Autorenreferat)

[254-L] Mai, Manfred:

Sachverstand und Politik - ein demokratietheoretisches Dilemma, in: Jutta Allmendinger (Hrsg.): Entstaatlichung und soziale Sicherheit : Verhandlungen des 31. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Leipzig ; Teil 1, Opladen: Leske u. Budrich, 2003, k. A., ISBN: 3-8100-4038-X

INHALT: "Mit der wachsenden Differenzierung der Gesellschaft wuchs der Bedarf der Politik an Experten, um die neu entstandenen Politikfelder vor allem in den Bereichen Wirtschaft, Technik und Wissenschaft zu gestalten. Was mit der Rekrutierung von Experten für die Verwaltung begann ist heute ein Netzwerk von Verbänden und Beiräten. Dadurch entstand ein Konflikt zwischen dem in Verbänden organisierten Sachverstand und der Forderung nach demokratischer Legitimation: Was an Effizienz und Sachverstand gewonnen wird, geht an Transparenz und Legitimation verloren. Die Politik der modernen Gesellschaft ist auf Sachverstand angewiesen. Wenn man die Extrempositionen der Technokraten, die eine Herrschaft der Experten fordern, und die ihrer linken Kritiker, die einer radikalen Demokratisierung das Wort reden, als historische Ausprägungen der Technokratiedebatte beiseite lässt, bleibt die Frage nach den Formen, wie die Politik Sachverstand inkorporiert. Durch das bestehende System der Politikberatung wurde zudem die Legislative weiter gegenüber der Exekutive geschwächt, so dass diese Frage auch eine der Funktionsfähigkeit der Gewaltenteilung ist. Mangels staatlicher Kompetenzen werden immer mehr Aufgaben auf privatrechtliche Institutionen unter den Etiketten 'Staatsentlastung' oder 'Selbstregulierung' übertragen. Andererseits ist es dem Staat kaum möglich, 'unabhängige' Experten zu rekrutieren, da der Erwerb von Sachverstand mit einer bestimmten Sozialisation etwa in der Wirtschaft verbunden ist. Damit

fließen Bewertungen in die Politikberatung ein, die eigentlich Sache der Politik sind. Die Folge ist die Verlagerung politischer Bewertungen in Sachverständigengremien und die Verwischung zwischen politischer Verantwortung und fachlicher Kompetenz. Das Problem der Inkorporierung von Expertise in die Politik ist nicht neu und eigentlich nur durch das Verfahren legitimiert. Es bleibt die Frage, wie das demokratietheoretische Dilemma gelöst werden kann. Als Perspektiven könnten sich eine Stärkung des Parlaments und eine Etablierung öffentlicher Diskurse über wichtige Themen erweisen, wie es teilweise etwa in der Gentechnik schon geschieht." (Autorenreferat)

[255-L] Marschall, Stefan:

Strukturwandel der parlamentarischen Öffentlichkeit, in: Zeitschrift für Politik: Organ der Hochschule für Politik München : Organ der Hochschule für Politik München, Jg. 50/2003, H. 4, S. 423-437 (Standort: UuStB Köln(38)-Fa00283; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Demokratische Repräsentation beruht auf der Fähigkeit der Repräsentanten, den Politikbetroffenen Entscheidungen zu vermitteln und zu erläutern. Zugleich stehen die Abgeordneten vor der Herausforderung, responsiv zu sein, das heißt via Kommunikation die Policy-Präferenzen in der Bevölkerung zu ermitteln, um diese in die Entscheidungsprozesse einfließen zu lassen. Die kommunikativen Aufgaben und Potenziale des Parlaments geraten nicht zufällig dann in das Zentrum der Aufmerksamkeit, wenn sich in anderen parlamentarischen Funktionsfeldern, vor allem bei der Gesetzgebung, eine Schwächung des Parlaments in der Konkurrenz zu "vorparlamentarischen" innergesellschaftlichen Machtzentren oder aufgrund der inter- und transnationalen Politikverflechtung abzeichnet - was seit einiger Zeit als Syndrom einer "post-parlamentarischen Epoche" der Demokratie diagnostiziert wird. Der vorliegende Beitrag skizziert vor diesem Hintergrund zunächst diesen Strukturwandel der parlamentarischen Öffentlichkeit und seine Folgen. Dann wird der Frage nachgegangen, welchen Beitrag das Kommunikationsmanagement der Parlamente, eine der Reaktionen auf den Öffentlichkeitswandel, zur Beseitigung der Kommunikationsprobleme leisten kann. Abschließend werden in einem kurzen Ausblick neuere Entwicklungen des Verhältnisses zwischen Öffentlichkeit und Parlament in der "Berliner Republik" ausgelotet. (ICA2)

[256-L] Mause, Karsten; Heine, Klaus:

Ökonomische Analysen wissenschaftlicher Politikberatung: Literaturbericht, in: PVS-Literatur: Politische Vierteljahresschrift : Politische Vierteljahresschrift, Jg. 44/2003, H. 3, S. 395-410

INHALT: "In den letzten Jahren ist eine Vielzahl von wirtschaftswissenschaftlichen Beiträgen erschienen, die sich der Frage zuwenden, ob neben den polit-ökonomischen Einflussfaktoren (Interessengruppen, Regierungsverhalten, Parteipolitik, Bürokratie) nicht möglicherweise auch Störungen im Verhältnis zwischen politischen Entscheidungsträgern und Politikberatern der Realisierung von Strukturreformen entgegenstehen. In den folgenden Abschnitten werden nach einigen allgemeinen Überlegungen zur Rolle der Berater sowie einer Betrachtung von Einfluss, Formen und Funktionen der Politikberatung, einige dieser Beiträge vorgestellt. Dabei wird kritisch überprüft, inwieweit die Konzepte der realistischen Politikberatung, Öffentlichkeitsberatung und diskursiven Politikberatung den Transfer und die Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse in den politischen Prozess erleichtern können." (Autorenreferat)

[257-L] Meister, Hans-Peter:

Institutionelle Verankerung von Dialog und Mediation, in: Johann-Dietrich Wörner (Hrsg.): Das Beispiel Frankfurter Flughafen : Mediation und Dialog als institutionelle Chance, Dettelbach: Röhl, 2003, S. 241-260, ISBN: 3-89754-215-3 (Standort: UB Würzburg(20)-M-20.178)

INHALT: Der Verfasser konstatiert einen Bedarf an institutionellen Reformen, die die Politik befähigen, Probleme von hoher Komplexität schnell und zielgerichtet zu lösen. Es werden verschiedene Strategien vorgestellt, die eine Lösung der Steuerungskrise der Politik über die Institutionalisierung von gesellschaftlichen Such- und Lernprozessen versprechen (Reflexivitätsstrategien, Partizipations- und Selbstorganisationsstrategien, Ausgleichs- und Konfliktregelungsstrategien, Innovationsstrategien). Aus institutionenökonomischer Perspektive erscheinen Mediations- und Dialogverfahren als besonders aussichtsreich. Allerdings weisen auch diese Verfahren Probleme auf, die im Zusammenhang mit Gruppendynamik, dem Charakter des Planungskonflikts und der Verzahnung mit formal-gesetzlichen Verfahren resultieren. Gleichwohl sind Mediationsverfahren, wie der Verfasser abschließend unterstreicht, als Antwort auf die Steuerungsproblematik moderner Gesellschaften geeignet, als verloren angesehene politische Handlungsspielräume wieder zurück zu gewinnen. (ICE2)

[258-L] Meister, Hans-Peter:

Diskursive Politikgestaltung: von der "Beraterrepublik" zum organisierten Dialog, in: Aus Politik und Zeitgeschichte: Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2004, B 14, S. 31-38 (Standort: UuStB Köln(38)-Ztg00926-a; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: <http://www.bpb.de/files/N1GLUI.pdf>)

INHALT: "Der Beitrag setzt sich mit der Kritik auseinander, die an der zunehmenden Beteiligung beratender Gremien am politischen Prozess geübt wird. Die oft moralisierende Anklage der Politiker wird durch eine institutionen-ökonomische Überlegung zurückgewiesen. Gegen die häufig vorgebrachten demokratiethoretischen (Intransparenz) und effizienzorientierten (Politikverflechtung) Einwände wird argumentiert, dass nur beratende Gremien die legitime Partizipation der Bürger und Interessengruppen einerseits und die notwendige fachliche Expertise andererseits organisieren können. Das Modell einer diskursiven Politikgestaltung zur Modernisierung der politischen Entscheidungsvorbereitung in der entstehenden Bürgergesellschaft wird vorgestellt." (Autorenreferat)

[259-F] Meyer, Lukas Heinrich, Dr. (Bearbeitung); Peters, Bernhard, Prof.Dr. (Leitung):

Historische Ungerechtigkeit und kollektive Ansprüche auf kulturelle und politische Selbstbestimmung

INHALT: Im Hinblick auf die philosophischen Aspekte von kulturellem Pluralismus und kultureller Differenz werden Untersuchungen zu bestimmten normativen Fragestellungen unternommen. Im Vorhaben Historische Ungerechtigkeit und kollektive Ansprüche auf kulturelle und politische Selbstbestimmung geht es um die Rolle historischer Deutungen oder kollektiver Erinnerungen für normative Ansprüche bestimmter soziokultureller Gruppen. Kulturelle Minderheiten wie auch nationale Mehrheitskulturen sind durch generationenübergreifende kollektive Identitäten gekennzeichnet. Die gegenwärtigen Mitglieder solcher Gruppen übernehmen Verantwortung für ihre Gruppe unter Berücksichtigung der historischen Erfahrungen

ihrer Gruppe. Wenn ethnische, nationale oder religiöse Minderheiten kulturelle oder politische Unabhängigkeit fordern, behaupten ihre Eliten häufig, eine Geschichte der Verfolgung oder systematischen Diskriminierung und Unterdrückung ihrer Gruppe schließe es aus, dass die Mitglieder derselben anders als durch die Realisierung eines kollektiven Rechts auf Selbstbestimmung ihre Menschenrechte, politischen und kulturellen Grundrechte wahren. In diesem Projekt wird untersucht, inwiefern die Berufung auf kollektive Erfahrungen historischer Ungerechtigkeit von eigener legitimatorischer Relevanz sein kann.

ART: gefördert *BEGINN:* 1997-01 *ENDE:* 2002-12 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Land Freie Hansestadt Bremen Senat

INSTITUTION: Universität Bremen, FB 08 Sozialwissenschaften, Institut für Interkulturelle und Internationale Studien -InIIS- (Postfach 330440, 28334 Bremen)

KONTAKT: Leiter (Tel. 0421-218-3365, Fax: 0421-218-7248,
e-mail: bpeters@barkhof.uni-bremen.de)

[260-L] Mihr, Christian:

Wer spinnt denn da?: Spin Doctoring in den USA und in Deutschland: eine vergleichende Studie zur Auslagerung politischer PR, (Medien und Politik, Bd. 22), Münster: Lit Verl. 2003, 172 S., ISBN: 3-8258-7351-X (Standort: FHB Bonn-Rhein-Sieg(1044)-11OVII274)

INHALT: "Bleibt alles anders? Oder was ist wirklich neu in der viel beschworenen Berliner Medienrepublik? Die qualitative Studie untersucht explorativ und in komparativer Sicht (USA und Deutschland) die Auslagerung von Regierungs-PR zu Agenturen und Beratern sowie die Auswirkungen auf die Beziehung zum Politikjournalismus - unter anderem mittels einer Fallstudie zum Imagebuilding von Finanzminister Hans Eichel. Die Untersuchung läuft vor dem theoretischen Hintergrund eines normativen akteurstheoretischen Modells politischer Öffentlichkeit ab. Einen Schwerpunkt bildet die theoretische und empirische Analyse der Metakommunikation über Politik-PR." (Autorenreferat)

[261-F] Notz, Gisela, Dr. (Leitung):

Sozialdemokratische Parlamentarierinnen 1957-1969

INHALT: Z.B. Politikbereiche, die von den (wenigen) Frauen im Bundestag (SPD-Fraktion) bearbeitet wurden. Wo waren die Hindernisse/ Unterstützung für Frauenpolitik? Wo liegt die Zusammenarbeit mit "autonomen" Frauen? Kann ohne Separierung von Männern Frauenpolitik durchgesetzt werden? *ZEITRAUM:* 1930-1969 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

METHODE: Das Frauenengagement der Nachkriegszeit kann als Bindeglied zwischen "alter" und "neuer" Frauenbewegung bezeichnet werden. Untersuchungsdesign: Querschnitt *DATENGEWINNUNG:* Inhaltsanalyse, offen; Aktenanalyse, offen. Qualitatives Interview (Stichprobe: ca. 12; Zeitzeuginnen-Interviews). Sekundäranalyse von Individualdaten; Sekundäranalyse von Aggregatdaten. Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.

ART: Eigenprojekt *BEGINN:* 2003-04 *ENDE:* 2004-03 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Institution

INSTITUTION: Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. Historisches Forschungszentrum Forschungsabt. Sozial- und Zeitgeschichte (53170 Bonn)

KONTAKT: Leiterin (e-mail: gisela.nozt@fes.de)

[262-L] Opp, Karl-Dieter:

Warum meinen Leute, sie sollten sich politisch engagieren?: einige Hypothesen über die Entstehung von Normen politischen Engagements und ihre empirische Überprüfung, in: Andreas Diekmann, Thomas Voss (Hrsg.): Rational-Choice-Theorien in den Sozialwissenschaften : Anwendungen und Probleme, München: Oldenbourg, 2004, S. 247-270, ISBN: 3-486-56644-X

INHALT: Der Beitrag geht der Frage nach, warum und in welchem Ausmaß Protestnormen akzeptiert werden. Zur Erklärung einer Protestnorm wird davon ausgegangen, dass Normen zum einen geplant und zum anderen als unbeabsichtigte Konsequenzen menschlichen Handelns entstehen. Von Bedeutung für die Entstehung einer Norm ist, inwieweit einzelne Akteure einen Anreiz haben, Handlungen auszuführen, die zur Entstehung einer Norm beitragen. Wenn diese Anreize stark sind, wird auch eine Protestnorm in hohem Maße akzeptiert. Die Daten einer empirischen Studie zeigen, dass die meisten Befragten eine solche Norm akzeptierten und dass der Grad der Akzeptanz unter den Befragten stark variiert. Eine Protestnorm gilt, wie die meisten Normen, also nur unter bestimmten Bedingungen. Der Mechanismus, der zur Entstehung einer Protestnorm führt, ist zusammenfassend folgender: eine Protestnorm entsteht spontan als Nebenprodukt des Prozesses der Organisation kollektiven politischen Handelns. In Gruppen, in denen Protest in hohem Maße belohnt bzw. ermutigt wird, wird auch die Akzeptanz einer Protestnorm belohnt. Entsprechend konnte bestätigt werden, dass dann, wenn Individuen Mitglieder von protestfördernden Gruppen (oder anderen sozialen Netzwerken) sind, diese Individuen auch in hohem Maße eine Protestnorm akzeptieren. (ICA2)

[263-L] Oy, Gottfried:

Vom Kampfbegriff Gegenöffentlichkeit zur elektronischen Demokratie: kritische Publizistik, Gegenöffentlichkeit und die Nutzung Neuer Medien durch soziale Bewegungen, in: Peripherie: Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt : Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt, Jg. 23/2003, Nr. 92, S. 507-523 (Standort: UuStB Köln(38)-XG7608; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Autor plädiert für die Schaffung von Gegenöffentlichkeiten, wie sie im Rahmen der Tagung "Globalisierung, Soziale Bewegungen und kritische Publizistik" diskutiert wurden. Gezeigt wird, dass auch alternative Medien mit ihren Formen der Selbstausbeutung letztlich zu neuen, flexibilisierten Arbeitsbeziehungen beigetragen haben. Dennoch sind im Kampf um kulturellen Hegemonie weiterhin alternative Formen der Wissensproduktion und -verbreitung vonnöten. Angesichts der Globalisierungssituation sind die neuen sozialen Bewegungen vor die Aufgabe gestellt, über den nationalen Tellerrand hinauszublicken. Ein Überblick über die Medienprojekte sozialer Bewegungen der letzten dreißig Jahre zeigt, dass nicht von einer kontinuierlichen Entwicklung alternativer Medien gesprochen werden kann. Stattdessen sind vielmehr - gemäß der diskontinuierlichen Struktur sozialer Bewegungen selbst - sowohl Brüche als auch Versuche der Weiterentwicklung verschiedenster Ansätze zu beobachten. Trotz dieser Diskontinuität alternativer Öffentlichkeitsproduktion lassen sich drei idealtypische Formen von kritischen Theoremen von Öffentlichkeit, Medien und Demokratie und den mit ihnen korrespondierenden Praxisformen bestimmen: Gegenöffentlichkeit als "Sorge um die Demokratie", Betroffenenberichterstattung als Kritik an der Massendemokratie und Kommunikation als emanzipative Strategie. (ICA2)

[264-L] Pfetsch, Barbara:

Politische Kommunikationskultur: politische Sprecher und Journalisten in der Bundesrepublik und den USA im Vergleich, Wiesbaden: Westdt. Verl. 2003, 273 S., ISBN: 3-531-13708-5 (Standort: UB Bonn(5)-2003-6329)

INHALT: Bei der konkreten Analyse von Politik stellen sich u.a. folgende grundlegende Fragen: Welche Bedeutung haben die Kommunikationsleistungen im Sinne der Beobachtung und Beeinflussung öffentlicher Meinung für das Funktionieren des demokratischen Prozesses? Wie sind die faktischen Prozesse der Interaktion von Politik und Medien im Handlungsbereich der Politikvermittlung zu beschreiben? Welche Interaktionen von Medien und Politik werden bei der Beobachtung und Beeinflussung der öffentlichen Meinung wirksam und welches strategische Potenzial kommt ihnen in der konkreten politischen Situation eines Landes zu? Eine Beantwortung dieser Fragen ist das Anliegen der vorliegenden Studie, die die Orientierungen und Kalküle der Akteure der politischen Kommunikation in der Bundesrepublik und in den USA in den Mittelpunkt stellt und versucht, diese als politische Kommunikationskultur zu beschreiben und zu erklären. Mit dieser Herangehensweise sollen die kognitiven Bedingungen der Prozesse der Beobachtung und Beeinflussung öffentlicher Meinung herausgearbeitet und die kommunikationsstrategische Inszenierung von Politik in einem vermachteten Prozess der öffentlichen Meinungsbildung auf empirischer Basis verdeutlicht werden. Datengrundlage bilden die in Leitfadengesprächen explorierten Einstellungsmuster von Sprechern in Positionen der politischen Öffentlichkeitsarbeit im Zentrum des jeweiligen Regierungssystems sowie von Journalisten, die auf die Regierungsberichterstattung spezialisiert sind. (ICI2)

[265-L] Rapp, Wolfgang; Meyer, Gerd (Hrsg.):

Politische Kultur in Deutschland - Herausforderungen und Perspektiven: Symposium zu Ehren von Erhard Eppler, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2003, 69 S., ISBN: 3-8329-0015-2

INHALT: Das genannte Symposium zum 75. Geburtstag Eplers fand im Dezember 2001 auf Einladung des Rektors der Universität Tübingen und des dortigen Instituts für Politikwissenschaft statt. Der Band enthält keine Einzelbeiträge, sondern dokumentiert die als Podiumsdiskussion ausgerichtete Veranstaltung. So finden sich ein- bis zweiseitige Diskussionsbeiträge der folgenden sechs Teilnehmer(innen) zum Thema 'Politische Kultur' im allgemeinen Sinne: Richard von Weizsäcker, Hans-Jochen Vogel, Hildegard Hamm-Brücher, Hans Maier, Gerd Meyer und Jürgen Moltmann. Daneben sind eingangs die Begrüßungsrede (von Eberhard Schaich) und eine Ansprache zum Wirken Eplers (von Andreas Beockh) sowie im Anhang zwei Reden zu Ehren Eplers aus anderen Veranstaltungen abgedruckt. (ZPol, Leske u. Budrich)

[266-L] Renn, Ortwin:

Sozialwissenschaftliche Politikberatung: Modelle und Anforderungen, in: Jutta Allmendinger (Hrsg.): Entstaatlichung und soziale Sicherheit : Verhandlungen des 31. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Leipzig ; Teil 1, Opladen: Leske u. Budrich, 2003, k. A., ISBN: 3-8100-4038-X

INHALT: "Angesichts der Steuerungsproblematik in pluralistischen Gesellschaften bedienen sich politische Akteure mehr denn je wissenschaftlicher Beratungsgremien, deren Aufgabe es ist,

Probleme zu identifizieren, Hintergrundwissen für Entscheidungsträger aufzuarbeiten, Lösungswege aufzuzeigen oder Handlungsalternativen zu entwerfen. Die Wirksamkeit der wissenschaftlichen Politikberatung hängt von drei Faktoren ab: der Fähigkeit, innerhalb eines Beratungsgremiums Konsens oder zumindest einen Konsens über den Dissens über konkurrierende Wissensansprüche zustande zu bringen; zum zweiten die Ergebnisse in einer Form zu fassen, dass sie mit den Erwartungen und strukturellen Anforderungen der politischen Auftraggeber anschlussfähig sind; und drittens, dass die mit wissenschaftlicher Hilfe getroffenen Entscheidungen bessere Chancen auf Legitimation in die Gesellschaft hinein besitzen. Das heute vorherrschende Modell neo-korporatistischer Politikberatung bietet theoretisch wie praktisch keine befriedigende Lösung für das Problem einer angemessenen Beratung unter den Bedingungen des Wissensdissens, der Ambivalenz und Unsicherheit. Erst wenn wissenschaftliche Politikberatung als Teilelement eines umfangreicheren diskursiven Ansatzes gesehen wird, lassen sich die heute beklagten Defizite der mangelnden Wirksamkeit und Implementationsfähigkeit wissenschaftlicher Politikberatung zumindest teilweise überwinden." (Autorenreferat)

[267-L] Rensmann, Lars:

Demokratie und Judenbild: Antisemitismus in der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2004, 541 S., ISBN: 3-531-14006-X

INHALT: Die Studie hat das Ziel, die qualitative politische Kulturforschung zum Problem des Antisemitismus und zu politischen Mobilisierungschancen von Judenfeindlichkeit in der demokratischen Gesellschaft theoretisch neu zu fundieren. Vor dem Hintergrund multifaktorieller Modelle werden Parameter und Deutungsmuster entworfen, mit denen die politischen Gelegenheitsstrukturen antisemitischer Mobilisierungsversuche und "Judenbilder" in der bundesrepublikanischen Demokratie empirisch erforscht werden. Die Untersuchung des Antisemitismus als politisch-psychologischem Bindemittel in der extremen Rechten wie in der radikalen Linken sowie die Analyse öffentlich-politischer Kommunikationsprozesse der letzten Jahre zeigen, dass sich das politisch-kulturelle Bindungsgefüge im Zeitalter rapider Modernisierung und Globalisierung verändert und sich die politische Opportunität antisemitischer Vorurteile erhöht hat. Die Studie zeigt weiterhin, dass Antisemitismus heute auch im rechts-extremen und linksradikalen Bereich des europäischen politischen Spektrums reüssiert. Insgesamt bestätigt sich die These, dass der modernisierte Antisemitismus eine spezifische kulturalistische, antipluralistische und identitätskonstituierende Antwort auf allgemeinere, komplexe soziokulturelle Modernisierungsprozesse im Rahmen von Globalisierung und europäischer Vereinigung kommuniziert. In entsprechenden autoritär-stereotypen Bewusstseinsformen fungieren Juden und Einwanderer (und jüngst auch verstärkt Amerikaner und Israelis) als zentrale Feindbilder: Juden repräsentieren sozialpsychologisch demokratischen Universalismus, Individualismus, Abweichung, Heimatlosigkeit, Multikulturalismus und Migration. (ICA2)

[268-L] Rinderle, Peter:

Welche moralischen Tugenden braucht der Politiker in einer liberalen Demokratie?, in: Zeitschrift für Politik: Organ der Hochschule für Politik München : Organ der Hochschule für Politik München, Jg. 50/2003, H. 4, S. 397-422 (Standort: UuStB Köln(38)-Fa00283; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Die politische Theorie der Gegenwart beschäftigt sich vorrangig mit den Tugenden demokratischer Institutionen. Sie sollte deshalb das Problem der Politikertugenden nicht aus dem Blick verlieren. Gegen Versuche zu seiner Lösung werden gerne drei Einwände vorgebracht: 1. Ein besonderes Berufsethos für Amtsträger stelle die für eine Demokratie konstitutive Idee der politischen Gleichheit in Frage. 2. Die Komplexität der modernen Politik mache es unmöglich, einzelnen Individuen Verantwortung für politische Entscheidungen und deren Folgen zuzuweisen. 3. Der Bereich der Politik eigne sich ohnehin nicht für die Anwendung moralischer Kategorien. Anhand eines komplexen Konzepts der Integrität des Politikers will ich in dieser Abhandlung versuchen, diese Einwände zu entkräften." (Autorenreferat)

[269-L] Rosenberger, Sieglinde; Dackweiler, Regina-Maria:

Geschlecht, Karriere und Politik als Beruf: "informelle" Teilzeitarbeit von leitenden Beamten mit politischem Mandat, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 32/2003, H. 4, S. 403-415 (Standort: UuStB Köln(38)-XE00150; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Teilzeitarbeit ist diskursiv geschlechtlich konnotiert. Sie gilt als reduzierte Arbeitsform für Frauen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Arbeitsplätze hingegen, die mit Geld, Macht, Karriere und Prestige versehen sind, gelten als mit Teilzeitarbeit grundsätzlich unvereinbar. Anders verläuft die Debatte, wenn Beruf und Beruf (Karriere) vereinbart werden sollen, wie das Beispiel der öffentlich Bediensteten mit parlamentarischem Mandat zeigt. Diese Gruppe arbeitet de facto selbst in leitenden Positionen Teilzeit, allerdings wird diese Arbeitszeitregelung weder als Teilzeit bezeichnet noch öffentlich als solche wahrgenommen. Sie ist vielmehr eine informelle Teilzeitarbeitsform, die im Kontext von Geld und nicht im Kontext von Zeit diskutiert wird. An Hand der parlamentarischen Reden zur Teilzeit im öffentlichen Dienst (1984) und zur Regelung der Vereinbarkeit von politischem Mandat mit einer Tätigkeit im öffentlichen Dienst (1983 und 1996) analysieren wir konträre Argumentationslinien, die Thematisierung bzw. De-Thematisierung von Geschlecht sowie deren Bedeutung für die diskursive Herstellung von Geschlechterdifferenzen." (Autorenreferat)

[270-L] Schröder, Winfried:

Symbolische Politik als Thema politischer Kommunikation: ein Perspektivenwechsel, in: Berliner Debatte Initial: Sozial- und geisteswissenschaftliches Journal : Sozial- und geisteswissenschaftliches Journal, Jg. 14/2003, H. 4/5, S. 129-135 (Standort: UB Bonn(5)-Z90/76; UuStB Köln(38)-M XA01655; Kopie über den Literaturdienst erhältlich;
URL: <http://www.berlinerdebatte.de/initial/pdf%20laden.htm>)

INHALT: Der Beitrag befasst sich mit der Debatte um symbolische Politik als Ausdruck und Ergebnis eines bestimmten Akteursverhaltens, in dessen Zentrum theatrale und inszenatorische Praxen der Politikdarstellung stehen. Es geht um die wechselseitige Zuschreibung von "symbolischer Politik" in Bezug auf das Auftreten und Verhalten des politischen Gegners bzw. der Kontrahenten Regierung/Opposition. Dabei geht der Autor von der These aus, dass eine bestimmte Kommunikationspraxis als spezifische Form der Unterscheidungsmarkierung zwischen den um Zustimmung in der Öffentlichkeit konkurrierenden politischen Parteien zu begreifen ist. Schwerpunkte der Diskussion bilden Formen nicht-inhaltlicher Differenzmarkierungen, z.B. "negative campaigning", der Vorwurf des nur symbolischen Handelns des

Gegners sowie die Bedeutung symbolischer Politik unter Bedingungen massenmedialer politischer Kommunikation, die zunehmend gezwungen ist, sich an die Unterhaltungsorientierung der Konsumenten (Infotainment) anzupassen. (ICH)

[271-L] Siedschlag, Alexander; Bilgeri, Alexander (Hrsg.):

Kursbuch Internet und Politik: Bd. 2/2002, Schwerpunkt: Elektronische Demokratie im internationalen Vergleich, Opladen: Leske u. Budrich 2003, 143 S., ISBN: 3-8100-3688-9

INHALT: Das Thema wird von Vertretern der Politikwissenschaft, aber auch der Wirtschaft und Verwaltung bearbeitet. Ergänzend finden sich ein Tagungsbericht von der Fachtagung der DVPW Ad-hoc-Gruppe 'Internet und Politik' sowie aktuelle Rezensionen aus diesem Bereich. Inhaltsverzeichnis: Alexander Bilgeri / Alexander Siedschlag: 'Die Daten sollen laufen - nicht die Bürger'. Deutschland auf dem Weg zum Netzwerkstaat (9-20). Schwerpunktthema: Elektronische Demokratie im internationalen Vergleich: Max von Bismarck / Daniel Dettling / Tino Schuppan: E-Governance in der Wissensgesellschaft - Neue Dimensionen der politischen Willensbildung (23-37); Eberhard Heuel / Lars Terbeck: Kommunales E-Government in der Praxis - Das Virtuelle Rathaus der Stadt Hagen (39-57); Petra Baumberger: E-Democracy in der Schweiz - ein steiniger Weg (59-72); Norbert Kersting: Internet-Wahlen im Vergleich - USA, Schweiz und Deutschland (73-89). Außerhalb des Schwerpunktes: Thorsten Faas: www.ihr-kandidat-fuer-den-landtag.de. Einstellungen von Kandidaten bei Landtagswahlen zum Einsatz neuer Medien in der Wahlkampf-Kommunikation (93-106); Alexander Siedschlag: Internationale Sicherheitspolitik im Internet-Zeitalter (107-116). (ZPol, Leske u. Budrich)

[272-L] Stämpfli, Regula:

Vom Stümmbürger zum Stimmbürger: das Abc zur Schweizer Politik, Zürich: Orell Füssli 2003, 192 S., ISBN: 3-280-05016-2

INHALT: Die Verfasserin, seit mehr als 15 Jahren an verschiedenen Instituten der Schweiz im Bereich der politischen Bildung tätig, liefert mit dem aus fünf Essays bestehenden Band einen 'populären Beitrag zur Politik' (7), der zum Lesen über Politik ermuntern und einige Abläufe in der schweizerischen Demokratie erklären soll. Das Buch beinhaltet ein Glossar zu Begriffen der Schweizer Politik, auf das jeweils am Ende der einzelnen Essays verwiesen wird. Das Buch soll keine vollständige Übersicht über die Schweizer Politik bieten, sondern stellt in einem Stilmix aus Elementen von Lexikonartikeln, wissenschaftlichen Abhandlungen und Zeitungsartikeln vor allem einen anregenden und verständlichen ersten Einstieg dar. Inhaltsverzeichnis: A. Über die Demokratie in der Schweiz: Die Macht der Politik oder: Welche Demokratie ist gemeint?; Die politische Gegenwart der Vergangenheit; Die Verwissenschaftlichung der Politik; Philosophie und Politik; Das Marketing der Politik: Vom Symbol zur Unterhaltung. B. Ein besonderes Abc zur Schweizer Politik. (ZPol, Leske u. Budrich)

[273-L] Thumfart, Alexander:

Politische Kultur, Tugend und Gerechtigkeit, in: Jutta Allmendinger (Hrsg.): Entstaatlichung und soziale Sicherheit : Verhandlungen des 31. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Leipzig ; Teil 1, Opladen: Leske u. Budrich, 2003, k. A., ISBN: 3-8100-4038-X

INHALT: "In zunehmendem Maße werden in den philosophisch-politischen Auseinandersetzungen um die Fragen von Gerechtigkeit und Gerechtigkeitsstandards ältere und zuvor deutlich ignorierte Dimensionen auf verschiedene Weise wieder wahrgenommen bzw. re-vitalisiert. Grosso modo handelt es sich bei diesen Dimensionen um Konzepte personaler Tugenden. Unter der Perspektive einer Konzeption von 'Tugend', die zwar als personal zugeschnitten gleichwohl aber als gesellschaftlich mit formiert angesehen wird, wird weniger die reflexive Begründung von Gerechtigkeitsstandards kritisch anvisiert. Statt dessen geht es um die habituellen Bedingungen und Strukturen, die eine aktive Realisierung jener normativ vernünftig begründbaren Gerechtigkeitsnormen im mehr oder weniger konkreten, situations-spezifischen Handeln von Personen nahe legen, begünstigen oder eher blockieren. Damit sind zum einen die institutionellen Arrangements einer Gesellschaft angesprochen, zum anderen aber auch die kulturellen Bestände, Gewohnheiten und personalen Routinen wie Handlungsmuster. Im Zusammenspiel von Struktur und Kultur kommen damit zwei Element besonders zum Tragen: das von Lernen wie Lernmöglichkeit, das von Einüben und Einübungschancen. Eine Gesellschaft scheint erst dann 'gerecht' genannt werden zu können, wenn nicht nur gemeinsam geteilte Gerechtigkeitsstandards existieren, sondern zudem gesellschaftlich ein Habitus entwickelt werden kann, der eine zwanglose personale Befolgung jener Standards ermöglicht. Es spricht nun viel dafür, dass sich diese Konzeption einer Gerechtigkeits-Tugend mit dem Konzept der Politischen Kultur eng verwebt bzw. verbinden lässt. Denn die Ausbildung eines Gerechtigkeits-Habitus scheint in einem komplexen Feld stattzufinden bzw. nicht stattzufinden, das durch eine Vielzahl institutioneller und kultureller Bestände strukturiert ist. Vor diesem Hintergrund gewinnen Transitionsprozesse eine besondere Relevanz, werden in ihnen doch politisch-kulturelle Orientierungen signifikant, gerade auch in ihrer prekären Kompatibilität mit neuen institutionellen settings. Diese Erweiterung der Gerechtigkeits-Tugend in das Feld Politischer Kultur in Transitionsgesellschaften soll zu einer kritischen Konfrontation von Theorie und Empirie genutzt werden. So lässt sich z.B. an die Theorie die kritische Frage stellen, welche Tugenden denn nun genauer mit welchen Gerechtigkeitsstandards kompatibel sind und welche nicht. Das würde die Theorie zu Präzisierungen und damit Einschränkungen nötigen. Und an die Empirie könnte die Frage ergehen, welche Faktoren insgesamt zu berücksichtigen sind, wenn man sich unter den Bedingungen der auch politischen Integration von Gesellschaft um die Klärung der Determinanten von Gerechtigkeitsurteilen bemüht. Vielleicht könnte daran auch gelernt werden, was sowohl die sozio-kulturelle Einübung eines gemeinsamen Gerechtigkeits-Habitus als auch eines zu definierenden normativen Standards in concreto erschwert." (Autorenreferat)

[274-L] Welzel, Carolin:

Neue Medien - neue Protestformen: Bewegungsformation in Echtzeit, in: Vorgänge: Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik : Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, Jg. 42/2003, H. 4 = H. 164, S. 74-82 (Standort: UuStB Köln(38)-XG2258; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Das Internet gilt seit einiger Zeit als neu entdeckter Raum für politische Aktivitäten, als virtueller Ort für die Demokratie und Ort der Gegenöffentlichkeit. Unter dem Stichwort E-Democracy (elektronische Demokratie) werden die Möglichkeiten der verbesserten Partizipation durch Neue Medien seit einigen Jahren theoretisch diskutiert und teilweise auch praktisch erprobt. Auch für die sozialen Bewegungen der Gegenwart spielen die elektronischen Medien mittlerweile eine entscheidende Rolle bei der Selbstorganisation und Außenkommuni-

nikation. Für die Verbreitung und Erreichbarkeit von Inhalten bedeuten das Internet und darauf basierende Technologien gerade für Akteure mit begrenzten finanziellen Ressourcen eine signifikante Verbesserung ihrer Möglichkeiten. Auch die transnationale Vernetzung mit anderen Organisationen wird vereinfacht, die Binnenkommunikation innerhalb von NGOs und anderen Zusammenschlüssen intensiviert. Der Beitrag analysiert die Transformation des Protests in die virtuelle Welt des Internet und fragt danach, ob neue soziale Bewegungen künftig noch als sozial bezeichnet werden können. Die Verlagerung von Protest ins Netz bewirkt eher eine Tendenz zur Elitenbildung. Dieser Trend wird durch die elektronischen Medien sogar noch verstärkt: Die digitale Spaltung zwischen Informationswohlstand und Informationsarmut gilt auch und besonders für die Akteure im Protestmilieu. Einfluss haben diejenigen, die medienkompetent und vernetzt sind. (ICA2)

[275-L] Wiener, Ralph:

Hinter vorgehaltener Hand: der politische Witz in Deutschland, Leipzig: Militzke Verl. 2003, 221 S., ISBN: 3-86189-283-9

INHALT: Der Kabarettist und Bühnenautor Wiener setzt sich mit der Kultur des politischen Witzes in Deutschland während des 20. Jahrhunderts auseinander. Eingedenk des Umstandes, dass gerade der politische Witz nur im Kontext der jeweiligen historischen und politischen Situation verstanden werden und zum Lachen reizen kann, legt Wiener eine historisch kommentierte Witzsammlung vor. Der politische Witz dient neben seiner Funktion als Ventil für Unmut vor allem zur Karikierung politischer Verhältnisse. Er ist Ausdruck der Herrschaft des 'einfachen Mannes', da die Pointe beweist, dass der Bürger nicht nur die politische Situation durchschaut, sondern diese sogar kritisch reflektiert und beurteilt, indem er sie in Komik überführt. Diese Behauptung scheint auch durch das Phänomen gestützt zu werden, dass der politische Witz gerade in Diktaturen Hochkonjunktur hat und sich Struktur und Art der Witze hierbei von Diktatur zu Diktatur nicht sonderlich voneinander unterscheiden. Aus dem Inhaltsverzeichnis: Der Bürger als Obertan; Ein Paß für viele: der Engpaß; Stimme von unten. (ZPol, Leske u. Budrich)

Hinweise zur Registerbenutzung

Sachregister

Grundlage für das Sachregister sind die Schlagwörter, die zur gezielten Suche der Literatur- bzw. Forschungsnachweise in unseren Datenbanken FORIS und SOLIS vergeben wurden.

Um eine differenzierte Suche zu ermöglichen, werden dabei nicht nur die Haupt-, sondern auch Nebenaspekte der Arbeiten verschlagwortet.

- Bei einem maschinell erstellten Verzeichnis wie dem obigen Sachregister führt das zwangsläufig zu einem Nebeneinander von wesentlichen und eher marginalen Eintragungen.

Manche Begriffe machen erst in Verbindung mit anderen Sinn oder wechseln ihren Sinn in Abhängigkeit vom jeweiligen Zusammenhang.

- Solche Zusammenhänge gehen aber bei einem einstufigen Register typischerweise verloren.

Vermeintliche Fehleintragungen gehen fast immer aufs Konto eines dieser beiden Effekte, die sich bei der maschinellen Registererstellung grundsätzlich nicht vermeiden lassen.

Personenregister

Aufgeführt sind

- bei Literaturnachweisen: alle aktiv an dem Werk beteiligten Personen;
- bei Forschungsnachweisen: alle als Leiter, Betreuer oder wissenschaftliche Mitarbeiter („Autoren“) eines Projekts angegebenen Personen.

Institutionenregister

Aufgeführt sind nur die forschenden Institutionen. Institutionelle Auftraggeber, Finanzierer, Förderer oder dergleichen sind zwar in den Forschungsnachweisen selbst aufgeführt, nicht jedoch im Register.

Sortierung

Die Sortierung folgt den lexikalischen Regeln, d.h. Umlaute werden wie der Grundbuchstabe sortiert. Numerische Angaben (z.B. „19. Jahrhundert“) sind ganz ans Ende sortiert, also hinter Buchstabe Z.

Nummerierung

Alle in den Registern angegebenen Zahlen beziehen sich auf die laufenden Nummern der Literatur- und Forschungsnachweise.

Personenregister**A**

Abendschön, Simone 186
Abromeit, Heidrun 1
Adamski, Heiner 70
Albrecht, Clemens 227
Alemann, Annette von 228
Appel, Margit 2
Arduc, Maria 115
Arenhövel, Mark 71
Arnim, Hans Herbert von 116
Auer, Clemens Martin 145

B

Bach, Maurizio 3
Bach, Roland 117
Ballestrem, Karl Graf 136
Bargel, Tino 182
Bauer, Andreas 72
Bauer, Walter 229
Baus, Ralf Thomas 183
Becker, Irene 13
Belousov, Alexander 184
Bemerburg, Ivonne 185
Berg-Schlosser, Dirk 4, 5
Berton, Marina 186
Best, Heinrich 62
Biedermann, Horst 209
Bilgeri, Alexander 271
Binder, Tanja 146
Bischoff, Ivo 147, 148
Blum, Roger 73
Blumenthal, Julia von 124
Bolliger, Christian 74
Bonacker, Thorsten 6
Bonfatti, Emilio 7
Borchert, Jens 230
Bornschiefer, Simon 9
Bothe, Michael 10
Brähler, Elmar 208
Braun, Sebastian 187
Bräuninger, Thomas 123
Bredekamp, Horst 51
Breuer, Stefan 118
Bröchler, Stephan 75
Brodkorb, Mathias 119

Brodocz, André 6, 76
Brunnett, Regina 77
Bucher, Thomas 188
Burdewick, Ingrid 149
Burger, Rudolf 231
Burkhardt, Armin 232
Burkhardt, Simone 78
Busche, Jürgen 233
Bußmann, Ulrike 79
Butterwegge, Christoph 189
Bytzeck, Evelyn 133

C

Cavaliere, Maurizio Andreas 120
Chowdhury, Shyamal K. 234
Cohrs, Jan Christopher 190
Cronqvist, Lasse 5

D

Dackweiler, Regina-Maria 269
Dalferth, Ingolf 239
Davis, Belinda 191
Dawid, Evelyn 235
Deckenbach, Karin 236
Decker, Frank 121
Deth, Jan W. van 186
Deutsch, Franziska 8
Dierksmeier, Claus 80
Dolezal, Martin 9
Donges, Patrick 246
Dülmer, Hermann 150
Duso, Giuseppe 7

E

Ehlers, Jan Philip 81
Ehtreiber, Ewald 237
Esch, Karin 79
Euskirchen, Markus 52

F

Faas, Thorsten 151
Fach, Wolfgang 238
Fänderl, Wolfgang 195
Feiertag, Andreas 192
Filzmaier, Peter 193

Fisch, Stefan 53
Fischer, Alex 99
Fischer, Marcel 62
Fischer-Lescano, Andreas 10
Fleischhacker, Michael 145
Frankenberg, Günter 194
Franzmann, Manuel 11
Frey, Timotheos 9
Friedl, Marlis 195
Frisell, Lars 252
Fröhlich, Manuel 122
Fromme, Friedrich Karl 152

G

Gabriel, Oscar W. 82
Ganghof, Steffen 123
Gebauer, Ronald 62
Gellner, Winand 153
Gessenharter, Wolfgang 124
Gibson, Rachel 170
Gimmler, Hartmut H. 125
Görg, Christoph 83
Gosewinkel, Dieter 12
Gotsbachner, Emo 126
Gräfe, Stefanie 77
Grande, Edgar 9
Graß, Anja 62
Grotefeld, Stefan 239
Gschwend, Thomas 164
Gstettner, Peter 196
Gubitzer, Luise 2
Gurzeler, Beat 84

H

Hahn, Andreas 127
Hampel, Frank 240
Hansen, Klaus 241
Hardering, Friedericke 154
Hardmeier, Sibylle 162
Hartmann, Jürgen 54
Hasenöhr, Ute 197
Hasse, Raimund 85
Haubner, Dominik 198
Hauch, Gabriella 242
Hauser, Richard 13
Hecker, Rolf 48
Heimann, Horst 243
Heine, Klaus 256
Heinrichs, Harald 244

Heinrichs, Thomas 14
Hellmuth, Thomas 242
Hemler, Stefan 199
Henkel, Rüdiger 245
Hennecke, Hans Jörg 86, 87
Herberg-Rothe, Andreas 15, 16
Herbert, Ulrich 68
Hermann, Michael C. 155
Heyer, Andreas 45
Hilmer, Richard 156
Hitzler, Ronald 120, 185
Hollifield, James F. 88
Hooghe, Marc 219
Hornbostel, Stefan 62
Hüttemann, Andreas 17

I

Ingruber, Daniela 193

J

Jahn, Detlef 37, 38
Japp, Klaus P. 89
Jarren, Otfried 246
Jelinek, Kai 185
Jochem, Sven 90
Jörke, Dirk 18

K

Kaiser, Jochen-Christoph 65
Karp, Markus 157
Kepplinger, Hans Mathias 247
Kerner, André 56
Kersting, Norbert 158, 159
Kevenhörster, Paul 19
Kinkela, Claudia 248
Kirloskar-Steinbach, Monika 20
Kirner, Guido O. 249
Klamt, Martin 21
Klein, Ansgar 250
Klein, Ludger 200
Klein, Markus 150
Kleinschmidt, Jochen 91, 160
Klöti, Ulrich 162
Koch, Roland 201
Koecke, Johannes Christian 128
Kolb, Felix 202
König, Frank 251
Koopmann, F. Klaus 161
Kösters, Winfried 203

Kreisky, Eva 22
Kriesi, Hanspeter 9, 162
Kuper, Andrew 23
Kusche, Isabel 89

L

Lachat, Romain 9, 162
Lagerlöf, Johan 252
Lahusen, Christian 92
Lamping, Wolfram 93
Lang, Jürgen P. 129
Lang, Sabine 163
Lange, Stefan 24
Lappenküper, Ulrich 57
Lauth, Hans-Joachim 37, 38
Lebhardt, Gustav 204
Lehmbruch, Gerhard 94
Lehmkuhl, Dirk 95
Liebermann, Sascha 11
Liebold, Sandra 62
Lindenberger, Thomas 59
Linder, Wolf 74, 162
Liste, Philip 10
Livi, Massimiliano 58
Longchamp, Claude 96
Lorig, Wolfgang H. 97
Lösche, Peter 140
Lübbe, Hermann 253
Lück, Detlev 130
Lucke, Jörn von 98
Lutz, Georg 162

M

Mai, Manfred 254
Maier, Jürgen 151
Marschall, Stefan 255
Maurer, Hanspeter 84
Mause, Karsten 256
Meister, Hans-Peter 257, 258
Meyer, Gerd 265
Meyer, Lukas Heinrich 259
Micheletti, Michele 219
Mihl, Christian 260
Miller, Bernhard 131
Minkenbergh, Michael 205
Möller, Kurt 206
Morawa, Alexander H. E. 25
Mori, Toru 26
Müller, Wolfgang C. 131

Mümken, Jürgen 27
Münch, Richard 130
Muno, Wolfgang 28
Münz, Rainer 204

N

Nagl-Docekal, Herta 31
Naßmacher, Hiltrud 132
Nehring, Holger 207
Nicolet, Sarah 99
Niedermaier, Hubertus 29
Niedermayer, Oskar 208
Noetzel, Thomas 6
Noll, Alfred J. 100
Nollmann, Gerd 101
Norpoth, Helmut 164
Notz, Gisela 261
Nullmeier, Frank 102

O

Ohr, Dieter 150
Ooyen, Robert Chr. van 103
Opp, Karl-Dieter 262
Oser, Fritz 209
Otti, Albert 104
Oy, Gottfried 263

P

Palentien, Christian 165
Pally, Marcia 30
Papier, Hans-Jürgen 21
Pappi, Franz Urban 133, 139, 166
Pasteur, Paul 242
Pauer-Studer, Herlinde 31
Pawlytta, Christian 11
Payk, Markus 59
Pelinka, Anton 134
Peters, Bernhard 259
Pfahl-Traugber, Armin 210
Pfeil, Florian 135
Pfetsch, Barbara 264
Philipp, Michael 32
Pickel, Gert 33, 34, 35, 37, 38
Pickel, Susanne 33, 34, 36, 37, 38
Pietsch, Roland 60
Plasser, Fritz 167
Plattner, Marc F. 39
Priester, Karin 58

Priller, Eckhard 211

Q

Quandt, Markus 150

Quiring, Oliver 168

R

Rapp, Wolfgang 265

Recker, Marie-Luise 61

Reese-Schäfer, Walter 40

Reibel, Carl-Wilhelm 61

Reichardt, Sven 12

Reicher, Dieter 105

Reinders, Heinz 212

Reiter, Johannes 41

Remy, Dietmar 62

Renn, Ortwin 169, 266

Rensmann, Lars 267

Reuber, Paul 42

Rinderle, Peter 268

Römmele, Andrea 170, 171

Rosar, Ulrich 150

Rosenberger, Sieglinde 269

Rost, Sophia 43

Roth, Roland 213

Rucht, Dieter 106, 214, 215

Rüdiger, Axel 44

Ruh, Hans 239

S

Saage, Richard 45

Sabrow, Martin 63

Sachs, Matthias 128

Salheiser, Axel 62

Sauer, Birgit 2, 163

Scattola, Merio 7

Scherb, Armin 216

Scherschel, Karin 217

Schicha, Christian 172

Schiele, Siegfried 218

Schmidt, Harald 136

Schmitt, Hermann 146, 173

Schmitz, Michael 137

Schmitz, Sven-Uwe 46

Schneider, Maria-Luise 174

Scholtzseck, Joachim 57

Schön, Harald 175

Schönhoven, Klaus 138

Schröder, Winfried 270

Schuetz-Wetschky, Eberhard 107, 108

Schulz, Winfried 168

Schulze, Michael Karsten 104

Schumacher, Gunnar 62

Schuppert, Gunnar Folke 109

Schwanengel, Wito 110

Schwengel, Hermann 198

Sciarini, Pascal 99, 162

Selb, Peter 162

Semmelmann, Dagmar 64

Shikano, Susumu 133, 139, 166

Siedschlag, Alexander 91, 160, 271

Siegel, Nico A. 90

Simon, Bernd 200

Spehr, Christoph 47

Sperl, Richard 48

Spier, Tim 140

Spillmann, Kurt R. 143

Stammen, Theo 4, 56, 176

Stämpfli, Regula 272

Steidl, Gabriele 176

Stöbe-Blossey, Sybille 79

Stolle, Dietlind 219

Streeck, Wolfgang 78

Streubel, Christiane 65

Strohmeier, Gerd 153

Studt, Christoph 57

Sutter, Barbara 111

Svasand, Lars 177

Swiderek, Thomas 178

T

Take, Ingo 66

Tänzler, Dirk 179

Thumfart, Alexander 273

Tiefenbach, Paul 180

Tinnefeld, Marie-Theres 112

U

Ullrich, Peter 220

Ullrich, Peter A. 167

V

Vatter, Adrian 162

Voigt, Rüdiger 113

Vollgraf, Carl-Erich 48

Vorländer, Hans 67

W

Wagner, Patrick 68
Wahl, Klaus 221
Wahl, Rainer 49
Walter, Melanie 141
Weidenfeld, Werner 195
Weil, Francesca 69
Weimann, Mike 181
Weis, Florian 142
Welzel, Carolin 274
Welzel, Chris 8, 184
Welzel, Christian 50
Wenger, Andreas 143
Wessely, Uli 222
West, Klaus-W. 198
Wieland, Joachim 49
Wiener, Ralph 275
Wilamowitz-Moellendorff, Ulrich von 183
Wimmer, Jeffrey 223
Winkel, Olaf 114
Wittich, Dietmar 144, 224, 225
Wodak, Ruth 134
Wolkersdorfer, Günter 42
Woywode, Michael 171
Wurtzbacher, Jens 226
Wüst, Andreas M. 173

Z

Zanoli, Marco 143
Zolleis, Udo 157
Zürcher, Regula 74

Sachregister
A

Abgeordneter 124, 235, 240, 261, 269
 Abstimmung 74, 158
 abweichendes Verhalten 221
 Aggregatdaten 35, 36, 50
 Aggregatdatenanalyse 5
 Aggressivität 221
 Akteur 106, 246
 Aktivierung 79
 Alternativbewegung 197
 Altersgrenze 181
 Amt 124
 Anarchie 31
 Anarchismus 27
 Ancien Regime 49
 Antagonismus 26
 Anti-Atom-Bewegung 197, 207
 Antifaschismus 213
 Antikapitalismus 214, 267
 Antike 67
 Antimilitarismus 143
 Antisemitismus 65, 134, 225, 267
 Arbeitssituation 2
 Arbeitsteilung 2
 Architektur 55
 Arendt, H. 16, 26
 Aristoteles 40
 Arzt 69
 Ästhetik 40
 Attac 183, 188, 202, 220, 274
 Aufklärungszeitalter 55, 253
 Ausländer 204
 Ausländerfeindlichkeit 190, 204, 213, 221,
 225
 Ausländerpolitik 204
 Außenpolitik 87, 135, 138, 237
 außerparlamentarische Opposition 191,
 199, 233
 Australien 123
 Autonomie 31, 40
 Autoritarismus 140

B

Baden-Württemberg 141
 Baugewerbe 64

Beamter 68, 269
 Begriffsbildung 20, 42
 Behörde 84
 Belgien 132
 Beratungserfolg 256
 Berichterstattung 153, 163, 167, 168, 202,
 246, 247, 264
 Beruf 230
 Berufsethos 69
 Beschäftigtenzahl 235
 Bevölkerung 133, 168, 204, 224, 225
 Bibliographie 45
 bilaterale Beziehungen 135
 Bildung 57
 Bildungsarbeit 193
 Bildungsbeteiligung 13, 193
 Bildungseinrichtung 218
 Bildungsinhalt 209
 Bildungspolitik 178
 Bioethik 41
 Biomedizin 41
 Bourdieu, P. 44
 Boykott 219
 Bundesamt für Verfassungsschutz 119
 Bundeskanzler 75, 87, 107, 108
 Bundesland 110
 Bundespolitik 78
 Bundespräsident 152
 Bundesrat 70, 73, 153
 Bundesregierung 70, 75, 138
 Bundesstaat 74
 Bundestag 232, 261
 Bundestagswahl 150, 151, 153, 156, 163,
 164, 166, 170, 172, 173, 179
 Bundesverfassungsgericht 117, 153
 Bundesversammlung 152
 Bundesverwaltung 75
 Bund-Länder-Beziehung 78
 Bündnis 90/ Die Grünen 87, 135, 154
 Bündnis für Arbeit 90
 Bürger 11, 43, 124, 170, 226, 247
 Bürgerbeteiligung 72, 111, 160, 169, 226,
 257, 258
 bürgerliche Gesellschaft 26
 bürgerliche Revolution 116, 232

- bürgerliches Engagement 79, 161, 187, 201, 203, 211, 219, 241
 Bürgermeister 235
 Bürgernähe 72, 114
 Bürgerrecht 88
 Bürgertum 192, 248
 Bürokratie 68
 Bürokratisierung 105
- C**
 CDU 122, 125, 128, 135, 137
 Chancengleichheit 13, 209
 Charisma 118
 Chauvinismus 119
 Christentum 49
 computervermittelte Kommunikation 229
 CSU 128, 137
 Curriculum 195
- D**
 Dänemark 123, 132
 Datengewinnung 34, 35, 37, 38, 50
 Datenschutz 112
 DDR 56, 62, 63, 64, 69, 232, 245, 275
 Deliberation 23, 43, 169, 174, 229
 deliberative Demokratie 23
 Demagogie 242
 Demokratieverständnis 209
 demokratisches Verhalten 46
 Demokratisierung 67, 178, 257, 274
 Demonstration 183, 220, 223
 Deregulierung 91, 101
 Determinismus 44
 Deutscher Reichstag 61
 Deutschlandpolitik 243
 Dewey, J. 43
 Dialog 170, 253, 257
 Dichtung 245
 Die Grünen 154
 Die Republikaner 200
 Diktatur 245
 direkte Demokratie 116, 174, 180, 229, 230
 Direktwahl 150, 152, 173
 Diskriminierung 25, 31, 267
 Diskussion 151
 Disziplin 46
 Dogmatik 253
- Drittes Reich 58, 143, 232, 275
- E**
 EDV 171
 EDV-Programm 5
 Effektivität 66
 Ehrenamt 2, 11, 165, 187, 201, 211, 235
 Einfluss 53, 146, 148
 Einkommen 13
 Einsatz 170, 171
 Einstellungsänderung 133, 182
 Einwanderung 20, 88
 Electronic Government 72, 97, 98, 114, 159, 271
 elektronische Demokratie 274
 Elite 62, 68, 228
 Elitebildung 228, 274
 Eltern 186
 E-Mail 120
 Emanzipation 65, 191
 Emotionalität 221
 empirische Sozialforschung 34, 37
 Engagement 111, 187, 191, 195, 201, 202, 203, 209, 211, 213, 215, 226, 261, 262
 Entgrenzung 9
 Entscheidungsfindung 92, 94, 99, 148, 169, 177, 252, 257
 Entscheidungskriterium 148
 Entscheidungsspielraum 148
 Entstaatlichung 92, 105, 109
 Entwicklungspolitik 183
 Erinnerung 231
 Erkenntnisinteresse 28
 Erziehung 195, 203
 Ethik 41, 238, 239, 268
 ethnische Gruppe 20
 ethnischer Konflikt 189
 evangelische Kirche 2, 128
 Exekutive 81, 104, 110
 Exil 55
 Exklusion 140
 Experte 53, 254
 Expertenbefragung 34
- F**
 Fallstudie 28
 familiäre Sozialisation 221
 Familie 186
 Familienpolitik 163

- Faschismus 30, 48, 55, 118
FDP 121
Feiertag 251
Feindbild 16
Feminismus 2, 65
Fernsehen 151, 172, 247
Fernsehsendung 151
Finanzpolitik 166, 180
Finnland 123
Flexibilität 175
Föderalismus 7, 32, 74, 78, 113
Förderung 195
Forschungsansatz 28, 33, 35, 36, 37, 38, 50, 54, 118, 177
Forschungsgegenstand 54, 86
Forschungsplanung 28
Forschungspraxis 33, 34, 38
Forschungsschwerpunkt 91
Foucault, M. 27, 44
FPÖ 104, 115, 126, 127, 134, 145, 242
Fraktion 124, 261
Frankreich 9, 49, 54, 132, 183, 242
Frau 2, 22, 58, 65, 236, 261
Frauenbewegung 2, 261
Frauenpolitik 58, 163, 261
Freiheit 14, 15, 18, 21, 27, 31, 47, 60, 80
Freiheitsrecht 25, 112
Fremdbild 140, 267
Fremdgruppe 115
Fremdheit 115
Freundschaft 16
Frieden 10, 231
Friedensbewegung 207
Führung 62, 120, 183
Funktionsträger 235
Funktionswandel 255
- G**
Gedächtnis 231
Gedenktag 251
Gegenöffentlichkeit 223, 263
Geheimdienst 69
Geld 84
Geldpolitik 84
Gemeinschaft 43, 111, 187, 195
Gemeinwohl 46, 241
Generation 199, 233
Generationenverhältnis 13, 199, 233
Gentechnologie 174
Geographie 42
Geopolitik 42
Gerechtigkeit 13, 31, 40, 60, 130, 259, 273
Gerichtsentcheidung 117
Geschichtsbewusstsein 55
Geschichtsbild 63
Geschichtsschreibung 231
Geschichtswissenschaft 63
Geschlecht 242, 269
Geschlechtsrolle 58
Gesellschaftsordnung 15, 18, 40, 59, 86, 227
Gesellschaftspolitik 85, 166, 187
Gesellschaftstheorie 14
Gesetz 25, 70
Gesetzgebung 99, 123
Gesundheitswesen 69
Gewalt 12, 15, 189, 197, 205, 213, 221
Gewaltbereitschaft 205, 221
Gewaltenteilung 104, 110
Gewaltlosigkeit 197
Gewaltverbot 10
Gewerkschaft 183, 198
Glaube 128, 253
Glaubensfreiheit 253
Glaubwürdigkeit 252
Gleichbehandlung 25
Gleichgewicht 78
Gleichheit 18, 31, 47, 268
Gleichstellung 22, 209
Global Governance 66
Globalisierung 9, 23, 39, 44, 46, 49, 67, 71, 83, 85, 88, 99, 101, 106, 113, 183, 185, 188, 189, 194, 202, 214, 220, 222, 223, 267, 274
Gott 60
Governance 75, 95, 97, 102, 106, 109, 244
Gramsci, A. 242
Großbritannien 9, 54, 105, 132, 175, 207
Große Koalition 127
Großstadt 69, 141
Grundgesetz 21, 107
Grundrecht 49
Grundschule 186
Gruppe 140, 217
- H**
Habermas, J. 23, 26, 31, 43
Habitus 11, 228, 273

- Hamburg 124
 Handlungsorientierung 241
 Handlungsspielraum 58, 246
 Hayek, F. 80
 Herrschaft 3, 7, 18, 29, 52, 68, 255
 herrschende Klasse 68
 Hessen 201
 Hobbes, T. 17, 46, 51
 Hochschulpolitik 191
 Hypothese 177
- I**
- Identität 58, 140, 223, 239
 Identitätsbildung 212, 251
 Ideologie 140, 217, 228, 242
 Ideologiekritik 243
 Image 157, 179
 Implementation 198
 Individualisierung 46
 Individualismus 40, 46, 150
 Individualität 27
 Industriearbeiter 64
 Industriegesellschaft 82, 101
 Informationsfluss 33
 Informationsfreiheit 112
 Informationstechnik 75, 160
 Informationstechnologie 98, 170, 171, 263
 Informationsverhalten 193
 Informationsvermittlung 252
 Informatisierung 75, 160
 Innenpolitik 100, 126, 138, 166, 196
 innere Sicherheit 77, 100, 226
 innerparteiliche Demokratie 129
 innerparteiliche Gruppierung 129, 131
 Innovationsfähigkeit 171
 Institutionalisierung 63, 118, 135, 215, 274
 Institutionalismus 3, 76
 institutionelle Faktoren 85
 institutioneller Wandel 135
 Institutionenökonomie 12, 85
 Institutionstheorie 76
 Instrumentalisierung 63
 Instrumentarium 52
 Inszenierung 172, 228, 270
 Intellektueller 145
 interdisziplinäre Forschung 250
 Interessengruppe 125, 147, 148
 Interessenorientierung 148
 Interessenpolitik 125, 148
 Interessenvertretung 252
 internationale Beziehungen 42, 57, 66, 135
 internationale Organisation 10, 85
 internationale Politik 4, 106, 135
 internationale Sicherheit 271
 internationales Recht 25
 internationales Regime 25
 Internationalisierung 99
 Internet 72, 114, 116, 120, 153, 158, 159, 160, 170, 229, 271, 274
 Interview 162
 Israel 267
 Italien 140, 220
- J**
- Journalismus 153, 260, 264
 Judikative 104
 Jugend 155
 Jugendhilfe 79, 178
 Jugendleiter 149
 Jugendlicher 56, 155, 165, 181, 206, 209, 212, 221
 Jugendpolitik 155
 junger Erwachsener 165
 Jungwähler 127
- K**
- Kader 62
 Kampagne 96
 Kandidatur 61, 150, 173
 Kant, I. 31, 238
 Kanton 162
 Kapital 48
 Kapitalismus 14, 18, 44
 Karikatur 275
 Kärnten 196
 Karriere 228, 269
 katholische Kirche 128
 katholische Soziallehre 7
 Kernenergie 207
 Kind 149, 155, 165, 178, 181, 186
 Kirche 183, 239
 Klassenantagonismus 101
 Klassengesellschaft 101
 Koalition 87, 131, 138
 Koexistenz 253
 kognitive Entwicklung 149
 Kollektivbewusstsein 231

kollektive Identität 223, 251, 259
kollektives Wissen 231
Kollektivismus 40
Kommission 254
Kommunikation 96, 270
Kommunikationsforschung 96
Kommunikationstechnologie 75, 98, 120,
158, 160, 170, 171, 263, 274
kommunikative Kompetenz 240
Kommunitarismus 40
Komplexität 268
Kompromiss 16
Konfliktbewältigung 64
Konfliktregelung 16, 95
Konformität 62
Konjunktur 84
Konkordanzdemokratie 74, 94
Konservatismus 122, 182
Konstruktivismus 6, 103
Konsum 219
konzertierte Aktion 90
Konzession 148
Korporatismus 90, 94
Korruption 234, 249
Krankenhaus 69
Krieg 12, 57, 231
Kriegsführung 113
Krise 116, 169
Krisentheorie 48
Kritische Theorie 26, 55
Kultur 273
kulturelle Identität 20
kulturelle Vielfalt 259
Kulturpolitik 196, 242
Kulturrelativismus 40

L

Landespolitik 78
Landtag 124, 240
Landtagswahl 125
lebenslanges Lernen 222
Lebenslauf 58, 64, 154, 236
Legitimation 10, 18, 32, 39, 81, 169, 227,
255
Legitimität 24, 91, 248, 255
Lehrer 186
Lehrerbildung 161
Leistungsorientierung 228
Leitbild 79, 227

Lenin, W. 245
Lernen 186
Lernmethode 161
liberale Partei 115
Liberalisierung 223
Liberalismus 6, 31, 80, 192
Linksradikalismus 214, 242
Literatur 32
Lobby 252
Locke, J. 46
lokale Faktoren 68
Luhmann, N. 24
Luxemburg, R. 245

M

Macht 12, 15, 26, 29, 57, 65, 107, 120,
125, 184, 249
Machtpolitik 15
Management 97
Manager 40
Marginalität 140
Marketing 157, 176
Markt 43
Marktmechanismus 157
Marx, K. 46, 48
Marxismus 14, 27, 44, 47
Masse 57
Massenbewegung 214
Massenkommunikation 263
Massenmedien 57, 91, 113, 167, 202, 223,
263, 270
Mead, G. 43
Mediation 257, 258
Mediatisierung 179
Medien 67, 153, 163, 168, 223, 242, 246,
247, 264, 270
Mediengesellschaft 153, 246
Medienpolitik 202
Medienverbund 246
Medizin 69
Mehrebenensystem 49
Meinung 25
Meinungsbildung 73, 96, 162, 229, 258,
264
Meinungsfreiheit 25, 112
Meinungsführer 182
Meinungsvielfalt 25
Menschenbild 23, 49, 122
Menschenrechte 49, 71, 135, 184

- Menschenwürde 41, 112
 Mesoebene 246
 Messinstrument 1
 Methodologie 28, 33, 34, 35, 37, 38, 50
 Migrant 115
 Migration 88, 115, 204
 Migrationspolitik 88
 Mikropolitik 196
 Militär 52
 Militarismus 65
 Minderheit 140, 259
 Ministerium für Staatssicherheit 69
 Mobilisierung 160, 215
 Modell 59, 195, 249
 Moderne 22, 51, 67
 Modernisierung 9, 102, 130, 138, 198,
 249, 267
 Monarchie 60
 Moral 31, 39, 231, 238, 268
 Moralthologie 41
 Motiv 69
 Motivation 221, 241, 262
 multikulturelle Gesellschaft 49
 Multilateralität 135
- N**
- Nachkriegszeit 59, 191, 207, 261
 Narzissmus 30
 Nation 12, 35, 237
 Nationalbewusstsein 190, 209, 237, 242
 nationale Identität 20, 190, 200, 237
 nationale Politik 9
 nationales Stereotyp 237
 Nationalismus 30, 65, 119, 140, 182, 189,
 192, 200, 242
 Nationalrat 145, 167, 269
 Nationalsozialismus 55, 58, 227, 237, 245
 Nationalstaat 10, 39, 83, 88
 Nationalversammlung 232
 Naturkatastrophe 133
 Neokorporatismus 266
 Neoliberalismus 22, 44, 77, 83, 85, 189,
 224, 263
 Neonazismus 210
 Netzwerk 183, 198
 neue Medien 222, 263, 271, 274
 Neue Politische Ökonomie 157
 neue Technologie 170
 Neurose 30
- Neutralität 237
 Neuzeit 45
 nichtstaatliche Organisation 106, 183, 184,
 185, 194, 214
 Niederlande 9, 90, 132
 Non-Profit-Organisation 235
 Nordrhein-Westfalen 150
 Normalisierung 126
 Normativität 18, 80, 216, 259
 Norwegen 132
 Notstandsgesetz 191, 199
 NPD 117, 119, 205, 210
 NSDAP 58
 Nutzung 247
- O**
- Observation 21, 69
 öffentliche Aufgaben 81, 95
 öffentliche Einrichtung 95
 öffentliche Hand 132
 öffentliche Kommunikation 73
 öffentliche Meinung 73, 157, 229, 264
 öffentlicher Dienst 269
 öffentlicher Haushalt 180
 öffentlicher Sektor 98, 102
 öffentliches Recht 95
 öffentliche Verwaltung 72, 75, 97, 98,
 114, 271
 Öffentlichkeit 21, 43, 91, 160, 184, 202,
 229, 243, 246, 254, 255, 263
 Öffentlichkeitsarbeit 202, 255, 260, 264
 Oligarchie 274
 Online-Dienst 158, 159
 Opposition 122, 123, 125, 270
 Organisation 129, 183, 185
 Organisationen 171, 211
 Organisationsform 171
 Organisationsstruktur 75, 118
 organisatorischer Wandel 75
 Österreich 2, 9, 75, 84, 90, 94, 104, 105,
 115, 127, 132, 134, 140, 145, 159,
 167, 174, 192, 193, 196, 204, 235,
 237, 242, 269
 Ostpolitik 243
 Ostpreußen 68
 ÖVP 127, 145
- P**
- Panel 162

- Paradigma 154
Parlament 110, 124, 232, 255, 269
parlamentarischer Ausschuss 70
Parlamentarischer Rat 232
Parlamentsdebatte 153, 232
Parteianhänger 144, 154, 175
Parteienstaat 107, 108, 116, 230
Parteigründung 142
Parteilichkeit 63
Parteilpolitik 78, 125, 131, 148, 154
Parteiverbot 117, 119, 205
Partizipation 120, 155, 165, 171
Patriotismus 190
Pazifischer Raum 123
Pazifismus 143
PDS 129, 142, 144
Personalisierung 146, 150, 157, 179
Personendaten 35, 36, 50
Persönlichkeit 268
Pflicht 84
Philosophie 14, 55
Planungskonzeption 257
Planungsprozess 169, 257
Platon 46
Pluralismus 20, 103, 239
Politikberatung 6, 53, 244, 254, 256, 258, 260, 266
Politiker 124, 133, 151, 157, 170, 212, 230, 236, 249, 252, 268, 269
Politikfeld 79
Politikverdrossenheit 127, 169, 262
Politikvermittlung 96, 153, 240, 264
Politikwissenschaft 3, 4, 16, 26, 28, 36, 54, 86, 91, 250
politisch-administratives System 95, 99
politische Aktivität 65, 188, 190, 209, 219
politische Bewegung 140, 183, 185, 188, 197, 210, 223, 262
politische Bildung 144, 161, 193, 195, 209, 212, 213, 216, 218, 222
politische Elite 228, 247
politische Entscheidung 10, 19, 86, 89, 92, 94, 106, 138, 158, 169, 247, 257, 258
politische Entwicklung 53, 212
politische Führung 58, 86, 107, 108, 131, 146
politische Herrschaft 26, 60, 105, 118
politische Ideologie 45, 65, 129, 139, 166
politische Institution 3, 70, 74, 76, 85, 95, 125, 247, 268
politische Integration 74
politische Kommunikation 6, 43, 96, 116, 122, 153, 157, 160, 172, 174, 179, 229, 232, 237, 240, 246, 247, 252, 255, 260, 264, 267, 270, 271, 272
politische Kontrolle 62
politische Kultur 6, 94, 127, 157, 160, 191, 199, 202, 207, 213, 215, 227, 231, 243, 250, 253, 264, 265, 267, 272, 273
politische Linke 14, 139, 142, 143, 144, 183, 220, 224, 242, 267
politische Macht 26, 58, 78, 118, 122
politische Meinung 96, 149, 162
politische Mitte 122
politische Partizipation 1, 18, 23, 72, 73, 106, 111, 149, 155, 158, 165, 169, 178, 181, 183, 187, 209, 212, 219, 257, 258
politische Philosophie 4, 16, 17, 20, 43, 46, 60, 80
politischer Akteur 95, 120, 131, 198
politische Rechte 121, 139, 182, 242
politische Reform 102, 169
politischer Einfluss 69, 73, 96, 110, 133, 212
politischer Konflikt 74, 130, 174, 253
politischer Wandel 9, 39, 143, 167, 175
politisches Bewusstsein 149, 182, 191, 202
politisches Bündnis 61
politisches Handeln 10, 58, 92, 106, 149, 188
politisches Interesse 209
politische Situation 156
politisches Mandat 124, 269
politische Sozialisation 149, 165, 186, 200, 212
politisches Programm 9, 135, 137, 138, 143, 154, 163, 166, 213
politische Steuerung 24, 62, 63, 75, 92, 106
politische Strategie 129
politische Struktur 67
politische Theorie 6, 16, 18, 24, 39, 45, 51, 71, 103, 268
politische Unabhängigkeit 259
politische Unterstützung 36

- politische Willensbildung 26, 70, 92, 115, 125, 185, 229, 243, 250, 263, 271
- Politisierung 78
- Polizei 100, 105
- Popularität 133
- Populismus 121, 127, 136, 140, 242
- Positivismus 103
- postkommunistische Gesellschaft 184
- Postmoderne 27, 40, 238
- Poststrukturalismus 27
- Pragmatismus 238
- Präsidialsystem 116
- Prävention 100, 206
- Pressefreiheit 234
- Preußen 68
- private Institution 95
- Privatisierung 81, 95
- Privatrecht 95
- Privatsphäre 112
- Privatwirtschaft 102
- Professionalisierung 63, 215, 230
- Prognose 156, 164
- Prognosemodell 164
- Prognoseverfahren 164
- Protestantismus 239
- Protestbewegung 6, 8, 154, 183, 185, 188, 191, 194, 196, 197, 199, 202, 207, 215, 250, 263, 274
- Protestverhalten 127, 182, 215, 219, 250, 262
- Prozess 120, 138
- Psychoanalyse 55
- psychosoziale Faktoren 221
- Publikum 270
- Publizistik 59, 263
- Q**
- qualitative Methode 5, 33, 36
- qualitatives Interview 34
- quantitative Methode 33, 36
- R**
- Radikalismus 30, 56, 65, 129
- Rassismus 65, 189, 217, 225
- Rational-Choice-Theorie 262
- Rationalität 174
- Recht 10, 25, 31, 39, 105, 109
- Rechtsanwendung 10
- Rechtsslage 21
- Rechtsnorm 41
- Rechtsordnung 84
- Rechtspolitik 113, 166
- Rechtsradikalismus 56, 115, 119, 127, 189, 200, 205, 206, 208, 210, 213, 217, 221, 242, 267
- Rechtsstaat 21, 22, 26, 31, 100
- Rechtsverordnung 110
- reflexive Modernisierung 9
- Reformpolitik 78, 90, 91, 93, 116, 256
- Regierung 66, 73, 75, 86, 87, 96, 98, 104, 108, 113, 122, 135, 136
- Regierungsbildung 87, 125, 131
- Regierungspartei 123, 135, 138
- Region 69, 162
- regionale Entwicklung 64
- Regulierung 109
- Religion 7, 253
- Religionszugehörigkeit 74, 253
- Religiosität 30, 128
- Repräsentation 6, 23, 230, 252, 255
- Repression 205
- Reproduktion 48, 65
- Revolution 14, 48
- Richter 236
- Ritual 52, 172
- Rollenverständnis 124
- Römisches Reich 60
- Rousseau, J. 46
- Rückwanderung 55
- S**
- Saarland 125
- Sachverständigenrat 254
- Sachverständiger 254
- Sachzwang 44
- Schlesien 68
- Schmitt, C. 15, 16
- Schulbildung 209
- Schuld 231
- Schule 178, 209
- Schüler 209
- Schweden 90, 132
- Schweiz 9, 73, 74, 75, 84, 90, 94, 96, 132, 140, 143, 158, 159, 162, 174, 180, 209, 239, 271, 272
- Schweizer 99
- Selbstbeobachtung 76
- Selbstbestimmung 31, 259

-
- Selbstorganisation 14, 109
Selbststeuerung 95, 109
Selbstverständnis 124, 193, 222, 237
Selbstverwaltung 109
Semantik 122
Sicherheit 21, 100, 112
Sicherheitspolitik 143
Skandal 126, 132, 133, 249
Software 5
Solidarität 11, 195
Sozialabbau 83
Sozialdemokratie 40, 130, 261
sozialdemokratische Partei 130, 143
soziale Bewegung 47, 119, 185, 197, 199,
202, 207, 210, 223, 250, 263
soziale Differenzierung 62
soziale Folgen 227
soziale Funktion 217
soziale Gerechtigkeit 13, 14, 273
soziale Herkunft 13, 200
soziale Integration 43, 187
soziale Klasse 48
soziale Kontrolle 105
soziale Lage 67
soziale Norm 262
soziale Partizipation 165, 187
sozialer Konflikt 16, 74, 199
sozialer Status 13, 228
sozialer Wandel 101
soziales Dilemma 17
soziale Sicherung 11
soziales Netzwerk 263
soziale Ungleichheit 101, 130, 217
soziale Wahrnehmung 64
Sozialisation 165, 221
Sozialisationsbedingung 206
Sozialisierung 92
Sozialismus 55, 144, 242
Sozialkapital 82, 241
Sozialpädagogik 206
Sozialpartnerschaft 94
Sozialphilosophie 80
Sozialpolitik 78, 93, 116, 166, 183
Sozialstaat 11, 13, 83, 85, 93
Sozialstaatsprinzip 13
Sozialwissenschaft 246, 266
Sozialzeit 195
soziologische Theorie 118, 177, 249
SPD 87, 122, 135, 137, 138, 236, 261
Spieltheorie 123
Spin Doctoring 260
SPÖ 127, 145
Sport 69
Sprache 196, 232
Sprachgebrauch 115, 122
Sprachgruppe 74
staatliche Einflussnahme 73, 84
staatliche Lenkung 73, 84, 95, 109
staatliche Planung 169
Staatsangehörigkeit 88
Staatsform 57, 84
Staatsfunktion 88, 113
Staatsgewalt 52
Staatsorgan 73, 96
Staatsphilosophie 80
Staatstätigkeit 113
Staatstheorie 27, 51, 80, 113
Staatsvertrag 17
Stadtbevölkerung 141
Stalinismus 245
Ständestaat 68
Standortfaktoren 44
Steuerpolitik 78
Steuerreform 116
Steuerungsprozess 62
Strukturwandel 85, 255
Student 182
Studentenbewegung 14, 154, 191, 199,
215, 233
Studentenschaft 182
Studiengang 193
Subjektivität 27
Subsidiarität 7
Symbol 76
symbolische Politik 179, 270
Systemanalyse 5
Systemkritik 214
Systemtheorie 24, 29
- T**
Talkshow 2, 172
technische Ausstattung 75
technischer Wandel 75, 158, 160
Teilnehmer 193
Teilzeitarbeit 269
Terrorismus 77
Theorie-Praxis 247
Therapeut 40

- Tocqueville, A. 12
Todesstrafe 105
Toleranz 253
traditionelle Gesellschaft 249
Trägerschaft 218
Training 241
Tugend 46, 241, 268, 273
Typologie 67
- U**
Umfrageforschung 35, 50, 53, 153
Ungleichheit 25
Unternehmen 171
Unterricht 161
Urteilsbildung 149
USA 37, 54, 59, 158, 161, 175, 176, 180, 244, 260, 264, 267, 271
Utopie 32, 45
- V**
Verantwortungsethik 238
Verband 249
Verein 211
Verelendungstheorie 14
Verfassungsgebung 32
Verfassungsgericht 104
Verfassungsrecht 70, 110
Vergangenheitsbewältigung 227, 231, 237, 251
vergleichende Politikwissenschaft 4, 33, 34, 35, 37, 38, 50
Vermögen 13
Verrechtlichung 95
Verstaatlichung 105
Verteidigungspolitik 143
Verteilung 13
Vertrag 92
Vertrauen 97
Verwaltung 102
Verwaltungsapparat 96
Verwissenschaftlichung 53
Video 21
Vietnamkrieg 191
Völkerrecht 10
Volksabstimmung 73, 74, 96, 174, 180
Volksbegehren 73, 96, 116, 174
Volksentscheid 116, 180
Volkskammer 232
- Vorurteil 267
- W**
Wahlberechtigung 181
Wahlbeteiligung 61, 156, 177, 234
Wähler 127, 139, 146, 147, 148, 154, 177, 270
Wahlergebnis 74, 125, 127, 145, 164
Wahlforschung 154, 156, 162
Wahlkampf 87, 145, 148, 151, 153, 157, 163, 166, 167, 170, 172, 176, 179, 271
Wahlrecht 181, 230
Wahlwerbung 176
Wahrheit 252
Wahrnehmung 139, 151
Weber, M. 44, 118, 230, 238
Wehrpflicht 201
Weimarer Republik 32, 65, 232
Weiterbildner 193
Weiterbildung 193
Weltanschauung 65, 253
Weltbild 200
Weltgesellschaft 71, 194
Welthandel 223
Weltwirtschaft 84, 88
Wert 31, 122, 130
Wertorientierung 122, 154, 190, 216, 228, 240, 241, 268
Wertwandel 122, 130
Westpreußen 68
Wettbewerb 147
Wettbewerbsfähigkeit 85
Wettbewerbsordnung 85
Widerstand 64, 191, 245
Wirtschaft 84, 168
wirtschaftliche Integration 88
wirtschaftliche Lage 168
Wirtschaftselite 228
Wirtschaftsordnung 84
Wirtschaftspolitik 84, 166
Wirtschaftssystem 84
Wissen 53, 209, 244
wissenschaftliche Beratung 53, 266
Wissenschaftsdisziplin 42
Wissensgesellschaft 222, 244
Wissenstransfer 198
Witz 275
Wohlfahrtsstaat 31, 85, 90, 93

Wohlstand 13

Z

Zeitung 247

Zentralisierung 105

Zielsystem 13

Zivilcourage 241

ziviler Ungehorsam 197, 241

Zivilgesellschaft 2, 12, 39, 43, 102, 106,
109, 137, 161, 194, 197, 214

Zivilisation 231

Zufriedenheit 262

Zukunftsforschung 45, 53

Zuwanderung 70, 88

Zweite Republik 104, 167, 192, 196, 237

19. Jahrhundert 57, 68, 248

Institutionenregister

- Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte, insb. Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte 53
- Eidgenössische Technische Hochschule Zürich, Zentrum für Internationale Studien -CIS- Forschungsstelle für Sicherheitspolitik 143
- Fernuniversität Hagen, FB Kultur- und Sozialwissenschaften, Institut für Politikwissenschaft Lehrgebiet Internationale Politik und Vergleichende Politikwissenschaft 75
- Freie Universität Berlin, FB Politik- und Sozialwissenschaften, Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft Otto-Stammer-Zentrum -Arbeitsstelle für Empirische Politische Soziologie- 208
- Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. Historisches Forschungszentrum Forschungsabt. Sozial- und Zeitgeschichte 261
- Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der Technischen Universität Dresden -HAIT- 69
- Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung -HSFK- 10
- Hochschule für Politik München 21, 56, 176
- Humboldt-Universität Berlin, Philosophische Fakultät III, Institut für Sozialwissenschaften 160
- Institut Arbeit und Technik im Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen 79
- Institut de hautes études en administration publique -idheap- 99
- International University Bremen -IUB-, School of Humanities and Social Sciences, Professorship Political Science Prof.Dr. Welzel 8, 184
- Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt, Geschichts- und Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät, Fachgebiet Politikwissenschaft Lehrstuhl für Politikwissenschaft III Politische Bildung und Didaktik der Sozialkunde 136
- Landschaftsverband Westfalen-Lippe Westfälisches Institut für Regionalgeschichte 65
- Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung 78
- SFB 536 Reflexive Modernisierung 9
- Technische Hochschule Aachen, FB 08 Fak. für Wirtschaftswissenschaften, Lehrstuhl für Internationales Management 171
- Technische Universität München, Fak. für Wirtschaftswissenschaften, Lehrstuhl für Politische Wissenschaft 9
- Universität Bamberg, Fak. Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, Fach Soziologie Lehrstuhl für Soziologie II 130
- Universität Bern, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Département Sozialwissenschaften Institut für Politikwissenschaft 74, 162

-
- Universität Bielefeld, Fak. für Soziologie, WE IV Politikwissenschaft Lehrstuhl für Politische Kommunikation und Risikosoziologie 89
- Universität Bremen, FB 08 Sozialwissenschaften, Institut für Interkulturelle und Internationale Studien -InIIS- 259
- Universität Bremen, FB 08 Sozialwissenschaften, Institut für Politikwissenschaften 161
- Universität Bremen, Zentrum für Sozialpolitik Abt. Theorie und Verfassung des Wohlfahrtsstaates 102
- Universität der Bundeswehr Hamburg, FB Wirtschafts- und Organisationswissenschaften, Institut für Politikwissenschaft Professur für Politikwissenschaft, insb. Politische Theorie 124
- Universität Dortmund, FB 12 Erziehungswissenschaft und Soziologie, Institut für Soziologie Lehrstuhl für Allgemeine Soziologie 120, 185
- Universität Erlangen-Nürnberg, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Sozialwissenschaftliches Institut Lehrstuhl Kommunikations- und Politikwissenschaft 168
- Universität Frankfurt, FB 02 Wirtschaftswissenschaften, Institut für VWL Professur für VWL, insb. Verteilungs- und Sozialpolitik 13
- Universität Frankfurt, FB 08 Philosophie und Geschichtswissenschaften, Historisches Seminar Lehrstuhl für Zeitgeschichte 61
- Universität Freiburg, Philosophische Fakultät, Historisches Seminar Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte 68
- Universität Freiburg, Philosophische Fakultät, Institut für Soziologie Professur für Soziologie Prof.Dr. Schwengel 198
- Universität Göttingen, Graduiertenkolleg 407 "Die Zukunft des Europäischen Sozialmodells" 140
- Universität Greifswald, Philosophische Fakultät, Institut für Politikwissenschaft Lehrstuhl für Internationale Politik 66
- Universität Halle-Wittenberg, Philosophische Fakultät, Institut für Politikwissenschaft Professur für Politische Theorie und Ideengeschichte 45
- Universität Jena, Fak. für Sozial- und Verhaltenswissenschaften, SFB 580 Gesellschaftliche Entwicklungen nach dem Systemumbruch - Diskontinuität, Tradition und Strukturbildung 62
- Universität Köln, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Institut für Angewandte Sozialforschung -IfAS- 150
- Universität Leipzig, Medizinische Fakultät, Selbständige Abteilung für Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie 208
- Universität Mannheim, Fak. für Sozialwissenschaften, Lehrinheit für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte 138
- Universität Mannheim, Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung -MZES- Arbeitsbereich B Die politischen Systeme Europas und ihre Integration 131, 146, 170, 171, 173, 186

-
- Universität Marburg, FB 03 Gesellschaftswissenschaften und Philosophie, Institut für Politikwissenschaft 158
- Universität Marburg, FB 03 Gesellschaftswissenschaften und Philosophie, Institut für Politikwissenschaft Professur für Vergleichende Politikwissenschaft mit besonderer Berücksichtigung der Entwicklungsländer 5
- Universität München, Sozialwissenschaftliche Fakultät, Centrum für angewandte Politikforschung -C.A.P- Bertelsmann Forschungsgruppe Politik 195
- Universität Münster, FB 06 Erziehungswissenschaft und Sozialwissenschaften, Institut für Soziologie Lehrstuhl für Soziologie, insb. Politische Soziologie 58
- Universität Münster, FB 14 Geowissenschaften, Institut für Geographie Abt. Sozialgeographie, Politische Geographie 42
- Universität Stuttgart, Fak. 10 Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Institut für Sozialwissenschaften Abt. Politische Systeme und Politische Soziologie 82, 141
- Universität Zürich, Philosophische Fakultät, Institut für Politikwissenschaft 9
- Universität Zürich, Philosophische Fakultät, Institut für Politikwissenschaft Abt. Innenpolitik, Vergleichende Politik 162
- Universität Zürich, Philosophische Fakultät, Institut für Politikwissenschaft Abt. Internationale Beziehungen 95
- Universität Zürich, Theologische Fakultät, Institut für Sozialethik 239
- Université de Genève, Faculté des sciences économiques et sociales, Département de science politique 162
- Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung an der Universität zu Köln 150
- Zentrum für Zeithistorische Forschung e.V. 59, 63

ANHANG

Hinweise zur Originalbeschaffung von Literatur

Die in der Datenbank SOLIS nachgewiesene Graue Literatur enthält nahezu vollständig einen Bibliotheksstandort zur Erleichterung der Ausleihe; dies gilt auch für einen Teil (40%) der nachgewiesenen Verlagsliteratur. In SOLIS nachgewiesene Zeitschriftenaufsätze sind zu über 60% mit einem Standortvermerk versehen.

Beschaffung von Literatur über den Deutschen Leihverkehr

Die Standortvermerke in SOLIS (Kürzel, Ort und Sigel der besitzenden Bibliothek sowie Signatur der Arbeit) beziehen sich auf Bibliotheken, die dem normalen Fernleihverkehr angeschlossen sind. Sollte die gewünschte Arbeit bei Ihrer örtlichen Bibliothek nicht vorhanden sein, ersparen Ihnen die Standortvermerke für die Fernleihe („Direktbestellung“) den u.U. sehr zeitraubenden Weg über das Bibliothekenleitsystem.

Elektronische Bestellungen sind ebenfalls möglich, z.B. über subito - einen bundesweiten Dokumentlieferdienst der deutschen Bibliotheken für Aufsätze und Bücher.

Literaturdienst der Universitäts- und Stadtbibliothek Köln

Aufsätze aus Zeitschriften, die für SOLIS ausgewertet werden und in der Universitäts- und Stadtbibliothek Köln vorhanden sind, können über den Kölner Literaturdienst (KÖLI) als Kopie bestellt werden. Diese Aufsätze enthalten den Standortvermerk „UuStB Koeln(38) - Signatur der Zeitschrift“ sowie einen Hinweis auf den Kopierdienst. Die Bestellung kann mit gelber Post, per Fax oder elektronisch erfolgen.

Kosten für den Postversand bis zu je 20 Kopien pro Aufsatz betragen 4,- Euro, für Hochschulangehörige 2,- Euro (bei „Normalbestellung“ mit einer Lieferzeit von i.d.R. sieben Tagen); gegen Aufpreis ist eine „Eilbestellung“ (Bearbeitungszeit: ein Arbeitstag) oder auch eine Lieferung per Fax möglich.

Zur Benutzung der Forschungsnachweise

Die Inhalte der Forschungsnachweise beruhen auf den Angaben der Forscher selbst.

Richten Sie deshalb bitte Anfragen jeglicher Art direkt an die genannte Forschungseinrichtung oder an den/die Wissenschaftler(in).

Das gilt auch für Anfragen wegen veröffentlichter oder unveröffentlichter Literatur, die im Forschungsnachweis genannt ist.

Informations- und Dienstleistungsangebot des Informationszentrums Sozialwissenschaften

Als Serviceeinrichtung für die Sozialwissenschaften erbringt das Informationszentrum Sozialwissenschaften (IZ) überregional und international grundlegende Dienste für Wissenschaft und Praxis. Seine Datenbanken zu Forschungsaktivitäten und Fachliteratur sowie der Zugang zu weiteren nationalen und internationalen Datenbanken sind die Basis eines umfassenden Angebotes an Informationsdiensten für Wissenschaft, Multiplikatoren und professionelle Nutzer von Forschungsergebnissen. Zu seinen zentralen Aktivitäten gehören:

- Aufbau von Datenbanken mit Forschungsprojektbeschreibungen (FORIS) und Literaturhinweisen (SOLIS)
- Angebot der Datenbanken auf elektronischen Medien
- Auftragsrecherchen in Datenbanken weltweit
- Informationstransfer von und nach Osteuropa
- Informationsdienste zu ausgewählten Themen
- Beratung bei der Konzeption und Nutzung sozialwissenschaftlicher Datenbanken
- Informationswissenschaftliche und informationstechnologische Forschung & Entwicklung
- Internet-Service

Das Informationszentrum Sozialwissenschaften wurde 1969 von der Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute e.V. (ASI) gegründet. Seit Dezember 1986 ist es mit dem Zentralarchiv für empirische Sozialforschung (ZA) an der Universität zu Köln und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen e.V. (ZUMA), Mannheim in der Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen e.V. (GESIS) zusammengeschlossen. GESIS ist Mitglied der „Leibniz-Gemeinschaft“ und wird von Bund und Ländern gemeinsam gefördert.

Im Januar 1992 wurde eine Außenstelle der GESIS (ab 2003 GESIS-Servicestelle Osteuropa) in Berlin eröffnet, in der die Abteilung des IZ zwei Aufgaben übernahm: Die Bestandssicherung unveröffentlichter sozialwissenschaftlicher Forschungsarbeiten der DDR und den Informationstransfer von und nach Osteuropa.

Die Datenbanken FORIS und SOLIS

FORIS (Forschungsinformationssystem Sozialwissenschaften)

Inhalt: FORIS informiert über laufende, geplante und abgeschlossene Forschungsarbeiten der letzten zehn Jahre aus der Bundesrepublik Deutschland, aus Österreich und der Schweiz. Die Datenbank enthält Angaben zum Inhalt, zum methodischen Vorgehen und zu Datengewinnungsverfahren sowie zu ersten Berichten und Veröffentlichungen. Die Namen der am Projekt beteiligten Forscher und die Institutsadresse erleichtern die Kontaktaufnahme.

Fachgebiete: Soziologie, Politikwissenschaft, Sozialpolitik, Sozialpsychologie, Psychologie, Bildungsforschung, Erziehungswissenschaft, Kommunikationswissenschaften, Wirtschaftswissenschaften, Demographie, Ethnologie, historische Sozialforschung, Sozialgeschichte, Methoden der Sozialforschung, Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sowie weitere interdisziplinäre Gebiete der Sozialwissenschaften wie z.B. Frauenforschung, Freizeitforschung, Gerontologie, Sozialwesen oder Kriminologie.

Bestand der letzten 10 Jahre: über 40.000 Forschungsprojektbeschreibungen

Quellen: Erhebungen, die das IZ Sozialwissenschaften in der Bundesrepublik Deutschland, die Universitätsbibliothek der Wirtschaftsuniversität Wien in Österreich und SIDOS (Schweizerischer Informations- und Daten-Archivdienst) in der Schweiz bei sozialwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen durchführen. Die Ergebnisse der IZ-Erhebung werden ergänzt durch sozialwissenschaftliche Informationen fachlich spezialisierter IuD-Einrichtungen wie z.B. des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (Nürnberg) sowie durch Auswertung von Internetquellen, Hochschulforschungsberichten sowie Jahresberichten zentraler Fördereinrichtungen und Stiftungen.

SOLIS (Sozialwissenschaftliches Literaturinformationssystem)

Inhalt: SOLIS informiert über die deutschsprachige fachwissenschaftliche Literatur ab 1945, d.h. Aufsätze in Zeitschriften, Beiträge in Sammelwerken, Monographien und Graue Literatur (Forschungsberichte, Kongressberichte), die in der Bundesrepublik Deutschland, Österreich oder der Schweiz erscheinen. Die Nachweise Grauer Literatur und von Zeitschriftenaufsätzen enthalten einen Standortvermerk (Kürzel, Ort und Sigel der besitzenden Bibliothek sowie Signatur der Arbeit bzw. der Zeitschrift). Bei Aufsätzen aus Online-Zeitschriften und bei Grauer Literatur ist im Standortvermerk zunehmend auch ein Link zum Volltext vorhanden.

Fachgebiete: Soziologie, Politikwissenschaft, Sozialpolitik, Sozialpsychologie, Bildungsforschung, Kommunikationswissenschaften, Demographie, Ethnologie, historische Sozialforschung, Methoden der Sozialforschung, Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sowie weitere interdisziplinäre Gebiete der Sozialwissenschaften wie z.B. Frauenforschung, Freizeitforschung, Gerontologie oder Sozialwesen.

Bestand: Frühjahr 2004 über 300.000 Literaturnachweise

Jährlicher Zuwachs: ca. 14.000

Quellen: Zeitschriften, Monographien einschließlich Beiträgen in Sammelwerken sowie Graue Literatur. SOLIS wird vom IZ Sozialwissenschaften in Kooperation mit dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung in Wiesbaden, der Freien Universität Berlin - Fachinformationsstelle Publizistik, dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg, den Herausgebern der Zeitschrift für Politikwissenschaft und dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung hergestellt. Weitere Absprachen bestehen mit der Zentralstelle für Psychologische Information und Dokumentation in Trier und mit dem Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung in Frankfurt/Main.

Online-Zugang über Hosts

Der Direkt-Zugriff auf die Datenbanken FORIS und SOLIS ist möglich mit einem handelsüblichen PC, der mit einer geeigneten Kommunikationssoftware ausgestattet ist. Online-Zugänge werden angeboten über Datex-P (Telekom) oder Internet (Service Provider). Voraussetzungen sind die Zugangsberechtigung zu einem dieser Netze sowie i.d.R. ein Nutzungsvertrag mit einem der Hosts (Großrechner).

FORIS und SOLIS stehen mit unterschiedlichen Datenbankumgebungen über folgende Hosts zur Verfügung:

STN International

The Scientific & Technical
Information Network
Postfach 24 65
D-76012 Karlsruhe
Tel. (0 72 47) 80 85 55
www.stn-international.de

GBI

Gesellschaft für Betriebswirt-
schaftliche Information mbH
Postfach 81 03 60
D-81903 München
Tel. (0 89) 99 28 79-0
www.gbi.de/_de

FORIS und SOLIS auf CD-ROM bzw. im GBI wiso-net

Die Datenbanken FORIS und SOLIS werden gemeinsam auf der CD-ROM WISO III angeboten. Diese CD-ROM wird sowohl einzeln als auch im Paket mit wirtschaftswissenschaftlichen Datenbanken auf WISO I und/oder WISO II verkauft (zu beziehen über GBI). Die Inhalte der WISO CD-ROMs sind auch - einzeln oder gemeinsam mit weiteren wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Datenbanken - im GBI wiso-net über IP-Verknüpfung recherchierbar.

FORIS-Ausschnitt im Web-Angebot des IZ

Ein Ausschnitt aus der Datenbank FORIS mit Beschreibungen sozialwissenschaftlicher Forschungsprojekte der letzten drei Jahre steht im Web-Angebot des IZ für Recherchen zur Verfügung (www.gesis.org/Information/FORIS/Recherche).

Auftragsrecherchen

In Ihrem Auftrag und nach Ihren Wünschen führt das IZ kostengünstig Recherchen in den Datenbanken FORIS und SOLIS durch. Darüber hinaus werden Informationen aus weiteren nationalen und internationalen Datenbanken zu sozialwissenschaftlichen und/oder fachübergreifenden Themengebieten zusammengestellt.

Informationstransfer von und nach Osteuropa

Die Abteilung Informationstransfer in der GESIS-Serviceestelle Osteuropa fördert die Ost-West-Kommunikation in den Sozialwissenschaften. Sie unterstützt die internationale Wissenschaftskooperation mit einer Vielzahl von Informationsdiensten.

Eine wichtige Informationsquelle für Kontakte, Publikationen oder Forschung bietet in diesem Zusammenhang auch der Newsletter „Sozialwissenschaften in Osteuropa“, der viermal jährlich in englischer Sprache erscheint.

Bibliographien, Nachschlagewerke, wissenschaftliche Publikationen

Zu den Standardwerken zählt die „Bibliographie zur deutschen Soziologie“, die in vier Bänden herausgegeben wurde. Dokumentationen zu speziellen sozialwissenschaftlichen Themengebieten geben einen Überblick über Forschungsaktivitäten und Literatur der letzten Jahre in den deutschsprachigen Ländern.

Wissenschaftliche Publikationen werden in den Reihen „Sozialwissenschaften im Überblick“, „Forschungsberichte“, „Tagungsberichte“ und „IZ-Arbeitsberichte“ veröffentlicht.

Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst - soFid

Regelmäßige Informationen zu neuer Literatur und aktueller sozialwissenschaftlicher Forschung bietet das IZ mit diesem Abonnementdienst, der sowohl in gedruckter Form als auch auf CD-ROM bezogen werden kann. Er ist vor allem konzipiert für diejenigen, die sich kontinuierlich und längerfristig zu einem Themenbereich informieren wollen.

soFid ist zu folgenden Themenbereichen erhältlich:

- Allgemeine Soziologie
- Berufssoziologie
- Bevölkerungsforschung
- Bildungsforschung
- Familienforschung
- Frauen- und Geschlechterforschung
- Freizeit - Sport - Tourismus
- Gesellschaftlicher Wandel in den neuen Bundesländern
- Gesundheitsforschung
- Industrie- und Betriebssoziologie
- Internationale Beziehungen + Friedens- und Konfliktforschung
- Jugendforschung
- Kommunikationswissenschaft
Massenkommunikation - Medien - Sprache
- Kriminalsoziologie + Rechtssoziologie
- Kulturosoziologie + Kunstsoziologie
- Methoden und Instrumente der Sozialwissenschaften
- Migration und ethnische Minderheiten
- Organisations- und Verwaltungsforschung
- Osteuropaforschung
- Politische Soziologie
- Religionsforschung
- Soziale Probleme
- Sozialpolitik
- Sozialpsychologie
- Stadt- und Regionalforschung
- Technology Assessment
- Umweltforschung
- Wissenschafts- und Technikforschung

Beratung bei der Nutzung sozialwissenschaftlicher Datenbanken

Zur Unterstützung Ihrer eigenen Suche in den Datenbanken FORIS und SOLIS bietet das IZ entsprechende Rechercheinstrumente wie z.B. den Thesaurus oder die Klassifikation Sozialwissenschaften. Selbstverständlich beraten wir Sie auch jederzeit bei der Umsetzung sozialwissenschaftlicher Fragestellungen in effektive Suchstrategien in unseren Datenbanken.

Internet-Service

Die Institute der GESIS (Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen e.V.)

IZ (Informationszentrum Sozialwissenschaften, Bonn)

ZA (Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung an der Universität zu Köln) und

ZUMA (Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim)

bieten unter

www.gesis.org

gemeinsam Informationen zum gesamten Spektrum ihrer Infrastrukturleistungen sowie Zugang zu Informations- und Datenbeständen.

Unter dem Menü-Punkt „**Literatur- & Forschungsinformation**“ bietet das IZ nicht nur Zugang zu einem Ausschnitt aus der Forschungsprojektdatenbank FORIS, sondern zu einer Reihe weiterer Datenbanken und Informationssammlungen:

- Die **Datenbank SOFO** - sozialwissenschaftliche Forschungseinrichtungen - enthält Angaben zu universitären und außeruniversitären Instituten in der Bundesrepublik Deutschland in den Bereichen Soziologie, Politikwissenschaft, Psychologie, Erziehungswissenschaft, Kommunikationswissenschaft, Wirtschaftswissenschaft, Bevölkerungswissenschaft, Geschichtswissenschaft sowie Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Gesucht werden kann nach Namen(steilen), Fachgebiet, Ort, Bundesland sowie organisatorischer Zuordnung (Hochschule, außeruniversitäre Forschung oder öffentlicher Bereich). Neben Adressen, herausgegebenen Schriftenreihen u.ä. verweisen Hyperlinks ggf. auf die jeweiligen Homepages der Institutionen. Darüber hinaus gelangt man über einen weiteren Hyperlink zu allen Projektbeschreibungen eines Instituts, die in den letzten drei Jahren in die Forschungsdatenbank FORIS aufgenommen wurden.
- Die **Datenbank INEastE** - Social Science Research INstitutions in Eastern Europe - bietet Tätigkeitsprofile zu Institutionen in den Sozialwissenschaften aus vierzehn osteuropäischen Ländern. Ähnlich wie in SOFO, können auch hier die Institutionen durchsucht werden nach Namensteilen, Ort, Land, Personal, Fachgebiet, Tätigkeitsschwerpunkt und organisatorischer Zuordnung. Die zumeist ausführlichen Institutsbeschreibungen in englischer Sprache sind durch weiterführende Hyperlinks zu den Institutionen ergänzt.
- Sozialwissenschaftliche **Zeitschriften in Deutschland, Österreich und der Schweiz** stehen in einer weiteren Datenbank für Suchen zur Verfügung. Es handelt sich dabei um Fachzeitschriften, die vom IZ in Kooperation mit weiteren fachlich spezialisierten Einrichtungen regelmäßig für die Literaturdatenbank **SOLIS** gesichtet und ausgewertet werden. Standardinformationen sind Zeitschriftentitel, Herausgeber, Verlag und ISSN - Redaktionsadresse und URL zur Homepage der Zeitschrift werden sukzessive ergänzt. Immer vorhanden ist ein Link zur Datenbank SOLIS, der automatisch eine Recherche beim GBI-Host durchführt und die in SOLIS gespeicherten Titel der Aufsätze aus der betreffenden Zeitschrift kostenfrei anzeigt; weitere Informationen zu den Aufsätzen wie Autoren oder Abstracts können gegen Entgelt direkt angefordert werden. Die Datenbank befindet sich noch im Aufbau; eine alphabetische Liste aller ausgewerteten Zeitschriften aus den deutschsprachigen Ländern kann jedoch im PDF-Format abgerufen werden.

Zu sozialwissenschaftlichen Zeitschriften in **Osteuropa** liegen ausführliche Profile vor, die in alphabetischer Reihenfolge für die einzelnen Länder ebenfalls abrufbar sind.

Aktuelle Informationen über **neue Veröffentlichungen** und **Zugang zu Forschungs- und Literaturübersichten zu aktuellen Themen** in Wissenschaft und Gesellschaft erhält man direkt über die IZ-Homepage www.gesis.org/IZ.

Über weitere Menü-Hauptpunkte werden u.a. erreicht:

- die **Linksammlung SocioGuide**, die - gegliedert nach Regionen und Ländern sowie im weiteren nach Themengebieten oder Institutionen/Organisationen - Zugang zu Internetangeboten in den Sozialwissenschaften bietet sowie
- der GESIS-Tagungskalender unter **Veranstaltungen** mit Angaben zu Thema/Inhalt, Termin, Ort, Land, Kontaktadresse bzw. weiterführenden Links zu nationalen und internationalen Tagungen und Kongressen in den Sozial- und Informationswissenschaften sowie zu Veranstaltungen in und zu Osteuropa im Bereich der Transformationsforschung

Elektronischer Service des IZ

Das IZ-Telegramm, das vierteljährlich über Neuigkeiten und Wissenswertes aus dem IZ berichtet, sowie der Newsletter „Social Science in Eastern Europe“ können auch in elektronischer Version bezogen werden. Ein E-mail-Abonnement des IZ-Telegramms erhalten Sie über

listserv@listserv.bonn.iz-soz.de; Textfeld: subscribe iz-telegramm *IhrVorname IhrNachname*
Der Betreff bleibt leer, statt *IhrVorname IhrNachname* können Sie auch *anonymous* eingeben.

Für den Newsletter gilt:

listserv@listserv.bonn.iz-soz.de; Text im Betreff: subscribe oenews

Ausführliche Informationen zum Gesamtangebot der Serviceleistungen des IZ einschließlich Preise, Download- und Bestellmöglichkeiten finden Sie unter:

www.gesis.org/IZ

GESIS - Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher
Infrastruktureinrichtungen e.V.

Informationszentrum Sozialwissenschaften

Lenéstraße 30
53113 Bonn

Telefon: (0228) 22 81-0
Telefax: (0228) 22 81-120
e-mail:iz@bonn.iz-soz.de

Abteilung Informationstransfer
in der GESIS-Serviceestelle Osteuropa
Schiffbauerdamm 19 • 10117 Berlin
Telefon: (030) 23 36 11-0
Telefax: (030) 23 36 11-310
e-mail:iz@berlin.iz-soz.de

